Montag, 16. Mai 1983 - D ***
Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 80 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 63,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 112 - 20.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG, Postf.10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11

Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 80 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 110 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Kohl betont Einheit der Nation

dpa, Elwangen

*Das Selbstbestimmungs*recht aller Deutschen und die Einheit der Nation hat Bundeskanzler Helmut Kohl gestern vor rund 20 000 Teilnehmern der 35. Wallfahrt der Heimatvertriebenen und Aussiedler auf dem Schönenberg bei Elwangen beschworen. Die Einheit der Nation werde nicht zerbrechen, „wenn wir es nicht wollen", sagte der Bundeskanzler. Es komme darauf an, „wie wir zu unserem Vaterland stehen". Auch wenn es Generationen dauern möge, „bestehen wir auf Einheit und auf Selbstbestimmung". Nach den Worten Kohls muß alles getan werden, um zu Frieden und Abrüstung zu kommen. „Wir haben keinen Sinn für eine waffenstarrende Welt, für viele Milliarden Rüstungsausgaben." Allerdings müßten beide Seiten die Abrüstung wollen. Friedfertigkeit zeige sich nicht in Massendemonstrationen, sondern in „den Werken des Alltags". Eine „besondere Friedensbewegung" werde nicht gebraucht, fügte Kohl hinzu. Der Bischof der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Georg Moser, prangerte in seiner Predigt „Egoismus und Anspruchsdenken, Arroganz und selbstherrliche Ideologien" an.

Warschau warnt Kirche

rtr/KNA, Warschau/Vatikanstadt

Die polnischen Behörden haben die katholische Kirche des Landes am Wochenende davor gewarnt, in ihren Aktionen eine doppelte Moral zu vertreten. In einem Leitartikel der Zeitung *„Zycie Warszawy"* ließ diese durchblicken, die Kirche verdrehe ihre moralische Rolle mit der Forderung nach Amnestie für Personen, die gegen das Kriegsrecht verstoßen hätten. Beobachter bewerteten den Artikel als neues Anzeichen für die Spannung zwischen Kirche und Staat vor dem Besuch des Papstes. In dem Bericht heißt es weiter: „Wenn jemand auf der einen Seite nach Amnestie ruft, aber auf der anderen Aktionen gegen das Gesetz vergibt oder anregt – wir wissen von solchen Fällen –, verzögert er dadurch die Möglichkeit der Freilassung von Häftlingen und wird wohl oder übel ein Repräsentant doppelter Moral." Freie und von der politischen Macht unabhängige Gewerkschaften sind für den Papst eine wesentliche Voraussetzung, um die lebenswichtigen Interessen der Arbeiter verteidigen zu können. Dies hob der Papst vor rund 650 schweizerischen Gewerkschaftlern am Wochenende hervor.

ZITAT DES TAGES



„Dies ist der erste Test der Glaubwürdigkeit der Bundesregierung. In der Regierungserklärung hieß es, es dürfe Beamten nicht zum Nachteil gereichen, daß sie kein Streikrecht *haben*."

Der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes, Alfred Krause, zu angeblichen Plänen, die Beamtenbesoldung erst 1985 wieder zu erhöhen. (Seite 10) FOTO: KARL STAEDELE/DPA

UNO-Appell abgelehnt

AFP, Ankara/Athen

Die Türkei hat einen Appell der UNO-Vollversammlung zum Abzug ihrer seit neun Jahren im Norden von Zypern stationierten 30 000 Soldaten zurückgewiesen. Die UNO-Resolution stelle eine „schwere Verkennung" des Zypern-Problems dar, wie es in einem Kommuniqué des Außenministeriums in Ankara dazu hieß.

Oberster Sowjet

AP, Moskau

Die in der vergangenen Woche *bereits für Juni angekündigte* nächste Sitzung des Obersten Sowjets der UdSSR findet am 16. des Monats statt. Das teilte das sowjetische Parlamentspräsidium in der Sonntagsausgabe der Moskauer Parteizeitung „Prawda" mit. „Prawda"-Chefredakteur Viktor Afanasjew hatte vorige Woche die Erwartung westlicher Beobachter in Moskau bestätigt, daß der Oberste Sowjet auf dieser Sitzung das seit Breschnews Tod freie Amt des Vorsitzenden des Obersten Sowjets neu besetzen werde.

In Moskau verurteilt

dpa/rtr, Moskau

Wegen „antisowjetischer Tätigkeit und Propaganda" hat das Moskauer Stadtgericht den Ingenieur Alexeij Smirnow zu sechs Jahren strenger Lagerhaft und vier Jahren Verbannung verurteilt. Smirnow wurde zur Last gelegt, eine Ausgabe der *Untergrundzeitschrift* „Chronik der laufenden Ereignisse" hergestellt zu haben. Vor Gericht gab Smirnow zu Protokoll, er sei während der Untersuchungshaft in die *sogenannte* „Preßkammer" verlegt worden, eine Gemeinschaftszelle mit Kriminellen, die ihn geschlagen hätten.

Sowjet-Flugzeugträger

AFP, Istanbul

Der sowjetische 35 000-Tonnen-Flugzeugträger „Novorossisk" hat gestern aus dem Schwarzen Meer kommend den Bosporus passiert. Bei der Durchfahrt der Meeresenge war der größte Teil der 1700 Mann zählenden Besatzung auf dem Deck postiert worden, um die Startvorrichtungen zu verbergen.

WIRTSCHAFT

Für RGW-Gipfel

AFP, Bukarest

Rumänien hat sich am Wochenende für eine baldmöglichste Einberufung eines Gipfeltreffens des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) ausgesprochen. Dies meldete die Nachrichtenagentur Agerpres. Beobachtern zufolge hätte ein solcher RGW-Gipfel in diesem Monat stattfinden sollen, wurde jedoch aufgrund von Divergenzen zwischen der UdSSR und Rumänien auf unbestimmte Zeit vertagt.

Neue Entscheidung

dpa, München

Eine neue Entscheidung über Guthabenzinsen aus Bausparverträgen hat der Bundesfinanzhof in München getroffen. Nach Angaben des Beamtenheimstättenwerkes sind danach Guthabenzinsen aus zwischenfinanzierten Bausparverträgen künftig Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung (AZ VIII R 188/79). Damit sei der Weg für die Verrechnung von Guthabenzinsen mit Schuldzinsen bei vorfinanzierten Bausparverträgen endgültig frei.

SPORT

Krise im Fußball

DW. Bonn

Die Krise beim Fußball-Bundesligaklub Eintracht Frankfurt nimmt immer größere Formen an: Gestern erklärte Präsident Axel Schander, daß er sich auf der heutigen Jahreshauptversammlung nicht mehr zur Wahl stellen wird. – Heute entscheidet sich auch das Schicksal von Pal Csernai. Der Wirtschafts-Beirat von Bayern München fordert die Entlassung des Trainers. – Der Franzose Yannick Noah gewann in Hamburg die Internationalen Tennismeisterschaften von Deutschland durch ein 3:6, 7:5, 6:2, 6:0 über den Spanier José Higueras. Seite 7,8,9

WETTER

Überwiegend trocken

DW. Essen

In den östlichen Landesteilen anfangs stark bewölkt und zeitweise Regen. Später hier wie im übrigen Bundesgebiet und Berlin wechselnd bewölkt. Nachmittags vereinzelt Schauer. Tagestemperaturen 18 bis 23 Grad, nachts 7 bis 11 Grad. Schwachwindig.

Heute in der WELT

Strauß: Den Begriff der „Wende" hat doch nicht die CSU erfunden

Interview mit der WELT / „Kein Grund, Schmidts Lebenslüge zu übernehmen"

DW. München

„Ernsthafte Gespräche über Schlüsselgebiete der deutschen Politik" innerhalb der Bonner Regierungskoalition kündigte der bayrische Ministerpräsident Franz Josef Strauß in einem Interview mit der WELT an. Strauß betonte in dem Gespräch den partnerschaftlichen Willen zur Zusammenarbeit und bezeichnete die Tatsache, daß einer der Koalitionsparteien-Vorsitzenden Regierungschef in einem Bundesland sei, als möglicherweise „brauchbare Konstellation".

Bei einem der „Schlüsselthemen", der Ost- und Deutschlandpolitik, könnten CDU und CSU nicht alles gutheißen, was sie 13 Jahre scharf bekämpft hätten. Der Begriff der Kontinuität auf diesem Gebiet werde vor allem von der Opposition als „Kontinuität der Fehler und Fehlentwicklungen" gepriesen, die unter der früheren Regierung eingeleitet worden seien. Die Union werde geschlossene Verträge einhalten, aber sie so auslegen, daß sie mit den Grundsätzen der deutschen Verfassung und dem Selbstbestimmungsrecht vereinbar seien. „Wir haben keinen Grund, die Lebenslüge Helmut Schmidts zu übernehmen." Die Fragen an Strauß stellte Herbert Kremp.

WELT: In der Bundesregierung sind CDU und CSU in der Außen- und Wirtschaftspolitik unterrepräsentiert. Wie kann die Union auf diesen Schlüsselgebieten Politik gestalten und ihre Kompetenz zur Geltung bringen?

Strauß: Sie haben recht mit Ihrer Feststellung. Ein Teil der von Ihnen genannten Probleme wird demnächst Gegenstand ernsthafter Gespräche sein, die schon im März vereinbart worden waren, aber bisher nicht stattgefunden haben. Jede öffentliche Erörterung würde im gegenwärtigen Zeitpunkt mißverstanden oder mißbraucht werden. Es gibt da schlechte Erfahrungen.

WELT: Die Tatsache, daß der Parteivorsitzende einer der drei Koalitionsparteien nicht selbst im Kabinett sitzt, ist ein ungewöhnlicher Zustand. Wie werden Sie Ihre politische Konzeption in die Regierungsarbeit einbringen? Gibt es Absprachen mit dem Bundeskanzler; gibt es Regeln, nach denen Sie konsultiert werden beziehungsweise von sich aus den Bundeskanzler konsultieren?

Strauß: Vielleicht ist es nicht schlecht, daß einer der drei Parteivorsitzenden der Bonner Koalition unmittelbare amtliche und politische Verantwortung als Ministerpräsident hat. Da ich die Probleme der Bundespolitik, nicht nur auf *dem Gebiete der Innenpolitik, aus* jahrzehntelanger Tätigkeit kenne und unmittelbare Verantwortung für Bayern trage, kann das eine durchaus brauchbare Konstella*tion sein.*

Voraussetzung ist, daß der Wille der Zusammenarbeit und der Mechanismus der Ausübung dieser Zusammenarbeit von partnerschaftlichem Geiste getragen werden. Außerdem darf ich dazu bemerken, daß die starke parlamentarische Vertretung der CSU und ihre Minister und Staatssekretäre natürlich diese CSU-spezifischen Grundsätze und Richtlinien zu vertreten verpflichtet sind.

WELT: Halten Sie es für möglich und erreichbar, daß die Regierungsparteien in der Ost- und Deutschlandpolitik im Konsensus operieren, oder sehen Sie möglicherweise bleibende Differenzen zwischen CSU und FDP?

Strauß: Es wäre überhaupt nicht zu einer offenen Auseinandersetzung gekommen, wenn nicht die FDP aus einem mir unverständlichen Grunde meine harte Kritik an den Methoden der „DDR"-Grenzorgane zu einer bissigen Polemik gegen mich mißbraucht hätte. Für die FDP gibt es natürlich das Problem, eine Ostpolitik, die mit ihrem Namen und ihren führenden Persönlichkeiten aufs engste verknüpft ist, auch da rechtfertigen zu müssen, wo sie der Korrekturen bedarf. Andererseits können CDU/CSU nicht das alles gutheißen, was sie 13 Jahre lang in der Ostpolitik scharf bekämpft haben. CDU und CSU als die zwei großen Volksparteien haben auch einen Ruf zu verlieren oder zu bekräftigen. Wir haben keinen Gurund, die Lebenslüge *Helmut Schmidts zu übernehmen.*

WELT: Die Begriffe Kontinuität und Wende zeichnen sich durch großen Umfang und geringen Inhalt aus. *Angewandt auf die Ost-* und Deutschlandpolitik können sie irreführen. Haben Sie für den Fortgang der deutschen Politik auf diesen Gebieten einen Begriff zur Verfügung, der *Ihre* Vorstellung schärfer und klarer widerspiegelt?

Strauß: Der Begriff „Wende" ist doch nicht von der CSU erfunden

● Fortsetzung Seite 10

DER KOMMENTAR

Abfuhr

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Die Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland betrachten sich als die Hüter der Demokratie. Wer mit so hohem Anspruch daherkommt, dem soll man aufs Maul und auf die Finger schauen. Dazu gab es in diesen Tagen Anlaß. Den Grund lieferte ein Spezialist für unentwegte Aufgeregtheit namens Lafontaine.

Die „Friedensbewegung" hat soeben in Berlin beschlossen, mit „gewaltfreien Aktionen des zivilen Ungehorsams" den Vollzug der Nachrüstung politisch undurchsetzbar zu machen. Dazu erwartet sie von den Gewerkschaften einen „eigenständigen Beitrag". In diesem Kontext hielt es Lafontaine für angebracht, eine „theoretische Diskussion" über einen politischen Generalstreik der Gewerkschaften zu entfachen. Er wollte wohl rechtzeitig vor dem „heißen Herbst" das Stichwort geben.

Vermutlich spekuliert Lafontaine darauf, die Gewerkschaften an ihrem empfindlichsten Nerv zu treffen; denn sie leiden unter dem Vorwurf, am 20. Juli 1932 dem Staatsstreich von Papens – Gleichschaltung Preußens – nicht mit dem Generalstreik entgegengetreten zu sein, was zur „kampflosen Kapitulation gegenüber dem Faschismus" geführt habe. Doch der Trommler aus Saarbrücken spekuliert falsch.

Ob der stellvertretende DGB-Vorsitzende Fehrenbach, der IG-Chemie-Vorsitzende Rappe oder der DAG-Vorsitzende Brandt, sie alle lassen Lafontaine abblitzen. Die Sachlage ist auch absolut klar: Am 6. März hat die Bevölkerung einen Bundeskanzler gewählt, der im Wahlkampf keinen Zweifel daran ließ, daß nachgerüstet wird, falls bei den Genfer Verhandlungen die „Null-Lösung" auf der Strecke bleibt. Hermann Brandt sagte das Richtige und Gültige: „Wir lehnen jede Form des Streiks gegen demokratische Entscheidungen der Verfassungsorgane ab." In der Tat, die Gewerkschaften bewähren sich als Hüter der Demokratie.

Und Lafontaine? Er gehört dem SPD-Bundesvorstand an. Das hatte Hermann Rappe von der IG Chemie im Sinn, als er Lafontaine riet, seine Vorschläge im Parteivorstand der SPD zu besprechen „und uns Gewerkschafter damit zu verschonen". Das läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig.

Windelen sieht größeren Spielraum

Neue Bundesregierung nur an die Verträge mit der „DDR" gebunden

gba. Bonn

Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, sieht für die neue Bundesregierung größere Bewegungsspielräume gegenüber dem Regime der „DDR", als sie die Vorgänger-Regierung gehabt hat. In einem Interview des Deutschlandfunks sagte Windelen gestern, die neue Regierung sei „nur an das gebunden, was sie an vertraglichen Vereinbarungen vorfinde, aber nicht an das, was möglicherweise in mündlichen Nebenabreden oder im Atmosphärischen die alte Regierung gebunden haben mag".

Die Verträge und Vereinbarungen, die im Namen der Bundesrepublik Deutschland abgeschlossen worden seien, *hätten selbstverständlich* Bindungskraft für die neue Regierung. „Wir wollen treue Vertragspartner sein. Andererseits müssen wir auch erwarten, daß die andere Seite ebenfalls Leistung und Gegenleistung gleichermaßen ernst nimmt." Vieles, wozu sich Bonn in den Verträgen habe verpflichten müssen, sei Paragraph für Paragraph kodifiziert, „während wir unsere Wünsche und Erwartungen vielfach nur in weniger verbindlichen Begleitpapieren wiederfanden". Es zeige sich jetzt, daß dies der „DDR" tatsächlich „einen größeren Bewegungsspielraum einräumt, ohne daß damit formal Verträge verletzt werden".

Nicht bewegen könne sich die Bundesregierung allerdings in dem von SED-Chef Honecker vor zwei Jahren als Vorbedingung für Verhandlungen geforderten Nachgeben in der Frage der Staatsbürgerschaft, des Status der Ständigen Vertretungen, der Ermittlungsstelle in Salzgitter und der Grenze an der Elbe. Windelen verwies darauf, daß Honecker auf der Leipziger Messe erklärt habe, es sei sinnvoll, sich zwischen beiden deutschen Staaten über Dinge zu unterhalten, die „verhandlungsfähig" seien; die früheren Forderungen würden jetzt offenbar nicht mehr *als Vorbedingung für* Verhandlungen, sondern als Verhandlungsgegenstand angesehen.

Wenn auch die „DDR" die einseitige Erhöhung des Umtauschsatzes *als „wirtschaftliche Frage"* betrachte, so bleibe dies für die Bundesregierung „eine Frage des Kernbereichs innerdeutscher Beziehungen". Zur Haltung der *„DDR", daß Schießbefehl,* Stacheldraht und Schikanen an der Grenze innere Angelegenheiten eines souveränen Staates seien, sagte Windelen: „Ich glaube, die DDR *kann sich nicht darauf berufen,* daß die Verletzung von Menschenrechten ihre souveräne und eigene Angelegenheit sei." Regelmäßige Gipfeltreffen in Bonn und Ost-Berlin halte er für „erstrebenswert", antwortete der Minister auf eine entsprechende Frage. Allerdings sei man „noch nicht so weit", daß innerdeutsche Kontakte auf hoher und höchster Ebene etwas Normales und Selbstverständliches seien.

Beirut billigt Abkommen mit Israel

Damaskus droht bei Unterzeichnnng mit Bürgerkrieg in Libanon

rtr/AFP/DW. Tel Aviv/Beirut

Die libanesische Regierung hat einstimmig den Vertragsentwurf für das libanesisch-israelische Abkommen über den Abzug aller fremden Truppen aus Libanon gebilligt. Weiter beschloß das Kabinett, Minister in verschiedene arabische Länder zu entsenden, um die Haltung Beiruts sowie bestimmte Punkte des Vertragsentwurfs zu erläutern.

Wie außerdem von amtlicher Seite verlautete, wurde das Kabinett über die Entscheidung des Staatspräsidenten Gemayel informiert, gemeinsam mit Ministerpräsident Wazzan und Außenminister Salem im Rahmen einer Arbeitsgruppe die Kontakte mit der syrischen Regierung fortzusetzen. Nach Berichten Beiruter Zeitungen soll Mitte der Woche Wassan mit einer Delegation nach Damaskus reisen.

Die staatlich kontrollierte syrische Presse hat gestern auf die israelisch-libanesischen Entwicklungen für den Fall einer Unterzeichnung der libanesisch-israelischen Truppenabzugsvereinbarungen durch Libanon mit einem neuen Bürgerkrieg in dem Land gedroht. Syrien werde alle Bemühungen innerhalb und außerhalb Libanons unterstützen, die Vereinbarungen zum Scheitern zu bringen, hieß es im offiziellen Blatt der regierenden Baath-Partei, „Al-Baath".

Die gesamte syrische Presse hat am Wochenende den Wortlaut des Entwurfs über die Truppenabzugs-Vereinbarung veröffentlicht, so wie er vom libanesischen Außenminister Elie Salem in Damaskus übermittelt worden sei. Er enthält folgende Hauptpunkte:

– In der Präambel wird der Kriegszustand zwischen Israel und Libanon für beendet erklärt.
– Israel verpflichtet sich zum Abzug seiner Truppen binnen acht bis zwölf Wochen nach Inkrafttreten des Abkommens.
– Von beiden Seiten werden „Sicherheitsabmachungen getroffen und angewandt". Dazu gehört die Einrichtung einer „Sicherheitszone".

Das israelische und auch das libanesische Parlament treten heute zusammen, um die Vereinbarung über den Abzug der israelischen Truppen *aus Libanon zu erörtern.*

Gemayels innenpolitische Gegner haben unterdessen die Bildung einer „Nationalen Fortschrittlichen Widerstandsfront" gegen die Vereinbarung *mit* Israel und „zur Sicherung des demokratischen Systems im Lande" verkündet.

Der amerikanische Präsident Ronald Reagan hofft ungeachtet der syrischen Ablehnung der Libanon-Vereinbarung auf einen Rückzug der Syrer aus Libanon.

Seite 2: Unter syrischem Druck
Seite 5: Saudis

Kein Fortschritt bei Treffen der EG-Minister

ULRICH LÜKE, Bonn

Die Außenminister der zehn EG-Staaten haben auf ihrem informellen Treffen auf Schloß Gymnich am Wochenende offenbar kaum Fortschritte in wesentlichen Fragen der Gemeinschaft erreicht. Bundesaußenminister Genscher konnte nach der Zusammenkunft weder in der Frage der künftigen EG-Finanzierung noch zur geplanten Europäischen Akte konkrete Kompromißformeln nennen.

Die Außenminister führten einen ersten intensiven *Meinungsaus*tausch über die Vorschläge der Brüsseler EG-Kommission, mit der die Gemeinschaft ihre Einnahmen erhöhen will. Staatssekretär Lautenschläger vom Bonner Auswärtigen Amt wird morgen zu einer Sondermission in die anderen EG-Hauptstädte aufbrechen, um die Positionen abzuklären. Auf der Ministerratssitzung in der nächsten Woche in Brüssel sollen konkrete Entscheidungen des Stuttgarter Gipfeltreffens Anfang Juni vorbereitet werden. Aus Delegationskreisen wurde bekannt, daß alle zehn EG-Mitgliedsstaaten die Vorschläge der Brüsseler Kommission, die im wesentlichen auf eine Erhöhung des Mehrwertsteueranteils für Brüssel hinauslaufen, für eine geeignete Diskussionsgrundlage halten.

Die Beratungen über die von Genscher initiierte „feierliche Erklärung zur Europäischen Union" sind offenbar nicht von der Stelle gekommen. Vor allem Frankreich, Großbritannien und Dänemark erheben Widerspruch gegen eine häufigere Anwendung der Mehrheitsabstimmung im Ministerrat. Auch mehr Rechte für das Europäische Parlament wollen diese Staaten bisher nicht zugestehen.

Gewerkschaften: Generalstreik kein Thema

dpa, Hamburg

Führende Gewerkschafter haben sich am Wochenende entschieden gegen Überlegungen des saarländischen SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine gewandt, der an die Gewerkschaften appelliert hatte, angesichts der militärischen Aufrüstung die Idee des Generalstreiks als Mittel zur Kriegsverhütung neu zu diskutieren.

Gegenüber „Bild am Sonntag" erklärte der Vorsitzende der Deutschen Angestellten Gewerkschaft (DAG), Hermann Brandt: „Wir lehnen jede Form des Streiks gegen rechtsgültige demokratische Entscheidungen der Verfassungsorgane ab." Es müßte Bundesregierung und Bundestag überlassen bleiben, in welchem Maße zur Sicherung des Friedens militärische Abschreckung notwendig sei.

Der Vorsitzende der IG Chemie, Papier, Keramik, Hermann Rappe, erklärte in derselben Zeitung, die politische Arbeit müsse darauf gerichtet sein, auf die USA und die UdSSR Druck auszuüben, damit abgerüstet und nicht aufgerüstet werde. Rappe forderte Lafontaine auf, „seine Vorschläge im Parteivorstand der SPD zu besprechen und uns Gewerkschafter damit zu verschonen".

Für den DGB sei ein Generalstreik zur Zeit kein Thema, erklärte auch der stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Gustav Fehrenbach. In einem Interview der „Kölnischen-Bonner Rundschau" erklärte er, eine solche Maßnahme sei für den DGB nur zu rechtfertigen, wenn die demokratische Ordnung der Bundesrepublik gefährdet sei. Lafontaine hatte seinen Appell am Freitag als eine theoretische Diskussion bezeichnet.

Vogel greift in „Stern"-Konflikt ein

Verlag spricht von „Pressions-Versuch" / Ultimatum der Redaktion abgelehnt

UWE BAHNSEN, Hamburg

Der Konflikt zwischen der Redaktion der Illustrierten „Stern" und dem Verlag Gruner + Jahr in Hamburg hat sich weiter zugespitzt: Der Verlag lehnte das bis gestern mittag 14 Uhr befristete Ultimatum der Redaktion ab, die Berufung der beiden neuen Chefredakteure Johannes Gross und Peter Scholl-Latour rückgängig zu machen. Daraufhin trat am Nachmittag eine Vollversammlung aller „Stern"-Redakteure zusammen und forderte in einer Resolution den Rücktritt des „Stern"-Herausgebers Henri Nannen und des Vorstandsvorsitzenden von Gruner + Jahr, Gerd Schulte-Hillen.

Die rund 200 versammelten Redakteure begründeten dies mit der Erklärung, der Skandal um die gefälschten Hitler-Tagebücher habe die Glaubwürdigkeit des „Stern" erschüttert. Dafür trügen der Vorstand von Gruner + Jahr sowie Henri Nannen als Herausgeber die Verantwortung. Den Aufsichtsrat von Gruner + Jahr forderten die Redakteure erneut auf, Gross und Scholl-Latour nicht als Chefredakteure zu berufen. Die Redaktionsräume des „Stern" würden weiterhin rund um die Uhr besetzt bleiben. Die Redaktion werde ihren Kampf „um die redaktionelle Unabhängigkeit" des Blattes fortsetzen: „Wir werden es nicht zulassen, daß der fortschrittlich-liberale ‚Stern' in eine rechtskonservative Zeitschrift umfunktioniert wird."

Seite 2:
Nistplatz weg
Seite 3:
Von der Blamage in die Kraftprobe

Eine politische Dimension erhielt diese interne Auseinandersetzung durch ein Fernschreiben des Bonner Oppositionsführers Hans-Jochen Vogel. Der SPD-Politiker bezeichnete es gegenüber dem Vorstand des Verlages Gruner + Jahr als „in hohem Maße ungewöhnlich", daß die beiden neuen Chefredakteure zugleich *Vorstandsmitglieder werden sollen.* Die Eigentümerinteressen erhielten dadurch ein dauerndes Übergewicht, weil Vorstandsmitglieder gesetzlich verpflichtet seien, ihre Entscheidungen „stets nach den wirtschaftlichen Interessen der Gesellschaft" zu treffen. Damit würden die betreffenden Chefredakteure „von vornherein der Möglichkeit beraubt, in Konflikten zwischen der Redaktion und dem Verlag die Position der Redaktion zu vertreten".

Schließlich erscheine „die Sorge begründet, daß mit den in Rede

● Fortsetzung Seite 10

Kämpfe in Nicaragua gehen trotz UNO-Debatte weiter

Perez de Cuellar soll im Konflikt vermitteln

AP/AFP, Managua/New York

Während der UNO-Sicherheitsrat seine Bemühungen um eine politische Lösung des Konflikts in Mittelamerika bis heute abend unterbrach, gingen die Kämpfe im Norden und Süden Nicaraguas weiter. Der Koordinator der sandinistischen Junta und Verteidigungsminister Daniel Ortega teilte in Managua am Wochenende mit, die nicaraguanischen Truppen hätten 500 aus Honduras eingedrungene Guerrillas von der Nordostprovinz Zelaya in das Nachbarland zurückgetrieben.

Einem Militärkommunique zufolge hatten die 500 Freischärler Armee-Einheiten in der Bawisa-Ebene in der Provinz Zelaya Norte rund 400 Kilometer nördlich der Hauptstadt angegriffen. Auf beiden Seiten habe es schwere Verluste gegeben. Nicaragua hatte am selben Tag bei der Regierung in Honduras Beschwerde über „neue Aggressionsakte" rechtsgerichteter Untergrundkämpfer von Honduras aus geführt. Die honduranische Regierung bestreitet, die Rebellen zu unterstützen, sie erhob ebenfalls am Wochenende Gegenbeschuldigungen. In einer in Tegucigalpa veröffentlichten Erklärung heißt es, nicaraguanische Soldaten hätten honduranische Dörfer beschossen und Zivilpersonen umgebracht oder entführt. Flugzeuge *aus Nicaragua hätten honduranischen* Luftraum verletzt, Kriegsschiffe aus dem Nachbarland seien Mitte April in honduranische Hoheitsgewässer eingedrungen und hätten Fischerboote beschossen.

Mexiko will eine Mitarbeit von UNO-Generalsekretär Javier Perez de Cuellar bei den Bemühungen der Contadora-Staaten Venezuela, Panama, Mexiko und Kolumbien um eine Lösung des Konflikts in Mittelamerika erreichen. Der mexikanische UNO-Botschafter Porfirio Munoz-Ledo appellierte an alle Mitglieder des Weltsicherheitsrates, sich für einen entsprechenden auch von Nicaragua unterstützten Vorschlag einzusetzen.

In seiner Rede stimmte Munoz Ledo der Einschätzung Nicaraguas zu, wonach die ausländische Einmischung in der Region gewachsen sei. Ohne die USA namentlich zu nennen, sagte er, einige Länder versuchten, eine Lösung der Probleme „*durch Krieg*" zu erreichen

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Unter syrischem Druck

Von Peter M. Ranke

In den Bergen nordöstlich Beiruts bauen die syrischen Truppen ihre Stellungen aus. Verstärkungen bis auf fünfzigtausend Mann wurden in den letzten Tagen nach Libanon geschafft. Aus der „DDR" sagte Verteidigungsminister General Hoffmann Hilfe zu. Zum Krieg gegen Israel? Sicher ist nur, daß Syrien anders als Israel nicht an einen Abzug aus dem leidgeprüften Libanon denkt *und darüber auch nicht verhandeln will, wenn Beirut* das Abkommen mit Israel unterzeichnet.

Die Amerikaner haben sich getäuscht oder wurden von arabischer Seite in die Irre geführt, wenn sie – wie Außenminister Shultz und Verteidigungsminister Weinberger – noch vorige Woche vertrauensvoll versicherten, die Syrer würden schließlich doch abziehen. Sie tun es nicht. Wenn schon ihre Bereitstellungen in Libanon nicht als Kriegsvorbereitung gegen Israel zu werten sind, so stellen sie doch ein massives Erpressungsmanöver gegenüber der Beiruter Regierung dar.

Das christliche Ost-Beirut und der Präsidentschaftspalast in Baabda lagen in früheren Jahren oft wochenlang im Feuer syrischer Panzer und Raketen-Artillerie. Daran und an die syrische Hilfe für die linke Drusen-Miliz sowie an wirtschaftliche Blockademöglichkeiten ist zu erinnern, wenn es jetzt um die Unterzeichnung des Truppenabzugs-Abkommens mit den Israelis geht. Damaskus macht mobil, um die libanesische Unterschrift in letzter Minute zu verhindern.

Die Beiruter Regierung hat sich einstimmig für die Unterzeichnung erklärt und versichert ihren arabischen Nachbarn, neben dem israelischen Abzug werde eigentlich nur der Waffenstillstand von 1949 mit Israel als „Beendigung des Kriegszustandes" erneuert. Man beteuert das auch aus innenpolitischen Gründen, um die Moslem-Bevölkerung zu beruhigen. Trotzdem: Wenn die libanesische Regierung und Präsident Gemayel unter dem Druck der Syrer zu ihrem Wort stehen und unterzeichnen, so haben sie Mut bewiesen und verdienen die Unterstützung der westlichen Welt.

Nistplatz weg

Von Herbert Kremp

Der sozialdemokratische Oppositionsführer Vogel versucht in einem fraktionsoffiziellen Fernschrei*ben an die Verlagsleitung von Gruner + Jahr Wind in das* „Stern"-Feuer zu blasen. Dabei geht es ihm nicht um den Skandal der gefälschten Hitler-Tagebücher, die in der Tat einer politischen Betrachtung wert wären, sondern um die personellen und organisatorischen Schlußfolgerungen, die der Verlag aus dem tiefen Sturze zieht: Vogel vermutet in der Berufung der Journalisten Gross und Scholl-Latour in die Chefredaktion eine „Veränderung der grundsätzlichen Linie des Blattes", ein weiteres „Wende-Stück" der Konservativen.

Das klingt recht konspirativ und enthält auf jeden Fall ein Stück Wut über den möglicherweise verlorenen Stern-Taler, der sich in der Vergangenheit um die heutige Opposition, aber auch um die Fundamental-Opposition alles Grünen und Alternativen, alles Anti-Amerikanischen und alles Anti-Traditionellen verdient gemacht hat. Darum zu fürchten, mag zu Vogels erweiterter *Konfession gehören. Relevant ist sie für die Situation* der Illustrierten allerdings nicht. Als ehemaliger Justizminister müßte sich Vogel über die privatwirtschaftliche Basis des Pressewesens im klaren sein. Er macht mit seinem Votum für die „bisherige Grundposition" des „Stern" ein Besitzstandsrecht geltend, das politischen Gruppierungen a limine abzusprechen ist. Sie besitzen es nicht.

Im übrigen: Was spricht eigentlich gegen die „Grundposition" der neuen Chefredakteure, woran nimmt Vogel wirklich Anstoß? Befürchtet er undemokratische Umtriebe, publizistische Anschläge auf die Verfassung, Ende der Pressefreiheit? Der Ton seines Schreibens wirkt übertrieben, zumindest sehr aufgeregt. Es kann sein, daß die neuen Chefs den Begriffen „fortschrittlich-liberal", die in den Dienstverträgen der Redakteure stehen, eine mehr zur Mitte hin tendierende Auslegung geben. Das wäre zulässig und wohl auch höchste Zeit. Hans-Jochen Vogel hat damit gar nichts zu tun.

Erpressung mit Schleiertanz

Von Werner Kahl

Die Abschiebung zweier der Folterung von Landsleuten angeklagter Libyer während des Prozesses wirft Fragen auf, um deren Beantwortung sich das Auswärtige Amt auch mit der Notbremse des „no comment" einfach nicht herumdrücken kann. Denn hier wird versucht, mit dem Hinweis auf das kleine Einmaleins des Austauschs vor der Öffentlichkeit zu verschleiern, daß die Bundesrepublik Deutschland von den „Revolutionären Komitees" Khadhafis erpreßt worden ist.

Natürlich herrscht Erleichterung über die Freilassung von Deutschen, auch wenn wir bis heute nicht wissen, warum man sie in Libyen überhaupt eingelocht hat. Die Behandlung der ganzen Affäre läßt jedoch eher danach fragen, zu welchem Zweck die Deutschen festgesetzt worden sind. Immerhin haben sich die Verantwortlichen unseres Staates schon lange darauf geeinigt, erpresserischen Versuchen einheimischer Terroristen nicht mehr nachzugeben.

Es ist eine Frage der Rechtsordnung, die will, daß Straftaten unabhängig von ideologischer Voreingenommenheit oder Zweckmäßigkeitsüberlegungen gleichermaßen verfolgt werden. Der Hinweis auf die traditionellen Wirtschaftsbeziehungen mit Libyen verfängt nicht: Freiheitsberaubung, Mord und Körperverletzung sind und bleiben unter Strafe gestellt.

Gewiß, da gibt es das sogenannte Opportunitätsprizip. Aber die Zweckmäßigkeitsüberlegung darf nur im äußersten Staatsnotfalle dem Erfordernis der ungeteilten Rechtsanwendung übergeordnet werden. Bereits im Fall des Iraners Tabatabei war der Öffentlichkeit ein verwirrendes Spiel von Zuständigkeitsfragen und Opportunitätserwägungen geboten worden.

*Libyen soll nun künftiges Wohlverhalten seiner Revo*lutionskomitees auf dem Territorium der Bundesrepublik zugesagt haben. Bleibt die Frage, wie sich die Bundesregierung eine Garantie des vom Regime in Tripolis schon einmal abgegebenen (und gebrochenen) Versprechens vorstellt.



„Mach voran, Georgie, eh der Ostwind stärker wird!"

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Nichts mehr vom alten Rußland

Von Carl Gustaf Ströhm

Ist die Sowjetunion die Fortsetzerin und Erbin des alten russischen Reiches der Zaren? Ist folglich der sowjetische Imperialismus nichts anderes als der traditionelle großrussische Imperialismus des 19. Jahrhunderts in neuer Form? Diese Fragen beschäftigen gerade jetzt, da das sowjetische Drohpotential in besonderer Weise sichtbar ist, viele Gemüter im Westen – und sie verführen leicht zu vorschnellen wenn nicht gar falschen Antworten.

Sicher ist die heutige Sowjetunion in jenem Sinne „russisch", als ihre führende, tragende Schicht hauptsächlich aus Großrussen be*steht, während die nichtrussischen* Völker der UdSSR nur eine zweitklassige Rolle am Rande spielen. Das wird besonders im Polizei-, Militär- und Verwaltungsapparat deutlich, auch in der Diplomatie. Ebenso gibt es – vom „Gesetz der Stelle" her – eine Fortsetzung traditioneller russischer Expansionspolitik durch das sowjetische System: Afghanistan, aber auch die Eroberung der baltischen Staaten, ferner die Annexion der japanischen Südhälfte der Insel Sachalin bieten hierfür eindrucksvolle Beispiele.

Es ist klar, daß eine totalitäre Weltmacht, die sich auf russischem Boden etabliert, gewisse russische Tendenzen und Traditionen weiterführen wird. Von daher ist es auf den ersten Blick bestechend, die scharf antirussischen Äußerungen des Karl Marx aus dem 19. Jahrhundert zu zitieren und in Beziehung zur Gegenwart zu setzen. Hatte nicht Marx die russische Expansion, die wir heute in sowjetischer Form erleben, bereits zur Zeit der Zaren durchschaut?

Nun, auch von Lenin und Stalin gibt es heftige Verdammungen des „*großrussischen Imperialismus*" und des Zarenreiches als eines „Gendarmen Europas". Aber: Was Marx, Lenin und Stalin bekämpften war eine konservative, antirevolutionäre Macht, ein Haupthindernis also auf dem Wege zur Weltrevolution. Dieses russische Reich war im Vergleich zu Westeuropa sicher in vieler Hinsicht zurückgeblieben. Es wurde von absoluten Zaren autokratisch regiert, die allerdings niemals die ernsthafte Absicht hatten, ihre Macht über die ganze Welt auszubreiten. Ihr Imperialismus war räumlich begrenzt, unterschied sich folglich nicht prinzipiell vom britischen, französischen oder preußisch-deutschen Imperialismus jener Zeit. Es wäre keinem russischen Zaren jemals auch nur der Gedanke gekommen, etwa zaristische Umsturzbewegungen in Westeuropa oder gar auf fernen Kontinenten zu finanzieren und zu unterstützen.

Zum anderen muß davor gewarnt werden, unkritisch Kli*schees zu übernehmen, die von der* sowjetischen Geschichtspropaganda in Umlauf gesetzt worden sind. Da ist etwa die These vom finsteren, rückständigen russischen Reich, in dem nur die Knute der Kosaken und Polizisten geherrscht habe. Gewiß, es gab diese Knute – und es gab auch Verfolgungen, Pogrome, sibirische Verbannung (letztere übrigens seit dem Ende des 19. Jahrhunderts in einer vergleichsweise so milden Form, daß heutige GULag-Insassen von ihr nur träumen könnten: So konnte Lenin seine Haft unter der Zarenwillkür samt Dienstmädchen und Bibliothek antreten).

Daneben wird vergessen – oder bewußt unterschlagen –, daß das alte russische Reich während des 19. Jahrhunderts in seinen Mittel- oder Oberschichten eine breite liberale, konstitutionelle, ja bereits demokratische Bewegung zu entwickeln begann. Am Vorabend des Ersten Weltkriegs gab es im „absolutistischen", finsteren, reaktionären Rußland politische und menschliche Freiheiten, wie sie sich ein Sowjetbürger des Jahres 1982 nicht einmal vorzustellen wagt: Es gab ein Parlament mit legalen Parteien – einschließlich sozialdemokratischer und bolschewistischer Fraktionen. Sogar die „Prawda", die Zeitung Lenins, konnte zeitweise legal erscheinen. Gewiß war das noch keine Demokratie im westlichen Sinn, aber Rußland war vor der Revolution 1917 bereits ein Rechtsstaat mit unabhängigen Gerichten und mit einer Gesellschaft, in der vielfältige *politische und geistige* Strömungen wirkten.



Was blieb, ist das Gesetz der Stelle: Lenin-Denkmal am Moskauer Kreml FOTO: CAMERA PRESS

Um den Unterschied zwischen dem geistigen Zustand der heutigen Sowjetunion und dem vielgeschmähten Zarenreich zu ermessen, genügt ein Blick auf die russische Literatur des 19. Jahrhunderts – von Puschkin über Gogol und Dostojewski bis zu Tolstoi und Tschechow. Diese Literatur diente nicht einer Ideologie, sondern verkündete eine menschliche, oftmals christliche Botschaft – und wirkte deshalb weit über Rußlands Grenzen hinaus. Die heutige Sowjetliteratur hat demgegenüber nur eine bescheidene Bedeutung erlangen können. Ihre Wirkung auf die Außenwelt ist so gut wie nicht existent, wenn man von einigen Dissidenten absieht, die inzwischen aus dem Lande gejagt wurden.

Die Botschaft Dostojewskis etwa war auf das „Mitleid" mit den Mitmenschen gerichtet – und Ähnliches kann man von vielen anderen großen Russen der Literatur des 19. Jahrhunderts sagen. Der Totalitarismus war dem Zarenreich, bei allen seinen Gebrechen, Fehlern und Verhängnissen, fremd. Das alte Rußland hatte mit der Sowjetunion von heute etwa ebensoviel und ebensowenig gemeinsam, wie das alte Preußen mit dem Regime Hitlers.

Schließlich gilt es noch mit einer weiteren Legende aufzuräumen: Nämlich jener, die besagt, das russische Reich sei wirtschaftlich erfolglos und praktisch ebenso unfähig zu rationaler Produktion gewesen wie das heutige Sowjetsystem. Allein in den Jahren von 1900–1913 hat das Zarenreich jedoch einen wirtschaftlichen Aufschwung erlebt, der sogar spätere sowjetische „Produktionssiege" bei weitem übertrifft. So stieg die Getreideproduktion um 46 Prozent, das Außenhandelsvolumen um 142 Prozent, die Stahlproduktion um 72 Prozent, die Steinkohlenförderung um 147 Prozent. Das alles wurde aber nicht *mit Zwangsmaßnahmen*, Kollektivierung und Sträflingsarbeit erreicht, sondern – durch freies Unternehmertum.

Die Tragödie für Rußland und die ganze Welt lag darin, daß der Erste Weltkrieg diese Entwicklung jäh beendete und daß Lenins Revolution die russischen Mittelschichten physisch vernichtete – jene Schichten, die dieses große *Reich auf einen Weg des Aus*gleichs und der Reform führen wollten. Insofern kann man heute sagen, daß die Revolution dem großen Reich mehr geschadet als genutzt hat. An all das sollte man denken, wenn man daran geht, „russisch" und „sowjetisch" undifferenziert gleichzusetzen.

IM GESPRÄCH Wolfgang Saurin

Erst Penne, dann Parlament

Von Susanne Plück

Er hatte schon nicht mehr damit gerechnet, mit seinem wackeligen Platz acht auf der schleswig-holsteinischen CDU-Landesliste in den Bundestag einzuziehen. Nach dem unerwarteten Tod *von Harm* Dallmeyer ist Wolfgang Saurin nun doch noch Abgeordneter geworden – mit 27 Jahren der jüngste in Bonn. „Hätte es nicht geklappt, hätte ich nächstes Jahr mit der Politik Feierabend gemacht", sagt der Rechtsreferendar, der nun in der Sommerpause sein zweites juristisches Staatsexamen vorbereiten will.

Nach ganzen *sieben* Semestern hatte Saurin 1979 die erste Staatsprüfung hinter sich gebracht. Ähnlich zügig absolvierte der Sohn eines Malermeisters aus Schönberg an der Ostsee die Ochsentour durch die Parteigremien: Mit 15 Jahren JU-, ein Jahr später CDU-Mitglied; 1973 bis 1976 Vorsitzender der Schülerunion, mit 25 Jahren Landesvorsitzender der JU. Eine rasche Karriere, obwohl er sich, wie er sagt, im Zweifel stets für den Vorrang des Studiums entschieden habe.

„Wenn ich glauben könnte", sinniert der ehemals in der evangelischen Jugendarbeit Engagierte, „wäre ich wahrscheinlich Pastor geworden." Und: „Wenn es in der Schule mit den Sprachen nicht gehapert hätte, hätte ich auf Lehrer *studiert, vielleicht Geschichte.*" Nun, da es einmal zugunsten der Politik ausgegangen ist, möchte Wolfgang Saurin mindestens zwei Legislaturperioden im Bonner Parlament verbringen. Das ganze Leben an die Politik zu setzen, kann er sich jedoch schwer vorstellen.

Deshalb will er nach dem Examen im kommenden Frühjahr in eine Anwaltskanzlei einsteigen – als Berater in Wirtschaftsrechtsfragen, „das läßt sich mit der Bundestagsarbeit vereinbaren". Dort aber ist er in den Rechtsausschuß, den



Bonns jüngster MdB: Wolfgang Saurin FOTO: CARSTENS

Petitionsausschuß und den Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit entsandt worden. Immerhin liegt ihm die Situation der arbeitslosen *akademischen Jugend* am Herzen; seinen Bemühungen ist es mit zuzuschreiben, daß die CDU Schleswig-Holstein eine Kommission zu diesem Problem ins Leben rufen wird.

Mit seinen Altersgenossen von den grünen Oppositionsbänken hat das junge CDU-Talent wenig gemeinsam. Der Flanell-Fan kann weder für ihr Erscheinungsbild noch für ihre „Effekthascherei" Verständnis aufbringen. „Das wird zur Verbesserung der Situation bei den Jugendlichen nichts beitragen", befürchtet er. Aber seine Kritik bleibt moderat. Gern sähe er – im Parlament wie in der eigenen Partei – offenere Kontroversdiskussionen. „Dann würden sich die Leute draußen im Land besser verstanden fühlen", glaubt er. Chancen, als Newcomer dahingehend etwas zu verändern, sieht Saurin kaum. „Ich bin in erster Linie hier, um zu lernen."

DIE MEINUNG DER ANDEREN

IL GIORNO

Die Mailänder Zeitung sieht den Schlüssel zur Lösung des Libanon-Konflikts in Moskau:

Die Möglichkeiten, die Verhandlungen wieder aufzunehmen, hängen von der wirklichen Autonomie Syriens gegenüber der Sowjetunion ab. Falls Syrien wirklich die Absicht hat, den Schlüssel zur Lösung des Nahost-Problems in die Hände Andropows zu legen, dann hängt jede Verhandlungslösung von Moskau ab. In diesem Fall wäre jedes Ergebnis nur einer Widerspiegelung des allgemeinen politischen Klimas in den Ost-West-Beziehungen. Jede Neuordnung in der Region würde somit mehr als im Geiste von Camp David im Geiste von Jalta zu suchen sein.

THE TIMES

Das Londoner Blatt stellt zu Nahost fest:

Die sowjetische Unterstützung für Syrien ist in jüngster Zeit verstärkt worden, und das ist einer der Gründe dafür, daß sich Präsident Assad stark genug fühlt, saudischem und amerikanischem Druck *zu widerstehen*. Syrien ist nicht bedingungslos auf eine prosowjetische Position festgelegt, aber Mr. George Shultz wird Schwierigkeiten haben, es von den Russen wegzulocken, es sei denn, er wäre wirklich in der Lage, die Rückkehr des besetzten syrischen Territoriums anzubieten – der Golanhöhen. Da es kaum vorstellbar ist, daß Israel – wenn überhaupt – dem schon vor Verhandlungen zustimmt, kann es durchaus sein, daß die Russen jetzt ein wirksames Veto gegen weiteren Fortschritt in Richtung Frieden an jeder Front besitzen.

Frankfurter Allgemeine

Hier heißt es über den bevorstehenden EG-Gipfel in Stuttgart

Das Gipfeltreffen der Regierungschefs der europäischen Gemeinschaft Anfang Juni in Stuttgart, für das Bundeskanzler Kohl sich viel vorgenommen hat, gerät immer mehr in Bedrängnis. Bisher sorgten sich die an den Vorbereitungen beteiligten Politiker und hohen Beamten darum, ob es gelingen kann, so viele komplexe Fragen, die sich seit Jahren aufgestaut haben, auf einen Schlag zu lösen. Da waren Zweifel angebracht, weil es selbst innerhalb der Bundesregierung bisher keine einheitliche Auffassung gibt. Jetzt hat die Entscheidung der britischen Premierministerin Thatcher, am 9. Juni Wahlen abzuhalten, ein zusätzliches Element der Unsicherheit beschert ... Wenn sie kommt, wird sie das Gipfeltreffen vor allem unter wahltaktischen Gesichtspunkten nutzen ... Der Schlüssel für die Stuttgarter Gipfelprobleme liegt beim Geld. Der EG droht jetzt der finanzielle Kollaps. Finanzminister Stoltenberg weigert sich bisher, noch mehr an Brüssel zu zahlen. Außenminister Genscher und Agrarminister *Kiechle* sehen das anders. Ein Zusammenbruch der Gemeinschaft würde nach ihrer Ansicht teuer zu stehen kommen.

Süddeutsche Zeitung

Das Münchner Blatt befaßt sich mit der neuen Genfer Abrüstungsrunde:

Die Hauptverantwortung für das schlechte Klima, in dem die Genfer *Verhandlungen fortgesetzt* werden, liegt also bei den Sowjets. Wenn überhaupt eine Aussicht auf Erfolg besteht, dann nur, weil auch die Sowjets das Wettrüsten fürchten, das einsetzt, wenn in Genf kein Durchbruch gelingt ... Da die Sowjets trotz der von Andropow angedeuteten Konzessionen immer noch unerfüllbare Forderungen stellen, kann die Abrüstungsdebatte in der Bundesrepublik nur sinnvoll geführt werden, wenn sie zu den Prinzipien eines Abkommens zurückkehrt. Mindestens zwei können nicht aufgegeben werden – die Verkoppelung mit dem amerikanischen Abschreckungspotential und ein Gleichgewicht auf möglichst niedrigem Niveau.

Reagans MX-Programm und das Fenster der Verwundbarkeit

Mit neuen Raketen in den alten Silos wird Amerikas Sicherheit nicht sicherer / Von Adalbert Bärwolf

Seit der amerikanische Fliegerhauptmann Gerald Winchell aus Cleveland vor bald 24 Jahren auf dem kalifornischen Abschußkomplex Vandenberg den Befehl gab, die 12. Atlasrakete der Serie „Dora" zu starten, verfügen die Vereinigten Staaten über einsatzfähige ballistische Interkontinentalwaffen mit atomaren Gefechtsköpfen. Das 130 Tonnen schwere Geschoß flog bis zu der mehr als 7000 Kilometer entfernten Insel Wake Island. Von jenem Tage an galt beim Strategischen Bomberkommando SAC der Grundsatz: launch under attack, Start bei Angriff.

Doch dieser Vorsatz wäre im Ernstfall bei einem Überraschungsangriff sowjetischer Fernraketen nicht so einfach zu verwirklichen gewesen. Denn die sensiblen Atlas-Raketen hätten erst in einem umständlichen und zeitraubenden Betankungsprozeß mit superkaltem Flüssigsauerstoff bei einer Temperatur von minus 183 Grad gefüllt werden müssen. Und auch der damals verwendete Treibstoff RP-1 war nicht lagerbar. Wäre eine Sowjetrakete auf Vandenberg abgefeuert worden und hätte dieses Geschoß sein Ziel auch nur annähernd getroffen, hätte die Konzeption „launch under attack" kaum in die Tat umgesetzt werden können. Bei einem Sowjettreffer in der *Nähe von Vandenberg hätte* die Atlas noch auf der Startrampe gestanden. Dennoch war dieses startlahme Ferngeschoß bis 1964 Träger der massiven nuklearen Vergeltung. Danach kamen die Waffen mit lagerbaren Treibstoffen, die eine neue Strategie ermöglichten.

In der Übergangszeit von rund 20 Jahren, die noch heute anhält, ist Amerikas ballistische Vergeltungsmacht mit lagerbaren und festen Treibstoffen alarmstartfähig in unterirdischen Festungen verbunkert. Bei Alarm oder der Gewißheit eines Angriffs muß nicht gestartet werden. In den 20 Jahren bestand eine große Wahrscheinlichkeit, daß neben U-Booten und Bombern eine ausreichende Streitmacht des dritten Beins der Abschreckung einen „Angriff" überleben könnte. *Der Gegner konnte nicht wissen,* wie die Amerikaner bei einem Angriff reagieren würden: Computeranalyse mit der Einschlagvoraussage abwarten, alle Raketen sofort starten oder einen Teil der Streitmacht zurückhalten? Die vor dem Überdruck des atomaren Effektes mehr oder weniger geschützten Raketen ließen der Führung Spielraum.

Das Bild hatte sich aber Ende der 70er Jahre geändert. Die Zielgenauigkeit der Sowjetraketen hatte nach offizieller Darstellung des Pentagon derart zugenommen, daß die 1000 Minuteman-Raketen in den 1000 Bunkern verwundbar wurden. Deswegen wollte Präsident Carter die geplante neue Rakete MX im Konzept „Racetrack" mobil stationieren. Aber es blieb nur beim Gerede. Auch Reagan konnte später das „Fenster der Verwundbarkeit" nicht schließen. Seine Vorschläge, die MX in stärker zu panzernde alte Silos zu stekken oder die Geschosse so dicht zu lagern (dense pack), daß sich die angreifenden Atomköpfe des Gegners selbst zerstören würden, stießen im Kongreß auf taube Ohren. Schließlich setzte Reagan einen überparteilichen Ausschuß ein, der zu dem Schluß kam, die Stationierung von zunächst 100 MX in alten Löchern mit neuen Abrüstungsvorschlägen (Aufrechnung von Köpfen statt Trägern bei starker Reduzierung der strategischen Nuklearwaffen) zu koppeln. Gleichzeitig solle für den Zeitraum 1991 eine neue kleine und mobile Interkontinentalrakete mit nur einem *einzigen Atomgefechtskopf* geplant werden.

Der Plan, dessen wichtigstes Element die Bindung an eine Initiative zur drastischen Verringerung der strategischen Atomsprengköpfe darstellt, wäre mit den bestehenden Ost-West-Verträgen vereinbar: Es würden keine neuen festen Startanlagen gebaut, keine Silodurchmesser überschritten werden. Die MX würde zunächst als die eine neue Rakete gelten, die beiden Seiten im SALT-Vertrag zugestanden wird. Da SALT-2 aber 1985 ausläuft, wäre danach als Ergebnis neuer Verhandlungen die mobile Fernrakete mit nur einem Sprengkopf als stabilisierendes Element möglich.

Die von Präsident Reagan aufgegriffenen Empfehlungen des Scrowcroft-Ausschusses spielen *auf Zeit. Das Zählen von Trägern* (Launchers) und nicht von Gefechtsköpfen (Warheads) bei den SALT-Verhandlungen über die Begrenzung der strategischen Rüstung hatte den Sowjets einen Vorteil eingebracht. Denn sie besaßen die stärkeren Träger, die ganz einfach mehr Atomlast und damit mehr Atomköpfe schleppen können. Würden künftig nur die Köpfe *gezählt* werden, würde die Partie wieder patt stehen und damit ein Beitrag zur Stabilität geleistet werden.

Doch über dieser anvisierten neuen Abrüstungsvariante hängen große Fragezeichen. Wie soll denn überwacht werden, wieviele Gefechtsköpfe sich unter der aerodynamischen Verkleidung einer Interkontinentalrakete befinden? Raketen als Träger *lassen sich* durch kosmische Aufklärung zählen, Atomköpfe nicht. Hofft man in Washington, daß sich die Sowjets zu einer Inspektion ihrer nuklearen Waffen an Ort und Stelle bereiterklären?

Vorläufig zählen weiterhin die Träger, die in Amerika in ihrer neuesten Version in die alten Löcher gesteckt werden sollen. Das bedeutet Verwundbarkeit bis wenigstens 1991. Verwundbarkeit aber heißt, daß sich Amerika wieder der Strategie nähert, die schon 1959 galt, als die silbrige Hülle der Atlas mit einer Atombombe auf der Spitze an der *kalifornischen Küste* stand: Start bei Angriff.



Beim Gruner + Jahr-Flaggschiff „Stern", nach der Affäre um die gefälschten „Hitler-Tagebücher" in schwere See geraten, sind heftige interne Auseinandersetzungen aufgebrochen. Die Redaktion rebelliert gegen die neuen Chefredakteure Johannes Gross und Peter Scholl-Latour, von denen sie einen „Rechtsruck" befürchten. Der Lieferant der „Tagebücher", Konrad Kujau, stellte sich unterdessen den deutschen Behörden und präsentierte den „großen Unbekannten".



Die neue Troika beim „Stern": Peter Scholl-Latour, Henri Nannen und Johannes Gross (von links) FOTO: FRAATZ/DPA

Von der Blamage in die Kraftprobe

Von UWE BAHNSEN

Die schneeweiße Motoryacht „Carin II", die einst Reichsmarschall Hermann Göring gehörte und nun dem gefeuerten „Stern"-Reporter Gerd Heidemann, dümpelt im schmutzigen Hafenwasser. Das schmucke Schiff, Schauplatz vieler Gespräche des Journalisten mit Informanten aus den oberen Rängen des NS-Regimes, liegt wohlvertäut am Ponton einer Yachtwerft im Hamburger Stadtteil Billwerder.

Eigner Heidemann hatte vor dem großen Knall beim „Stern" umfangreiche Überholungs- und Umrüstungsarbeiten an seinem Schiff in Auftrag gegeben. Sie sind auch zum großen Teil bereits ausgeführt worden, doch derzeit regt sich nichts auf der Yacht. Über die hinteren Aufbauten ist eine hellblaue Plastikplane gezogen. Zwei Werftbesitzer an der Billwerder Bucht lassen das Schiff nicht aus den Augen; der eine bedient sich dazu eines Feldstechers. Sie betrachten die „Carin II" offenkundig als Sicherheit.

Der Vergleich zwischen Heidemanns Schmuckstück und dem Gruner-und-Jahr-Flaggschiff „Stern" drängt sich auf: Auch bei der Illustrierten haben sich grundlegende Reparaturen als nunmehr gänzlich unaufschiebbar herausgestellt und das unter den Augen einer äußerst sensibilisierten Gruner + Jahr-Belegschaft und der ebenso argwöhnisch dreinblickenden Öffentlichkeit im In- und Ausland. Anders als Heidemann bei seiner Yacht wollen freilich die Eigentümer des „Stern" die erforderlichen Maßnahmen zur Stabilisierung des schwer angeschlagenen Blattes unverzüglich und durchgreifend bewerkstelligt sehen.

Der Mehrheitsaktionär Bertelsmann und der Minderheitsaktionär John Jahr haben die Überzeugung gewonnen, der Skandal um die „Hitler-Tagebücher" sei nicht das sozusagen einmalige Ergebnis unglücklicher Umstände, sondern über Jahre hinweg entwickelter Zustände im „Stern". Eine Kommission mit umfassenden Befugnissen zur Recherche im Verlag und in der Redaktion soll ermitteln, wie es zu dieser Affäre kommen konnte und damit zugleich Entscheidungsgrundlagen für eine notwendige Reorganisation liefern.

Noch wichtiger und eiliger aber war es für die Anteilseigner, unverzüglich die zusammengebrochene journalistische Reputation des „Stern" durch Personalentscheidungen mit Signalcharakter wiederherzustellen. Der Beschluß, Johannes Gross und Peter Scholl-Latour zu Chefredakteuren und Herausgebern zu bestellen und beide darüber hinaus als G + J-Vorstandsmitglieder noch weiter abzustützen, soll nach dem Willen von Reinhard Mohn, Vorsitzender des Bertelsmann-Aufsichtsrats und John Jahr, das Vertrauen der Leser und der Werbung treibenden Wirtschaft wiederherstellen – dafür steht vor allem der bisherige „Capital"-Herausgeber Gross. Das arg ramponierte internationale Image des „Stern" soll vor allem Scholl-Latour wiederherstellen und Henri Nannen wird zunächst bis Jahresende in dieser Führungs-Troika das Element der Kontinuität repräsentieren.

Mohn, Jahr und Anteilseigner Gerd Bucerius sind offenkundig entschlossen, in dieser für das Blatt äußerst kritischen Situation den am Wochenende in voller Schärfe ausgebrochenen Konflikt mit der Redaktion durchzustehen. John Jahr machte dies mit der dürren Feststellung deutlich: „Die Berufung der Herren Gross und Scholl-Latour ist unumstößlich." Bucerius, Aufsichtsratsmitglied bei Gruner + Jahr und der Bertelsmann AG, wies den Vorwurf der „Stern"-Redaktion, Gross und Scholl-Latour bedeuteten einen Rechtsruck in der Linie des Blattes, energisch zurück: „Das ist doch kein Rechtsruck. Scholl-Latour ist kein Rechter, und Gross ist viel zu intelligent, um sich auf solche Klischees festlegen zu lassen."

Die Redaktion freilich sieht das ganz anders. Kaum hatten „Stern"-Herausgeber Henri Nannen und Vorstandsvorsitzender Gerd Schulte-Hillen am Freitag vormittag in der Konferenz die Berufung der beiden Journalisten mitgeteilt und dafür die ersten empörten Vorwürfe kassiert, als die Redaktion sich auch schon gegen die beiden neuen Chefredakteure munitionierte:

Eilends wurden Belege dafür zusammengetragen, daß Gross und Scholl-Latour konservativen Wertvorstellungen verbunden und für die „fortschrittlich-liberale Linie" des „Stern" nicht die richtigen Journalisten-Persönlichkeiten seien.

Nach der turbulenten Vollversammlung der Redakteure am Freitagabend – die zu dem Ultimatum an den G + J-Vorstand führte, die Berufung der Chefredakteure bis Sonntag mittag 14 Uhr rückgängig zu machen, und die bei den Journalisten zudem mit der Forderung der Redaktion konfrontierte, ihre Ämter gar nicht erst anzutreten – kam es am Sonnabend zu zwei Gesprächen zwischen dem Redaktionsbeirat und den beiden künftigen Redaktionsschefs. Gross bekräftigte, er werde in der kommenden Woche seinen Posten antreten; auch Scholl-Latour ließ keinen Zweifel daran, daß er Mitte Juni sein Amt übernehmen werde.

Der Sprecher des Redaktionsbeirats, Rainer Fabian, kommentierte das mit der Feststellung, die Redaktion sei „entsetzt" und könne mit beiden nicht zusammenarbeiten. Die symbolische Besetzung der Redaktion werde fortgesetzt. Die Redakteure könnten „nicht begreifen und nicht verstehen, daß ihre Argumente nicht verstanden oder begriffen werden". Sie hielten es nach wie vor nicht für tragbar, daß eine Chefredaktion eine Redaktion gegen deren Willen führen wolle.

Während in jedem Ressort der „Stern"-Redaktion Redakteure „Wache hielten" – jeweils für vier bis sechs Stunden, und zwar in einer Stimmung, die ein „Stern"-Redakteur als „verbittert, müde und zum Teil ohne große Hoffnung" charakterisierte – wurde der einstige Star-Reporter des „Stern", Gerd Heidemann, am Sonnabend nachmittag zum Ziel einer Polizeiaktion: Beamte der Hamburger Staatsschutzabteilung durchsuchten am Nachmittag zunächst seine Wohnung im Villenvorort Blankenese und dann am Abend ein von Heidemann angemietetes Lager im Stadtteil Pöseldorf, in dem sich NS-Dokumente und umfangreiche sonstige Materialien befunden haben sollen. Gegen Heidemann ermittelt die Hamburger Staatsanwaltschaft, nachdem „Stern"-Herausgeber Henri Nannen seinen einstigen Mitarbeiter wegen dringenden Betrugsverdachts angezeigt hatte.

Der Lieferant der gefälschten „Hitler-Tagebücher", der Stuttgarter Kaufmann Konrad Kujau, war zu diesem Zeitpunkt bereits nach Hamburg gebracht worden, nachdem er sich am Samstagmorgen den Behörden in der Bundesrepublik an einem bayerischen Grenzübergang gestellt hatte. Am Sonnabend nachmittag ließ er durch seine Anwälte in Stuttgart erklären, der gegen ihn im Zusammenhang mit den gefälschten Hitler-Tagebüchern erhobene Betrugsvorwurf sei unberechtigt. Er sei von der Echtheit des Materials überzeugt gewesen; den Vorwurf, er habe die Tagebücher selbst gefälscht, nannte Kujau „absurd", da er die Sütterlin-Handschrift weder lesen noch schreiben könne. Zugleich wolle er allen „Vorwürfen, Verdächtigungen und Spekulationen" und vor allem der Behauptung entgegentreten, er habe vom „Stern" insgesamt neun Millionen Mark für die Tagebücher erhalten. Im Jahre 1978, so ließ Kujau erklären, habe er Kontakt zu einem „gewissen Herrn Mirdorf" bekommen, der ihm Sammlerobjekte, teils aus der NS-Zeit, günstig verkauft habe. Nach einer gewissen Zeit habe Mirdorf ein Tagebuch von Hitler angeboten, das dann der frühere NS-Archivar Priesack und der Stuttgarter Historiker Jäckel als echt bezeichnet hätten. Priesack habe gesagt, das Buch müsse aus einer abgestürzten Maschine der Führer-Flugstaffel stammen. Zur gleichen Zeit habe der „Stern"-Reporter Gerd Heidemann nach dem „Hitler-Schatz" gesucht, von Priesack und dem Waiblinger Industrievertreter Fritz Stiefel von dem Tagebuch erfahren und dann 1980 Kontakt mit ihm, Kujau, aufgenommen. Der Journalist habe ihn gedrängt, weitere Tagebücher zu beschaffen. Heidemann habe zunächst ein Handgeld von 150 000 Mark offeriert. Kujau gab weiter an, er habe dieses Geld abgelehnt, doch „eine von Herrn Heidemann mitgebrachte blaue Gala-Uniform von Göring, die mich sehr begeisterte, veranlaßte mich, auf seinen Wunsch einzugehen". Bei der Beschaffung der Tagebücher sei „ein Herr Lauser, den ich durch Herrn Mirdorf kennengelernt habe", beteiligt gewesen.



Gerd Heidemann und seine Göring-Yacht „Carin II" FOTO: AP

Noch hat der Sprengmeister „Il monte" nicht überlistet

Von KNUT TESKE

Wochenlang hatten Hunderte von Wissenschaftlern, Technikern und Arbeitern am Berg hantiert, Hunderttausende von Kubikmetern Erde für einen künstlichen Seitenkanal waren bewegt worden. In der Nacht zum Sonnabend um 4.05 Uhr stand dann plötzlich nur noch ein Mann im Lichtkegel des gewaltigen Scheinwerfers der italienischen Carabinieri, der 500 Meter weit hinlangte: Rolf Lennart Abersten, der Sprengmeister. Vor ihm die Wand, in der 20 Zentner Dynamit steckten, dahinter die 1000 Grad heiße Lava, die in den neuen Kanal umgeleitet werden sollte, und über ihm die Glutwolken des lodernden Ätna – eine Szene wie ein Inferno.

Die Hilfstruppen hatten sich einen halben Kilometer weit hinter kugelsicheres Glas und Erdwälle zurückgezogen. Hupzeichen, Leuchtraketen, vier Fanfarenstöße, danach eine Stille wie im Konzertsaal: der Augenblick der Entscheidung. Sizilianische Operette vor dramatischer Naturkulisse. Dann ein Knall, ein Spritzen – 500 Tonnen Gesteinsmasse fliegen durch die Luft. Dann warten: Kommt die Lava, nimmt sie das neue Flußbett an oder reichten 20 Zentner Dynamit doch nicht, die Natur zu überlisten?

Minuten der Ungewißheit, dann kommt die Lava in 2200 Metern Höhe durch die neue Kurve, bockt, staut sich auf, bricht rechts und links aus und windet sich endlich in das neue Bett. Beifall kommt von den rund 500 Augenzeugen dieser Weltpremiere. Zum ersten Mal in der Geschichte hat der Mensch erfolgreich Hand an einen Vulkan gelegt – ein Eingriff, der indes viel tiefer geht: Denn wer den Lavafluß verändert, der spielt plötzlich Schicksal, etwas, das bisher verboten war. So verstieß dieses Experiment denn auch gegen geltendes italienisches Recht. Das Gesetz von 1882 bestimmte, daß die Magma-Masse auf dem Weg ins Tal unangetastet bleiben muß. Wen es traf, wessen Hab und Gut durch sie vernichtet wurde, der nahm es wie ein Gottesurteil, gegen das es keine Berufung gab. Die Parole hieß Glauben, Hoffen und Beten.

Das ist jetzt anders. Das Gesetz hat seit dem Wochenende seinen Sinn, seinen fatalistischen Grundgedanken verloren, wenn sich der Mensch damit auch weitere Verantwortlichkeit aufgehalst hat. Ein Fall nunmehr für die irdischen Instanzen, falls so etwas in Zukunft schiefgeht.

Die Genugtuung beherrschte am Wochenende die Schlagzeilen: „Etna vinto" – Ätna besiegt – heißt es in der Balkenüberschrift von „La Sicilia". Die Zeitung koppelte diese Premiere gleich mit einem eigenen hausinternen Novum und präsentierte ihren Lesern die Lavaflut auf Seite 1 – rot eingefärbt.

Haroun Taziess, der französische Altmeister der Vulkanologen, spricht von einem Erstversuch, der optimal gelungen sei. Anders sah es später der Experte vor Ort, der meinte: „Die erste Runde im Kampf mit dem Ätna ist unentschieden ausgegangen." Nach etwa 600 Metern war nämlich der Lavastrom in dem künstlichen Kanal beinahe zum Stillstand gekommen, während sich die glühende Masse in ihrem Hauptstrom weiter vorwärts wälzte, wenngleich langsamer. Gestern waren dann Bemühungen im Gange, den Seitenkanal weiter freizubaggern, um den Abfluß der Lava zu erleichtern. Die Gefahr für die Ortschaften Rocca und Ragalna scheint noch nicht völlig gebannt zu sein.

Die Diskussion um diesen Eingriff hält an. Bezeichnenderweise haben die wissenschaftlichen Argumente der Gegner dieses Unternehmens auf Sizilien nie den Nachhall gefunden wie anderswo. In der Bevölkerung traute man der internationalen Expertengruppe schon zu, die Flut erfolgreich ans Gängelband zu nehmen, nicht aber auch, den Berg genauso erfolgreich zu besänftigen. Diese Furcht, die wiederum außerhalb der Insel kaum gewürdigt wurde, spielt hier unter den Ätna-Bauern die entscheidende Rolle.

Von „Frevel" am Berg ist die Rede. Von der Furcht, „il monte" werde sich rächen. Der Berg, den nicht wenige Zeitungen hierzulande auch heute noch nur in Großbuchstaben schreiben, wie früher „Jahwe" im Alten Testament, ist für diese Menschen sakrosankt. „Il monte" ist nicht nur ein Berg, er ist ein ganzes Gebirge mit Schründen und Abgründen. Hunderte von Nebenkratern „zieren" ihn wie Warzen. Die Mehrheit der Anrainer hat ihn in seinen höheren Regionen nie betreten. Für sie ist „il monte" ein Souverän, den man besser in Ruhe läßt.

Diese tiefverwurzelte Furcht haben nicht allein die Bauern, die im Banne dieses seltsamen Berges stehen. Man findet sie auch bei Wissenschaftlern oder Touristen. Daran hat sich seit Menschengedenken nichts geändert. Unterschiedlich ist immer nur die Abhängigkeit vom Berg – und da ist nun einmal die der Bauern am größten. Es fällt vielen schwer, sich der Suggestion zu erwehren, die vom Ätna ausgeht.

Die griechische Mythologie, die das Erlebnis „Vulkan" schon aufgenommen hat, nicht aber wissenschaftlich zu erklären vermochte, personifizierte es, um sich einen Reim darauf zu machen. Das Erlebnis war augenscheinlich so majestätisch, daß man seinen Ursprung im Reich der Götter ansiedelte.

Seit dreißig Jahren hat der Franzose Taziess kaum mehr einen Ausbruch des „monte" oder anderer Vulkane versäumt. Es zieht ihn magisch an, hinter die Gesetzmäßigkeiten ihrer Eruptionen zu kommen. Dafür kriecht er in sie hinein, selbst in Stunden höchster Gefahr, während eines Ausbruchs.

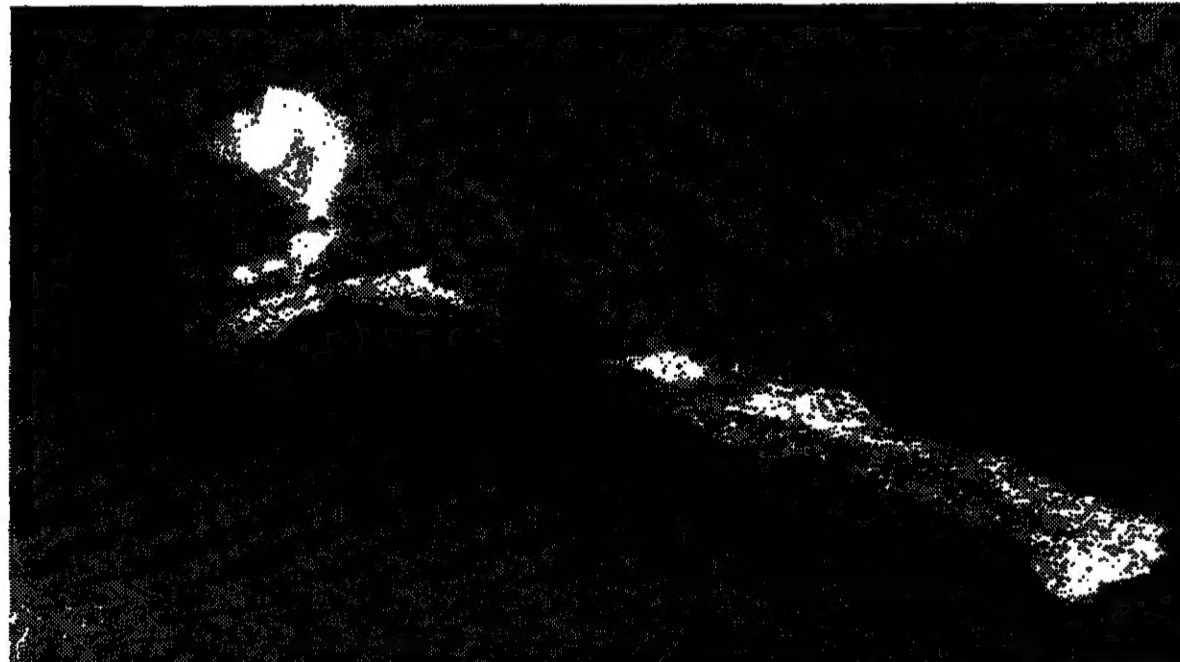
Empedokles, dem griechischen Philosophen und Naturwissenschaftler, ging es schon vor rund zweieinhalbtausend Jahren nicht anders. Nachdem er das Grollen des Berges zum ersten Mal vernommen hatte, hatte es ihn immer und immer wieder an den Rand des Kraters getrieben, um der Schmiede des Hephästos, die man damals auf seinem Grund vermutete, auf die Schliche zu kommen.

Die Legende besagt, daß Empedokles sich eines Tages in die geheimnisvolle Tiefe gestürzt habe. Mag man auch darüber lächeln, sein Mythos ist lebendig geblieben. Sein Name ist heute in jedem zweiten Dorf rund um den Ätna auf Straßenschildern festgehalten – ein Synonym für die Hingabe an das Unergründliche, dem man an diesem Ort besonders nahe zu sein scheint.

Für Taziess ist die Vulkanologie auch heute noch keine exakte Wissenschaft. Ein Sammelsurium von Wissen, Hypothesen und Fingerspitzengefühl. Die Vulkanologen sind nicht in der Lage, einen Ausbruch oder sein Ende einigermaßen zuverlässig vorherzusagen. Erst recht sind sie bei einem Bergmassiv wie dem Ätna, der im Durchmesser 36 Kilometer mißt und 1200 Quadratkilometer Fläche bedeckt, hilflos, wenn sie die Ausbruchstelle der Lava benennen sollen.

Rund 140 Eruptionen sind bisher beim Ätna registriert worden. Fast immer suchte sich die Lava dabei neue Wege nach draußen. Schon diese Tatsache relativiert den Erfolg vom Wochenende ein wenig. Sollte der nächste Ausbruch in Richtung besiedelten Gebietes nicht so günstige Alternativen anbieten wie der jetzige, dann müßte man die Lava wie bisher laufen lassen. Sprengungen – wohin?

Dabei ist der jetzige Ausbruch – so grandios das Naturschauspiel vor allem nachts ist – noch „eher durchschnittlich", wie Taziess urteilt. Schätzungsweise 35 Millionen Kubikmeter Magma hat er bislang in 46 Tagen abgegeben. Bei der Katastrophe von 1669 spie er die dreiunddreißigfache Menge aus; das entsprach einem „Würfel" mit einer Kantenlänge von einem Kilometer. Die Flüssigkeit, die aus einer nahezu 15 Kilometer langen, eineinhalb Meter breiten Radialspalte drei Tage nach einem Erdbeben rann, erreichte damals Catania, überspülte es teilweise und ergoß sich noch 700 Meter weit ins Meer. Die beiden Zwillingskegel „monti rossi" oberhalb von Nicolosi sind dabei entstanden. Goethe hat es sich 1787 nicht nehmen lassen, sie zu besteigen. Den Ätna-Gipfel erreichte er nicht. Damals wie heute lag er Anfang Mai in Schnee verhüllt.



Nach der nächtlichen Sprengung: Glühende Lava bahnt sich ihren Weg durch den künstlichen Kanal. FOTO: AP

Infas: Koalition im Aufwind

gba, **Stuttgart**

Die Wähler würden ihre Entscheidung vom 6. März zugunsten der Bonner Koalition bestätigen, wenn jetzt erneut Bundestagswahl wäre. Das geht aus Untersuchungen des Instituts für angewandte Sozialwissenschaften (Infas) hervor. Im Süddeutschen Rundfunk erklärte Infas-Geschäftsführer Klaus Liepelt, zehn Wochen nach der Wahl würden CDU/CSU mit 49,5 Prozent sogar noch etwas besser abschneiden als im März. Die SPD bekäme nach diesen Erhebungen wieder 38 Prozent. Auch Grüne und FDP kämen wieder in den Bundestag. Im Augenblick lägen beide bei etwa sechs Prozent. Nach wie vor aber sei die FDP gefährdet, weil für die im Herbst anstehenden Landtagswahlen in Hessen und in Bremen die Gefahr nach wie vor nicht auszuschließen sei, daß die Liberalen an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern.

Bonn weist Protest der „DDR" zurück

dpa, **Bonn**

Das Bundeskanzleramt hat am Wochenende einen Protest der „DDR" gegen die angebliche Zerstörung von Grenzanlagen durch Bundesbürger zurückgewiesen: Es gebe für die Berechtigung der Ostberliner Vorwürfe, in denen auch von Unterlassungen westdeutscher Behörden die Rede war, keinerlei Anhaltspunkte. Die Ständige Vertretung der „DDR" in Bonn hatte im Kanzleramt gegen einen „erneuten verbrecherischen Anschlag" protestiert, bei dem im Raum Benneckenstein (Bezirk Magdeburg) Unbekannte von der Bundesrepublik aus in „DDR"-Gebiet eingedrungen seien und „gewaltsam Grenzsicherungsanlagen" zerstört hätten.

Flucht über fünf Grenzen

AP, **Ludwigshafen**

Ein 28jähriger Meßgeräte-Mechaniker aus der Tschechoslowakei hat auf seiner Flucht in die Bundesrepublik Deutschland in den vergangenen zehn Tagen fünf Grenzen und rund 2000 Kilometer hinter sich gebracht. Der Mann, der jetzt in Schifferstadt um politisches Asyl ersucht, war zunächst legal mit seinem Auto nach Ungarn gefahren. Um von dort aus nach Jugoslawien zu gelangen, durchschwamm er den Fluß Drava. 48 Stunden später, an seinem Geburtstag, kam er zu Fuß über die grüne Grenze nach Italien. Von dort ging es weiter am Mittelmeer entlang durch Frankreich bis ins Elsaß – zu Fuß, per Anhalter und mit der Eisenbahn. Durch einen Grenzwald gelangte er schließlich auf deutschen Boden.

Noch Hoffnung für Sacharow

dpa, **Hamburg**

Der in den USA lebende Schwiegersohn des sowjetischen Friedensnobelpreisträgers Andrej Sacharow gibt „die Hoffnung nicht auf, daß Sacharow doch die Sowjetunion verlassen darf". Gegenüber der „Bild am Sonntag" erklärte Efrem Jankelewitsch, daß der Entscheidungsprozeß über die Ausreise noch im Gange sei. Der Physiker soll neben der Einladung aus Wien auch einen Arbeitsplatz an einem US-Krebsforschungszentrum in Kalifornien angeboten bekommen haben. Von diesem Angebot sei, so die „Bild am Sonntag", auch der sowjetische Parteichef Jurij Andropow informiert worden. Die sowjetische Nachrichtenagentur Tass hatte *in der vergangenen Woche* verbreitet, daß der seit 1980 in Gorki in der Verbannung lebende Sacharow dem Ruf der Universität Wien nicht folgen dürfe.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Rechtsanwälte geben den Richtern contra

Anwaltstag warnt vor Einschränkungen im Verfahren

H.-H. HOLZAMER, **Essen**

Der 13. Deutsche Richtertag in München hatte die Anwaltschaft in Aufregung versetzt und gleichzeitig in Zugzwang gebracht. Dort war die Behauptung aufgestellt worden, durch wachsende Prozeßwut um ihr Einkommen besorgter Rechtsanwälte sei die Überlastung der Gerichte mit verursacht worden. Dieser für das Selbstverständnis des Anwalts böse Satz hatte zwar keinen Eingang in offizielle Beschlüsse der deutschen Richterschaft gefunden, aber er stammte immerhin von einem der höchsten und zugleich profiliertesten deutschen Richter.

Daher gaben die Anwälte auf dem 42. Deutschen Anwaltstag in Essen, der am Wochenende seinen Abschluß fand, contra. Karl-Peter Winters, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Anwalt-Vereins (DAV): „In der Zeit von 1957 bis 1981, das heißt in einem Vierteljahrhundert, ist die Gesamtzahl der erledigten erstinstanzlichen Zivilverfahren von 1,2 Millionen auf 1,47 Millionen gestiegen, also um 22,6 Prozent. In etwa der gleichen Zeit stieg die Zahl der Richter in der ordentlichen Gerichtsbarkeit von 8883 im Jahre 1957 auf 12 968 im Jahre 1981, das heißt um 45,9 Prozent."

Hinzu komme, so Winters, „daß in großem Umfang auf den Rechtspfleger Aufgaben übertragen worden sind, die bis dahin von den Zivilrichtern mit wahrgenommen wurden". Ihre Zahl sei in den letzten 25 Jahren „ganz erheblich angestiegen".

Der Deutsche Anwaltstag bemühte sich – trotz dieser Vorwürfe – in Essen um eine differenzierte Betrachtung. Der durch Ludwig Koch als DAV-Präsident abgelöste Hans-Jürgen Rabe: „Wir warnen erneut davor, pauschal von der Überlastung der Gerichte oder gar dem drohenden Zusammenbruch *der Rechtspflege zu sprechen.*" Die Anwälte plädierten vor allem für differenzierte Lösungen in den Bereichen, wo auch sie eine Überlastung der Justiz sehen, so bei der Verwaltungs- und Finanzgerichtsbarkeit und bei den Amtsrichtern, die mit Bußgeldverfahren betraut sind.

Oft würden schon kleine Korrekturen helfen, so Winters gegenüber der WELT, um zahlreiche Richter zu entlasten. „Würden im Flensburger Verkehrszentralregister nur noch Sünder ab 100 oder 120 Mark notiert und nicht wie bisher ab 40, könnten 300 Richterstellen gespart werden." Denn nur wegen der Punkte würden in der Regel gegen Bußgeldbescheide Einsprüche eingelegt.

Ein weiterer Punkt des anwaltlichen Zorns ist die kurze Einspruchsfrist von einer Woche bei Strafbefehlen. „In dieser Zeit soll der Betroffene sich mit einem Anwalt beraten und eine Meinung gebildet haben, ob er den Strafbefehl rechtskräftig werden läßt?" fragt Winters. *Da müsse doch immer zur* Wahrung der Rechte Einspruch eingelegt werden. Keiner käme seiner Meinung nach zu Schaden, erhöhte man diese Frist auf vier Wochen, viele Prozesse aber würden vermieden.

Die Anwälte halten auch nichts davon, durch Verkürzung der Rechtszüge der Gerichtsüberlastung abzuhelfen. So gebe es bereits in der Finanzgerichtsbarkeit nur zwei Instanzen, und doch schwellten hier die Verfahren an. Winters in seinem Jahresbericht: „Wie kann die steigende Zahl von Steuerprozessen angesichts der Steuergesetzgebung überraschen? Muß nicht ein Gesetz wie die Investitionshilfeabgabe, dem bei der Anhörung im Deutschen Bundestag fast alle namhaften Staatsrechtslehrer die Verfassungswidrigkeit bescheinigt haben, Steuerstreitigkeiten nachgerade provozieren?"

Eindringlich warnten die Anwälte davor, durch Einschränkungen im Verfahren und in der Rechtsstaatlichkeit Fehler, die anderswo gemacht wurden, reparieren zu wollen. Den Richtern empfahlen sie, die Organisation ihres Arbeitsablaufs zu prüfen und zu ändern. Rechtsanwalt Klaus Lindemann in seinem Referat zum Thema „Hausgemachte Überlastung der Zivilgerichte?": „Die Einschaltung von Organisationsfachleuten wäre zu *empfehlen.*"

Weiterbildung bleibt Sorgenkind

Der Antrag des Hartmannbundes kam auf dem Deutschen Ärztetag nicht durch

PETER JENTSCH, **Kassel**

Der 86. Deutsche Ärztetag ist mit der Bestätigung seines Präsidenten und des Präsidenten der Bundesärztekammer, Karsten Vilmar, in seinem Amt am Wochenende in Kassel zu Ende gegangen. Eine Woche lang hatten die 250 Delegierten, die die 178 119 Ärztinnen und Ärzte in der Bundesrepublik und West-Berlin vertreten, unter dem Thema „Perspektiven für die 80er Jahre" den Ärzteberuf im gesellschaftlichen Wandel diskutiert. Entschieden haben sie nur Nebensächlichkeiten.

Hat sich seit 1881 nichts geändert? Damals fand in Cassel der IX. Ärztetag statt. 86 Delegierte vertraten zu jener Zeit 111 Ärztevereine mit 6243 Stimmen. Sie erarbeiteten immerhin im „parlamentarischen Kampfe zwischen den verschiedenen Meinungen" die Grundlagen für eine „Deutsche Ärzteordnung". Und sie konnten für sich in Anspruch nehmen, was der damalige Geschäftsausschußvorsitzende Graf bei seiner Eröffnungsansprache in die Worte kleidete: „Wir aber wollen für uns nur das eine in Anspruch nehmen, daß wir in dieser Zeit des Werdens und oftmals aussichtslosen Kämpfens fest und mannhaft gestritten und, soweit unser Können und Wissen reichte, unsere Pflicht gethan haben."

Kritik an der Debatte durch die jungen Ärzte

Daß es mit der Pflichterfüllung angesichts der „Krise der Medizin" bei diesem Ärztetag nicht sonders gut bestellt war, machten die jungen Ärzte deutlich. Einer ihrer Sprecher, Helmut Becker, Vizepräsident der Ärztekammer Berlin, erklärte: „Der 86. Deutsche Ärztetag debattiert in dumpfer Atmosphäre an den Problemen der Gesundheitssicherung vorbei … Die Mehrheit der Delegierten kämpft um die Sicherung ärztlicher Einkommen statt um die Sicherung einer kostenwirksamen und problemgerechten Gesundheitsversorgung. Inhaltliche Perspektiven für die achtziger Jahre sind nicht vorhanden."

Zwei Stichworte sind gefallen: „Krise der Medizin" und „kostenwirksame und problemgerechte Gesundheitsversorgung". Die „Krise der Medizin" und mögliche Lösungen beschrieb in einem eindrucksvollen Referat Professor Hanns Peter Wolff, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates der Bundesärztekammer – und weniger Funktionär als Arzt (WELT vom 13. Mai). Doch es waren genau 42 Fragen bzw. kurze Diskussionsbeiträge, die sich mit seinem Thema, seinen Thesen befaßten.

Stichwort Nummer 2: „Kostenwirksame und problemgerechte Gesundheitsversorgung". Die Zahl der Jungmediziner spielt hier eine Rolle und ihre – nach übereinstimmender Meinung vieler Fachleute – mangelhafte Qualifikation. Der *Verlust an Qualität in der medizinischen Ausbildung* ist eine Folge der gestiegenen Zahl der Medizinstudenten: Zu wenig Patienten für zu viele Studenten und eine zu theoretische Ausbildungsordnung. Andererseits stehen im Verhältnis zu ihrer Gesamtzahl (11 000 Abiturienten *drängten 1982 ins Medizinfach*) zu wenig approbierte Jungmediziner angesichts der Kostensituation von den Kliniken übernommen. Folge: Im April 1983 gab es bereits gut 2800 arbeitslose Ärzte. Um der Arbeitslosigkeit zu entgehen, drängen immer mehr junge Mediziner nach ihrer Approbation in die freie Praxis – ohne je einen Armbruch gegipst oder eine Entbindung vorgenommen zu haben, also ohne allgemeinärztliche, praktische Berufserfahrung.

Professor Horst Bourmer, Vorsitzender des Hartmannbundes, stellte den Antrag I-6: „Pflichtweiterbildung". Darin heißt es: „Damit die kassenärztliche Versorgung auf allen Gebieten, insbesondere auch auf dem Gebiet der Allgemeinmedizin, alle modernen wissenschaftlichen Erkenntnisse und Erfahrungen *in Diagnostik und Therapie* sowie in Prävention und Nachsorge umfaßt, fordert der Deutsche Ärztetag die Pflichtweiterbildung, wobei … in der Weiterbildung der praktische Teil den theoretischen Teil weitaus überwiegt, … und mit absolvierter Weiterbildung die Voraussetzungen zur Zulassung zur kassenärztlichen Tätigkeit erfüllt sind." Hätte dieser Antrag Gehör gefunden – die Qualität der ärztlichen Ausbildung wäre keinen Zweifeln mehr unterworfen gewesen. Doch er kam nicht durch.

Denn zuvor hatten die Delegierten einem Antrag des Marburger Bundes, des Verbandes der angestellten Ärzte, vor allem also der Krankenhausärzte, zugestimmt. Darin hieß es, die Ausbildung zum Arzt sei mit der Approbation abgeschlossen, er habe damit „alle zur Ausübung des Berufes erforderlichen Kenntnisse und praktischen Fähigkeiten erworben". Das Medizinstudium, heißt es dann weiter, müsse „dafür alle notwendigen Voraussetzungen schaffen, einschließlich einer wiedereinzuführenden Medizinal- oder Pflichtassistentenzeit von zwei Jahren".

Verbesserte Qualität wird auf sich warten lassen

Nun könnte man meinen, zweijährige Pflichtassistentenzeit oder gleichlange Pflichtweiterbildung bewirkten doch letztlich beide eine Verbesserung der Ausbildungsqualität der Ärzte. Das freilich täuscht. Denn die Pflichtassistentenzeit zählte nach der Approbation zur Berufsausübung als Arzt, sie müßte vom Krankenhaus und damit von den Krankenkassen bezahlt werden. Doch die Kliniken werden dafür angesichts der restriktiven Kostenpolitik der Kassen keine neuen Stellen einrichten können. Der so hehr klingende Beschluß des Ärztetages – und das wußten die Delegierten – wird sich also als wirkungslos erweisen.

Die Pflichtweiterbildung als Zulassungsvoraussetzung für eine kassenärztliche Tätigkeit hätte dagegen die Universitätskliniken und damit den Staat in die Pflicht genommen, diese Stellen zu finanzieren. Dieser wiederum hätte sich an der Tarifstruktur der Krankenhausärzte schadlos gehalten. Dies eben wollten die Krankenhausärzte beim Ärztetag verhindern und haben es verhindert. Die Verbesserung der ärztlichen Qualität durch eine Pflichtweiterbildung wird auf sich warten lassen.

Paris–Bonn: Gemeinsame Nenner gesucht

A. GRAF KAGENECK, **Paris**

Über dem 41. deutsch-französischen Gipfel, der am Montag und Dienstag in Paris abläuft, steht kein guter Stern. Nicht nur, daß Treffen solcher Art schon längst keine Exklusivität von Deutschen und Franzosen mehr und inzwischen Allgemeingut der westlichen Öffentlichkeit geworden sind; Differenzen in Wirtschafts- und Geldpolitikfragen, die Beurteilung der Rolle des Dollar, unterschiedliche Entwicklung der beiden Volkswirtschaften, die hohe französische Verschuldung, die unterschiedlichen Ausgangspositionen für den Weltwirtschaftsgipfel im amerikanischen Williamsburg am Ende des Monats – das alles lastet als Zündstoff zwischen den beiden Gesprächspartnern Helmut Kohl und François Mitterrand.

Die französische Seite könnte um so gereizter auftreten als die letzte auswärtige Kreditaufnahme in Höhe von vier Milliarden Dollar bei der Europäischen Gemeinschaft, sprich der Bundesrepublik, *gezeichnet* wurde; denn das verletzte den französischen Nationalstolz, schwächte das Ansehen der sozialistischen Regierung im eigenen Volk weiter und könnte folglich zu französischen Minderwertigkeitskomplexen mit entsprechendem Auftreten verleiten.

Die deutsche Seite wird daher wahrscheinlich mit großem Taktgefühl auftreten und alle Möglichkeiten des Eingehens auf französische Wünsche ausschöpfen. Man wird den Partnern dem Vernehmen nach zu erklären versuchen, daß der begonnene wirtschaftliche Aufschwung in der Bundesrepublik auch Frankreich zugute kommen kann, wenn sich der liberale Trend in der französischen Wirtschaftspolitik unter den Ministern Delors und Fabius durchsetzt und jeder Versuchung des Protektionismus widerstanden wird.

Zum zweiten Male seit der Rede Mitterrands vor dem Bonner Bundestag, in welcher der französische Präsident eine bessere deutsch-französische Zusammenarbeit auf verteidigungspolitischem Gebiet befürwortete, werden die jeweiligen Verteidigungsminister, Hernu und Wörner, den beiden Delegationen angehören. Zusammen mit den Außenministern Genscher und Cheysson werden sie ihren in Bonn begonnenen Gedankenaustausch über Sicherheit in Europa und bilaterale Rüstungszusammenarbeit fortsetzen.

Es könnte in Paris dabei zum Abschluß eines Abkommens über den Bau eines gemeinsamen Panzerabwehrhubschraubers als Ersatz für den nicht zustandegekommenen gemeinsamen Panzer kommen. Bisher zögerte die deutsche Seite, weil sie einem amerikanischen Modell den Vorzug gab. Ein solches Abkommen würde der an spektakulären Ergebnissen armen militärischen Zusammenarbeit beider Staaten erheblichen Auftrieb geben. Frankreich ist dem Vernehmen nach bereit, auf diesem Wege sehr weit zu gehen, falls die andere Seite ihrerseits zu einem gewissen Entgegenkommen in spezifisch französischen Anliegen neigen würde.

Ende mit „Friedenskette"

Konferenz für atomare Abrüstung in Berlin beendet

hrk./DW. **Berlin**

Mit einer „Friedenskette" von 1500 Teilnehmern, die sich zwischen der polnischen Militärmission und dem portugiesischen Generalkonsulat spannte, ging am Wochenende die „2. Konferenz für europäische atomare Abrüstung" in Berlin zu Ende. Die rund 3000 Teilnehmer aus 25 Ländern forderten eine Volksbefragung zum Thema Nachrüstung und weitere gewaltfreie Aktionen gegen die geplante Raketenstationierung.

Der geplante „blockübergreifende Durchbruch" der Konferenz scheiterte jedoch, nachdem schon im Vorfeld die sogenannten „Friedensräte" im Warschauer Pakt ihre Teilnahme wegen angeblicher „Spaltungstendenzen" der Friedensbewegung abgesagt und die *„DDR"-Behörden die* Teilnahme von Mitgliedern vorwiegend der Jenaer Friedensszene verboten hatten.

Interner Streit über die Aktion von fünf prominenten Grünen am Himmelfahrtstag auf dem Ostberliner Alexanderplatz bestimmte das Finale der Konferenz. Während die Organisatoren der Konferenz sowie SPD-Fraktionschef Hans-Jochen Vogel den Vorgang kritisierten, sprachen die Grünen am Wochenende von „starken positiven Reaktionen in weiten Teilen der blockübergreifenden Friedensbewegung". Pressesprecher Heinz Suhr sagte, Anhänger der „DDR"-Friedensbewegung „Schwerter zu Pflugscharen" hätten in einer Stellungnahme die „solidarische Aktion" begrüßt.

Grüne distanzieren sich von der SPD

Hessische Landesversammlung spricht sich gegen jegliche Kompromißformeln aus

D. GURATZSCH, **Alsfeld**

Zwischen SPD und Grünen in Hessen werden die Gräben tiefer. Auf der Landesversammlung der Grünen in Alsfeld sprach sich die grüne Basis am Wochenende mehrheitlich gegen eine Erarbeitung neuer Kompromißformeln aus, mit denen die Zusammenarbeit mit der SPD nach der Landtagswahl vom 25. September wiederaufgenommen werden könnte. Für derartige Kompromißformeln hatten sich insbesondere Mitglieder der Kreisverbände von Kassel und Marburg eingesetzt. Die Gegenposition, die vor allem von den Frankfurter Grünen vertreten worden war, fand die Zustimmung von etwa zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder.

In der Diskussion äußerten sich zahlreiche Grüne enttäuscht über die Ergebnisse der vorübergehenden Zusammenarbeit mit der SPD. Diese Stimmungslage charakterisierte das Mitglied der grünen Landtagsgruppe, Rafael Keppel: „Wir sollten jetzt nicht in den Fehler verfallen, zu glauben, daß wir durch Annäherung an die SPD-Politik stark werden. Dann sind wir nämlich in der politischen Landschaft sehr bald überflüssig." Vielmehr seien die Grünen in Hessen durch die „Distanz zur Atom- und Betonpolitik der SPD" stark geworden.

Vorzeichen für das frostige Klima zwischen Grünen und SPD in Hessen hatten sich bereits wenige Tage zuvor auf einer Juso-Veranstaltung in Gießen ergeben. Hier war es der sozialdemokratischen Europa-Abgeordneten Heidi Wieczorek-Zeul nicht gelungen, eine gemeinsame Front von SPD und Grünen gegen den „CDU-Staat" zu schmieden. Hubert Kleinert von der grünen Bundestagsfraktion und Jan Kuhnert von der hessischen Landtagsgruppe hatten den Sozialdemokraten eine „starre Abwehrpolitik" gegenüber der „neuen politischen Kultur der Grünen" vorgeworfen. Den stärksten Beifall hatte SPD-Mitglied Reinhard Sander vom BUND für seine Bemerkung erhalten, dem schwierigen Dialog zwischen SPD und Grünen stehe vor allem Ministerpräsident Börner selbst im Wege. Der voraussichtliche SPD-Spitzenkandidat sei geradezu das Symbol einer „anti-ökologischen Grundposition in der Gesellschaft".

Das Verständnis für den Verfassungsschutz ist gewachsen

Von MANFRED SCHELL

Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) in Köln hat mit Heribert Hellenbroich (46) einen neuen Präsidenten erhalten, der sich durch solide und ebenso profunde Arbeit im schwierigen Feld des Staatsschutzes einen Namen gemacht hat. Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) hat sich für ihn entschieden. Die Ernennungsurkunde wird Hellenbroich in dieser Woche erhalten.

Den „Stellenwert" des neuen BfV-Präsidenten kann man auch daran erkennen, daß es um seine Berufung – Hellenbroich ist CDU-Mitglied und hat dies auch immer bekannt – keine politischen Diskussionen gegeben hat. Von dem früheren Bundesinnenminister Gerhart Baum (FDP) weiß man, daß auch er, hätte er vor der Wahl gestanden, Hellenbroich berufen hätte. Seit Juni 1981 ist Hellenbroich Vizepräsident des BfV gewesen, und ihm kommt auch heute entgegen, daß die Zusammenarbeit mit dem bisherigen Präsidenten Richard Maier auf „ständiger Präsenzpflicht" gründete. Das bedeutete zwar auch Doppelarbeit, aber hatte den Vorteil, daß Präsident und Vizepräsident auch in Detailfragen den gleichen Kenntnisstand hatten.

Man darf erwarten, daß Hellenbroich, jetzt in der Funktion des Amtsschefs, diesen Spielraum auch dem neuen Vizepräsidenten Stefan Pelny zubilligen wird, der SPD-Mitglied ist. Man würde Hellenbroich unterschätzen, würde man in ihm einen Präsidenten sehen, der einfach der bisherigen Linie folgt. Aus Gesprächen mit ihm weiß man, daß er durchaus dezidiert eigene Vorstellungen hat und diese auch realisieren wird. Dazu gehört eine „Verstärkung der operativen Arbeit".

Dies gilt aus seiner Sicht nicht für die Spionagebekämpfung, wo sie Grundlage jeden Erfolgs ist, sondern vor allem in den Bereichen des Terrorismus und des Linksextremismus. Darunter versteht Hellenbroich in erster Linie die „Arbeit mit Quellen", also „handfeste geheimdienstliche Arbeit", wie er es einmal genannt hat. Das BfV, so ist sein Selbstverständnis, hat nicht die Aufgabe, Politik zu machen, aber die Pflicht, den Politikern ein „vollständiges Bild" zu liefern. Davon unberührt soll die Auswertung sogenannter „offener Quellen" bleiben; etwa 80 Prozent der BfV-Berichte schöpfen daraus.

Hellenbroich spürt in jüngster Zeit mehr Verständnis, vielleicht auch Wohlwollen aus dem politischen Bereich für die Arbeit des Verfassungsschutzes. Die Vorwürfe, es sei eine „Schnüffelbehörde", sind seltener geworden. Der Auftrag des Verfassungsschutzes ist eindeutig im Gesetz beschrieben. In der Rechts- und Fachaufsicht unterliegt das BfV dem Bundesinnenminister. Zimmermann hat sicherlich ein offenes Ohr für die Belange des BfV, aber auch die kritische Distanz, die in einem so sensiblen Bereich zur Wahrung der Objektivität nötig ist. Eine parteipolitische Ausrichtung des BfV wird es unter Zimmermann und dem neuen Präsidenten Hellenbroich sicherlich nicht geben.

„Wir sind kein Chor der Klagenden"

Das BfV, das war auch unter der früheren Regierung so, wird, was den Personalbereich und auch die Sachmittel betrifft, gut bedient. Hellenbroich, der keine Einzelheiten nennen will, hat die Zufriedenheit für das Entgegenkommen aus der Politik so beschrieben: „Wir sind kein Chor der Klagenden." Dennoch, auch dies macht er deutlich, *leidet der Verfassungsschutz* unter rechtlichen Restriktionen, zum Beispiel in der Zusammenarbeit mit der Polizei und dem Bundesgrenzschutz. Datenschutz wird vom BfV akzeptiert, in rechtlich zulässiger Weise, auch wenn er, wie Hellenbroich es formuliert hat, einem „Nachrichtendienst weh tut".

Aber die Diskussionen mit dem Bundesbeauftragten für den Datenschutz haben im BfV Kapazitäten gebunden, und nicht selten sah man bei der Behörde den Versuch, auf diesem Weg eine allgemeine Kontrolle des Verfassungsschutzes zu erreichen. Diese aber obliegt dem zuständigen Innenminister und dem Parlament. Zum Beispiel hat der Datenschutzbeauftragte Einsicht in G-10-Angelegenheiten verlangt, also in Akten, die im Zusammenhang mit der Beschränkung des Post- und Fernmeldegeheimnisses angefallen sind. Ein hochempfindlicher Bereich. Das BfV hat sich gesperrt. Dieser Streitfall ist nicht endgültig geregelt. Darüber hinaus verlangt der Datenschutzbeauftragte Einblick in alle Akten, einschließlich der operativen Unterlagen des BfV. Aber das BfV argumentiert, es müsse die ihm anvertrauten Quellen schützen.

Die Arbeit des Verfassungsschutzes, das ist die Einschätzung von Hellenbroich, wird an Gewicht zunehmen, wenn man die Entwicklungen in der politischen Szenerie beobachtet. Er rechnet damit, daß das „militante Protestpotential" zunehmen wird, je näher die Entscheidung über den Nachrüstungsteil des NATO-Doppelbeschlusses ansteht. Die Gruppen und Kräfte, die sich als „Friedensbewegung" verstehen, sind für den Verfassungsschutz ein schwieriges Beobachtungsfeld. Demokratische Gruppierungen sind für ihn tabu, auch die Grünen.

Das BfV aber muß dort ansetzen, wo Verfassungsfeinde, orthodoxe Kommunisten, versuchen, einen „Einstieg" zu bekommen. In dieser Masse ist „vieles ineinandergehakt", sagt Hellenbroich. Das BfV ist sicher, daß die DKP einen Einstieg gefunden hat und auf der Basis eines Minimalkonsens im Bereich der Friedensbewegung zunächst „akzeptiert" wird. Dennoch, so schätzt der BfV-Präsident die Szene ein, „gärt es dort". Es gebe Fragestellungen, etwa danach, „was bringen uns Großdemonstrationen?" Militante Kräfte *und Aussagen etwa dergestalt,* „was interessiert uns der Legalismus der Herrschenden", erhielten Auftrieb.

In einem Teil der Bewegung würden *Pläne ventiliert, im Herbst* Blockaden vorzunehmen, Abläufe im militärischen Bereich zu stören oder, zum Beispiel, das Bundesverteidigungsministerium mit einer Menschenmauer zu umstellen. Bisher hätten diese Überlegungen noch eher den Anstrich eines „Happenings", aber wer könne sagen, daß nicht diejenigen die Oberhand gewinnen, die mit Knüppeln und Steinen vorgehen, die vielleicht auch Fahrzeuge anzünden wollen?

Der Terrorismus „von links" ist, auf die Rote Armee Fraktion (RAF) bezogen, nach den Festnahmen und der Enttarnung von zahlreichen Depots in einem „desolaten Zustand", meint Hellenbroich. Die personellen Kapazitäten seien nach den Verhaftungen empfindlich gestört. Ob sich die RAF regenerieren könne, sei offen, aber aus heutiger Sicht wenig wahrscheinlich. Mit „viel größerer Sorge" müsse man den Revolutionären Zellen begegnen, die mit einer Serie von Anschlägen bis in die jüngsten Wochen hinein aufgetreten seien. Hier seien die Sicherheitsbehörden sicherlich nicht untätig, aber Einzelheiten will Hellenbroich aus verständlichen Gründen nicht nennen. Die Hausbesetzerszene, so schätzt der BfV-Präsident die Situation ein, „ist am Ende". Die vom Senat in Berlin verfolgte Linie habe sich bewährt, was *sich jetzt noch dort vollziehe, sei* ein „letzten Aufflackern".

Sehr ernst nimmt Hellenbroich die Gefahr des aus der „rechten Ecke" kommenden Terrorismus, weil es sich dabei um junge Leute handele, deren „Fanatismus" man nicht unterschätzen dürfe. Nur glücklichen Umständen sei es zu verdanken, daß es bei Anschlägen auf die Amerikaner keine Todesopfer gegeben habe. Aber immerhin seien Schwerverletzte zu beklagen. Dennoch, und dies sei keine Reduzierung der von dieser Art Terrorismus ausgehenden Gefahr, *handele es sich bei dem Täterkreis* um eine „überschaubare Größe". Der Staat, dies zeigten Festnahmen, sei „im Zugriff sehr sicher".

Bei der Bewertung des Links- *und des Rechtsextremismus achtet* Hellenbroich auf die aus der Sache heraus begründbare Gewichtung, auch darauf, daß Links- und Rechtsextremismus in ihrer Gefährlichkeit nicht auf eine Stufe gestellt werden. Er verweist auf gravierende Unterschiede. Der or*thodoxe Linksextremismus, also* die DKP, erhalte eine Kaderausbildung und viel Geld durch die „DDR". Hingegen sei der Rechtsextremismus auf sich gestellt. Die NPD, die Hellenbroich einst zu Beginn seiner Karriere beim Verfassungsschutz ab Mitte der sechziger Jahre beobachtete, als sie auf ihrem Höhepunkt war, habe heute nur noch 4000 bis 5000 Mitglieder. Im Jahre 1969 waren es noch 20 000 gewesen. Wenn vor diesem Hintergrund jemand sage, der Linksextremismus sei so gefährlich wie der Rechtsextremismus, dann sei dies falsch.

Spionageabwehr ist ein langfristiges Projekt

Im Bereich der Spionagebekämpfung kennt Hellenbroich die leise Kritik, es gebe zuwenig Erfolge. Er selbst hat ab Ende 1975 die zuständige Abteilung IV geleitet und damals große Erfolge erzielt. Die ganz großen Spionagefälle waren darunter. Hellenbroich spricht in der Nachbetrachtung von einem Gemeinschaftswerk, an dem viele mitgewirkt hätten. Weder ihm noch Meier falle ein übergebührlich großer Anteil an Lob zu. Auf einen Schlag sei es damals gelungen, „unabhängig voneinander operierende Agenten" festzusetzen. Der „Gegner" habe dadurch einen riesigen Verlust erlitten und sich von diesem Schlag, so schätzt Hellenbroich die Lage ein, bis „heute nicht erholt". Jetzt bastele das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) in Ost-Berlin an neuen Dingen.

Die Spionagebekämpfung sei *auf Kontinuität,* schwerpunktmäßig auf methodische Arbeit angelegt. Also ein langfristiges Projekt. „Es zeigen sich Dinge, daß wir auf dem richtigen Weg sind", sagt Hel*lenbroich. Keinesfalls sei die Spio*nageabwehr in Lethargie verfallen. Aber es habe in der Bundesrepublik Deutschland eine „inflationäre Entwicklung" von Spionagefällen gegeben. Leider würden die Erfolge zuwenig beachtet, vor allem in den Medien, die allenfalls *„eine Meldung"* daraus machten. Dies liege vielleicht auch daran, daß Spionage „nicht mehr als so deliktwürdig angesehen wird" und im Bewußtsein vieler schon zwischenstaatlichen Beziehungen zugerechnet werde.

Als den größten Verratsfall nennt Hellenbroich nicht Guillaume, sondern Lutze-Wiegel im Bundesverteidigungsministerium. Dieser Fall werde häufig „unter*schätzt*". Allein durch den Verrat des Pipeline-Netzes sei „irreparabler Schaden" entstanden.

Umgekehrt sei die Flucht des MfS-Offiziers Stiller in die Bundesrepublik Deutschland ein „Jahrhundertfall", sagt Hellenbroich. Dadurch sei den abwehrenden Diensten „voller Einblick in die Spionage auf dem Gebiet der Wirtschaft und der Technik gegeben" worden. Ein Erfolg, der weit über die Zahl der Festnahmen hinausgehe.

In jüngster Zeit wird vor allem in Bonn die Frage erörtert, ob die Bundesregierung, ähnlich wie Frankreich, Großbritannien oder Schweden, *ein Exempel statuieren* und Diplomaten, die als Spione erkannt wurden, des Landes verweisen soll. Der Verfassungsschutz rät hier zur Zurückhaltung, denn jetzt kann er die betreffenden „Diplomaten" beurteilen. Er hat ein ziemlich genaues Bild von ihren Aktivitäten und Beziehungen. Nach Ausweisungen müßte er neu anfangen. Ohnehin aber ist hier eine politische Entscheidung erforderlich. Eine „Massenaktion" ist kaum denkbar, aber – vielleicht nach dem Moskau-Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl – schon, daß man zwei bis drei Pseudo-Diplomaten auffordern wird, ihre Koffer zu packen. Von Hellenbroich gibt es aber zu diesen Fragen keine Antwort.

Kardinal Hume verteidigt Kent gegen den Nuntius

Atomgegner spaltet Englands katholische Würdenträger

FRITZ WIRTH, London

Die katholische Kirche ist am Wochenende direkt zwischen die Fronten des britischen Wahlkampfs geraten. Anlaß dazu gaben Äußerungen des päpstlichen Pro-Nuntius, also des Vatikan-Botschafters in London, *Bruno Heim*, über die Rolle des katholischen Priesters Bruce Kent in der britischen Anti-Nuklear-Bewegung. Kent ist seit drei Jahren Generalsekretär dieser „Campaign for Nuclear Disarmament" (CND).

Heim hat in Briefen an katholische Gläubige, die die Rolle von Bruce Kent in der britischen Friedensbewegung in Frage *stellten*, sehr deutlich seine Einstellung zu den Aktivitäten Kents zu erkennen gegeben. Wörtlich heißt es in den Schreiben Heims: „Die Unilateralisten führen eine einseitige Kampagne, und es ist klar, welcher Seite sie am meisten nützt. Ob jene, die sie betreiben, sowjetische Aggressivität oder Ideologie teilen *oder zu der großen* Zahl der wohlbekannten nützlichen Idioten gehören oder aber Scheuklappen-Ideologen sind, muß von Fall zu Fall beurteilt werden, selbst im Falle des Bruce Kent."

Im katholischen Episkopat in Großbritannien haben diese Äußerungen Heims beträchtliche Verlegenheit ausgelöst. Kardinal Hume, der Erzbischof von Westminster und höchste katholische Würdenträger in England und Wales, ging zu diesen Briefen Heims sofort auf Distanz. Hume war vor allem daran gelegen, den Äußerungen Heims den offiziellen Charakter zu nehmen und sie nicht als eine Wertung und Stellungnahme des Vatikans zu den Aktivitäten der britischen Anti-Nuklear-Bewegung erscheinen zu lassen. Hume betonte deshalb, daß dies private Äußerungen des Pro-Nuntius seien und daß man in privaten Briefen zuweilen Dinge sagt, die nicht für die Öffentlichkeit geeignet seien.

Bruno Heim jedoch, der sich im Augenblick in einer Klinik in Deutschland aufhält, ist mit dem Versuch Kardinal Humes, die Affäre abzukühlen und herunterzuspielen, offenbar nicht einverstanden. Er ließ den „Sunday Telegraph" wissen: „Ich ziehe nicht ein einziges Komma von meinen Erklärungen zurück. Monsignore Kent sollte einmal versuchen, in Ostdeutschland zu predigen." Kardinal Hume dagegen stellte sich am Wochenende voll hinter Kent: „Ich habe große Hochachtung für Monsignore Kent persönlich, für seine Integrität und seinen Einsatz für den Frieden."

Die Klüfte und Spannungen innerhalb der katholischen Kirchenführung reflektieren die Schwierigkeiten des katholischen Establishments im Umgang mit dem umstrittenen Bruce Kent. Die oft widersprüchlichen Äußerungen aus höchsten Kreisen zur Rolle von Kent machen deutlich, daß die katholische Kirchenführung bei der Behandlung dieses Problems kaum einen Ehrenpreis für besonderes Geschick beanspruchen kann.

Kardinal Hume, der prinzipiell das unilaterale Abrüstungskonzept ablehnt, hatte vor 14 Tagen öffentlich sein Unbehagen über die Arbeit Kents als Generalsekretär der CND geäußert und ihm angesichts der zunehmenden politischen Rolle dieser Organisation nahegelegt, sein Amt abzugeben. Die überaus scharfen Reaktionen aus der britischen Friedensbewegung veranlaßten Hume wenig später jedoch, diese Aufforderung zurückzuziehen. Kent hatte dem Kardinal in einem persönlichen Gespräch versichert, daß er und seine Bewegung im bevorstehenden Wahlkampf sich nicht ausdrücklich für eine bestimmte Partei engagieren werden.

Das trifft nach den bisherigen Erfahrungen in der Theorie auch zu. Die CND ist jedoch entschlossen, jeden Kandidaten „ohne Rücksicht auf seine Parteizugehörigkeit aktiv zu unterstützen, der für die nukleare Abrüstung im Sinne der CND eintritt". Das sind in der Praxis jedoch im wesentlichen nur Kandidaten der Labour Party und der Kommunistischen Partei.

Die Saudis lassen Washington auf Syriens Nein sitzen

Von PETER M. RANKE

Libanons Präsident Amin Gemayel hat Sonderbotschafter in die wichtigsten arabischen Hauptstädte entsandt, um den Regierungen die libanesische Zustimmung zum Truppenabzugsplan mit den Israelis zu erläutern und um entsprechende Einflußnahme auf Syrien zu bitten. In Kairo und Amman ist Zustimmung gewiß. Dagegen wird von dem wichtigen Saudi-Arabien keine offene Befürwortung des „Shultz-Plans" erwartet, wie das amerikanisch-libanesisch-israelische Übereinkommen hier genannt wird.

Das endgültige syrische Nein zum Abzugsplan, das am Freitagabend als Erklärung Präsident Assads *nach dem Gespräch mit dem* libanesischen Außenminister Salem veröffentlicht wurde, ist so deutlich formuliert und stellt „arabische Sicherheitsinteressen" so klar in den Vordergrund, daß es als Warnung an Saudi-Arabien verstanden werden muß, sich nicht für die amerikanische Nahost-Politik einzusetzen. Das saudische Königshaus hat derartige Warnungen aus Damaskus, hinter denen auch das radikale Libyen und vor allem die Sowjetunion stehen, bisher stets beachtet.

Im einzelnen hatte Assad erklären lassen, das Abkommen über den israelischen Truppenabzug mache Libanon zu einem amerikanisch-israelischen *Protektorat*, beeinträchtige die libanesische Souveränität *und Unabhängigkeit* und bedeute eine ernste Gefahr für die Sicherheit Syriens und der arabischen Staaten. Weiter entfremde das Abkommen Libanon der arabischen Welt und zwinge dem Land eine israelische Überwachung und Beherrschung auf, es verletze die Charta der Arabischen Liga und die Beschlüsse arabischer Gipfelkonferenzen.

Hierzu verlautet ergänzend aus gut informierten Quellen in Damaskus, daß Syrien nie und nimmer seine Truppen aus Libanon zurückziehen werde, wenn die libysche Regierung das Abkommen unterzeichne. Syrien verfüge über ausreichende Mittel, etwa eine Wirtschaftsblockade oder die stär*kere Unterstützung* der *drusischen* Linksmilizen Walid Dschumblatts gegen die Christenmilizen oder Regierungstruppen, um Beirut einzuschüchtern. Obwohl israelische Truppen jetzt von Libanon aus Damaskus mit Artillerie erreichen könnten, sei das eher hinzunehmen als eine Aufgabe des syrischen Führungsanspruchs im Kampf gegen den „*israelisch-amerikanischen* Imperialismus".

Westliche Diplomaten erklären, das klare Nein der Syrer sei von der amerikanischen Diplomatie nicht erwartet worden, da Washington auf die Vermittlung der befreundeten Saudis gerechnet habe. „Die USA unterschätzen Syrien *und* überschätzen Saudi-Arabien", heißt es in diesen Kreisen. „*Tatsächlich* werden die Saudis nicht einen Finger rühren, um das Shultz-Abkommen zu retten und Syrien zu beeinflussen." Shultz und Weinberger seien falsch oder zu optimistisch von ihren eigenen Leuten informiert worden.

Obwohl US-Verteidigungsminister Weinberger noch vorige Woche in Paris nach einem langen Gespräch mit seinem saudischen „Kollegen" Prinz Sultan Abdel Aziz geäußert hatte, Syrien werde

DIE ● ANALYSE

seine Truppen abziehen, hatte Prinz Sultan betont: „Saudi-Arabien *ist kein* Instrument anderer Staaten, das sich zu Pressionen gegen die Interessen der arabischen Nation mißbrauchen läßt." Die syrische Armee sei keine Aggressionstruppe und Damaskus könne vor einem Abzug aus Libanon durchaus Sicherheitsgarantien verlangen. Das war eine deutliche Absage an amerikanische Vermittlungswünsche.

Schon bei dem amerikanischen Reagan-Plan hatte Washington auf saudische Vermittlung gehofft, tatsächlich aber war König Hussein mehrfach vom Königshaus in Riad gewarnt worden, sich der amerikanischen Friedensinitiative anzuschließen. Der amerikanische Irrtum, die Saudis seien Verbündete und wünschten nichts sehnlicher als einen Friedensschluß, hat nun die US-Politik zum zweiten Mal in wenigen Wochen zu der falschen Annahme geführt, Syrien werde notfalls unter saudischem Druck oder mit saudischem Geld Libanon räumen.

Für die saudische Weigerung, sich für die USA gegenüber Syrien zu exponieren, gelten folgende Beweggründe:

1. Das saudische Königshaus will sich in seiner Mehrheit nicht in eine Frontstellung gegen Syrien und damit Moskau manövrieren lassen, sondern sucht die arabische Einheit zu betonen und „Seitensprünge" oder Verletzungen der arabischen Solidarität durch Sonderabmachungen mit Israel zu verhindern. Daher ist die Annahme berechtigt, daß die Saudis auch weiterhin den Löwenanteil der syrischen Besetzung Libanons von rund zwei Milliarden Dollar im Jahr aufbringen.

2. König Fahd, der in seinem Plan von 1981, der später zum Fes-Plan des arabischen Gipfels wurde, den bedingungslosen Abzug der Israelis aus allen besetzten Gebieten verlangt, hat kein Interesse an einem ausgehandelten Friedensabkommen à la Libanon oder Ägypten. Er sieht die Rechte der moslemischen Bevölkerung in Libanon durch das Abkommen als stark geschmälert an und fürchtet ein Ausscheren Libanons aus dem arabischen Lager.

3. Der König gilt in Riad als unentschlossen und weicht Entscheidungen aus, die von seinem Halbbruder Kronprinz Abdallah gefordert werden. Abdallah verlangt, die Hilfszahlungen an Syrien einzustellen, da die Öleinnahmen sinken. Syrien soll außerdem Irak wieder den Ölexport durch die Pipeline zum Mittelmeer erlauben, damit die saudischen Hilfszahlungen an Irak wegen des Golfkrieges verringert werden können. Außerdem tritt Abdallah dafür ein, daß Syrien endlich sein Bündnis mit dem revolutionären Iran aufkündigt, da der Iran des Ayatollah auch Saudi-Arabien mit Revolution und Unterwanderung bedroht. Im politischen Streit des Hauses Saud wird König Fahd von allen seinen sechs Brüdern unterstützt, vor allem von Verteidigungsminister Prinz Sultan und Innenminister Prinz Nayif, dessen Plan für einen „Kronrat" der erzkonservative Abdallah blockiert.

4. Im Gegensatz zu Kronprinz Abdallah will sich Fahd schon deshalb nicht gegen Syrien wenden, weil er dann um die Führungsrolle von PLO-Chef Arafat fürchten muß. Damaskus läßt Arafat noch immer gewähren, weil die Saudis hinter ihm stehen und ihn mit der Fatah finanziell unterstützen. Sollte Arafat durch syrische Intrigen gestürzt werden, wäre es mit dem saudischen Einfluß auf die PLO vorbei. (SAD)

Verhaftungswelle in Santiago

AFP, Santiago

Rund 1000 Menschen sind am Wochenende in der chilenischen Hauptstadt Santiago von der Militärpolizei festgenommen worden. Die meisten von ihnen wurden einige Stunden später wieder freigelassen. Die Festnahmen kamen als Reaktion auf die landesweiten Protestdemonstrationen am Mittwoch, bei denen zwei Männer getötet und 350 Demonstranten verhaftet worden waren.

Die von Soldaten unterstützte Militärpolizei begann ihre Aktion am Samstag in den frühen Morgenstunden. Betroffen waren die Armenviertel im Süden der chilenischen Hauptstadt.

Der neu ernannte Erzbischof von Santiago, Juan Francisco Fresno, erklärte zu den Vorgängen, nur ein „sofortiger Dialog unter Einbeziehung aller" könne zur Lösung „der sozialen Krise des Landes" führen. Er übte Kritik an den von der Armee begangenen „Exzessen".

Neue Gefechte am Golf

AFP/dpa, Manama

Bei einem Angriff der irakischen Streitkräfte sind am Wochenende im Zentralteil der irakisch-iranischen Kampffront 236 Iraner getötet worden. Nach einem Militärkommuniqué der irakischen Nachrichtenagentur INA haben iranische Einheiten gleichzeitig die irakischen Grenzstädte Khankhin und deren Umgebung beschossen.

Ungeachtet der andauernden Gefechte will heute erneut eine Delegation des Kooperationsrates der Golf-Staaten mit einer Pendelmission zwischen Bagdad und Teheran beginnen, um eine Vereinbarung zur Abdeckung beschädigter Ölquellen zu erreichen.

Wie die Nachrichtenagentur GNA mitteilte, vergrößert sich der Ölteppich im Persischen Golf derzeit täglich um durchschnittlich 7000 Barrel (1 Barrel – 159 Liter). Der Delegation gehören die Außenminister Kuwaits und der Vereinigten Arabischen Emirate an.

In Schatila übte die RAF mit Experten der „DDR"

Neue Erkenntnisse über die „Terror-Internationale"

ROLF TOPHOVEN, Bern

Auf einer zweitägigen internationalen Fachtagung der „Europäischen Konferenz für Menschenrechte und Selbstbestimmung" (EKMS) zum Thema „Terrorismus" in Bern, hat sich einer der führenden israelischen Terrorismus-Experten, Ariel Merari, vom „Center für strategische Studien" in Tel Aviv auch zu dem Anschlag auf den US-General Kroesen in Heidelberg vom Herbst 1981 geäußert. Wie Merari ausführte, wurden deutsche RAF-Terroristen im palästinensischen Flüchtlingslager Rachidiye, vier Kilometer südlich der *alten Hafenstadt Tyros, in* Südlibanon auf das Attentat gegen Kroesen vorbereitet. In Rachidiye sei der gezielte Einsatz der Tatwaffe, eine sowjetische Panzerabwehrrakete vom Typ RPG 7, gedrillt worden. Dabei hätten nicht nur PLO-Instrukteure ausgebildet, sondern mit hoher Wahrscheinlichkeit auch Berater aus der „DDR". In syrischem Diplomatengepäck sei die RPG-7 anschließend in die Bundesrepublik gelangt.

Merari stellte in seinem Vortrag noch einmal deutlich heraus, daß kein einziger europäischer Terrorist von der israelischen Armee während des Libanon-Feldzugs gegen die PLO im Sommer 1982 gefangengenommen worden sei. „Alle, unter ihnen auch Deutsche, sind beim Vormarsch Israels geflohen." Bis zum 6. Juni letzten Jahres (dem Tag des israelischen Angriffs) habe es jedoch in der Tat eine Anzahl von deutschen RAF-Mitgliedern in Beirut und im Süden des Libanon gegeben. In Sidon und im palästinensischen Flüchtlingscamp Schatila in Beirut trainierten auch „DDR"-Experten deutsche und europäische Terroristen in der Technik fernzündbarer Bomben. Exakt feststellbar, verließen die Terrorkader aus Europa am 4. und am 10. Tag nach Beginn des Krieges Libanon. Eine Gruppe entkam über den Landweg nach Damaskus und von dort mit dem Flugzeug auf den europäischen Kontinent. Eine zweite Gruppe konnte über den Seeweg via Zypern entkommen.

Wie die WELT auf der Tagung der EKMS ferner erfuhr, befand sich auch ein stattlicher Kader der *vor Jahren gefürchteten* japanischen „Roten Armee Fraktion" zur *Zeit* der israelischen Operation in Libanon. Dabei handelte es sich offensichtlich um das zahlenmäßig letzte Aufgebot der fernöstlichen RAF. Denn bereits im Februar 1972 hatten 3000 japanische Polizisten in einem spektakulären Angriff das Hauptquartier der RAF Japans in einem Bergland nördlich von Tokio gestürmt. Millionen Japaner erlebten damals in einer mehr als zehnstündigen Live-Übertragung des Fernsehens mit, wie der „Rengo Sekigun" (Japanische Rote Armee Fraktion) in ihrem Mutterland das Rückgrat gebrochen wurde. Seither lag das Operationsfeld der japanischen RAF vorwiegend im Nahen Osten und in Europa. Die Patenschaft über die asiatischen Gewalttäter übernahm die PLO in Libanon.

Auch diese fernöstlichen Mitglieder der von Arafats PLO gesponserten „Terror-Internationale" konnten sich rechtzeitig aus dem libanesischen Kriegsgebiet absetzen. *Allerdings fiel der Armee* Israels eine nahezu komplette Namensliste der japanischen Roten Armee Fraktion in die Hände. Aus diesem Dokument geht hervor, daß der Terrorkader aus Fernost in seiner Kernstruktur noch relativ stabil ist und aus 42 Mitgliedern besteht. 25 von ihnen hielten sich zur Zeit des israelischen Angriffs in Libanon auf – unter ihnen Fusako Shigenobu (38), die gemeinhin als Kopf und Anführerin der Japaner gilt. (Kosename: „Die Königin der japanischen Roten Armee Fraktion".) Dieser 25köpfigen Terrorcrew gelang es, nach Südjemen zu entkommen.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Der Arzt im Atomkrieg

„Wenn Ärzte verweigern"; WELT vom 26. April

Sehr geehrter Herr Gillies,

es ist erfreulich, daß Sie in Ihrem Beitrag auf die breiter werdende Diskussion unter Ärzten über die Katastrophenmedizin und die Hilfsmöglichkeiten in einem Atomkrieg eingehen. Dennoch scheinen mir nicht alle Aspekte berücksichtigt zu sein, weshalb ich im folgenden einiges nachtragen möchte.

● Katastrophenmedizin ist im wesentlichen gleichzusetzen mit Kriegsmedizin. Dies sagen nicht etwa „linke Spinner", sondern z. B. Dr. R. M. Kirchhoff von der Akademie des Sanitäts- und Gesundheitswesens der Bundeswehr München („Da wir in unseren Breiten bisher von Naturkatastrophen weitgehend verschont blieben, beziehen sich unsere katastrophenmedizinischen Überlegungen auf den Verteidigungsfall.") und Dr. M. Rosetti, einer der maßgeblichen Militärmediziner der Schweiz („Die Katastrophenmedizin bezieht ihren fachlichen Inhalt aus allen Gebieten der Heilkunde, in erster Linie aber aus der Kriegschirurgie und der Wehrmedizin.").

● Wesentliches Element der in unserem Lande stattfindenden Katastrophenmedizinkurse ist die Triage der Verletzten, d. h. die Einteilung in Dringlichkeitsstufen. Dabei werden im Gegensatz zur sonst üblichen Medizin die Schwerverletzten einer „abwartenden Behandlung" zugeführt, d. h. sie bekommen höchstens Schmerzmittel, soweit noch vorhanden. Deutlich ausgedrückt ist das auch in der zentralen Dienstvorschrift 49/50, wo über die Kriegschirurgie steht: „Ihre Besonderheit liegt darin, daß sich im Gegensatz zur üblichen ärztlichen Handlungsweise die Sorge für den einzelnen zwangsläufig den militärischen Erfordernissen unterordnen muß."

● Wieweit ist überhaupt nach einer Atombombenexplosion medizinische Hilfe möglich? Die „kleine" Atombombe von Hiroshima tötete sofort über 75 000 Menschen und verletzte 100 000 schwer. Von 150 Ärzten überlebten 30, von 1780 Krankenschwestern 126. 7600 Gebäude wurden zerstört, darunter die Krankenhäuser, Ambulanzen und Versorgungseinrichtungen. Heute lagern in Ost und West bereits über 50 000 Atomwaffenköpfe mit einer Zerstörungskraft von etwa einer Million Hiroshima-Bomben. Bei einem „bregrenzten" Atomkrieg wird von 500 Millionen Toten gesprochen. Wer will da wo wie helfen? Kann man sich hinter dieser Zahl überhaupt die Unmenge an menschlichem Grauen vorstellen?

● Angesichts der mangelnden Hilfsmöglichkeit im Falle des „Verteidigungsfalles" sind viele Kollegen der Meinung, daß gegen diese „letzte Epidemie" nur die Vorsorge nützen kann. 6300 Ärzte der Bundesrepublik haben durch ihre Unterschrift unter die Frankfurter Erklärung zum Ausdruck gebracht, daß sie jede Beteiligung an Fortbildung in Kriegsmedizin verweigern, daß sie aber in allen Notfällen medizinischer Art ihre Hilfe zur Verfügung stellen und auch weiterhin ihre Kenntnisse in Notfallmedizin verbessern wollen. Warum Sie dagegen von nur 300 Ärzten berichten, die solche Katastrophenmedizinfortbildung verweigern, ist mir nicht klar. Was soll außerdem der Begriff „Kongreß der Ärztlichen Internationale"? Meinen Sie die 3000 Ärzte, die auf dem 3. Medizinischen Kongreß zur Verhinderung des Atomkrieges Ende April in München versammelt waren? Glauben Sie, daß 40 000 Ärzte der International Physicians for Prevention of Nuclear War (IPPNW) aus 40 Ländern, mit allein 16 000 Mitgliedern in den USA, eine kommunistische Organisation sind?

Nein, ich glaube, daß die Beschäftigung mit den medizinischen Problemen der Hilfe in einem Atomkrieg in sozialer Verantwortung nur zu dem Schluß führen kann, daß Vorsorge die einzige Möglichkeit zum Überleben ist.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Rupert Linder,
Karlsruhe 51

Probleme der Sonderschule

„Leserbrief: Sonderschulskandal"; WELT vom 2. Mai

Ohne Zweifel hat Frau Hanschmann weitverbreitete Schulübel beschrieben. Ich möchte dem einige Gedanken hinzufügen. Zunächst: Was ist ein Sonderschüler, ein lernbehinderter Sonderschüler? Sonderschüler sind Kinder mit anlagemäßig eingeschränkteren Entfaltungsmöglichkeiten. Debilität aller Grade, leichtere bis mittlere Imbezillität, leichtere mongoloide Formen, gravierende geistig-seelische Spätentwicklung zählen in erster Linie dazu.

Diese Kinder gehören in eine Lernbehindertenschule, da ihnen dort am angemessensten geholfen werden kann. Diese Kinder sind nicht von der Grundschule zum Sonderschüler hin produziert worden, diese Kinder sind Opfer ihrer Anlage. Es ist die Hauptaufgabe der Lernbehindertenschule, diesen von der Natur benachteiligten Kindern so weit wie möglich auch eine Entfaltungschance zu geben.

Die Kritik bezieht sich ja auch *nicht auf diesen Kreis*, Frau Hanschmann geht es um den sogenannten „dummen Schüler", den Schulversager, der nach zweimaligem Sitzenbleiben dann auch der Lernbehindertenschule übergeben wird. Die Frage: Haben die Kinder oder hat die Grundschule versagt? erscheint überaus berechtigt.

Wer zweifelt daran, daß die Grundtechniken beherrscht werden müssen? Wie will man sich mit den Stoffen und Inhalten befassen, wenn das Handwerkszeug nichts taugt? Daß gute Schüler die Techniken im Handumdrehen erwerben, darf in der Grundschule nicht der Maßstab sein, denn die schwächeren brauchen mehr Zeit und vor allem Übung, tägliche Übung. Es wird kein Geheimnis verraten, wenn gesagt wird, daß seit vielen Jahren das Üben in vielen Grundschulen zu kurz kommt oder gar ganz unterbleibt.

Dazu einige Gesichtspunkte:

● Lehramtsanfänger dürften keine 1. und 2. Klassen bekommen;

● diese Klassen müssen von sehr bewährten Kräften geführt werden;

● die Lehrkraft muß methodisch sehr flexibel arbeiten können;

● alle Mängel müssen ständig kontrolliert und sofort abgestellt werden;

● die Übung muß wieder in den Mittelpunkt gestellt werden;

● jedes Kind muß langfristig gesehen werden;

● jedes Kind muß sich auch in kleinen Schritten, Fortschritten, bewähren können.

Das heißt: Die Grundschule muß in ihrem Rahmen mehr für die schwächeren Kinder tun. Vielen sogenannten Schulversagern würde man damit mehr helfen als in der Lernbehindertenschule.

Mit freundlichem Gruß
Reinhard Höhn,
Hamburg 70

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Alter Motor

„Zukunftshoffnung: Motor mit fliegendem Kolben"; WELT vom 7. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte darauf hinweisen, daß der von Herrn Stelzer als neue Erfindung vorgestellte Motor bereits etwa 40 Jahre alt ist.

Nähere Einzelheiten sind zu entnehmen einem Artikel von Herrn Dipl.-Ing. Stadie, erschienen in der WELT etwa 1951.

Die damalige Bezeichnung für diesen Motor lautete bereits „free piston engine", wobei der frühere Artikel lediglich die Diesel-Version und der jetzige die Benzin-Variante vorstellt.

Nachdem aufgrund der Vibrationsfreiheit bereits im Zweiten Weltkrieg umfangreiche Versuche für die Verwendung in U-Booten vorgenommen wurden, und zu vermuten ist, daß auch in der Folgezeit weltweit Anstrengungen unternommen wurden, um eventuelle Möglichkeiten auszuschöpfen, erscheint die jetzige Vorstellung als neue Erfindung im Zusammenhang mit einer Abschreibungsgesellschaft recht fragwürdig.

Mit freundlicher Empfehlung
Friedrich Weidemüller,
Hamburg 20

Der Unfehlbare

„Von irgendwelchen Quellen irgendwelche Makulatur ..."; WELT vom 10. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren,

Herrn G. Zehm gebührt aufrichtiger Dank für die – leider nicht vollständige – Auflistung der politischen Skandale des „Stern" und seines Herausgebers Nannen. Was anderes ist von einem Manne zu erwarten, der sich einst in Übelkeit erzeugenden Elogen über den „Gröfaz" erging, diese Vergangenheit schnell verdrängte, sich jedoch nicht scheute, auf die braune Vergangenheit anderer hinzuweisen, wiederum andere grundlos zu diffamieren und es nicht versäumte, als Begleiter des grandiosen Ostpolitikers W. Brandt sich auf den Tisch zu setzen, auf dem kurz zuvor die Ostverträge unterschrieben worden waren, um sich mit dem vor ihm stehenden, an Lebensjahren älteren Breschnew zu unterhalten?

Bleibt nur noch die Frage, weshalb der Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt auf die Dienste dieses großen Mannes vor der Bundestagswahl 1980 nicht verzichten mochte. Gleiche Brüder, gleiche Kappen?

Mit freundlichen Grüßen
Dr. F. J. Rosenbaum,
Köln 1

*

Sehr geehrte Redaktion,

auf den Leim ist er gekrochen, noch dazu auf den schäbigsten und billigsten, er, der allwissende, unfehlbare, sich über alles und jeden zum Richter erhebende Henry Nannen. Hoffentlich bleibt an diesem Leim für alle Zeiten sein Heiligenschein kleben!

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Kampsmeyer,
Hiddenhausen 4

Gutes Beispiel

Zum 1. Mai dieses Jahres haben die DGB-Gewerkschaften als Parole die 35-Stunden-Woche bei gleichem Lohn verkündet. Da die DGB-Gewerkschaften über ihre sogenannten gemeinwirtschaftlichen Unternehmen wie Volksfürsorge, Bank für Gemeinwirtschaft, Co op, Neue Heimat (um nur einige wesentliche zu nennen) Gelegenheit hätten, am eigenen Leib das zu demonstrieren, was sie von den im Privatbesitz befindlichen Unternehmen fordern, müßte der DGB mit gutem Beispiel vorangehen und zeigen, ob bei 35-Stunden-Woche und gleichem Lohn, selbstverständlich gleichen Preisen neue Arbeitskräfte eingestellt werden können – ohne daß Pleiten entstehen – und so einen Beitrag zur fraglichen Situation leisten können.

Wenn das in drei Jahren positiv vonstatten geht, kann man bei den mit privatem Risiko behafteten Betrieben das gleiche tun.

Anton Ott,
Augsburg

Gerechtigkeit

Sehr geehrte Redaktion,

plötzlich kommt bei der SPD der Begriff der Gerechtigkeit in den Vordergrund. Nicht mehr Gleichheit und auch nicht mehr so sehr die Freiheit und noch weniger die Brüderlichkeit sind das Aushängeschild.

Gerechtigkeit wird ohne Attribut gebraucht. Man weiß deswegen nicht, ob damit soziale oder juristische *Gerechtigkeit gemeint ist.* Das hat deswegen Konsequenzen, weil juristische Gerechtigkeit abgestellt ist auf die Sicherung der individuellen Freiheit, die heute der föderale Rechtsstaat hütet, während soziale Gerechtigkeit abgestellt ist auf die kollektive Gleichheit, die heute vom zentralen bürokratischen Zentralstaat angestrebt wird. Man sollte also, wenn so einfach von Gerechtigkeit die Rede ist, vorsichtig sein und nachfragen, was damit auf der linken Seite des Parteienspektrums gemeint und gewollt wird.

Dr. Heinz Steincke,
Michelbach / Bilz

Wort des Tages

„Warum das Vergangene uns so lieblich dünkt? Aus demselben Grunde, warum eine Graswiese aus der Entfernung wie ein Blumenbeet scheint."

Franz Grillparzer, österr. Bühnenautor (1791–1872)

Personalien

EHRUNGEN

Die Gutenberg-Medaille der Stadt Mainz erhält am 18. Mai Professor **Dieter Stolte**, Intendant des Zweiten Deutschen Fernsehens. Mit dieser Auszeichnung sollen vor allem die Verdienste gewürdigt werden, die sich Stolte während seiner früheren Tätigkeit als Programmdirektor des ZDF erworben hat.

*

Für das Atelier des Landes Baden-Württemberg in der Cité Internationale des Arts in Paris sind vier neue Stipendiaten von einer Fachjury ausgewählt worden. Es sind die bildenden Künstler **Claus-Peter Clapeko** (Heidelberg), **Edgar Schmandt** (Heidelberg), **Rolf Schneider** (Heidelberg) und **Barbara Streitz-Lausen** (Karlsruhe).

*

Der frühere badische Landesbischof **Hans-Wolfgang Heidland** hat den von der CDU Baden-Württemberg gestifteten Traugott-Bender-Preis erhalten. Der in Erinnnerung an den verstorbenen Justizminister ***Traugott Bender*** gestiftete Preis wird alle zwei Jahre an Persönlichkeiten gegeben, die „durch ihr Beispiel das Bewußtsein für die Bedeutung christlicher Freiheit und Verantwortung in gesellschaftlichem und politischem Handeln stärken".

GEBURTSTAG

Seit 1978 profitiert Berlin von seiner internationalen Erfahrung in Industrie und Wirtschaft. **Robert Layton**, der an diesem Montag 60 Jahre alt wird, folgte damals dem Ruf seiner Heimatstadt und wurde Generalbeauftragter des Landes Berlin für Wirtschaftsförderung. An der Spree geboren und aufgewachsen, studierte Layton in London. Seine internationale Karriere begann bei Ford in New York, Lateinamerika und Fernost. Nach Deutschland zurückgekehrt, war er seit 1957 Finanzchef und später Generaldirektor bei Ford Köln, in ähnlicher Position auch bei Dynamit Nobel und der Feldmühle AG. Die von ihm organisierte Wirtschaftsförderung Berlin GmbH konnte in fünf Jahren 150 in- und ausländische Unternehmen für die Stadt gewinnen.

KANDIDATUR

Ralf Dahrendorf, Vorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung und derzeit noch Direktor der London School of Economics and Political Science, will bei der baden-württembergischen Landtagswahl im März 1984 für die FDP im Stuttgarter Wahlkreis III kandidieren, den die FDP bei der letzten Wahl knapp verlor. Dahrendorf war von 1968 bis 1969 bereits Abgeordneter im Stuttgarter Landtag.

ERGEBNISSE

Hamburg – Köln	2:1	(1:0)
Braunschweig – Stuttgart	1:2	(1:0)
Frankfurt – Schalke	3:2	(0:1)
Bochum – Dortmund	2:2	(1:1)
München – K'lautern	0:1	(0:0)
M'gladbach – Berlin	3:1	(2:1)
Bielefeld – Nürnberg	3:0	(2:0)
Karlsruhe – Düsseldorf	2:1	(0:0)
Leverkusen – Bremen	1:1	(1:0)

DIE SPIELE

München – K'lautern 0:1 (0:0)
München: Pfaff – Beierlorzer – Dremmler, Grobe, Horsmann – Del'Haye, Kraus, Augenthaler (76. Pflügler), Dürnberger – Hoeneß, Rummenigge. – **K'lautern:** Reichel – Dusek – Wolf, Briegel, Brehme – Eilenfeldt (87. Plath), Geye, Melzer, Bongartz – Nilsson, Kitzmann (71. Allofs). – **Schiedsrichter:** Ahlenfelder (Oberhausen). – **Tor:** 0:1 Briegel (74.). – **Zuschauer:** 30 000. – **Rote Karte:** Dremmler.

Bielefeld – Nürnberg 3:0 (2:0)
Bielefeld: Diergardt – Wohlers – Geisl, Hupe, Pohl – Schnier, Kühlhorn (78. Krajczy), Schröder – Rautiainen, Pagelsdorf, Lienen. – **Nürnberg:** Kargus – Schlegel – Täuber, Reinhardt, Stocker – Eder, Botteron (61. Brunner), Heidenreich, Hintermair (46. Schneider) – Heck, Dressel. – **Schiedsrichter:** Osmers (Bremen). – **Tore:** 1:0 Pagelsdorf (19.), 2:0 Pagelsdorf (40.), 3:0 Pagelsdorf (47.). – **Zuschauer:** 9000. – **Gelbe Karten:** Wohlers (4/1), Heidenreich (3), Heck, Hintermaier, Reinhardt.

Bochum – Dortmund 2:2 (1:1)
Bochum: Zumdick – Bast – Woelk, Knüwe – Zugcic, Jakobs, Oswald, Patzke, Lameck – Benatelli (59. Pater), Schreier. – **Dortmund:** Immel – Rüßmann – Koch, Hein – Huber, Tenhagen, Bönighausen (84. Eggeling), Raducanu, Keser (46. Burgsmüller) – Abramczik, Klotz. – **Schiedsrichter:** Horeis (Buchholz). – **Tore:** 0:1 Klotz (13.), 1:1 Patzke (43.), 2:1 Oswald (79.), 2:2 Abramczik (85.). – **Zuschauer:** 20 000. – **Gelbe Karten:** Immel (2), Abramczik (2).

Braunschweig – Stuttgart 1:2 (1:0)
Braunschweig: Franke – Hollmann – Lux, Borg, Merkhoffer – Bruns, Tripbacher, Kindermann, Geiger – Herbst (65. Keute), Worm. – **Stuttgart:** Roleder – Makan – Schäfer, K.-H. Förster, B. Förster – Kempe, Ohlicher, Sigurvinsson, Allgöwer – Kelsch (90. Habiger), Reichert. – **Schiedsrichter:** Stäglich (Bonn). – **Tore:** 1:0 Herbst (10.), 1:1 Reichert (47.), 1:2 Kelsch (75.). – **Zuschauer:** 9900. – **Gelbe Karte:** Lux (3).

Frankfurt – Schalke 3:2 (0:1)
Frankfurt: Pahl – Pezzey – Berthold, Körbel, Falkenmayer – Sziedat, Kroth, Nickel, Trieb – Tscha, Kaczor. – **Schalke:** Junghans – Dietz – Kruse, Geier – Lorant, Schipper, Opitz (70. Tüfekci), Drexler, Bittcher – Wuttke, Abel. – **Schiedsrichter:** Föckler (Weisenheim). – **Tore:** 0:1 Opitz (41.), 1:1 Pezzey (51.), 2:1 Kaczor (59.), 3:1 Kroth (71.), 3:2 Tüfekci (90.). – **Zuschauer:** 16 000. – **Gelbe Karte:** Geier (4/1).

Hamburg – Köln 2:1 (1:0)
Hamburg: Stein – Hieronymus – Jakobs, Wehmeyer – Kaltz, Hartwig, Rolff, Groh, Magath – Hrubesch, Milewski (83. Bastrup). – **Köln:** Schumacher – Strack – Prestin (73. Haas), Steiner – Honerbach (66. Allofs), Engels, Neumann, Zimmermann, Willmer – Littbarski, Fischer. – **Schiedsrichter:** Brehm (Kemmern). – **Tore:** 1:0 Hartwig (39.), 1:1 Littbarski (75.), 2:1 Hartwig (76.). – **Zuschauer:** 50 000 – **Gelbe Karte:** Hrubesch (2).

Karlsruhe – Düsseldorf 2:1 (0:0)
Karlsruhe: Wimmer – Bold – Lazic, Kleppinger – Groß, Walz, Dittus, Günther, Boysen – Hofeditz, Hagmayr. – **Düsseldorf:** Kleff – Zewe – Löhr, Theis – Bockenfeld, Bommer, Fach, Dusend, Weikl – Edvaldsson, Ormslev. – **Schiedsrichter:** Klauser (Vaterstetten). – **Tore:** 0:1 Bockenfeld (49.), 1:1 Groß (51.), 2:1 Günther (76.). – **Zuschauer:** 15 000. – **Gelbe Karten:** Bold (4/1), Dittus (2), Löhr (2), Ormslev.

Leverkusen – Bremen 1:1 (1:0)
Leverkusen: Greiner – Gelsdorf – Posner, Saborowski – Winklhofer (64. Hermann), Vöge, Hörster (72. Bruckmann), Röber, Wojtowicz – Økland, Waas. – **Bremen:** Burdenski – Fichtel (46. Neubarth) – Okudera, Siegmann (62. Bracht) – Sidka, Meier, Möhlmann, Gruber, Otten – Völler, Reinders. – **Schiedsrichter:** Neuner (Leimen). – **Tore:** 1:0 Vöge (28.), 1:1 Möhlmann (84.). – **Zuschauer:** 17 000. – **Gelbe Karten:** Wojtowicz (4/2), Vöge (3), Meier (2).

Gladbach – Berlin 3:1 (2:1)
Gladbach: Kamps – Hannes – Schäffer, Pickenäcker – Ringels, Matthäus, Bruns (80. Mohren), Schäfer (87. Brandts), Schmider – Mill, Reich. – **Berlin:** Quasten – Gruler – Rasmussen, Timme – Schneider, Stöhr (35. Beck), Blau, Mohr, Ehrmanntraut (77. Remark) – Glöde, Emig. – **Schiedsrichter:** Redelfs (Hannover). – **Zuschauer:** 20 000. – **Tore:** 1:0 Ringels (4.), 2:0 Schäfer (19.), 2:1 Glöde (20.), 3:1 Hannes (68.). – **Gelbe Karten:** Emig, Quasten.

VORSCHAU

Freitag, 20. Mai, 20.00 Uhr

Köln – Mönchengladbach	(4:1)
Stuttgart – Berlin	(0:1)
Schalke – Bochum	(1:2)

Samstag, 21. Mai, 15.30 Uhr

Düsseldorf – Leverkusen	(3:3)
Braunschweig – Karlsruhe	(1:3)
Kaiserslautern – Hamburg	(1:1)
Dortmund – München	(0:3)
Nürnberg – Frankfurt	(0:3)
Bremen – Bielefeld	(2:1)

In Klammern die Ergebnisse der Hinrunde.

FUSSBALL / Bundesliga spielt in der Endphase verrückt – Grabenkämpfe bei Eintracht Frankfurt und in München

● Bei Eintracht Frankfurt überstürzten sich am Wochenende die Ereignisse. Widersprüche, Beschuldigungen und Sitzungen der Verantwortlichen wechselten von Stunde zu Stunde. *Der Höhepunkt der vereinspolitischen Krise:* Gestern abend verkündete Präsident Axel Schander, heute bei der Hauptversammlung nicht mehr zu kandidieren.

● Heute entscheidet sich in München, ob Trainer Pal Csernai vorzeitig aus seinem Vertrag entlassen wird und ob sich Präsident Willi O. Hoffmann in seinem Amt halten kann. *Der mächtige Wirtschaftsbeirat mit Persönlichkeiten* aus Politik und Wirtschaft ist gegen den Trainer, der am Samstag beschimpft und beleidigt wurde.

● Die sportliche Situation in der Bundesliga klärt sich immer weiter. Der Hamburger SV hat im Titelkampf einen Punkt Vorsprung vor dem SV Werder Bremen. Der Karlsruher SC, *nicht Hertha BSC, scheint noch den 16. Tabellen*platz zu erreichen. Ausführliche Tabelle und Statistik finden Sie auf der nächsten Sportseite.

Axel Schander gibt auf Dokumentation einer galoppierenden Krise

DW. Frankfurt

Heute abend findet im Zoo-Gesellschaftshaus in Frankfurt die Generalversammlung des Sportvereins Eintracht statt. Spötter behaupten, das Lokal sei treffend gewählt, nach all dem Affentheater, das es um das Präsidium der Eintracht in den vergangenen Tagen gegeben habe und daß es wohl auch heute abend geben werde. Zu der Vorstandskrise war es gekommen, nachdem Vizepräsident Wolfgang Zenker undurchsichtige Geschäfte mit dem koreanischen Stürmer Bum Kun Cha und Interessenskonflikte vorgeworfen wurden. Zenker hat an mindestens 70 Fußballprofis steuerbegünstigte Bauherrenmodelle verkauft. Einige dieser Spieler stecken inzwischen in starken wirtschaftlichen Schwierigkeiten.

Die Chronologie des Theaters:

● Freitag, 11.30 Uhr: Wolfgang Zenker erklärt in einer Pressekonferenz, er werde nicht eher Ruhe geben, bis die wahren Hintermänner der Hetzkampagne gegen ihn aufgedeckt seien. Zenker: „Einer dieser Hintermänner ist Axel Schander. Ich werde alles dransetzen, daß Schander nicht mehr Präsident wird."

Zenker kündigt an, er werde, falls Schander wiedergewählt werden solle, sein Geld aus dem Verein abziehen. Zenker und einige seiner Freunde bürgen bei der hochverschuldeten Eintracht (man spricht von 4,5 Millionen Mark) mit Beträgen in Millionenhöhe. Zenker: „Ich werde auspacken. Aber wenn Schander Charakter hat, tritt er zurück."

Zenker wolle nicht nur leere Drohungen ausstoßen, sondern sich mit scharfer Munition gegen Schander zur Wehr setzen. Er schildert den Fall des Eintracht-Hauptgeschäftsführers Jürgen Tresselt. Zenker: „Den haben wir rausgeworfen. Nur aufgrund der Freundschaft Tresselt/Schander haben wir uns nach außen auf eine Kündigung geeinigt." Zenker bezeichnet Tresselt als Hochstapler. Man habe, so der Vizepräsident, einen Masseur zum Manager und die Eintracht in der ganzen Bundesliga lächerlich gemacht.

● Freitag, 20.00 Uhr: Der Beirat des Vereins (die Leiter der Abteilungen und das Präsidium) tagen bis weit nach Mitternacht. Am Ende der Mammutsitzung steht eine eineinhalbseitige Erklärung. Sie beginnt mit der Formulierung: „Auf Drängen des Beirats kandidieren Axel Schander, Wolfgang Zenker und Schatzmeister Knispel weiter gemeinsam für das Präsidium." Diese Erklärung kommt jedoch nie an die Öffentlichkeit.



Stellt sich nicht mehr zur Wahl in Frankfurt: Axel Schander.
FOTO: STRUMPF

● Samstag, 15.15 Uhr: Als Schander das Waldstadion betritt, wird er gefragt, ob er seine Kandidatur aufrechterhalte. Schander antwortet erst: „Kein Kommentar." Dann sagt er: „Meine Familie und mein Geschäft gehen vor. Und ich habe Angst um mich selbst."

● Samstag, 15.30 bis 16.15 Uhr: Während der ersten Halbzeit des Bundesligaspiels Frankfurt gegen Schalke (3:2) sitzt das Eintracht-Präsidium einträchtig in Block E auf der Haupttribüne nebeneinander. Doch der Schein trügt. In der Halbzeitpause bilden sich im VIP-Raum *Gruppen.* Aus der Umgebung Schanders sickert durch, er habe Gewissensbisse bekommen, könne nun doch nicht mehr zusammen mit Zenker in einer Führungsmannschaft antreten. Während das Spiel schon längst wieder läuft, diskutieren *Günter Herold,* der Vorsitzende des Beirats, und Beirats-Sprecher Spahrlinger mit Zenker. „Die wollen endgültig wissen, was jetzt los ist."

Aus diesem Grund wird für 18.00 Uhr ein Gespräch im Novotel Offenbach angesetzt. Anwesend sind Schander, Zenker, Knispel, Mitglieder des Verwaltungs- und Beirats, insgesamt elf Personen. Um 21.03 Uhr verlassen Verwaltungsratsvorsitzender Röder, das Verwaltungsratsmitglied Niehaus, Schander und Knispel den Saal. Die „Schander-Fraktion" enthält sich jeglicher Äußerung.

Ganz so dicht können Zenkers Leute offensichtlich nicht halten. Klaus Gramlich, Sohn des Ehrenpräsidenten Rudi Gramlich, soll zugesagt haben, als Interimspräsident anzutreten. Klaus Gramlich sagt nichts. Über seine Äußerung: „Meine Herren, wir können uns nur mal unterhalten, ob das Bier hier gut temperiert ist", geraten einige Reporter in Rage.

Um nicht noch einen weiteren Konflikt heraufzubeschwören, bietet Zenker den Journalisten um 21.30 Uhr ein Informationsgespräch an. Der Vizepräsident beendet es später mit den Worten: „Wir haben viel gesagt und trotzdem das gehalten, was wir versprochen haben." Im Verlauf dieses Gesprächs macht Zenker noch einmal seinen Standpunkt klar, daß „ich meine Bürgschaften rausziehe bei einem Präsidium, das mir nicht gefällt".

So richtig klug wird keiner aus der Geschichte. Die Beteiligten nicht, die berufsmäßigen Begleiter dieser Eintracht-Posse auch nicht. Die Entscheidung wird nämlich in zwei weiteren Sitzungen auf Sonntag vertagt.

Gestern um 14.00 Uhr traf sich erneut der Eintracht-Beirat. Um *16.00 stießen die Mitglieder* des Verwaltungsrates dazu. Anschließend sollte der endgültige Beschluß bekanntgemacht werden, wer in Zukunft die Eintracht führen und ob und wie man die Vergangenheit am besten bereinigen wird. Die Verhandlungen dauerten bei Redaktionsschluß noch an.

Die erste Entscheidung fiel jedoch schon vor der Sitzung: Präsident Axel Schander erklärte seinen Verzicht auf eine erneute Kandidatur. Schander: „Unter den derzeit bestehenden Voraussetzungen, die eine solide Vereinsarbeit für mich nicht zulassen, bin ich nicht mehr bereit, für das Amt des Präsidenten zu kandidieren."



Aber der Trainer lächelt und winkt tapfer zurück . . .

Der FC Bayern München, gescheiterter Favorit in der Meisterschaft, ausgeschieden in Pokal und Europapokal, kann sogar jetzt noch einen Platz im UEFA-Cup der nächsten Saison verlieren. Manager Uli Hoeneß kann bei der 0:1-Niederlage gegen Kaisers*lautern gar nicht mehr* hinschauen. Aber Trainer Pal Csernai blickt dem Debakel ins Auge (Foto links). Auch er mit verkniffenem Gesicht zwar, aber immerhin. Er hat nämlich am meisten auszuhalten. Die Zuschauer riefen „Csernai raus" und „Wir wollen Lattek". Womit sie zumindest die Stimmung im mächtigen Wirtschaftsbeirat des FC Bayern getroffen haben dürften. Nach dem Spiel mußte der Trainer sogar von Ordnern *geschützt* werden (Foto unten). Doch er grinste und winkte denen zu, die ihn beschimpften. Unsicherheit, Arroganz oder schon die Gewißheit, daß seine Tage beim FC Bayern ge*zählt sind? Csernais* stärkster Verbündeter nämlich, Präsident Willi O. Hoffmann, der ihm noch am Samstag zuvor brüderlich auf die Schulter klopfte (Foto links unten), steht gerade wegen seiner Treue zum ungeliebten Trainer ebenfalls auf der Abschußliste einer Opposition im Verein.

FOTOS: BAADER/WEREK/SIMON





Makaber, makaber: Kuchen-Sarg auf Csernais Tisch

PETER STÜTZER, München

Die Szene war makaber und geschmacklos, doch der Weltuntergangsstimmung beim FC Bayern München entsprach sie allemal. *Bodo E. Müller, Lieferant* der Münchner Spieler in Sachen Torten und Gebäck, ein Mann mit nicht unbeträchtlichem Geltungsbedürfnis, glaubte, diesmal einen besonders originellen Einfall gehabt zu haben. Kaum hatte Pal Csernai, *der ungeliebte* Bayerntrainer, in der Pressekonferenz nach dem 0:1 gegen den 1. FC Kaiserslautern Mikrofon und Wort ergriffen, da stahl sich dieser schwarzbefrackte Prominentenbäcker nach vorne, und stellte dem Ungarn einen braunen *Schokoladenkuchen* auf den Tisch: In Sargform und mit der Zuckerguß-Aufschrift: „Das Pal-System ist tot."

Csernai schwieg fein still, sein Nebenmann Fritz Scherer, Schatzmeister des Vereins, beschimpfte „diese Geschmacklosigkeit", und Geschäftsführer Walter Fembeck brach das süße Ding mit saurer Miene über dem Knie entzwei und donnerte es in den Mülleimer.

Die Zustandsbeschreibung des Renommierklubs läuft derzeit auf den Begriff Chaos hinaus: Ein Bäcker, der über die Stränge haut, ein unbeholfener Fliesenleger, der schon seit Wochen glaubt, in München eine Opposition anführen zu können, ein jugendlicher Zuschauer, der erst im letzten Augenblick am Sprung in Csernais Genick gehindert werden konnte.

Der Kern des Vereins bemüht *sich verzweifelt um Ruhe, doch das* Umfeld, und das ist in diesem Klub von bedeutendem Gewicht, macht nur noch Randale. Der Mann aber, der endlich für Ruhe sorgen könnte, Präsident Willi O. Hoffmann nämlich, hat sich dem ganzen Unbill bis heute *geschickt* entzogen. Bei den Filmfestspielen in Cannes hat er sich zuerst der südlichen Sonne ausgesetzt, anschließend trug ihn der Jet ins portugiesische Lissabon. Dienstlich und unaufschiebbar, wie Hoffmann (Spitzname: „Champagner-Willi") *gestern* am Telefon versicherte.

Heute wird der Präsident in München zurückerwartet und heute muß er Farbe bekennen. Es geht um Csernais Schicksal und damit auch um das seine. Weil Hoffmann sich noch vor einer Woche so telegen und vehement auf seiten des Trainers gestellt hatte und er dort bis heute mutterseelenallein blieb, wird beider Los mittlerweile eng miteinander verknüpft. Die Vorgabe ist klar: Setzt Hoffmann seinen Trainer heute vor die Tür, dann dürfte er seinen eigenen Kopf gerade noch aus der Schlinge ziehen können. Hält er aber trotz aller Gegenwehr nibelungentreu an ihm fest, dann droht er gemeinsam mit Csernai den Bach herunterzugehen.

Sich der Lage der Dinge wohl bewußt, vermied es Hoffmann gestern *aus Lissabon (wo er allen* Gerüchten zum Trotze nicht mit Benfica-Trainer Ericsson verhandelte) die Treueschwüre der Vorwoche zu wiederholen. Ein ausweichendes „Kein Kommentar" hielt er dafür angebrachter. Doch das ist eben *doch ein Kommentar.*

Hoffmann hat es also in der Hand. Heute nachmittag um 15.00 Uhr wird er im Vereinsheim an der Säbener Straße gemeinsam mit dem Präsidium über Pal Csernai zu Gericht sitzen. Der zeitliche Ablauf macht es ihm leicht, den mächtigen Wirtschafts-Beirat seines Vereines jeglichen Wind aus den Segeln zu nehmen. Denn für 17.30 Uhr ist heute im Münchner Ratskeller eine Sitzung des Beirates anberaumt. Das Thema ist das gleiche: Csernai eben. Und Hoffmann ist gut beraten, sich diesem Gremium zu fügen.

Denn diese Beirats-Elf ist nach Prominenz und Einfluß aufgestellt: Innenminister Karl Hillermeier, Senator Wilhelm Rothe, die Stadträte Adi Fiedemann (CSU) und Horst Salzmann (SPD), Ex-Kommunalreferent Werner Veigel, Minister Peter Schmidhuber, der Direktor des Bayern-Sponsors „Iveko", Herbert Jakisch, Wurstfabrikant Rudi Houdek, Ernst Kellner (Versicherungen), der altinternationale Willy Siemetsreiter und Ehrenpräsident Wilhelm Neudekker. *Und auch Münchens Oberbür*germeister Erich Kiesl, der Ehrenvorsitzende des Beirats, läßt es sich nicht nehmen. In wohl kaum einem Gremium der bayerischen Hauptstadt sitzen Politik und Geld enger beisammen, und fast alle haben sie das gleiche Ziel: die vorzeitige Auflösung jenes Vertrages, den Hoffmann im Januar mit Csernai so leichtsinnig wie großzügig (240 000 Jahressalär) bis zum 30. Juni 1984 verlängert hatte.

Das ist das „leistungshemmende Spannungsfeld", *das Csernai am* Samstag als Erklärung für das 0:1 gegen den 1. FC Kaiserslautern (Tor durch Briegel in der 74. Minute) angeführt hat. „Die große Nervosität kommt von außen und wirkt auf die Mannschaft", sagt auch Karl-Heinz *Rummenigge.* Wolfgang *Dremmler* scheint diesem Druck nicht gewachsen gewesen zu sein. Nach groben Fouls gegen Brehme und Thomas Allofs wurde er vom Platz gestellt. Noch einmal Rummenigge: „Es muß etwas geschehen, so oder so."

So oder so, ein klares Wort hat auch Csernai nach fast fünf Jahren erfolgreicher Arbeit verdient.

Großeinkäufer Bayer – und warum K.-H. Förster gerne verwarnt worden wäre

Von ULRICH DOST

In der vergangenen Woche war der Bielefelder Trainer **Horst Köppel** (34) *„regelrecht sauer" auf* seine Mannschaft, weil sie beim 0:5 gegen Schalke 04 einfach die Zügel hatte schleifen lassen. Den Bielefeldern wurde unsportliches Verhalten vorgeworfen, Schalke aber durfte wieder hoffen. Die Bundesliga kennt viele solcher Beispiele, wo Mannschaften, die zum Ende der Saison auf gesicherten Positionen stehen, nicht mehr mit dem nötigen Ernst zur Sache gehen.

Gottlob *gibt* es aber auch Beispiele, die verdeutlichen, daß in der Beziehung nicht alle Spieler und Trainer über einen Kamm zu scheren sind. Schon vor dem Spiel gegen den abstiegsbedrohten Karlsruher SC machte Düsseldorfs Trainer **Willibert Kremer** (44) seiner Mannschaft durch Worte und Taten klar, daß man sich auch nur *dem leisesten* Verdacht unsportlichen Verhaltens zu entziehen habe. Kremer stellte den verletzten Torwart **Wolfgang Kleff** (36) auf und ließ auch den Junioren-Nationalspieler **Holger Fach** (20) spielen, der am Dienstag an der Leiste operiert wird. Kremer: „Gegen Bielefeld oder Frankfurt hätten die beiden sicherlich nicht gespielt, doch es ist einfach eine moralische Verpflichtung den Kollegen gegenüber, auch dann alles zu geben, wenn man selbst keinen Vorteil mehr haben kann." Letztlich hat es nicht viel geholfen: Karlsruhe gewann 2:1 und steckt nun wieder voller Hoffnung, Düsseldorfs Spieler aber haben zumindest ein ruhiges Gewissen, was ja nicht gerade sehr wenig ist.

*

Aber auch das geschieht im Abstiegskampf: In Braunschweig schimpfte Nationalspieler **Karl-Heinz Förster** (24) bei jedem Pfiff wie ein Rohrspatz auf den Schiedsrichter **Dieter Stäglich** (42) aus Wuppertal. Seine Kollegen vom VfB Stuttgart wunderten sich, denn der Schiedsrichter pfiff wirklich nicht schlecht. Doch Förster, so deutete er es bei Freunden und Kollegen an, hatte es nur darauf abgesehen, eine gelbe Karte zu bekommen. Es wäre seine vierte gewesen und seine Rechnung wäre aufgegangen: Nächste Woche gegen Berlin gesperrt, aber dafür bei den wichtigen Spielen um den UEFA-Pokalplatz *gegen* Köln *und* Kaiserslautern wieder dabei. Die Berliner hätten sich freuen können: Ohne Förster sähen ihre Chancen bestimmt besser aus, in Stuttgart einen Punkt zu holen, um neue Hoffnungen im Kampf gegen den Abstieg zu bekommen.

Er wisse gar nicht mehr, sagte Karl-Heinz Förster hinterher, was er dem Schiedsrichter nicht alles an den Kopf geworfen habe, „doch ganz so schlimm war es auch nicht". Und weiter: „Manchmal gibt es Phasen, da bekommt man für jede Kleinigkeit die Karte gezeigt." Doch diesmal ging die Rechnung nicht auf – Pech für Hertha BSC Berlin.

Fußball-Kulisse



Zahlen, Fakten, Hintergründe aus der Bundesliga

*

Nicht erst in diesen Tagen wird in der Bundesliga der Gürtel enger geschnallt, die Sparwelle grassiert schon seit längerer Zeit. Derzeit gibt es eigentlich nur einen Verein, bei dem nicht nur ein wenig gekleckert, sondern gleich geklotzt wird: Bayer 04 Leverkusen. Wie im Vorjahr bekam die Fußball-Abteilung vom Bayer-Werk einen 2,5-Millionen-Mark-Posten im Etat bewilligt, um auf dem Transfer-Markt tätig zu werden. Wer hat, der hat – bei Leverkusen scheint es der Fall zu sein.

Bei fast allen Klubs halten sich die Transfers in Grenzen – jetzt aber haben die Leverkusener kräftig zugeschlagen. Die Not des VfL Bochum ausnutzend, der seinen Vier-Millionen-Schuldenstand kräftig senken muß, um vom Deutschen Fußball-Verband (DFB) eine neue Lizenz zu bekommen, verpflichteten die Leverkusener die Spieler **Wolfgang Patzke** (24) und Libero **Dieter Bast** (31). Dieses Paket war Bayer-Trainer **Dettmar Cramer** (57) rund 1,5 Millionen Mark wert. Und nun liegt immer noch eine Million parat: Wahrscheinlich wird Schalke 04 dieses Geld erhalten, wenn der Klub im Falle des Abstiegs **Wolfram Wuttke** (21) abgeben muß.

Und wo sie nun einmal dabei sind, dürfen nach den großen Taten auch nicht die großen Worte fehlen: „Bis zu meiner Pensionierung will ich mit Bayer 04 Leverkusen deutscher Meister sein" – so wurde **Günter W. Becker** (62) in der letzten Woche zitiert. Becker, Direktor des Bayer-Werks und für die Finanzen im Bayer-Sport zuständig, behauptete später, so habe er das nicht gesagt und sei falsch zitiert worden. Doch auch Dettmar Cramer sprach vor der Saison von einem Dreijahres-Plan. Wie es aussieht, wird Präsident **Jürgen Schwericke** (51) immer mehr in den Hintergrund gedrückt: Die Freunde Becker und Cramer halten das Bayer-Kreuz schon gerade. Wenn Manager **Heinz Heitmann** (45) zum Saisonende aufhört, will *Cramer diese Tätigkeit mitüber*nehmen. Jetzt hat er sich schon mal gleich nützlich gemacht. In der vergangenen Woche versuchte der Trainer für seinen Torwart **Uwe Greiner** (22) einen neuen Verein zu finden. Cramer fragte bei den Stuttgarter Kickers nach.

Auch Borussia Dortmund liebäugelte mit dem Gedanken, den sehr gefragten Wolfgang Patzke zu verpflichten. Doch wie sich jetzt herausstellte, vermasselte ausgerechnet **Manfred Burgsmüller** (33) seinem Klub die Tour. Er könne es nicht vergessen, so Patzke, daß Burgsmüller ihm einmal im Spiel eine Ohrfeige verpaßt habe und dabei hinzufügte: „Komm' nicht noch einmal in meine Nähe, sonst mache ich dich platt." Patzke: „Deshalb interessierte mich das Dortmunder Angebot nicht."

*

Otto Rehhagel (44) fühlte sich endlich mal bestätigt. Immer habe er davon gesprochen, wie anfällig seine Mannschaft noch sei, wie wenig Erfahrung sie besitze. Geglaubt wurde dem Trainer von Werder Bremen selten, sondern ihm sogar Tiefstapelei vorgehalten. Nach dem 1:1 in Leverkusen, das den Bremern noch alle Möglichkeiten im Kampf um die Meisterschaft läßt, sagte Rehhagel fast triumphierend: „Diesmal konnten alle sehen, daß ich immer recht hatte. Unsere Mannschaft ist nicht so stabil, *wie sie gemacht wurde." Den*noch gab sich Rehhagel weiter gelassen. Ob er sich denn das Spiel des Konkurrenten in Hamburg gegen Köln ansehen werde, meinte Rehhagel: „Ich fahre mit meinem Präsidenten Franz Böhmert zu einer Konfirmation in die DDR, schließlich muß man sich mit dem Präsidenten guthalten."

Die Bremer bleiben locker und gefaßt, sie können nichts mehr verlieren, aber alles gewinnen – bei den Hamburgern, die alles verlieren können (Europapokalfinale gegen Juventus Turin und die Meisterschaft), werden die Nerven immer stärker strapaziert. „In dieser Phase wirkt jedes Spiel wie eine Nervensäge", meinte Trainer **Ernst Happel** (57) nach dem 2:1 über Köln. Mittelstürmer **Horst Hrubesch** (31) verspürt sogar „Angst, daß wir noch alles verspielen können". Wer ängstlich ist, verhält sich zumeist auch zaghaft – vielleicht besitzen die Bremer in der Beziehung die besseren Voraussetzungen.

Drei Spieltage vor Saisonende der Bundesliga

							Heim:		Auswärts:	
1. Hamburg	31	18	11	2	70:30	47:15	40:11	27:5	30:19	20:10
2. Bremen	31	20	6	5	67:35	46:16	44:13	28:2	23:22	18:14
3. Stuttgart	31	17	8	6	71:43	42:20	42:19	24:6	29:24	18:14
4. München	31	16	9	6	67:26	41:21	43:8	25:7	24:18	16:14
5. K'lautern	31	14	12	5	51:35	40:22	39:13	27:3	12:22	13:19
6. Köln	31	15	9	7	63:37	39:23	40:15	25:5	23:20	14:18
7. Dortmund	31	16	6	9	70:47	38:24	45:18	23:7	25:29	15:17
8. Frankfurt	31	12	5	14	47:48	29:33	36:12	25:7	11:36	4:26
9. Bielefeld	31	11	6	14	42:64	28:34	34:20	23:9	8:44	5:25
10. Bochum	31	7	12	12	35:44	26:36	24:19	17:15	11:25	9:21
11. Düsseldorf	31	9	8	14	35:72	26:36	34:34	18:12	19:38	8:24
12. Nürnberg	31	10	6	15	39:61	26:36	26:20	21:9	13:41	5:27
13. Leverkusen	31	8	9	14	37:60	25:37	18:17	18:14	19:43	7:23
14. Gladbach	31	10	4	17	53:55	24:38	35:20	19:13	18:35	5:25
15. Braunschw.	31	7	10	14	33:58	24:38	20:17	17:13	13:41	7:25
16. Karlsruhe	31	7	6	18	36:77	20:42	22:20	18:14	14:57	2:28
17. Hertha	31	5	9	17	37:57	19:43	24:22	15:17	13:35	4:26
18. Schalke	31	6	6	19	44:66	18:44	25:26	13:17	19:40	5:27

● Das Restprogramm der beiden Meisterschafts-Kandidaten: Hamburg: Kaiserslautern (Auswärtsspiel), Dortmund (Heimspiel), Schalke (A). Bremen: Bielefeld (H), Frankfurt (A), Bochum (H).

● Das Restprogramm der Abstiegskandidaten: Karlsruhe: Braunschweig (A), Leverkusen (A), Bielefeld (H). Hertha BSC: Stuttgart (A), Braunschweig (H), Köln (A). Schalke: Bochum (H), München (A), Hamburg (H).

Tore und Zuschauer

Ohne Torerfolg blieben die drei Spitzenreiter der Torschützenliste Rudi Völler (21), Karl-Heinz Rummenigge und Karl Allgöwer (je 18). Der Kölner Pierre Littbarski ist nach seinem Treffer in Hamburg mit 16 Toren nun der ärgste Verfolger des Führungs-Trios. Erfolgreichster Schütze des 31. Spieltages war der Bielefelder Frank Pagelsdorf, der beim Sieg über Nürnberg alle drei Tore erzielte. Die 185 300 Besucher bei den neun Spielen bedeuten einen durchschnittlichen Zuspruch. Die meisten Zuschauer kamen ins Volksparkstadion zum Schlagerspiel zwischen Hamburg und Köln (50 000). Das geringste Interesse war beim Spiel Bielefeld gegen Nürnberg zu verzeichnen (9000). Der Auftritt von Meisterschafts-Bewerber Bremen im Haberlandstadion brachte Leverkusen den Saisonrekord (18 000).

Abschied und Spende

Seinen Abschied aus der Fußball-Bundesliga nahm Schiedsrichter Jan Redelfs aus Hannover. Für seinen 150. Einsatz beim Spiel Mönchengladbach gegen Berlin erhielt der 47 Jahre alte Redelfs von den Mannschaftskapitänen Hannes und Mohr jeweils einen Blumenstrauß. Redelfs wird nur noch das Spiel der zweiten Liga zwischen Uerdingen und Kassel am nächsten Wochenende sowie ein Olympia-Qualifikationsspiel pfeifen.

Vor dem Spiel am Bökelberg gab es ein Wiedersehen mit alten Stars wie Berti Vogts, Herbert Wimmer, Bernd Rupp und Herbert Laumen. Sie agierten im Vorspiel für einen guten Zweck. 5000 Mark der Einnahme wurden für das Schiff „Cap Anamur" abgezweigt, das im chinesischen Meer wieder Vietnam-Flüchtlinge aufnehmen soll.

FUSSBALL / So bereitet sich Mannheim auf den Aufstieg in die Bundesliga vor

Spiel gegen Schuster, Maradona – und von der Bretterwand lächelt Herberger

MARTIN HÄGELE, Mannheim

Der Reporter des Lokalblatts stellte sich keck vor den prominenten Besucher: „Wen von den Waldorf-Spielern wollen Sie kaufen, Herr Rehhagel?" Rehhagel schüttelte den Kopf: „Ich bin nach Mannheim gekommen, um mich zu informieren, was uns in der nächsten Saison erwartet, falls Waldhof einer unserer ersten Gegner sein sollte." Fast ungläubig lauschte der Reporter den Worten des großen Meisters. Er meine also wirklich, daß der SV Waldhof in die Bundesliga aufsteige. Darauf war das Lächeln bei Rehhagel. „Sicher, sonst wäre ich ja nicht hier." In diesem Moment war der journalistische Wegbegleiter des SV Waldhof dann zufrieden.

Eigentlich ist das ein Phänomen. Zu diesem Zeitpunkt, gestern vor acht Tagen, trennte den Spitzenreiter der Zweiten Liga nur noch höhere Mathematik von der Bundesliga. Viermal müßte der SV Waldhof verlieren. Selbst dann hätten die Mannheimer als Tabellendritter noch die Chance, über die zwei Qualifikationsspiele gegen den Drittletzten der Bundesliga aufzusteigen.

Und trotzdem: Im Stadionblatt steht kein einziges Mal das Wort Bundesliga. Da ist im Zusammenhang mit den Neuverpflichtungen Rainer Scholz (Hannover 96), Detlef Olaidotter (VfL Osnabrück) und Jürgen Willkomm (Wattenscheid 09) lediglich die Rede von der neuen Saison. Unter dem Scheibenwischer des Autos aber finden Zuschauer Handzettel einer Mannheimer Elektrofirma. Der Werbeslogan, der zum Kauf eines neuen Autoradios überzeugen soll, frei



Er jubelt gerne zur rechten Zeit: Klaus Schlappner. FOTO: SCHIRNER

nach „Trio": „Aha. Da, da, da. Waldhof. Aha. Da, da, da. Bundesliga. O ja."

„Unser Umfeld begreift eher, was mit uns passiert ist", erklärt Trainer Klaus Schlappner die gedämpfte Stimmung. Die Freude, so Schlappner, die Genugtuung über die große Leistung sitze so tief drin, sie sei einfach noch nicht ausgebrochen. Den Mannheimern fällt es einfach schwer, sich daran zu gewöhnen, daß plötzlich alles anders wird. Die Spieler, die seither wie bessere Amateure nur viermal in der Woche trainiert haben, werden von ihren Arbeitgebern ein Jahr lang für den Fußball beurlaubt.

„Wir werden lernen müssen, zu Vollprofis zu wachsen", sagt Schlappner, „das ist vor allem eine Umstellung im psychischen Bereich." Auch Schlappner schließt sich von diesem Prozeß nicht aus.

In den nächsten Tagen wird er bei verschiedenen Bundesligaklubs in Köln, in Frankfurt, in Stuttgart, vorbeischauen „Sehen, wie die Kollegen das machen, meine Meinung über die Bundesliga abrunden."

Die Vereinsführung hat sich schon bei einem längeren Besuch beim VfB Stuttgart von dessen Geschäftsführer Schäfer in die neue Materie einweisen lassen. Der SV Waldhof muß gleich zwei Welten überspringen. Da sitzen die verantwortlichen Leute in einem Holz-Container, der zum Ehrengastraum ausgebaut wurde. Die Rückwand der Holzbaracke füllt ein riesiges Bild: Waldhof mit Stürmer Sepp Herberger gegen die SpVgg. Fürth.

Das ist schon drei Generationen her. Herberger, die große Figur des deutschen Fußballs, eine glorreiche Vergangenheit an der Wand. Doch wie werden sie auf dem Waldhof den frischen Ruhm vermarkten und verkraften? Mäzen Gaul will zum Saisoneröffnungsspiel im Ludwigshafener Südwest-Stadion, das in der Bundesliga die neue Heimat des SV Waldhof sein wird, den FC Barcelona mit Menotti, Maradona und Schuster verpflichten. Ein Förderkreis entsteht ebenfalls. Der SV Waldhof hat wieder viele Freunde. Sie wollen dem Klub noch einen Star finanzieren, falls sie einen finden.

Zukunftsmusik, sagt Schlappner. Er möchte sich erst mal von den Realitäten einholen lassen, um dann das ganz große Glück hinauszujubeln. Aber, so der Trainer, „zum nächsten Heimspiel komme ich dann mit der Kutsche und in Frack und Zylinder auf den Waldhof".

Fortuna Köln ist jetzt endgültig aus dem Rennen

DW. Bonn

Das deutsche Pokalfinale hat Fortuna Köln erreicht, doch das erklärte Ziel, den Aufstieg in die Bundesliga, wird die Mannschaft nach dem 0:0 gegen Bayer Uerdingen nicht realisieren können.

DIE ERGEBNISSE

Wattenscheid – Offenbach	0:0	
Darmstadt – Frankfurt	6:2	(4:2)
Hannover – Augsburg	1:1	(1:0)
Köln – Uerdingen	0:0	
Kassel – Lüttringhausen	2:0	(1:0)
Freiburg – Osnabrück	1:1	(1:0)
Essen – Solingen	3:1	(1:1)
Fürth – Neuhaus	0:2	(0:0)
Stuttgart – Aachen	1:2	(0:1)
Duisburg – Mannheim	3:3	(2:2)

DIE TABELLE

1. Mannheim	35	20	10	5	80:33	50:20
2. Offenbach	35	20	8	7	71:37	48:22
3. Uerdingen	35	17	10	8	57:43	44:26
4. Köln	35	15	11	9	74:47	41:29
5. Kassel	35	18	5	12	64:49	41:29
6. Darmstadt	35	15	10	10	72:54	40:30
7. Freiburg	35	12	15	8	46:43	39:31
8. Aachen	35	15	9	11	48:48	39:31
9. Stuttgart	35	15	8	12	70:49	38:32
10. Osnabrück	35	15	5	15	60:58	35:35
11. Hannover	35	12	10	13	65:62	34:36
12. Duisburg	35	13	8	14	51:52	34:36
13. Essen	35	11	9	15	51:54	31:39
14. Fürth	34	10	10	14	50:65	30:38
15. Wattensch.	35	12	6	17	56:63	30:40
16. Lüttringh.	35	11	8	16	45:68	30:40
17. Augsburg	35	9	9	17	27:53	27:43
18. Solingen	34	8	10	16	47:70	26:42
19. Frankfurt	35	8	7	20	45:81	23:47
20. Neuhaus	35	6	6	23	39:89	18:52

DIE VORSCHAU

Dienstag, 19.30 Uhr (Nachholspiel): Solingen – Fürth; Donnerstag, 18.15 Uhr: Lüttringhausen – Hannover, Aachen – Köln, Offenbach – Fürth; Samstag, 15.00 Uhr: Augsburg – Darmstadt; 15.30 Uhr: Freiburg – Stuttgart, Solingen – Duisburg, Frankfurt – Wattenscheid, Schloß Neuhaus – Essen, Mannheim – Osnabrück; Sonntag, 15.00 Uhr: Uerdingen – Kassel.

MOTORSPORT / Großer Preis von Monaco

Premiere für Niki Lauda: In der Qualifikation bereits ausgeschieden

JEAN C. GERSON, Monte Carlo

Der Große Preis von Monaco hatte bereits vor dem Start seine Sensation: Der Österreicher Niki Lauda auf McLaren-Ford war beim fünften Lauf zur Formel-1-Weltmeisterschaft erstmals in seiner Grand-Prix-Laufbahn nicht für das Rennen qualifiziert. Schon am Donnerstag, beim ersten Training, hatte der zweimalige Weltmeister wegen *Reifenproblemen* den Sprung unter die schnellsten 20, die am Rennen teilnehmen, nicht geschafft. Am Samstag verhinderte strömender Regen eine Verbesserung seiner Rundenzeit (das Rennen dauerte bei Redaktionsschluß noch an).

Die Trainingsergebnisse blieben wegen des Wetters unverändert: Schnellster: der Franzose Alain Prost auf Renault-Turbo in 1:24,840 Minuten vor seinem Landsmann Rene Arnoux (Ferrari-Turbo) in 1:25,182. Auf dem dritten Startplatz des Rennens stand der Amerikaner Eddie Cheever (Renault-Turbo/1:26,279), Trainingsvierter war der Franzose Patrick Tambay (Ferrari-Turo/1:26,298). Als bester Fahrer mit einem herkömmlichen Saugmotor qualifizierte sich der finnische Weltmeister Keke Rosberg auf Williams-Ford in 1:26,307 für Rang fünf.

Das Drama um Lauda begann um 12.05 Uhr. Starker Ostwind trieb dunkle Regenwolken über Monaco, die sich mit einem heftigen Schauer entluden. Als um 13 Uhr der Start zum Abschlußtraining freigegeben wurde, war der Asphalt noch immer naß.

„Was ich tun konnte, habe ich getan", sagte Lauda hinterher, „aber gegen das Wetter bin ich machtlos." Sein Team hatte Reifen und Aufhängung der McLaren-Boliden komplett geändert. Auch der Ire John Watson, Laudas Teamgefährte und Sieger vor sechs Wochen in Long Beach/USA, mußte zuschauen. Lauda, der am 15. August 1971 bei seinem Heimat-Grand-Prix in Österreich den ersten seiner bisher 131 WM-Läufe bestritt, hatte mit der Qualifikationshürde nie Probleme. Watson war vor drei Jahren ebenfalls in Monte Carlo zum letzten Mal nicht qualifiziert.

Für eine Überraschung sorgte *dagegen der für Platz 16 qualifizierte* Waiblinger Manfred Winkelhock auf ATS-BMW-Turbo. Im freien Training, das allerdings nicht für die Startaufstellung gewertet wird, war der Schwabe in 1:25,945 Minuten Schnellster. Teamchef Günter Schmidt freute sich: „Schnellste waren wir noch nie." Im gleichen Training erzielte Lauda mit 1:27,591 den 13. Rang, das hätte für eine Qualifikation gereicht.

*

sid, Stein

Wie im Blindflug fuhr die französische Vize-Weltmeisterin Michele Mouton auf Audi Quattro zum Sieg bei der Metz-Rallye in Stein bei Nürnberg. Denn den vierten Lauf zur Deutschen Meisterschaft mußte sie ohne Training absolvieren. Vor einer Woche hatte sie noch den WM-Lauf auf Korsika bestritten, von Nürnberg reiste sie sofort nach Griechenland zur Rallye Akropolis (28. Mai bis 3. Juni).

Eine Weltklassefahrerin läßt sich dadurch nicht irritieren, das unterstrich Michele Mouton in aller Deutlichkeit. Mit dem Wagen des verletzten Titelverteidigers Harald Demuth (München), unterstützt von dessen Beifahrer Arwed Fischer aus Kemnath, ließ sie dem Rest der deutschen Rallye-Elite keine Chance. Manfred Hero/Dietmar Müller (Schmelz/Beckingen) lagen nach rund 700 km und 18 Sonderprüfungen mit 1:43 Minuten Rückstand auf Platz zwei, schon 5:24 Rückstand hatten Alfons Hohenester/Christian Fellinger (Germersheim/München) mit einem Audi Quattro auf Platz drei. Anschließend zeigte sich die Französin von der Organisation der Rallye und der Begeisterungsfähigkeit der rund 150 000 Zuschauer angetan. Lediglich die vielen Spitzkehren in den Wertungsprüfungen machten ihr zu schaffen. „Mit meinem Quattro muß ich dort immer zurücksetzen, um überhaupt um die Ecken herumzukommen."

Die übrigen Favoriten hatten mit sich selbst zuviel zu tun, als daß sie Michele Mouton erfolgreich hätten attackieren können. Walter Smolej/Werner Hohenadel (Ditzingen/Quierschied) auf Ford Escort, vor dem Start Spitzenreiter der Gesamtwertung, fielen mit einer defekten Lichtmaschine und durch einen Getriebewechsel schon am Freitag zurück und wurden nur Neunte.

Erwin Weber aus Neufahrn, der dritte der Europameisterschaft von 1982, verpatzte durch einen Ausrutscher am frühen Samstag morgen das Deutschland-Debüt des neuen Opel Manta. Zusammen mit dem Ludwigshafener Gunther Wanger konnte er sich jedoch durch eine Serie von neun Bestzeiten wieder auf Platz vier kämpfen. Michele Mouton gewann sieben der übrigen Sonderprüfungen, zwei gingen an Hero.

Im Kampf um die Führung, im Kampf um die deutsche Meisterschaft, bleibt es weiter spannend. Hero/Müller übernahmen mit 105 Punkten die Spitze vor Smolej/Hohenadel mit 101. Weber/Wanger folgen mit 89 Zählern. Mouton-Beifahrer Fischer wahrte mit 70 Punkten seine Chance auf eine erfolgreiche Titelverteidigung. Denn in der Punktwertung werden Co-Piloten den Fahrern gleichgestellt.

NACHRICHTEN

Ski-WM in Oberstdorf

Sydney (dpa) – In Oberstdorf werden 1987 die Nordischen Ski-Weltmeisterschaften ausgetragen. Auf dem Kongreß des Internationalen Ski-Verbandes (FIS) in Sydney erhielt Oberstdorf mit 56:32 Stimmen den Vorzug vor dem französischen Ort Autrans.

Schach: Neuer Präsident

Saarbrücken (dpa) – Heinz Hohlfeld (Hannover) wurde auf dem Kongreß des Deutschen Schachbundes in Saarbrücken zum neuen Präsidenten gewählt. Sein Vorgänger Alfred Kinzel, der nach achtjähriger Verbandsführung nicht mehr kandidierte, wurde zum Ehrenvorsitzenden ernannt.

Warbonow hob Weltrekord

Lille (dpa) – Der bisher international unbekannte Alexander Warbonow (Bulgarien) stellte bei einem Gewichtheber-Turnier in Lille im Zweikampf des Mittelgewichts mit 367,5 Kilogramm einen Weltrekord auf. Den alten Rekord hielt Janko Rusew (Bulgarien) mit 365 Kilo.

Segeln: „Outsider" führt

Kiel (sid) – Die Hochsee-Yacht „Outsider" gewann auf der Ostsee bei Kiel die fünfte von zwölf Qualifi-

kations-Wettfahrten zum Admiral's Cup. In der Gesamtwertung führt die „Outsider" mit 22,25 Punkten vor der „Sabina" (18,50), der „Container" (17,00) und der „Espada" (15,50).

Golf: Erster Titel

Feldafing (GB) – Nationale Offene Deutsche Golfmeisterin wurde zum ersten Mal Susanne Knödler (Feldafing), die seit dem letzten Jahr auch amtierende Internationale Deutsche Amateurmeisterin ist. Auf ihrem Feldafinger Heimatplatz gewann die 23jährige mit 74+73+76=223 Schlägen bei Standard 70 und Par 71. Dichtauf folgte die erst 17jährige Martina Koch (Hannover) mit 75+70+79=224 und Astrid Peter (Nürnberg) 73+74+79=226. Die favorisierte Titelverteidigerin Barbara Helbig (Dortmund) enttäuschte nach ihrem internationalen Erfolg vor einer Woche und belegte mit 75+78+76=229 Schlägen nur den vierten Platz.

Schockemöhle Dritter

Bern (sid) – Paul Schockemöhle (Mühlen), Europameister der Springreiter, liegt in der neuen europäischen Computerrangliste hinter den beiden Briten Nick Skelton und Malcolm Pyrah auf Platz drei. Gerd Wiltfang (Thedinghausen) ist hinter Hugo Simon (Österreich) Fünfter, Weltmeister Norbert Koof (Willich) Elfter.

Judo: Dreimal Bronze

Paris (sid) – Steffen Stranz (Rüsselsheim) erkämpfte im Leichtgewicht für den Deutschen Judo-Bund bei den Europameisterschaften in Paris die dritte Bronzemedaille. Zuvor hatten Günter Neureuther (München) im Halbschwer- und Alexander von der Gröben im Schwergewicht jeweils den dritten Platz erreicht.

HANDBALL / MTSV Schwabing verspielte seine Chance auf den Titel

Nur Kiel jagt noch die Gummersbacher

sid, Kiel

6350 Zuschauer, 75 000 Mark Rekordeinnahme, Triumphator im Bundesliga-Schlager: Der traditionsreiche THW Kiel träumt nach dem 23:22-Sieg gegen MTSV Schwabing erstmals seit 20 Jahren wieder vom Titel eines deutschen Handball-Meisters. Die erfolgreichste Rückrunden-Mannschaft – nunmehr 17:1 Punkte seit dem 18. Dezember 1982 – ist zum größten Rivalen für Meister und Tabellenführer VfL Gummersbach (32:12 Punkte) avanciert.

Noch rangiert Kiel mit 28:14 Punkten hinter dem TV Großwallstadt und MTSV Schwabing (je 29:15) auf Rang vier, doch am Mittwoch kann der THW durch einen Sieg im Nachholspiel gegen die Reinickendorfer Füchse auf den zweiten Platz vordringen. Ex-Meister Großwallstadt hat nach dem 23:23 in Günzburg ebenso wie der Neuling aus München den Titel verspielt. Beide Klubs haben drei Punkte Rückstand auf Gummersbach.

Kiel darf dagegen noch hoffen. Aber selbst wenn die Meisterschaft Illusion bleiben würde, hätte das Team von Manager Heinz Jacobsen mit der Teilnahme am Europapokal der Landesmeister ein Traumziel realisiert. Im Falle der Vizemeisterschaft würden die Kieler als zweiter deutscher Verein in den Europapokal einziehen, weil der VfL Gummersbach Titelverteidiger im Europacup ist. „Schon jetzt ist unser Abschneiden ein riesiger Erfolg, waren wir doch in die Saison gestartet, einen gesicherten Mittelplatz zu belegen", meinte Torwart Holger Oertel nach dem Sieg gegen Schwabing. Die Kieler waren im Spiel gegen Schwabing bereits bis zur 49. Minute auf 20:15 davongezogen, mußten dann aber noch zittern, als Uli Roth in der letzten Minute stolperte und den Schwabinger Ausgleich vergab.

„Unsere Erfolge tragen die Handschrift von Trainer Johan Ingi Gunnarsson. Er hat in knapp zwei Jahren ein Klasse-Team geformt", würdigte Manager Jacobsen die Arbeit des 28jährigen Isländers, der mit 23 Jahren schon National-Trainer seines Landes war. Der THW hat den Vertrag mit Gunnarsson längst verlängert, Gunnarsson selbst versucht die Euphorie in Kiel zu stoppen. Er stapelt tief: „Das Spiel gegen Berlin wird noch schwerer als gegen Gummersbach und Schwabing. Wir müssen aufpassen, daß wir nicht den undankbaren vierten Platz belegen."

Der TuS Nettelstedt muß zwei Jahre nach dem Europapokal-Triumph die Bundesliga verlassen. Nach dem 18:18 gegen die Reinikkendorfer Füchse Berlin und dem 17:17 von TuSEM Essen beim TuS Hofweier ist der Klub aus Ostwestfalen vor dem Abstieg nicht mehr zu retten. Er muß jetzt mit einem Ausverkauf seiner Mannschaft rechnen. Damit stehen alle drei Absteiger fest. PSV Hannover hatte aus finanziellen Gründen das Handtuch geworfen, und die SG Dietzenbach stand schon seit Wochen als Absteiger fest.

Als Aufsteiger qualifizierten sich TuSpo Nürnberg, TuRa Bergkamen und TBV Lemgo

GOLF / Offene Nationale Meisterschaft im Zeichen der Profis

Amateure kritisiert: Trainingsfaul

GERD BOLZE, Feldafing

Nur einmal im Jahr, gleich zum Saisonbeginn bei der Nationalen Offenen Deutschen Meisterschaft, kommt es zum direkten Leistungsvergleich zwischen der Elite der deutschen Berufs- und Amateurgolfer. Schon zur Halbzeit nach 36 Löchern gab es diesmal im bayerischen Feldafing bei den 17. Titelkämpfen lange Gesichter unter den Funktionären des veranstaltenden Deutschen Golf-Verbandes (DGV): Unter den besten 40 von 90 Teilnehmern waren nur noch 13 Amateure, aber 27 Golflehrer.

Die Amateure haben zwar erst viermal in 16 Jahren den Nationalen Offenen Deutschen Meister gestellt. Duch die Hubbelrather Nationalspieler Thomas Hübner und Frank Schlig allerdings in den beiden letzten Jahren. Hans Lampert (Kronberg), der Vorsitzende des Sportausschusses im DGV ärgerte sich: „Nur noch vier Mann aus dem Kader der Nationalmannschaft sind dabei – trotz aller Lehrgänge und Auslandsstarts." Er selbst gab jedoch als Nationalmannschafts-Kapitän und 62facher Rekord-Nationalspieler (zwischen 1956 und 76) ein gutes Beispiel. Der 48jährige Lampert lag mit 77+72=149 Schlägen überraschend an neunter Stelle. Die Kritik des Verbandspräsidenten Jan Brügelmann: „Es wird einfach zu wenig trainiert. Und wenn, dann vielleicht sogar falsch. Hauptsächlich im kurzen Spiel liegen die Schwächen unserer Amateurelite. Doch wann sieht man sie schon mal eine Stunde und mehr auf dem Übungsgrün die wichtigen Annäherungsschläge oder das Einlochen üben."

Nur der 19 Jahre alte Amateur-Nationalspieler Thomas Dekorsy (Stuttgart) hielt diesmal mit den besten Profis mit. Doch für ihn ist Golf zur Zeit sogar Dienst, da er in der Sportkompanie in Sonthofen dient.

Nicht nur wegen des vergleichsweise geringen Geldes (es gibt 10 000 Mark für den Sieger) fehlt Bernhard Langer (Anhausen), Deutschlands einziger Golfer von internationalem Format, schon im dritten Jahr hintereinander bei diesen Nationalen Titelkämpfen, die er dreimal gewann (1975/77/79). Der amtierende Internationale Offene Deutsche Meister und Europabeste von 1981 kämpft zur gleichen Zeit im englischen Wilmslow in der „Martini International Championship", wo der Sieger allein 46 000 von insgesamt 280 000 Mark Preisgelder erhält. „Mir geht es zur Zeit vielmehr um die Punkte für den Ryder-Cup, deshalb muß ich erst einmal international alles mitspielen", erklärte Langer. Er will wieder unter den 12 besten Europäern sein, die im Oktober in Florida gegen die besten Profis der USA um den nur alle zwei Jahre ausgespielten Ryder-Cup kämpfen.

Der Sponsor der Titelkämpfe hat übrigens gewechselt. Von Henckell-Trocken zu American-Express. Das internationale Scheckkarten-Unternehmen läßt sich die Veranstaltung rund 100 000 Mark (43 000 Mark Preisgelder) kosten.

TENNIS / Yannick Noah gewann in Hamburg klar – Damen-Turnier in Berlin

Die Lustlosigkeit von Düsseldorf vergessen

sid, **Hamburg**

Der Franzose Yannick Noah gewann die Internationale Tennismeisterschaft von Deutschland in Hamburg. Im Endspiel der 77. Titelkämpfe besiegte er am Vortag seines 23. Geburtstages vor 9500 Zuschauern den spanischen Titelverteidiger Jose Higueras in zwei Stunden 53 Minuten mit 3:6, 7:5, 6:2, 6:0 und sicherte sich damit die Siegprämie von 72 500 der insgesamt 265 000 Dollar Preisgelder.

Der 30 Jahre alte Higueras, 1979 Viersatz-Sieger gegen den Amerikaner Harold Solomon und im Vorjahr im längsten Finale der seit *1892 ausgetragenen Titelkämpfe* nach fünf Stunden und elf Minuten gegen den Australier Peter McNamara erfolgreich, erhielt für seine vierte Niederlage im sechsten Zusammentreffen mit Noah als Trostpflaster 41 250 Dollar.

Im Halbfinale hatte Higueras den *an Nummer zwei gesetzten* argentinischen Linkshänder Guillermo Vilas mit 7:5, 6:1 ausgeschaltet und damit das Endspiel ohne Satzverlust erreicht. Noch weniger Schwierigkeiten hatte Noah, der vor einer Woche beim Düsseldorfer World-Team-Cup zunächst durch *Lustlosigkeit eine 2:6, 1:6-Niederlage* gegen den im Einzel unbesiegten Spanier und schließlich durch Nichtantreten für Schlagzeilen gesorgt hatte, beim 6:1, 6:4 gegen den ungesetzten Amerikaner Eric Fromm.

Einige der großen Stars scheiterten vorzeitig, die deutschen Spieler waren bereits nach der zweiten Runde Zuschauer, und die Eisheiligen spielten den Veranstaltern teilweise ebenfalls übel mit. Doch am Hamburger Rothenbaum herrschte zum Abschluß der 77. Internationalen Tennismeisterschaften von Deutschland allgemeine Zufriedenheit. Insgesamt passierten 83 000 Zuschauer an den neun Spieltagen die Kassen.

Für die Weltklasse wurde Hamburg '83 angesichts der schwachen Besetzung der „Italien Open" in der nächsten Woche in Rom zur Generalprobe für die Internationalen Meisterschaften von Frankreich vom 23. Mai bis 5. Juni in Paris. Nach dem vierten frühen *Ausscheiden in diesem Jahre des* letztjährigen tschechoslowakischen Seriensiegers Ivan Lendl (in der zweiten Runde gegen den Ungarn Balazs Taroczy), der klaren Zweisatz-Niederlage des Pariser Titelverteidigers Mats Wilander (Schweden) im Viertelfinale gegen Yannick Noah und der zuletzt ebenso deutlichen Halbfinal-Schlappe des „Roland Garros"-Finalisten von 1982, Guillermo Vilas (Argentinien), gegen den zähen Spanier José Higueras gibt es für die „French Open" plötzlich keinen Favoriten mehr.

Von den 16 deutschen Teilnehmern scheiterten acht bereits in der Qualifikation, weitere fünf in der ersten Runde, wobei der mit einer sogenannten „wildcard" ins Hauptfeld gelangte Amberger Christoph Zipf durch Abwesenheit glänzte, und der Stuttgarter Damir Keretic, der Neusser Andreas Maurer und der Hamburger Lokalmatador Michael Westphal in der zweiten Runde. Der letzte deutsche Gesamterfolg am Rothenbaum datiert aus dem Jahre 1964, errungen von dem heutigen DTB-Referenten für Spitzentennis, Wilhelm Bungert.

Beim Sieg des ungesetzten Eric Fromm gegen den Lendl-Bezwinger Balazs Taroczy und der Halbfinalteilnahme des 24jährigen Amerikaners mag vor allem dem sechs Jahre jüngeren Deutschen Vizemeister Westphal schmerzlich bewußt geworden sein, welche Chan*ce er beim 3:6, 6:1, 2:6* gegen den in der Weltrangliste an Nummer 68 geführten Fromm verpaßte.

Am Vortag der heute beginnenden Internationalen Meisterschaften von Bayern und drei Wochen vor dem Freiburger Davis-Cup-Match der Europazone gegen Belgien (10. bis 12. Juni) sind die Sorgen von DTB-Sportdirektor Günter Sanders und Coach Nikola Pilic nicht kleiner geworden. Sanders: „Natürlich haben wir eine gewisse Vorstellung von dem endgültigen Team. Aber nominiert wird erst nach dem Turnierschluß in München. Bis dahin hat jeder noch eine Chance, sich durch entsprechende Leistungen für einen Platz anzubieten."

Ganz Berlin half, die Besten der Welt kommen

H.-J. POHMANN, **Berlin**

„You've come a long way baby", mit diesem Slogan wurde Anfang der 70er Jahre die Trennung der Damen von den Herren-Turnieren vollzogen. Mit Billie-Jean King an der Spitze hat es die Women Tennis-Association (WTA) überraschend schnell geschafft, sich gegen die übermächtig erscheinenden Herren-Konkurrenten durchzusetzen. Plötzlich gab es den weiblichen Tennis-Profi, die Breite wurde größer, und vom langweiligen Ball-Geschubse bei einem Damen-Einzel ist nichts mehr übrig geblieben. Wenn heute nachmittag um 13.00 Uhr die 76. Internationalen Deutschen Tennismeisterschaften der Damen beim LTTC Rot-Weiß Berlin eröffnet werden, übertrifft die Besetzung sogar das hochklassige Herren-Turnier in Hamburg.

Mit dem Superstar, der dreimaligen Wimbledon-Siegerin Chris Evert-Lloyd, an der Spitze bietet der Berliner Traditionsklub ein Teilnehmerfeld, das höchstens in Paris und Wimbledon übertroffen wird. Andrea Jäger, Bettina Bunge, Sylvia Hanika, Hana Mandlikova und Claudia Kohde sind ebenfalls dabei, wenn es um 150 000 Dollar Preisgeld geht.

Daß es überhaupt zu diesem sportlichen Höhepunkt in Berlin kommt, verdankt der Klub, wie das „Tennis-Magazin" richtig bemerkte, „der ganzen Stadt". Da mußte erst einmal der marode Center-Court, auf dem einst Froitzheim, Moldenhauer, Prenn, Henner Henkel und Gottfried von Cramm große Daviscup-Erfolge errangen, abgerissen und ein neues Stadion erbaut werden. Dafür stiftete die Deutsche Klassenlotterie 1,45 Millionen Mark. Der Berliner Senat gab 250 000 Mark, und 100 000 Mark erhielt man vom Berliner Tennis-Verband. Als einmalig kann auch die Aktion der Berliner Tennis-Klubs bezeichnet werden. Die 74 Vereine zahlten für jedes aktive, erwachsene Mitglied vier Mark zweckgebunden, um den Turnieretat von 600 000 Mark um 100 000 Mark zu entlasten. Ganz abgesehen von privaten Spenden, die sich bis zu 35 000 Mark (zum Beispiel für ein Zeltdach) beliefen.

Die Hilfe kam gerade noch rechtzeitig. Denn es hätte nicht mehr viel gefehlt, und Berlin wäre aus dem internationalen Turnierkalender verschwunden. Zu oft mußten die Verantwortlichen Rückschläge einstecken. Mal stimmte die Besetzung nicht, mal kamen keine Zuschauer. Noch immer gilt es, das Ziel von insgesamt 10 000 zahlenden Zuschauern in der gesamten Turnierwoche zu erreichen.

Nun aber ist der Optimismus zurückgekehrt. Und man hofft, mit der in fünf Monaten neuerstellten Anlage samt Turnierhaus und der sensationell guten Besetzung den Anschluß an frühere, traditionell große Pfingstturniere zu finden.

Dennoch: Fast hätten die Bemühungen nichts genutzt. Kurzfristig drohte ein Skandal den Turnierablauf zu beeinträchtigen. Wieder einmal wollten die Drahtzieher im Hintergrund, die Manager der Firma McCormack, die einen Vertrag mit dem DTB für die Vergabe aller Werberechte der Meisterschaften haben, ihr eigenes Spiel machen. Anstatt alles Erdenkliche zu unternehmen, *um eine gute Besetzung* „auf ihrem Turnier" zu ermöglichen, forderte der zuständige Mitarbeiter von McCormack für die deutsche Spitzenspielerin Bettina Bunge ein Startgeld von 15 000 Dollar.

Das Bedenkliche an der Geschichte ist, mit welcher Dreistigkeit und Plumpheit hier vorgegangen worden ist, um Gelder unter dem Tisch zu verlangen. Turnierdirektor Eberhard Wensky paßte „aus grundsätzlichen Erwägungen" und wandte sich an den DTB. Der nahm durch seinen Bundestrainer Klaus Hofsäß mit Bettina Bunge telefonisch in Miami Kontakt auf. Hofsäß demonstrierte hier erneut sein gutes Verhältnis zu den deutschen Spielerinnen. Er konnte die 19jährige Deutsch-Amerikanerin, die in Berlin als Liebling des Publikums gilt, zu einem Start überreden. Und da Bettina, so Hofsäß, „von der Forderung nichts gewußt hat", natürlich ohne Startgeld.

England: Programmzeitschriften bleiben in den Händen der TV-Anstalten

Ein Sieg der Prinzipienreiterei

Wer sich in England umfassend über das Fernsehangebot informieren will, muß zwei Programmzeitschriften kaufen. Die öffentlich-rechtliche BBC listet in ihrer wöchentlich erscheinenden „Radio Times" nur das eigene TV-Programm auf. Die 15 kommerziellen Sender der ITV-Gruppe und der neue kommerzielle TV-Kanal „Channel 4" klammern in ihrem Informations-Wochenblatt „TV-Times" die BBC aus der Medienlandschaft aus. Der Kunde ist ausnahmsweise einmal nicht König.

Der erste Versuch, das Monopol der Medienriesen auf dem Sektor der Programmzeitschriften zu untergraben, ist jetzt gescheitert. Die als Veranstaltungskalender aufgezogene Londoner Wochenzeitschrift „Time out" forderte die beiden Goliaths heraus. Sie setzte sich frech über deren Copyright-Anspruch an ihren Programminformationen hinweg und forcierte so eine höchstrichterliche Entscheidung. Richter Sir John Whitford vom Londoner High Court ließ den David jetzt in einer als Grundsatzurteil gewerteten Entscheidung abblitzen.

„Time out" hatte ganz bewußt mit dem Feuer gespielt und sich prompt die Finger verbrannt. Das von BBC und ITV verklagte Blatt muß für die gesamten Kosten des Verfahrens aufkommen. Sie werden auf rund 600 000 Mark geschätzt.

Richter Whitfords Entscheidung kommt zu einer Zeit, in der das Fernsehangebot einen gewaltigen Aufschwung erlebt. So ist das Kabelfernsehen beschlossene Sache, das Satellitenfernsehen nur noch eine Frage der Zeit. Es ist denkbar, daß die Kabel-TV-Sender ihre eigenen Programmzeitschriften auf den Markt bringen, die Satellitensender die ihren. Schon jetzt kostet die „Radio Times" 25 Pence, „TV-Times" 27 Pence. In absehbarer Zeit hätte der informationsfreudige Engländer, der das Angebot optimal nutzen möchte, womöglich einen Plastikbeutel voll Programmzeitschriften nach Hause zu schleppen und würde über ihrer Lektüre keine Zeit mehr finden, seinen Fernseher in Betrieb zu setzen.

Hat hier vielleicht Prinzipienreiterei den Sieg über den „common sense" davongetragen?

England ist das einzige westeuropäische Land, in dem die Fernsehsender ihre Programminformationen als Copyright-geschützte Programmzeitschriften herausgeben. Richter Whitford, der lediglich über die Frage zu entscheiden hatte, ob eine Verletzung der Copyright-Bestimmungen vorlag, hat sich völlig korrekt verhalten. Er hielt sich an den einschlägigen Präzedenzfall jener Gerichtsentscheidung aus dem Jahre 1926, die der soeben gegründeten BBC das Recht zugestand, ihre Programminformationen als Copyright-geschütztes Material zu handhaben. Ihre Programmzeitschrift „Radio Times" gibt keineswegs nur Programminformationen, sondern sei auch ein Werbemittel und zudem eine wichtige Einnahmequelle, die der gebührenzahlenden Öffentlichkeit zugute komme.

Als die BBC noch das Fernsehmonopol hatte, erreichte ihre Programmzeitschrift immerhin eine Auflage von acht Millionen Exemplaren und war damit die größte Zeitschrift der Welt (heute hat sie rund 3,5 Millionen, die „TV-Times" 3,2 Millionen). Mit der Einführung des kommerziellen Fernsehens schien es nur recht und billig, daß die Konkurrenz ihre eigene Copyright-geschützte Programmzeitschrift erhielt.

Die Erfahrung hat gelehrt, daß die Auflage sinkt, wenn das Programmangebot auf mehrere Zeitschriften aufgeteilt wird. Zwar dürfen auch Englands Tageszeitungen Programmhinweise veröffentlichen, aber nur in stenogrammähnlicher Kürze. „Time out" bekam jetzt diesen Anteil zugestanden: pro Abend je zwei Sendungen von ITV und Channel 4 kommentierend anzuzeigen. Die BBC bot ein Häppchen von 15 Sendungen pro Woche an.

Noch können die beiden Großen ihre Bastion behaupten, aber es ist abzusehen, daß recht bald so viele Davids auf den Plan treten werden, daß die beiden Goliaths schließlich mit ihnen gemeinsame Sache machen werden.

SIEGFRIED HELM

LEICHTATHLETIK

Carl Lewis lief 9,96

sid/dpa, **Modesto**

Eine Hundertstelsekunde fehlt Carl Lewis (USA) noch, dann hat er den Weltrekord über 100 Meter erreicht. Die elektronische Uhr stoppte beim Leichtathletik-Meeting in Modesto für den 21 Jahre alten Studenten *9,96* Sekunden. Lewis hatte damit das zweitschnellste 100-Meter-Rennen bei zulässigem Rückenwind (1,48 Meter/Sekunde) gewonnen. Doch Lewis blieb nach seiner hervorragenden Leistung ganz ruhig: „Abwarten, es wird noch besser. Jetzt ruhe ich mich erst mal aus. Ich habe mit der Rekordjagd keine Eile." Der Mann, dem Lewis den Weltrekord entreißen will, gratulierte seinem designierten Nachfolger als erster. Der Amerikaner Jim Hines, der 1968 in der Höhenluft von Mexiko den 100-Meter-Lauf in der Weltrekordzeit von 9,95 Sekunden gewonnen hatte, rief aus: „Dies ist der Mann, der mir den Rekord nehmen wird."

Hines möchte auf jeden Fall dabeisein, wenn Carl Lewis seinen Weltrekord unterbietet. „Ich reise überall hin, wo er Chancen hat, der schnellste Mensch der Welt zu werden." Die 6000 Zuschauer in Modesto sahen noch einen zweiten 100-Meter-Lauf, der bei weniger starkem Wind sogar einen Weltrekord gebracht hätte. Evelyn Ashford (USA) lief bei den Frauen in 10,85 Sekunden um *drei Hundertstel* schneller als Weltrekordhalterin Marlies Göhr („DDR"). Doch wie schon bei Lewis, als er vor drei Wochen 9,93 Sekunden erreichte, blies ein unzulässig starker Rükkenwind (2,34 Meter pro Sekunde).

Beim 3. Internationalen Hoechst-Marathon von Frankfurt gewann Charlotte Teske in neuer deutscher Bestzeit. Die Darmstädterin unterbot auf der 42,195 Kilometer langen Strecke in 2:28:32 Stunden die von ihr gehaltene Bestmarke um genau eine halbe Minute.

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . .

FUSSBALL

Erste englische Division, 42. Spieltag: Aston – Arsenal 2:1, Coventry – West Ham 2:4, Everton – Ipswich 1:1, Manchester City – Luton 0:1, Norwich – Brighton 2:1, Notts – Manchester United 3:2, Southampton – Birmingham 0:1, Sunderland – Bromwich 1:1, Swansea – Nottingham 0:3, Tottenham – Stoke 4:1, Watford – Liverpool 2:1.

Junioren-EM (bis 18 Jahre) in England, 1. Spieltag: Gruppe A: CSSR – Deutschland 3:1 (1:1), Bulgarien – Schweden 1:0; Gruppe B: Jugoslawien – Rumänien 2:0, Italien – Türkei 1:1; Gruppe C: England – Spanien 1:0, Schottland – Sowjetunion 3:0; Gruppe D: Finnland – Frankreich 1:3, Irland – Belgien 1:0.

EM-Qualifikation, Gruppe 1:
Schweiz – „DDR" 0:0

1. Belgien	4 4 0 0	10:4	8:0
2. Schweiz	4 1 2 1	4:5	4:4
3. *Schottland*	4 1 1 2	6:7	3:5
4. „DDR"	4 0 1 3	2:6	1:7

Deutsche Damen-Meisterschaft, erste Runde, Hinspiel: München – Wildeshausen 1:1.

RUDERN

Internationale Oberrheinische Regatta: Frauen: Vierer mit Steuerfrau: 1. UdSSR 3:21,92, 2. Bulgarien II *3:24,19, 3. Bulgarien I 3:25,23;* Doppelzweier: 1. Popowa/Chlopzewa 3:23,89, 2. Kaspina/Baschkatow (alle UdSSR) 3:28,96, 3. Roy/Mason (Kanada) 3:32,22, 4. Kirsch/Dürsch (Deutschland) 3:33,17; Zweier o. Steuerfrau: 1. Kirova/Valiseva (Bulgarien) 3:42,85, 2. Stone/Awerjanowa (UdSSR II) 3:45,43, 3. Vladimirowa/Stoeva (Bulgarien) 3:47,07; Einer: 1. Fetisowa 3:47,02, 2. Makhina (beide UdSSR) 3:47,80, 3. Pochileeva (Bulgarien) 3:59,02, ... 5. Schüler (Deutschland) 4:10,01; Doppelvierer m. Steuerfrau: 1. UdSSR 3:07,58, 2. Bulgarien 3:09,49, 3. Deutschland 3:24,31; Achter: 1. UdSSR 2:58,31, 2. Bulgarien 3:01,76. – Männer: Doppelzweier: 1. Zoran/Milorad (Jugosla*wien) 5:45,83, 2. Storm/McGowan* (Kanada) 5:47,69, 3. Gate/Boudoux (Frankreich) 5:52,82, ... 5. Franke/Saborowsky (Deutschland) 6:02,09; Zweier m. Steuermann: 1. Skopek/Dolecek (CSSR) 6:31,82, 2. Ippach/Berger (Deutschland) 6:40,64, 3. Ilic/Perovic (Jugoslawien) 6:47,74; Zweier o. Steuermann: 1. Lasutequi/Ojarzabal (Spa*nien) 6:08,31, 2. Celent/Ivancic* (Jugoslawien) 6:12,62, 3. Lubis u. Pavel Ondracek (CSSR) 6:28,64; Einer: Schmelz (Deutschland) 6:25,92, 2. Fornara (Frankreich) 6:29,26, 3. Oliver (Spanien) 6:32,14; Doppelvierer o. Steuermann: 1. CSSR 5:25,68, 2. Jugoslawien 5:31,32, 3. Grasshopper-Club (Schweiz) 5:34,37.

RADSPORT

66. Giro d'Italia, 2. Etappe über 190 km von Mantua nach Lido di Spina: 1. Bontempi *(Italien)* 5:13,54 Std., 2. Freuler (Schweiz), 3. Hoste (Belgien), 4. Rosola, 5. Saronni (beide Italien) alle gleiche Zeit. – Gesamtwertung: 1. Freuler 6:29,02 Std., 2. Prim (Schweden) 0:10 zur., 3. Piva, 4. Pasani, 5. Vanotti 6. Contini (alle Italien), 7. Segersall (Schweden), 8. Paganessi alle gleiche Zeit, ... 33. Thurau, ... 62. Braun (beide Deutschland).

3. EM im Hallenradsport der Junioren, Radball: 1. Baumanns/Sattler (Schiefbahn) 10:2 Punkte, 2. Kratochvil/Nidermaier (CSSR) 9:3, 3. Jung/Ohl (Frankreich) 7:5. – Kunstrad: Einer, Junioren: 1. Maute (Tailfingen) 319,35, 2. Bodmer (Herrenzimmern) 315,90, 3. Fleisch (Österreich) 302,80. – Einer, Juniorinnen: 1. Marklein (Dietesheim) 308,75, 2. Hajkowa (CSSR) 307,05, 3. Schraut (Lieme) 306,85. – Zweier: Junioren: 1. Jurisch/Dreher (Soden) 289,65, 2. Gebr. Fleisch 276,75, 3. Gebr. Chambriard (Frankreich) 240,75. – Zweier, Juniorinnen: 1. Kramp/Teuber (Lieme) 293,65, 2. Geschw. Franz (Österreich) 284,45, 3. Martens/Obrecht (Schweiz) 263,65.

HANDBALL

Bundesliga, Herren, 24. Spieltag: Günzburg – Großwallstadt 23:23, Hofweier – Essen 17:17, Gummersbach – Hüttenberg 26:15, Kiel – Schwabing 23:22, Dietzenbach – Dankersen 16:22, Nettelstedt – Reinickendorf 18:18.

DM, Damen, Halbfinale: Lützellinden – Leverkusen 19:16.

JUDO

Europameisterschaften in Paris: Leichtgewicht: 1. Melillo (Frankreich), 2. Gamba (Italien), 3. Stranz (Deutschland) und Lehmann („DDR"). – Halbleicht: 1. Rey (Frankreich), 2. Kriz (CSSR), 2. Pawlowski (Polen) und Solodukhin (UdSSR).

BOXEN

EM in Varna, Halbfinale, Fliegen: Lessow (Bulgarien) – Kabyrow (UdSSR) 3:2 n. P., Varadi (Ungarn) – Titoiu (Rumänien) 5:0; Feder: Nurkazow (UdSSR) – Gonczi (Ungarn) 5:0, Kamburow (Bulgarien) – Rauschning („DDR") 4:1; Halbwelter: Puzovic (Jugoslawien) – Mehnert („DDR") 4:1, Shishow (UdSSR) – Lessow (Bulgarien) 5:0; Halbmittel: Laptew (UdSSR) – Takow (Bulgarien) 5:0, Hunger („DDR") – Simion (Rumänien) 5:0; Halbschwer: Koschanovski (UdSSR) – Tadic (Jugoslawien) K. o. 1. Rd., Skrzecz (Polen) – Ciftci (Türkei) 5:0; Superschwer: Damioni (Italien) – Stoimenow (Bulgarien) 5:0; Kaden („DDR") – Miroshnischenko (UdSSR) 5:0.

WASSERBALL

3. Weltcup in Malibu/Los Angeles, letzter Spieltag: Deutschland – UdSSR 5:6, Italien – Kuba 8:7, Holland – Ungarn 11:11, USA – Spanien 5:5. Abschlußtabelle:

1. UdSSR	7 5 1 1	60:47	11:3
2. Deutschland	7 4 2 1	57:47	10:4
3. Italien	7 3 3 1	51:46	9:5
4. USA	7 2 3 2	47:48	7:7
5. Spanien	7 2 2 3	52:56	6:8
6. Holland	7 1 3 3	58:64	5:9
7. Kuba	7 1 3 3	62:72	5:9
8. Ungarn	7 0 4 3	57:64	4:10

GOLF

17. Nationale Offene Deutsche Meisterschaft um den „American Express-Pokal" in Feldafing (Standard 70/Par 71); Stand vor der letzten Runde nach 54 Löchern: 1. Thül (Hubbelrath) 69+68+72=209, 2. Dekorsy (Stuttgart) 70+69+73=212, 3. Knauss (München) 72+69+73=214, 4.–5. Kessler (Kronberg) 75+72+71=218, Adamowicz (Gütersloh) 77+69+72=218, 6. Kilian (St. Eurach) 72+73+75=220 ... 12.–13. Titelverteidiger Schlig (Hubbelrath) 77+73+74=224.

GALOPP

Rennen in Krefeld: 1. R.: 1. Tullio (P. Klenzler), 2. Königsruf, 3. Orbiter, Toto: 44, Pl. 13, 12, 12, ZW: 186, DW: 616; 2. R.: 1. Nachtfalke (W. Glanz), 2. Olario, 3. Falkenhorst, Toto: 28, Pl. 14, 11, 15, ZW: 56, DW: 140; 3. R.: 1. Grivello (R. Ulrich), 2. Se Sage, 3. Nandi, Toto: 44, Pl. 16, 38, 16, ZW: 620, DW: 3884; 4. R. 1. Bellator (Frl. B. Heuser), 2. Le Commander, 3. Friedemann, Toto: 24, Pl. 14, 34, 19, ZW: 628, DW: 2568; 5. R.: 1. Simbel (P. Alafi), 2. Aarprinz, 3. Little Maid, Toto: 24, Pl. 12, 17, 22, ZW: 180, DW: 1532; 6. R.: 1. Gazelle (P. Alafi), 2. Robertus, 3. Admiral Blake, Toto: 18, *Pl. 10, 11, 16, ZW: 38, DW: 188;* 7. R.: 1. Antilla (St. Wegner), 2. Don Torquato, 3. Allrak, Toto: 40, Pl. 22, 30, 46, ZW: 1006, DW: 14 536; 8. R.: 1. Marschallo (P. Kallai), 2. Tschibuk, 3. Chatte, Toto: 76, Pl. 19, 14, 42, ZW: 192, DW: 3764; 9. Rd.: Appia (M. Melnicki), 2. Rinaldi, 3. Alaskon, Toto: 64, Pl. 22, 19, 20, ZW: 52, DW: 2072.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 5, 13, 20, 42, 43, 44, Zusatzzahl: 22. – Spiel 77: 2 1 2 3 9 4 1. – Toto, Elferwette: 1, 2, 1, 0, 2, 1, 0, 1, 2, 1, 0. – **Rennquintett:** Rennen A: 10, 5, 7. – Rennen B: 24, 26, 28. (Ohne Gewähr)

SCHWIMMEN / Beyer bleibt Verbands-Präsident

Schon in zwei Jahren pleite?

sid/dpa, **Kronach**

Gleich zwei Niederlagen mußte Harm Beyer (Hamburg) auf dem Verbandstag des Deutschen Schwimm-Verbandes (DSV) in Kronach einstecken. Der Präsident des DSV wurde zwar in seinem Amt bestätigt, doch das Abstimmungsergebnis war mit 265 von 365 Stimmen schlechter als erhofft.

Den zweiten Einbruch erlebte der 46 Jahre alte Richter bei seinem Versuch, dem DSV für den Haushalt 1983 neue Finanzmittel zu beschaffen. Wegen eines Fehlbetrages von 104 000 Mark hatte Beyer die Einführung eines Wettkampfpasses beantragt. Die Kosten für die etwa 100 000 Wettkampf-Schwimmer sollten zwischen sechs und zwölf Mark betragen und hätten dem Verband eine Zusatzeinnahme zwischen 600 000 und einer Million Mark erbracht.

Für diesen Plan erhielt Beyer jedoch nur die 12 Stimmen des Präsidiums. Die 146 Delegierten aus 13 Landesverbänden stimmten lediglich einer Beitragserhöhung um 20 Pfennig pro Jahr und Mitglied zu, um den Fehlbetrag im Haushalt zu decken. Für Präsident Beyer ist das jedoch zu wenig. Resignierend stellte er zu den Beschlüssen fest: „Es ist wirklich jammervoll, daß die nicht begreifen, daß das für sie selbst in den Vereinen gut ist."

Die Zukunft des 520 000 Mitglieder starken DSV sieht für Beyer deshalb auch nicht rosig aus: „1984 laufen der Fernsehvertrag und der Ausrüstervertrag aus. Wenn es uns nicht gelingt, finanzkräftige Folgeverträge abzuschließen, müssen wir sorgenvoll in die Zukunft sehen. Mit den Rücklagen kann der DSV nur ein Jahr überstehen, dann ist er pleite."

WASSERBALL / Deutsches Team einmal besiegt

Sowjetunion Weltcup-Sieger

sid/dpa, **Los Angeles**

Eine halbe Minute vor Schluß stand es im Spiel von Wasserball-Europameister Deutschland gegen die UdSSR noch 5:5, und dieses Ergebnis hätte für die deutsche Mannschaft beim dritten Weltcup in Malibu den Turniersieg bedeutet. Doch die Sowjets schafften in der Überzahl 30 Sekunden vor dem Abpfiff den Siegtreffer zum 6:5.

Der Olympiasieger und Weltmeister verdrängte das Team von Bundestrainer Nicolai Firoiu noch einmal auf Platz zwei. Nach den Erfolgen über Kuba, die USA, Spanien und Italien und den beiden Unentschieden gegen Ungarn und die Niederlande gab es für die deutsche Mannschaft damit die erste Niederlage. Firoiu war mit dem Turnier im Norden von Los Angeles, wo im nächsten Jahr auch die olympischen Medaillen ausgespielt werden, dennoch mehr als zufrieden. Über sein Olympia-Aufgebot für 1984 ist sich der Bundestrainer schon weitgehend im klaren: „Zu 99 Prozent ist es mit der jetzigen Mannschaft identisch."

Vor dem entscheidenden Spiel gegen die UdSSR hatten die deutschen Spieler einen Nachteil. Während sie sich nach dem unglücklichen Unentschieden gegen die Niederlande nur 14 Stunden ausruhen konnten, dauerte die Pause für die Sowjets vier Stunden länger. Firoiu lobte nach Spielende den Einsatz beider Teams: „Am Schluß waren beide Mannschaften komplett groggy – es war ein offener Schlagabtausch." Der Bundestrainer sieht den Europameisterschaften im August in Italien recht optimistisch entgegen: „Gelingt es uns jetzt noch, die Kondition um zehn oder 15 Prozent zu verbessern, dann starten wir in Rom als aussichtsreiche Titelverteidiger."

KRITIK

Stereotypen verwurstelt

Es muß energisch Front gemacht werden gegen den Irrglauben, wenn ein Stück in einer bayerischen Kleinstadt spielt, ist es schon kraft dessen eine Komödie. Im vorliegenden Falle reichte es nicht einmal zu einer fröhlichen Klamotte: **Es bleibt in der Familie** (ARD).

Da hat der Herbert Rosendorfer alle gängigen Stereotypen zusammengeklaubt, aneinander geleimt und etwas verwurstelt, und schon glaubte er dem Regisseur Kurt Wilhelm den Schauplatz für sein Wirken geliefert zu haben. Doch Wilhelm, ein gestandener und erfahrener TV-Platzanweiser, sah sich außerstande, diesem Routinestück mehr zu geben als auch seinerseits Routine.

So lief es denn laut plätschernd über die Antennen und rauf auf die Bildschirme zur besten Badezeit. Halt, eine grandiose Szene ist zu nennen: Als die Unschuld vom Lande sich um einen Nackttanzposten in der Nachtbar bewirbt und als der Oberkellner Alexander Malachovsky das Mädchen in seine künftigen Pflichten einführt, ein Kabinettstück von hohen Graden.

Aber es dauerte maximal neun Minuten von 90 insgesamt.

REGINA ROSTOW

STUDIO

Die Goldene Rose des zum 23. Mal ausgetragenen internationalen **Wettbewerbs für Fernsehunterhaltung in Montreux** ist der italienischen Gesellschaft RAI zuerkannt worden: für den Beitrag „Al Paradise". Antonello Falqui führte bei dieser einstündigen Show vom Zirkus bis zum klassischen Ballett *Regie. Der Preis ist mit 10 000* Schweizer Franken verbunden, wozu die Einnahmen aus dem praktisch gesicherten Verkauf der Sendung an andere Programme kommen.

Die Silberne Rose und den Sonderpreis der Presse holte sich die britische Rundfunkgesellschaft BBC für „Three of a kind". Das norwegische NRK erhielt die Bronzene Rose für „Happy New Century", eine am Silvesterabend des Jahres 1999 spielende Show. Der Sonderpreis der Stadt Montreux ging an die private britische Gesellschaft ITV für „It's your move".

Die dreißig Beiträge aus 27 europäischen Ländern, die sich um die 23. „Goldene Rose von Montreux" bewarben, zeigten nach den Worten des Vorsitzenden der Pressejury, Frans Happel, im Durchschnitt recht wenig Humor und Unterhaltung. Mit einer besonderen Anerkennung zeichnete die Pressejury den schwedischen Beitrag „Das Leben einer Handtasche" aus, der mit Talent auch anrührende menschliche Werte vermittle. (Es folgt morgen auf der Fernsehseite ein ausführlicher Bericht).

Der Mut, was zu riskieren

Das Fernsehen, das in seinen kurzen Momenten der Hellsicht die innere Verwandtschaft mit dem Zirkus nicht leugnet, hat nun von dort eine interessante Anleihe gemacht. So wie bei Barnum & Co. die Zuschauer auf drei Manegen gleichzeitig drei verschiedene jedoch aufeinander abgestimmte Programme sehen konnten, so sollen jetzt drei Fernsehspiele so miteinander komponiert werden, daß man sie gleichzeitig auf drei Monitoren betrachten kann.

Das ist natürlich ein Spiel, ein Experiment. Im einzelnen handelt es sich um die New York-Trilogie von Max H. Rehbein, das Carlheinz Casparie zu einem Dreibild-Simultan-Stück komponiert hat.

Die letzten Arbeiten sind noch im Gange, beteiligt ist daran die Deutsche Film- und Fernsehakademie in Berlin. Die Vorführung soll im Herbst in einem Studio vonstatten gehen. Bei diesem Versuch eines elektronischen Drei-Manegen-Vergnügens ist die Fernsehspielabteilung des NDR federführend.

Soll man sich über die Experimentierfreude der Hamburger freuen oder soll man befürchten, daß auch hier für das intellektuelle und ästhetische Vergnügen einer Minderheit Geld in den Wind geworfen wird? Ich plädiere auf Zustimmung. Denn unser Fernsehen ist so lange nicht verloren, als man dort Phantasie hat und den Mut zu spielen und zu riskieren.

VALENTIN POLCUCH



III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Sesamstraße
10.00 Tagesschau
10.05 Wie wär's heut' mit „Revue"?
11.40 Mein Kind hat neue Eltern
12.15 Weltspiegel
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Ich wollt' ich wär ...
Was sich Zeitgenossen wünschen
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Abenteuer Bundesrepublik
Entspannung
Anschließend:
Ein Platz an der Sonne
21.15 2 x Sambi
Afrikanische Porträts
Bericht von Hans-Josef Dreckmann und Moses Kwali
22.00 Musik – nur so
Ein Studiokonzert
Solisten: Sylvia Vrethammar, Gesang: Mauricio Einhorn, Mundharmonika: Putte Wickmann, Klarinette: SFB-Big-Band, Leitung: Milpavlovic
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Nacht-Studio
Angelitas neue Welt
Amerik. Spielfilm, 1982
Mit Marien Perez Riera, Rosalba Rolon u. a.
Regie: Jane Morrison
Die neunjährige Angelita verläßt mit ihrer Mutter Fela Puerto Rico, wo sie aufgewachsen ist. Sie folgen Angelitas Vater Chuito nach New York. Seine Hoffnung, dort beruflich bessere Chancen zu haben, erfüllt sich nicht; auch Chuitos Frau und Tochter fällt es zunächst sehr schwer, in der neuen Heimat Wurzeln zu schlagen.
00.10 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Einführung in das Strafverfahrensrecht (6)
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Lassie
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Ein Colt für alle Fälle
Die sorgenvolle Schwester (1)
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.25 Ein Colt für alle Fälle
Die sorgenvolle Schwester (2)
19.00 heute
19.30 Na sowas!
Musik und Gäste bei Thomas Gottschalk
20.15 Gesundheitsmagazin Praxis
Psychopharmaka – die stille Sucht
21.00 heute-journal
21.20 Kinder unseres Volkes
Fernsehfilm von Luise Rinser
Mit Leslie Malton, Nora von Collande u. a.
Regie: Stephan Rinser
Wer war Katrin Henk (24), die da 1974 nach ihrem Selbstmord im Zuchthaus zu Grabe getragen wird und so viel verzweifelte Ratlosigkeit zurückläßt? Luise Rinser schildert am Einzelschicksal die Geschichte einer inneren und äußeren Zerstörung, die Geschichte einer hübschen, wohlbehüteten Tochter aus bürgerlichem Haus, Stolz ihrer Eltern, einer guten, aber auch unbequemen Schülerin.
23.00 Die Studentenrevolte von 1968
Ein Gespräch 15 Jahre danach
Anschl. heute



Katrin (Leslie Malton), Markus (Peter Saum) und Ulla (Nora von Collande, v. l.) diskutieren in der Kommune – „Kinder unseres Volkes", ZDF, 21.20 Uhr
FOTO: TELEBUNK

III.

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Treffpunkt Dritte Welt
21.15 Vorbemerkung zu einem umstrittenen Fernsehspiel
21.20 Im Zeichen des Kreuzes
Fernsehspiel von Hans-Rüdiger Minow und Rainer Boldt
23.05 Fiktion und Wirklichkeit
Anschl. Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Ausländer – Inländer (6)
19.00 Antiquitäten in Serie (7)
19.15 Prisma
20.15 Amsterdam – Berlin 1983
20.45 Dr. Mambos Musikjournal
21.15 Vorbemerkung zu einem umstrittenen Fernsehspiel
21.20 Im Zeichen des Kreuzes
23.05 Fiktion und Wirklichkeit
Anschl.: Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Montagsspaß (19)
19.00 Ausländer – Inländer (4)
19.30 Konkurrent oder Partner
20.00 Tagesschau
20.15 Notizen vom Nachbarn
21.00 DREI AKTUELL
21.15 Im Zeichen des Kreuzes

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gesamt Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Bonanza
20.20 Näher betrachtet:
Fahrerflucht
21.05 Opas Weltraum-Utopien:
21.20 Tornado
22.05 Jazz am Montagabend

BAYERN
18.15 Zoogeschichten
18.35 Die Abenteuer der Maus auf dem Mars
18.45 Rundschau
19.00 Lady Day
19.10 Pygmalion
20.45 Rundschau
21.00 Blickpunkt Sport
22.00 Z. E. N.
22.05 Die ersten Menschen (4)
22.50 Rundschau

Strauß: Begriff der ‚Wende' hat nicht die CSU erfunden

Fortsetzung von Seite 1

worden. Wir verwenden diesen Begriff heute schon nicht ohne ein ironisches Lächeln. Wir verbinden *natürlich damit die Frage, ob sich* der Begriff „Wende" nach ihrer Einleitung auf wirtschaftsfinanz- und sozialpolitischem Gebiet (Verzeihung: auf wirtschaftspolitischem Gebiet darf es doch gar keine Wende geben, da sie selbst bisher von der FDP gemacht worden ist) sich darauf beschränken oder auch auf anderen Gebieten bemerkbar machen soll.

Es ist durchaus bezeichnend, daß Brandt, Bahr, Ehmke immer dann Beifall klatschen, wenn von Kontinuität die Rede ist, das heißt auch von der Kontinuität der Fehler und Fehlentwicklungen, die in der Zeit der liberal-sozialistischen Koalition eingeleitet worden sind. Vielleicht erinnert man sich noch, daß es gerade die FDP war, besonders Herr Genscher, die schon in der letzten Zeit der liberal-sozialistischen Koalition von der Notwendigkeit der Wende gesprochen und sie bei gelegentlichen Beschlüssen der alten Koalition als nunmehr eingetreten deklariert hat.

In der Ost- und Deutschlandpolitik ist natürlich das Jahr 1983 nicht die Fortsetzung des Jahres 1969. Geschlossene Verträge und geschaffene Zustände müssen zur Kenntnis genommen werden. Ich habe in meinem Beitrag zur Regierungserklärung im Januar 1973 das Wort geprägt: Pacta sunt servanda. Damit hat die CDU/CSU im Deutschen Bundestag ihren Willen betont, geschlossene Verträge einzuhalten, aber sie so auszulegen, daß sie mit den Grundsätzen der deutschen Verfassung und mit dem Anspruch des deutschen Volkes auf Selbstbestimmungsrecht vereinbar sind.

Aber das ängstliche Zurückweichen vor dem Machtwillen der anderen Seite, die öffentliche, manchmal peinliche Leisetreterei in den 70er und Anfang der 80er Jahre, die Einseitigkeit im Geben ohne ausgewogenes Nehmen, die überzogenen Hoffnungen von der großen Wende in Europa, all das bedarf der schmerzlichen Korrektur. Ob man dann den Begriff Wende oder Korrektur verwendet, ist letztlich eine Frage der Terminologie.

WELT: Sie haben vorausschauend die „Null-Lösung" in der Frage der Mittelstrecken-Raketen als operativen Begriff für die Genfer Verhandlungen verworfen. Zeichnet sich in der Form einer „Zwischenlösung" eine Kompromiß-Möglichkeit ab?

Strauß: Hätte man die Null-Lösung nicht so lange und so heftig vertreten, dann wären die Chancen für ein Zwischenabkommen günstiger. Als ich die Null-Lösung für unerreichbar erklärte, war ich Gegenstand heftiger Kritik, heute spricht niemand mehr von ihr als einer realistischen Lösung. Die Chancen in Genf stehen heute nicht gut. Moskau hat zu lange geglaubt – auch das ist eine Folge des Eiertanzes auf deutscher Seite in der Vergangenheit –, die Nachrüstung verhindern zu können.

WELT: Daß ein angestrebtes Wirtschaftswachstum die Arbeitslosigkeit verringern oder gar beseitigen könnte, wird nicht nur von der sozialdemokratischen Opposition bezweifelt. Müssen die Industrieländer strukturelle Arbeitslosigkeit als Faktum ihrer Zukunft ansehen?

Strauß: Der Abbau der Arbeitslosigkeit wird länger dauern und härter werden, als es 1967/68 war. Ohne ein reales Wirtschaftswachstum von mindestens 4 Prozent kommt es ohnehin zu keinem Abbau der Arbeitslosigkeit. Auch die Verkürzung der Wochenarbeitszeit oder der Lebensarbeitszeit sind problematische Rezepte, die den Kern des Problems nicht erreichen.

Ohne eine Gesamtkonzeption, die von einem großen Investitionsschwung einschließlich Erweiterungs-Investitionen, über eine vorausschauende Industriepolitik, einschließlich der Förderung von Wissenschaft und Technik, bis zu einer familienpolitischen Initiative reicht, wird die Arbeitslosigkeit nicht im erwünschten Umfange zurückgehen.

WELT: Hätten die gefälschten Hitler-Tagebücher eine so große Erregung auslösen können, wäre das Geschichtsbild der Deutschen nicht von vehementer Unsicherheit gekennzeichnet?

Strauß: Natürlich nicht, aber die Neurose der Deutschen gegenüber ihrer Vergangenheit ist auch künstlich gezüchtet und das Ergebnis dieser Züchtung in den Dienst der psychologischen Kampfführung gegen Deutschland von interessierter Seite gestellt worden. Sonst könnte man die ganze Aufregung und Nervosität im Zusammenhang mit diesem Vorgang nicht verstehen. Aber die Träger der Desinformation sind diesmal ihr eigenes Opfer geworden.

Libyen erneuert Zusagen

WERNER KAHL/rtr, Bonn

Libyen hat acht ohne nähere Begründung unter Spionageverdacht inhaftierte deutsche Geschäftsleute *gestern* in die Bundesrepublik abgeschoben. Die Freilassung der Deutschen, die in Libyen für eine deutsche Baufirma tätig waren, wird im Zusammenhang mit der Abschiebung zweier in Bonn angeklagter Libyer gesehen. Diese Libyer, die Landsleute in der Bundeshauptstadt gefoltert haben sollen, waren gestern mittag zum Frankfurter Flughafen gebracht worden, wo die acht Deutschen aus Tripolis gegen 15 Uhr eintrafen.

Die beiden Libyer Mustafa Zaidi und Abdullah Selem Yahia standen bereits in Bonn vor Gericht, als das Bonner Ausländeramt am Freitag die Ausweisung verfügte. Die Abschiebung wurde damit begründet, der weitere Aufenthalt werde die Belange der Bundesrepublik Deutschland erheblich beeinträchtigen. Der sofortige Vollzug der Maßnahme sei deshalb wegen des in der Bundesrepublik gegebenen überwiegenden öffentlichen Interesses angeordnet worden. Der Prozeß soll jedoch am Montag fortgesetzt werden. Ein Sprecher der Bundesregierung lehnte eine Stellungnahme ab.

Dem Austausch vorausgegangen war nach Informationen der WELT eine von libyscher Seite abgegebene Erneuerung einer Wohlverhaltenszusage für das Territorium der Bundesrepublik Deutschland. In die deutsch-libyschen Treffen hatten die Libyer auch ihren Geheimdienstchef eingeschaltet. Die deutschen Gesprächspartner nahmen die Erklärung mit, in der Bundesrepublik würden Khadhafi-Gegner künftig nicht mehr verfolgt werden. Libyen werde *ferner* terroristische Aktivitäten, die sich gegen Deutschland richten, nicht unterstützen. Eine ähnliche Zusage hatten libysche Emissäre bereits Ende der siebziger Jahre in Bonn abgegeben. Bald darauf hatte ein später zu lebenslanger Haft verurteilter und ebenfalls ausgetauschter Agent des „Revolutionskomitees" in Bonn einen oppositionellen Diplomaten erschossen.

Gegen die Abschiebung der Libyer protestierten gestern die Jungen Liberalen (Julis). Der Bundesvorsitzende Hans-Joachim Otto forderte die FDP-Politiker Genscher und Möllemann auf, dafür Sorge zu tragen, daß „die Rechtsstaatsprinzipien nicht auf dem Altar der Rücksichtnahme gegenüber Unrechtsregimen geopfert werden".

Seite 2: Erpressung mit Schleiertanz

Beamte warnen vor Gehaltsstopp

Angebliche Pläne der Regierung zur Einfrierung der Besoldung scharf kritisiert

GÜNTHER BADING, Bonn

Angebliche Pläne der Bundesregierung zur Festschreibung der Beamtenbesoldung auf dem Stand nach der jetzt fällig werdenden Er*höhung von zwei Prozent am 1.* Juli für die kommenden beiden Jahre sind vom Deutschen Beamtenbund (DBB) in außergewöhnlicher Schärfe kritisiert worden. Nach einem Bericht von „Bild am Sonntag" sieht der Haushaltsentwurf von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg für 1984 diese Einfrierung der Beamteneinkommen vor. Die Vorlage des Finanzministers wird erst heute dem Kanzleramt und den übrigen Ressorts zugeleitet; am Mittoch wird sich das Kabinett mit dem Haushalt befassen.

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann – zuständig für alle Dienstrechts- und Besoldungsfragen der Beamten – erklärte gestern gegenüber der Deutschen Presseagentur zu dem Zeitungsbericht, solche Überlegungen seien bisher nicht im Kabinett besprochen worden und daher auch „nicht kabinettsreif". Ein Sprecher des Bundesfinanzministeriums wollte den Bericht weder bestätigen noch dementieren.

Der Beamtenbund-Vorsitzende Alfred Krause erklärte gegenüber der WELT, derartige Pläne des Finanzministers stünden im Widerspruch zur Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl, daß es den Beamten nicht zum *Nachteil gereichen dürfte*, wenn sie kein Streikrecht hätten. Die Behandlung der Stoltenberg-Vorschläge werde deshalb zum „ersten Test der Glaubwürdigkeit der Bundesregierung" nach der Regierungserklärung.

Noch vor der Veröffentlichung von „Bild am Sonntag" hatte Krause am Freitag in einem Brief an Bundesinnenminister Zimmermann und an die Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen darauf hingewiesen, daß die Meldungen über beabsichtigte Haushaltsbeschlüsse zu Lasten des öffentlichen Dienstes unter den Staatsdienern „größte Unruhe" ausgelöst hätten. Schon jetzt würden die Beamten gegenüber dem Tarifbereich des öffentlichen Dienstes „wieder einmal abgehängt", *schrieb* Krause an den Innenminister unter Hinweis auf die jetzt in den Tarifverhandlungen einsetzende Schlichtung.

Diese werde „wohl kaum schlechter ausfallen" als das zuletzt von Zimmermann unterbreitete „Sondierungsangebot" von 2,3 Prozent für Arbeiter und Angestellte. Die Beamten allerdings sollten nach wie vor nur zwei Prozent erhalten. Schon hier werde der Gleichbehandlungsgrundsatz nicht gewahrt; in Verbindung mit *einer Einfrierung* der Besoldung für 1984 aber widerspreche das der Regierungserklärung und dem Inhalt der Koalitionsvereinbarungen. Auf Motivation und Leistungsbereitschaft werde dies „fatale Wirkungen" haben. „Wir warnen dringend davor, den vielleicht irreparablen Vertrauensschaden zu riskieren, den solche politischen Entscheidungen nach sich ziehen müßten."

Im Gespräch mit der WELT sagte Krause, wenn auch das Vorhaben der Bundesregierung kritisiert werde, so liege die letzte Entscheidung doch beim Bundestag. Hier zeichne sich „Widerstand" gegen eine solche Politik ab.

Sollte dennoch ein Einfrieren der Beamteneinkommen 1984 per Gesetz beschlossen werden, so müsse das Bundesverfassungsgericht angerufen werden. Die Beamten hätten einen gesetzlichen Anspruch auf regelmäßige Anpassung der Besoldung an den allgemeinen Lebensstandard. Krause schloß auch Protestaktionen wie im vergangenen Herbst nicht aus.

Nitze betont „Spielraum" in Genf

Abrüstungsgespräche gehen morgen in die vierte Runde / Prawda: gute Chancen

AP/dpa, Genf/Moskau

Der amerikanische Chefunterhändler bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen, Paul Nitze, *hat bei seiner Rückkehr* am Verhandlungsort gestern deutlich gemacht, daß er jetzt mehr Spielraum als zuvor bei den Verhandlungen habe. Zugleich bezeichnete er die jüngsten sowjetischen Bedingungen für das Zustandekommen eines Abkommens als „nicht annehmbar", da die USA weiterhin die Beseitigung aller atomaren Mittelstreckenwaffen in Europa anstrebten.

Die Sowjetunion hatte durch den Chefkommentator ihrer Regierungszeitung „Iswestija", Walentin Falin, am Wochenende einen erneuten Vorstoß zur Einbeziehung der französischen und britischen Atomwaffen in die morgen wieder beginnenden Genfer Abrüstungsgespräche unternommen. Falin übte scharfe Kritik an der Weigerung Londons und Paris, ihre Atomstreitkräfte in die sowjetisch-amerikanischen Gespräche einbeziehen zu lassen. Bereits heute seien auf die Sowjetunion und ihre Verbündeten 434 britische und französische Atomsprengköpfe gerichtet, bis 1990 werde diese Zahl verdreifacht. Dieses Potential sei eines der Haupthindernisse für eine Einigung in Genf.

Parallel dazu wurde in der sowjetischen Parteizeitung „Prawda" davon gesprochen, daß trotz der unterschiedlichen Standpunkte in Genf durchaus die Chance für eine Einigung bestehe. Die „konkreten und realistischen Vorschläge" der Sowjetunion sowie die Demonstrationen der „Raketengegner in allen Ländern und auf allen Kontinenten" seien günstige Vorzeichen: „Entweder zwingen die friedliebenden Völker die imperialistischen Spieler zur sofortigen Aufnahme von wirksamen Verhandlungen, oder der Rüstungswettlauf gerät außer Kontrolle."

Die vierte Gesprächsrunde in Genf wird sich auf den Vorschlag von US-Präsident Reagan konzentrieren, auf die Forderung nach einem sofortigen Abbau aller rund 600 auf Europa gerichteten sowjetischen SS-20-Raketen vorerst zu verzichten und im Zuge einer Zwischenlösung zuerst einmal eine wesentliche Reduzierung der atomaren Sprengköpfe anzustreben. Die USA halten allerdings nach wie vor an dem Endziel einer „Null-Lösung" fest, die den vollständigen Abbau aller Mittelstreckenraketen in Europa vorsieht. Washington hat sich bereit erklärt, den jüngsten Vorschlag des sowjetischen Parteichefs Jurij Andropow „ernsthaft zu prüfen", der die Berücksichtigung sowohl der Gefechtsköpfe als auch der Trägerraketen vorsieht.

Der sowjetische Chefunterhändler in Genf, Kwizinski, wies allerdings erneut die amerikanischen Vorschläge für eine Zwischenlösung zurück: Sie bedeuteten „keinerlei positive Änderung in der Haltung der USA".

Vogel greift in Konflikt um „Stern" ein

Fortsetzung von Seite 1

stehenden Entscheidungen eine Veränderung der grundsätzlichen Linie des Blattes eingeleitet und ein *weiteres Stück der von* den konservativen Kräften unseres Landes proklamierten Wende vollzogen" werden solle. Es würde eine „bedrohliche Veränderung des Meinungsspektrums, ja einen Schritt zur Uniformität bedeuten, wenn der ‚Stern' seine bisherige Grundposition nicht mehr vertreten könnte. Damit würde eine Stimme zum Schweigen gebracht, die für die Meinungsvielfalt in unserer Gesellschaft wesentlich und unentbehrlich ist".

Der Vorstand des Verlages gab daraufhin am Wochenende eine Erklärung ab, in der „mit Erstaunen die politischen Pressions-Versuche im Zusammenhang mit der Neubesetzung der „Stern"-Redaktionsleitung" registriert werden. Der „Stern" sei immer ein politisches unabhängiges Blatt gewesen und werde es auch bleiben.

Bei den Hausdurchsuchungen in den Wohnungen des Stuttgarter Händlers Konrad Kujau, der sich am Wochenende den deutschen Behörden gestellt hat und in Hamburg in Untersuchungshaft genommen wurde, und des früheren „Stern"-Redakteurs Gerd Heidemann ist umfangreiches Material sichergestellt worden. In Kujaus Stuttgarter Wohnhaus fand die Polizei unter anderem eine umfangreiche Bibliothek mit NS-Literatur, ein Fachbuch über die Handschrift Adolf Hitlers, eine umfangreiche Korrespondenz Kujaus mit Heidemann, Gemälde von Rembrandt, Goya und anderen alten Meistern, ferner zahlreiche Fotos.

In Heidemanns Wohnung beschlagnahmte die Polizei mehr als 15 Aktenordner, persönliche Unterlagen und Bankauszüge, dazu weiteres Material in einem von dem Journalisten angemieteten Lager im Stadtteil Pöseldorf.

Kujau soll in den nächsten Tagen von der Hamburger Staatsanwaltschaft vernommen werden. Er hat in einer Erklärung seiner Stuttgarter Anwälte jede Betrugsabsicht bestritten und will für die Tagebücher und andere Unterlagen von Heidemann lediglich 2,5 Millionen Mark erhalten haben. Die Tagebücher habe er durch Vermittlung von zwei Personen zum Teil aus der „DDR" erhalten. Andere Teillieferungen seien in der Bundesrepublik und in der Schweiz zum Teil direkt an Heidemann übergeben worden.

Herz für den Mittelstand

hg – Wenn ein Einzelhändler seine Waren besonders billig verkauft, gilt er beim Verbraucher als leistungsfähig. Wenn ein großer Einzelhändler dieses tut, kann es ihm passieren, daß die Kartellbehörden das „leistungswidrig" finden. So ist es jetzt der co op in Bremen widerfahren, die sich, weil sie eine Reihe von Artikeln unter ihrem eigenen Einkaufspreis verkauft, vom Bundeskartellamt eine Untersagungsverfügung eingehandelt hat. Wie ist das möglich?

Es ist möglich, weil unser Gesetzgeber kurz vor Verabschiedung der letzten Kartellnovelle sein Herz für den Mittelstand entdeckte: Er wollte verhindern, daß „Unternehmen aufgrund ihrer gegenüber kleinen und mittleren Wettbewerbern überlegenen Marktmacht" diese kleineren Konkurrenten unbillig behindern, zu deutsch: daß der Verbrauchermarkt, der Unterpreisverkäufe auch über längere Strecken hinweg finanzieren kann, Tante Emma die Kunden weglockt, die dieses eben nicht kann.

Tante Emma? Zwar haben zwischen 1980 und 1982 in Bremen etwas mehr als 30 von der Edeka belieferte Einzelhändler ihre Geschäfte zugemacht, aber so klein ist die Edeka ja nun auch nicht. Selbst wenn sie aufgrund ihrer genossenschaftlichen Struktur nicht die Möglichkeit des direkten Durchgriffs auf den jeweiligen Einzelhändler hat, so hat sie doch qua Größe Vorteile im Einkauf und sie hat Ressourcen, und dieses weiß auch co-op-Chef Bernd Otto. Er lehnt es darum ab, sich der Verfügung des Kartellamtes zu unterwerfen.

So wird also das Kammergericht darüber zu entscheiden haben, wo die Grenze zwischen „leistungsfähig" und „leistungswidrig" zu ziehen ist. Am Ende steht möglicherweise eine gerichtlich angeordnete Preiserhöhung, und der Verbraucher wundert sich.

Bumerang

gtm. (Stockholm) – Der Beschluß der schwedischen Regierung, zum 1. Januar 1983 die Wasserwerke, die vor 1973 gebaut wurden, mit einer Produktionssteuer von umgerechnet 0,64 Pfennig pro kWh zu belegen, hat nun zur Folge, daß die Stromerzeuger aus betriebswirtschaftlichen Gründen kein einheimisches Wasser für die Elektrizitätsproduktion einsetzen. Statt dessen importieren sie Strom aus Norwegen und Finnland. Denn angesichts der Schneeschmelze ist der Strompreis unter 0,64 Pfennig gefallen. Die Kraftwerksbetreiber müßten also mehr an Steuern zahlen, als sie für ihren Strom bekommen. So ziehen sie es vor, das Wasser an den Generatoren ihrer eigenen Werke vorbeirauschen zu lassen. „Eigentlich brauchten wir jetzt keinen Stromimport. Aber für uns ist es derzeit ein Gewinn, keinen eigenen Strom verkaufen zu müssen", erklären die Kraftwerksgesellschaften. Ein weiterer Beweis für das schizophrene Streben schwedischer Bürokraten und Politiker, alles mit Steuern zu belegen, auch wenn das zu einem Bumerangeffekt führt.

ENTWICKLUNGSPOLITIK / Neun Empfehlungen an Gipfel von Williamsburg

McNamara warnt eindringlich vor der Verschuldungskrise und ihren Folgen

HORST-ALEXANDER SIEBERT, Washington

In den USA wächst der Druck auf die Reagan-Administration und die anderen Industriestaaten, die Entwicklungsländer stärker in die Strategie für eine globale Wirtschaftserholung einzubeziehen. Die Speerspitze bilden so renommierte Organisationen wie der Overseas Development Council in Washington, dessen Vorsitzender der frühere Weltbank-Präsident Robert S. McNamara ist. Für ihn besteht die akute Gefahr einer „Ausfaserung des westlichen Finanz- und Handelssystems".

Um die weitere Schwächung der wirtschaftlichen Ordnung zu stoppen, hat das Direktorium des Overseas Development Council neun Empfehlungen an die sieben Staats- und Regierungschefs, die sich Ende dieses Monats in Williamsburg treffen, gerichtet. So sollen die Gipfelteilnehmer einen Konsultationsprozeß mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank und den Geschäftsbanken in Gang setzen. Das Ziel ist eine dauerhafte Anhebung der privaten Ausleihungen an die Dritte Welt.

McNamara begründete diese Forderung damit, daß im vergangenen Jahr, verglichen mit 1981, die neuen Kredite an ölimportierende Entwicklungsländer um 51 Prozent auf 19,7 Milliarden Dollar gesunken seien. Gegenüber Lateinamerika habe das Minus sogar 61 Prozent betragen. Nach seiner Ansicht können 1983 die meisten Staaten trotz Umschuldung ihre Zins- und Tilgungsverpflichtungen nicht erfüllen.

Die Verschuldungskrise führte McNamara auf drei Ursachen zurück:

1. In den 70er Jahren nahm das *Exportvolumen der Dritten Welt* im Durchschnitt um 8,5 Prozent zu; 1981 und 1982 sank es dagegen um ein und zwei Prozent; 1983 wird es im günstigsten Fall stagnieren.

2. Die Terms of Trade der Entwicklungsländer haben sich derart verschlechtert, daß ihre Exporterlöse um 20 Prozent steigen müssen, um die vor der Krise erreichten Importe zu finanzieren. Real haben sich die Zinsen um rund zehn Prozent erhöht.

Wie schwer der Schuldendienst zu erfüllen ist, belegte McNamara außerdem mit diesen Zahlen: In Argentinien verschlingt er 179 (Zinsen: 44, Tilgung: 135) Prozent der Exporterlöse, in Mexiko 129 (37/92), in Ecuador 122 (30/92), in Brasilien 137 (45/92) und in Chile 116 (40/76) Prozent. Länder wie Venezuela, Kolumbien, die Philippinen und Peru liegen nur knapp unter der 100-Marke, das heißt, ihnen bringen die Ausfuhren noch etwas Geld ein. McNamara: „Die Zahlungsfähigkeit der wichtigsten Staaten läßt sich nur durch neue Kredite retten."

Damit den ärmsten Entwicklungsländern geholfen wird, plädiert der Council für eine Bestätigung der Zahlungszusagen an die Internationale Entwicklungsgesellschaft (IDA) in Williamsburg. *Laut McNamara werden diese* Staaten zwar nicht mit einem Verschuldungsproblem konfrontiert, weil sie wegen unzureichender Kreditwürdigkeit keine privaten Bankkredite erhalten haben. Sie stecken vielmehr in einer Wachstumskrise; ihre Wachstumsrate beträgt null Prozent oder liegt sogar noch darunter. In Kenia, Nigeria und anderen afrikanischen Nationen südlich der Sahara ist das Pro-Kopf-Einkommen heute nicht höher als 1960. McNamara appellierte an die Industrieländer, notfalls auch ohne die USA bis Juni 1984 die siebte Wiederauffüllung der IDA-Kasse zu beschließen.

Einig ist sich der Council darin, daß der sich abzeichnende weltwirtschaftliche Aufschwung zu schwach sein wird, um der Mehrzahl der Staaten der Dritten Welt aus der Krise zu helfen. Er warnt nachdrücklich vor sozialen Unruhen. Um die Wechselwirkung zwischen Krediten, Außenhandel und Wachstum voll zum Zuge kommen zu lassen, sollen die Gipfelteilnehmer keine neuen Importbarrieren gegenüber Waren aus den Entwicklungsländern errichten.

Der Council verlangt überdies Maßnahmen gegen Marktverzerrungen, die durch nationale Industriepolitiken entstehen. Die USA wiederum werden aufgefordert, ihre Rekordhaushaltsdefizite zu reduzieren. Sinkende amerikanische Zinsen würden anderen Ländern erlauben, eine wachstumsorientierte Geldpolitik zu betreiben, heißt es in dem Gipfelpapier. Als *unbedingt notwendig* wird eine Aufstockung der Mittel des IWF, der Weltbank und der regionalen Entwicklungsbanken „über das geplante *Maß hinaus*" angesehen. Wie die Weltbank müsse der IWF auf den Privatmärkten borgen dürfen, betonte McNamara.

GROSSFEUERUNGSANLAGEN

Wirtschaft warnt vor einer schärferen Verordnung

HEINZ HECK, Bonn

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) dringt auf eine rasche Entscheidung über den Entwurf der Großfeuerungsanlagen-Verordnung. Mit Schnellbrief vom 5. Mai hatte er empfohlen, die vom Bundesrat am Regierungsentwurf vorgenommenen Verschärfungen „zu übernehmen"; zur Beschleunigung des Vorhabens hatte er den übrigen Ressorts eine Frist bis zum vergangenen Freitag gesetzt.

Wegen der gravierenden Veränderungen am Entwurf liegt aber vor allem Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff an einer gründlicheren Beratung. Auch haben sich die Spitzenverbände noch zu Wort gemeldet, bevor am Donnerstag Bundeskanzler Helmut Kohl mit den Regierungschefs der Länder das Thema erörtert.

Der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), Rolf Rodenstock, hat sich in einem Schreiben an den Kanzler und die Minister Lambsdorff und Zimmermann gegen die vom Bundesrat beschlossenen Verschärfungen ausgesprochen. Rodenstock: Sie „schießen über das Ziel hinaus". Der damit erreichbare ökologische Nutzen „steht in keinem Verhältnis zu den betriebs- und gesamtwirtschaftlichen Nachteilen".

Die vom Bundesrat vorgeschlagene *Einbeziehung auch kleinerer* Feuerungsanlagen der Industrie würde weitere progressive Kostensteigerungen vor allem auch für die *energiepolitisch gewünschte Kraft/*Wärme-Koppelung auslösen. Rodenstock rechnet vor, daß bei kleineren Anlagen die Rauchgasentschwefelung so teuer werde wie das gesamte Kraftwerk. Er fürchtet „als Folge dieses gewaltigen Kostenschubs", daß stromintensive Unternehmen (Aluminium, Zweige der chemischen Industrie) in ihrer Wettbewerbsposition gegenüber dem Ausland „zusätzlich gefährdet" würden und rechnet mit Konsequenzen für Wachstum und Beschäftigung.

Ähnlich wie Lambsdorff sieht auch Rodenstock eine Gefährdung des sogenannten „Jahrhundertvertrags" (über die langfristige Abnahme von Steinkohle durch die Stromwirtschaft), da aus wirtschaftlichen Gründen in erheblichem Umfang auf schwefelarme Brennstoffe, zum Beispiel Erdgas, ausgewichen werden müßte".

Rodenstock regt an, den besonders betroffenen Industrien Gelegenheit zu einem weiteren Gespräch zu geben.

Nach Meinung des BDI trägt der Bonner Regierungsentwurf der Verordnung den auch von der Industrie anerkannten Notwendigkeiten zur Luftreinhaltung bereits ausreichend Rechnung. Angesichts des vielschichtigen, noch keineswegs aufgeklärten Ursachengeflechts sei es auch unter ökologischen Gesichtspunkten wenig erfolgversprechend, die Anforderungen allein bei der Luftreinhaltung progressiv zu verschärfen. „Die Gefahr einer für die Volks*wirtschaft nachteiligen* Fehlleitung von finanziellen Mitteln ist zu groß. Ich plädiere daher für eine ausgewogene Vorsorgestrategie, die an *allen vermuteten* Hauptursachen ansetzt." Hierzu gehören nach BDI-Meinung auch internationale und waldbauliche Maßnahmen.

Italiens Führungs-Misere

Von GÜNTHER DEPAS, Mailand

Auf der Suche nach den Gründen, weshalb ein so vitales und intelligentes Volk wie das italienische immer wieder um die Früchte seiner Arbeit gebracht wird, stoßen Beobachter stets auf die alte Er*kenntnis, daß Wirtschaft* und Staat schlecht verwaltet und geführt sind. Auch jetzt, da sich die Parteien erneut anschicken, nach Auswegen aus der Misere des politischen und wirtschaftlichen Alltags zu suchen, geht die Diskussion vor allem um die Möglichkeiten, wie die neuen Ufer der Technologie, des industriellen und sozialen Fortschritts erreicht werden können. Nach Ansicht von Romano Prodi, dem Präsidenten der Staatsholding Iri, die das größte Firmenkonglomerat des Landes kontrolliert, liegt der Grund dafür, daß die italienische Wirtschaft trotz vieler guter Ansätze immer wieder in Bedrängnis gerät, in erster Linie in der „geringen Operationsfähigkeit der Staatsorgane und der amtierenden Regierungen".

Ähnliche Gedankengänge drückt Umberto Agnelli aus, der Vizepräsident des Fiat-Konzerns, des größten privaten Unternehmens Italiens, wenn er sagt, daß „gleichzeitig mit den in den letzten Jahren von den Unternehmen erzielten Produktivitätsfortschritten die durchschnittliche volkswirt*schaftliche Effizienz stark zurück*gegangen ist".

Noch schärfer ins Gericht mit der gängigen Regierungspraxis geht der Präsident des Spitzenverbandes der italienischen Industrie, Vittori Merloni, der am Donnerstag letzter Woche auf der in Rom veranstalteten *Jahresversammlung* des Verbandes die Parteien daran erinnerte, daß „Italien nicht noch weiter im Morast der Zweideutigkeiten und der Untätigkeit seiner Regierenden" versinken kann. In ungewohnter Schärfe warf Merloni den Parteien vor, einen Prozeß „systematischer Verschleuderung von Ressourcen" eingeleitet und gefördert zu haben.

Laut Merloni hat die ständige Suche nach dem Konsens zu pathologischen Formen der Permissivität und zu einem ausgeprägten Wohlfahrtswesen in der Wirtschaft geführt. Dieses „Gewährenlassen" spiegelt sich dem Verbandspräsidenten zufolge nicht nur in den jeder Kontrolle entzogenen öffentlichen Ausgaben, sondern auch in der „demagogischen Preispolitik der öffentlichen Dienst-, Versorgungs- und Verkehrsunternehmen, in der Überalterung der Staatsverwaltung und in der Ineffizienz und der Ungerechtigkeit des Fiskus" wider.

Die Liste der Effizienzmängel des Systems ist in der Tat fast unübersehbar. Siebzehn Jahre lang wurde der Gesetzentwurf zur Zulassung italienischer Investmentfonds von einer Parlamentskommission zur anderen geschoben, bis er endlich vor kurzem verabschiedet wurde. Drei Jahre dauerte es, bis die erste Finanzierung des im August 1977 in Kraft getretenen sogenannten „Gesetzes zur *Neuordnung der Industrie* den Instanzenweg durchlaufen hatte und endlich Geld in den Kassen klingelte. Seit über einem Jahr warten 568 Projekte auf Mittel aus dem 1982 erlassenen Gesetz zur Förderung von Forschung und Entwicklung.

Schon mehrmals verschoben wurde die von allen Parteien als vordringlich angesehene Reform der Sozialversicherung und des Gesundheitswesens, deren Defizite zusammen inzwischen fast die Hälfte des Gesamtfehlbetrages des Staates ausmachen. Ebenfalls hängen geblieben ist die Reform des automatischen Indexmechanismus der Lohneinkommen, obwohl die gleitende Lohnskala mittlerweile überall als inflationsbeschleunigend erkannt ist. Zahlreich sind auch die Vertragsverletzungsverfahren, die beim Obersten EG-Gerichtshof in Luxemburg gegen Italien anhängig sind und mit denen die Behörden der Gemeinschaft Rom schon seit Jahren an seine Verpflichtungen gegenüber den EG-Verträgen und den Kommissionsrichtlinien zu gemahnen versucht.

Welches auch immer die Ursachen aller dieser Verzögerungen und Versäumnisse sein mögen; ihre Folgen bestehen mittlerweile unter anderem darin, daß Italien nicht nur den höchsten Anteil des Staatsdefizits am Bruttoinlandsprodukt und die höchste Inflationsrate in Westeuropa aufweist, sondern auch einen Technologierückstand, der von Jahr zu Jahr größer und nicht kleiner wird.

Hier einen Qualitätssprung herbeizuführen, wird, wie Iri-Präsident Romano Prodi kürzlich bemerkte, den Kleinbetrieben trotz aller Vitalität nur mit Hilfe einer koordinierungsfähigen und führungsstarken Entscheidungszentrale möglich sein. Bleibt diese innovative Kraft aus, riskiert die italienische Wirtschaft nach Ansicht von Verbandspräsident Vittorio Merloni gegenüber der Auslandskonkurrenz immer weiter zurückzufallen.

AUF EIN WORT

„Noch immer vergrößert der Staat seinen Einfluß auf Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts. Er vermindert damit Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit von Unternehmern und Arbeitnehmern."

Dr. Manfred Thome, Präsident des Hauptverbandes der Deutschen Holzindustrie und verwandter Industriezweige. FOTO: DIE WELT

KARTELLAMT

Der Co op den Verkauf unter Einstandspreisen untersagt

PETER WERTZ, Berlin

Das Bundeskartellamt hat der Co op AG, Frankfurt, untersagt, in ihren „Comet"-Discountmärkten und „Plaza"-SB-Warenhäusern in der Region Bremen Produkte wie Wasch- und Reinigungsmittel, Milch, Kaffee, Bier und Spirituosen unter ihren jeweiligen Einkaufspreisen zuzüglich Mehrwertsteuer zu verkaufen. Damit hat das Bundeskartellamt grundsätzlich und zum erstenmal über Sonderangebote und Verkäufe eines Großunternehmens des Handels entschieden, die im Verkaufspreis unter den Einkaufspreisen liegen.

Wie aus dem Beschluß des Amtes hervorgeht, ist das Kartellamt nicht grundsätzlich gegen Sonderverkaufsaktionen und den Verkauf unter den Einstandspreisen. Dabei dürfen aber mittlere und kleine Unternehmen durch Wettbewerber mit überlegener Marktmacht nicht verdrängt oder im Wettbewerb unbillig behindert werden (Paragraph 37 a Absatz 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen).

Nach Ansicht der 9. Beschlußabteilung des Amtes wird in der Region Bremen durch die Märkte der Co op der Wettbewerb zuungunsten der kleineren Einzelhandelsgeschäfte nachhaltig beeinträchtigt und zwar systematisch, dauerhaft und spürbar in erheblichen Teilen des Sortiments. Es wurden Unterbietungen des Einkaufspreises nach Untersuchungen der Behörde im Durchschnitt von 10 bis 27 Prozent festgestellt.

Die Co op AG hatte die Aufforderung der Kartellbehörde abgelehnt. Gleichzeitig wird von der Co op bestritten, daß sie in Bremen über eine überlegene Marktmacht verfüge. Sie kündigte daher eine Beschwerde beim Berliner Kammergericht an.

Gespräche über Nigeria-Schulden

VWD, London

Ein Gespräch zwischen nigerianischen Regierungsvertretern und Repräsentanten internationaler Banken soll in dieser Woche in London stattfinden. Besprochen werden soll dabei die Antwort Nigerias auf die Umschuldungsvorschläge der Gläubigerbanken (federführend war hier Barclays) für die Auslandsverbindlichkeiten des Landes. Der Vorschlag, der eine Umschuldung von etwa zwei Milliarden Dollar über einen Zeitraum von 18 Monaten vorsieht, wird nicht von allen Gläubigerbanken getragen. Verschiedene Institute würden einen längerfristig angelegten Lösungsansatz für die wirtschaftlichen Probleme des Landes bevorzugen.

US-AKTIENMÄRKTE

Kräftiges Produktionsplus stoppt den Kursrückgang

H.-A. SIEBERT, Washington

Eine im April sprunghaft gestiegene Industrieproduktion, die eine Beschleunigung des Konjunkturaufschwungs schon im zweiten Quartal auf breiterer Basis signalisiert und sinkende Herstellerpreise haben am Freitag den Kursrutsch an den US-Aktienmärkten gestoppt. Der Dow-Jones-Industrie-Index erholte sich um 4,35 auf 1218,75 Punkte, verlor aber im Wochenverlauf 13,84 Punkte. Der breiter gestreute Nyse-Index nahm um 0,42 (minus 0,40) auf 95,07 Punkte zu. Beachtliche Gewinne erzielten Auto- und Technologiewerte.

Die Kaufwelle setzte ein, nachdem das Arbeitsministerium in Washington einen Rückgang des früheren Großhandelspreisindex um 0,1 Prozent im April mitgeteilt hatte. Damit sind in Amerika in den ersten vier Monaten dieses Jahres die Herstellerpreise um 3,7 Prozent gesunken, verglichen mit einer Steigerung um 3,7 Prozent in der gleichen Zeitspanne 1982 (Jahresrate). Energie verbilligte sich noch einmal um 2,8 Prozent, während sich Nahrungsmittel um 1,2 Prozent verteuerten. Im Weißen Haus erklärte Chefökonom Feldstein, damit sei die Inflation unter Kontrolle gebracht.

Die Erhöhung der Industrieproduktion um 2,1 (März: 1,2) Prozent war die stärkste seit nahezu acht Jahren. Positiv wirkte sich hier die Zunahme der Einzelhandelsumsätze im April und März um 1,6 und 1,7 sowie der Lagerabbau im März um 1,1 Prozent aus. Laut Feldstein hat die US-Wirtschaft „einen Gang zugelegt". Wichtig ist in diesem Zusammenhang, daß die Erzeugung von dauerhaften Gebrauchs- und Kapitalgütern um 3,2 und 1,8 Prozent gewachsen ist. Dennoch bleibt die Wall Street vorsichtig.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



1982 kostete eine Arbeitsstunde in der deutschen Industrie 26,08 Mark. Dieser Betrag setzt sich aus dem Brutto-Stundenlohn von 14,76 Mark und den auf die Stunde umgerechneten Personalzusatzkosten von 11,32 Mark zusammen. Bei den gesamten Arbeitskosten liegen Amerikaner und Schweizer vorn. *Sie hatten erheblich höhere Stundenlöhne, aber* geringere Zusatzkosten. QUELLE: GLOBUS

Mehr Baugenehmigungen

Wiesbaden (VWD) – Die Baugenehmigungen für Hochbauten lagen nach Mitteilungen des Statistischen Bundesamtes im ersten Quartal 1983 mit 79,4 Millionen Kubikmeter um 9,2 Millionen oder 13 Prozent über denen des entsprechenden Vorjahresquartals. Im Wohnungsbau war eine Zunahme um fast zehn, im Nichtwohnbau um 17 Prozent zu verzeichnen. Der Anstieg im Nichtwohnbau war auf die Entwicklung im Wirtschaftsbau zurückzuführen (plus 26 Prozent). Der öffentliche Bau blieb um 22 Prozent hinter dem Vorjahresquartal zurück. Von den Wohnungen (77 000 Einheiten) entfielen 37 900 auf Ein- und Zweifamilienhäuser (plus zwölf) und 39 100 auf Mehr-Familienhäuser (plus 13 Prozent). Die Zahl der Eigentumswohnungen (21 600) lag um 21 Prozent höher als im ersten Quartal 1982.

Londoner Kassapreise

	12. 5. 83	5. 5. 83
Kupfer (£/t)	1147	1112
Blei (£/t)	280,5	277,5
Zink (£/t)	477	463,75
Zinn (£/t)	8630	8652,5
Gold ($/Unze)	441,75	432
Silber (p/Unze)	823,65	785,96
Kakao [1] (£/t)	1303,5	1307,5
Kaffee [2] (£/t)	1659,5	1653
Zucker (£/t)	136	129
Kautschuk (p/kg)	76	72,25
Wolle (p/kg)	388	394
Baumwolle [3] (cts/lb)	81,00	80,25

[1] Abladung Juli; [2] Abladung Juli; [3] A-Index-Preis Liverpool

Keine neuen Darlehen

New York (AP) – Brasilien braucht nach den Worten seines Zentralbankchefs Carlos Geraldo Langoni keine neuen mittel- oder langfristigen Kredite. In einem AP-Gespräch sagte Langoni in New York, er bemühe sich jedoch um eine Beschleunigung der Auszahlung bereits gewährter Mittel. Brasilien befinde sich wegen saisonal bedingter Exportprobleme derzeit mit rund 550 Millionen Dollar mit seinen Zahlungsverpflichtungen im Ausland in Verzug. Bis September werde es den Rückstand aber aufgeholt haben, sagte Langoni. In dieser Woche muß der brasilianische Zentralbankchef in New York dem Internationalen Währungsfonds Bericht über die Wirtschaftslage seines Landes im ersten Quartal 1983 erstatten. Es gebe guten Grund für Optimismus, sagte er.

Harpen erhöht Dividende

Dortmund (dpa/VWD) – Die frühere Bergbau-Gesellschaft Harpener AG, die seit der Neuordnung eigene Aktivitäten in der Energieerzeugung, Schiffahrt und im Wohnungs- und Grundstückswesen betreibt sowie Beteiligungen im Maschinen- und Anlagenbau und Chemie und Handel hält, wird für das Geschäftsjahr 1982 eine Dividende von 18 Prozent ausschütten. Das beschloß der Aufsichtsrat der vornehmlich in französischem Besitz befindlichen Gesellschaft. 1981 war auf das Grundkapital von 127,6 Millionen Mark eine Dividende von 15 Prozent zuzüglich zwei Prozent Bonus gezahlt worden.

Überbrückungs-Hilfe

Santiago de Chile (dpa) – Chile, das derzeit mit über 600 internationalen Banken die 1983 und 1984 fälligen Quoten seiner Auslandsschulden umschuldet, erhält bis zum Abschluß dieser Verhandlungen einen Überbrückungskredit in Höhe von 530 Millionen Dollar. 350 Millionen davon kommen von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel und 180 Millionen von den zwölf größten Gläubigerbanken, die die Verhandlung in Vertretung aller anderen mit Chile führen. Die genannten Beträge werden für den Zinsendienst verwendet und um ein Absinken der Devisenreserven unter das vom Internationalen Währungsfonds gesetzte Limit zu verhindern.

Konsumenten kauffreudiger

Bonn (dpa/VWD) – Im ersten Quartal 1983 erzielten die Lebensmittel-Filialbetriebe eine Umsatzsteigerung von nominal drei Prozent. Wie die Arbeitsgemeinschaft der Lebensmittel-Filialbetriebe in Bonn mitteilte, ergibt sich damit nach Abzug der Preissteigerungsrate – also real – ein leichter *Umsatzrückgang* von 0,4 Prozent. Gegenüber den letzten Monaten 1982 zeichne sich inzwischen jedoch eine Wende in der realen *Umsatzentwicklung* ab. 1982 hatten die Lebensmittelfilialisten ihren Umsatz noch nominal um 6,2 Prozent auf 30,5 Milliarden *Mark* erhöht und übertrafen damit den Branchendurchschnitt von 4,1 Prozent. Der Marktanteil der Filialbetriebe erhöhte sich bei einem *Gesamtumsatz des Lebensmittel*einzelhandels (ohne Nahrungsmittelhandwerk) von 130,1 Milliarden Mark leicht auf 23,1 (1981: 22,6) *Prozent.*

Weg der Kurse

	13. 5. 83	6. 5. 83
Boeing	37,25	38,375
Chrysler	27,50	28,625
Citicorp	44,375	45,375
Coca-Cola	53,125	55,375
Exxon	34,125	35,25
Ford Motors	51,25	52
IBM	116,50	117,625
PanAm	6,75	6,50
US Steel	24,875	23,75
Woolworth	32,625	33,50

FRANKREICH

Forcierung der Kernkraft führt zu Überkapazitäten

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Frankreichs ehrgeiziges Kern*energieprogramm ist jetzt offiziell* in Frage gestellt worden. Eine von der Regierung eingesetzte Expertenkommission kommt angesichts der im Rahmen der neuen Stabilisierungspolitik stark nach unten revidierten Wachstumserwartungen zu der Feststellung, daß die *gegenwärtig bestehenden* und noch im Bau befindlichen Atomkraftwerke für absehbare Zeit ausreichen, um den Strombedarf des Landes *zu decken.*

Noch vor der Entscheidung für den Austerity-Plan Ende März hatte dieselbe Kommission nur eine Kürzung des Programms von gegenwärtig vier auf zwei Reaktoren pro Jahr für notwendig gehalten. Nunmehr empfiehlt sie der Regierung, die Electricité de France bis 1990 höchstens zur Bestellung eines einzigen neuen Kernkraftwerks mit 1400 Megawatt Leistung zu ermächtigen.

Aber selbst wenn das französische Kernenergieprogramm gestoppt würde, bestünde die Gefahr, daß von 1985 an die Kapazitäten der Atomkraftwerke nicht mehr voll *genutzt* werden *können.* Auf jeden Fall, so meinen die Experten, sei schon heute die Kernenergie in Frankreich so weit fortgeschritten, *daß unter ihr die Nutzung von* Kohle und Erdgas zu leiden hätten.

Die Regierung selbst hat zu dem Bericht noch nicht Stellung genommen. In der Energiewirtschaft hält man ihn für zu pessimistisch. Diese Auffassung wird von der Internationalen Energieagentur (IEA) in Paris geteilt. Wie deren Exekutivdirektor Ulf Lantzke gegenüber der WELT erklärte, könnte Frankreich außerdem seinen überschüssigen Atomstrom in die Nachbarländer einschließlich der Bundesrepublik exportieren, falls die Preise attraktiv seien.

IRAN / Deutsche Wirtschaftskreise sehen Anzeichen einer Erholung

Die Narben der Revolution verheilen

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die iranische Wirtschaft gleicht gegenwärtig einem Zug, der zwar unter Dampf steht, für den die Signale aber die Fahrt noch nicht freigegeben haben. Ausländer sind daher nach wie vor irritiert, ob sie schon jetzt einsteigen oder lieber noch etwas abwarten sollen. Deutsche Wirtschaftskreise in Teheran haben jedenfalls schon Anzeichen für eine postrevolutionäre Wirtschaftserholung in Iran ausgemacht.

Trotz des Krieges mit Irak beginnen nach ihren Beobachtungen die Narben der ersten Revolutionsjahre zu verheilen. Die bitteren Erfahrungen der letzten Jahre werden von der neuen Generation der iranischen Wirtschaftslenker pragmatisch in die Planung eingebracht und in Aktion umgesetzt. Ideologische Bedenken werden, wenn es sein muß, der Nützlichkeit untergeordnet.

Der private Sektor, sprich der Bazar, wird offiziell aufgefordert, in bestimmte klein- und mittelindustrielle Produktionen zu investieren. Private Importeure erhalten für bestimmte Warengruppen auch wieder Einfuhrlizenzen, wobei die Produkte und die Preise offiziell weiterhin geprüft werden. Nach der Ablehnung des „Gesetzes zur Verstaatlichung des Außenhandels" fand nun auch der Entwurf zur *Islamisierung* der Banken Widerstand im Parlament. Die vorgesehene Abschaffung des Zinses macht die Einbindung in das internationale Bankensystem *unmöglich.*

Die Ausreise wurde liberalisiert. Geschäftsreisenden werden wieder tausend Dollar an Devisen zugestanden. Mehrere internationale Fluggesellschaften fliegen wieder Teheran an. Überdies ruft die Revolution ihre *Spezialisten* aus dem Ausland zurück, um sie zur Mitarbeit beim Aufbau der Wirtschaft zu gewinnen. Die Erdölproduktion und der Export sind wieder gestiegen.

Die Schatten, die auf Iran lasten, sind nach wie vor lang. Für die Bekämpfung der Ölpest ist so gut wie *nichts geschehen.* Abgesehen von der drohenden Verschmutzung der Ufer, könnte über kurz oder lang die Schiffahrt auf dem *Golf zum Erliegen kommen,* da nicht nur die Kühlsysteme der Schiffe durch Ölfladen verstopft werden können, sondern auch wegen der *Gasentwicklung* Explosionsgefahr bestehen soll. Ohne Schiffahrt wäre ein erheblicher Teil der Ölexporte, aber auch lebenswichtiger Zulieferungen nicht möglich. Sorge bereitet den Ausländern aber auch die nach wie vor bestehende Rechtsunsicherheit.

Die Hoffnungen der Ausländer richten sich auf das Ende des Krieges, der die iranische Staatskasse im Monat rund *eine Milliarde Mark* kosten soll. Spekulationen gründen sich aber auch auf mögliche Reparationszahlungen arabischer Staaten, die bereits *angeboten* sein sollen, um Teheran zu einem raschen Friedensschluß zu bewegen.

NWK

NORDWESTDEUTSCHE KRAFTWERKE AKTIENGESELLSCHAFT, HAMBURG

EIN UNTERNEHMEN DER VEBA

Bilanz zum 30. September 1982

AKTIVA	Stand am 1. 10. 1981 DM	Zugänge DM	Abgänge DM	Umbuchungen Zugänge DM	Umbuchungen Abgänge DM	Abschreibungen DM	Stand am 30. 9. 1982 DM
I. Anlagevermögen							
A. Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte							
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Fabrik- und anderen Bauten							
Grundstücke	53 088 648	8 278 983	11 295	1 313	–	–	61 357 649
Bauten	361 406 894	1 627 630	104 940	765 288	25 781	–	363 668 871
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten							
Grundstücke	2 636 194	–	1 694	–	–	–	2 634 500
Bauten	22 468 023	29 281	15 880	–	–	–	22 481 424
3. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	17 184 974	450 291	129	459 532	–	–	18 094 668
4. Bauten auf fremden Grundstücken	5 865 730	–	224 120	25 781	–	–	5 667 391
5. Maschinen und maschinelle Anlagen							
Stromerzeugungsanlagen	1 569 345 880	[illegible]	377 913	55 765 844	4 340 525	–	1 641 419 665
Stromverteilungsanlagen	1 394 282 432	46 058 121	2 975 266	41 210 102	11 018	–	1 478 564 371
6. Betriebs- und Geschäftsausstattung	10 800 709	6 222 108	448 608	3 838	–	5 949 970	10 718 079
7. Anlagen im Bau	61 619 784	20 240 938	781 347	2 964 756	53 415 977	–	30 628 154
8. Anzahlungen auf Anlagen	49 932 233	24 551 499	1 999 317	–	43 403 130	–	29 081 285
9. Konzessionen	3 600 000	–	–	–	–	1 200 000	2 400 000
10. Bergwerksgerechtsame	1	–	–	–	–	–	1
	3 552 321 302	128 685 230	7 140 504	101 196 431	101 196 431	7 149 970	3 666 716 058
B. Finanzanlagen							
1. Beteiligungen	395 684 226	155 730 186	14 504 838	–	–	–	536 909 574
2. Ausleihungen mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren (davon durch Grundpfandrechte gesichert: DM 4 115 169)	15 015 505	38 827*)	268 689	–	–	430 403	14 355 240
	410 699 731	155 769 013	14 773 527	–	–	430 403	551 264 814
	3 963 021 033	284 454 243	21 914 031	101 196 431	101 196 431	7 580 373	4 217 980 872
II. Kernbrennelemente							
1. Fertige Kernbrennelemente	52 429 825	3 425 058	–	42 743 955	–	39 526 309	59 072 527
2. Kernbrennelemente in Fertigung und Anzahlungen auf Kernbrennelemente	103 201 478	53 951 370	1 557 228	–	42 743 955	7 289 000	105 562 665
	155 631 303	57 376 428	1 557 228	42 743 955	42 743 955	46 815 309	164 635 192

III. Umlaufvermögen	DM	DM	DM
A. Vorräte			
1. Brennstoffe		302 053 700	
2. Sonstige Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		44 035 135	346 088 835
B. Andere Gegenstände des Umlaufvermögens			
1. Geleistete Anzahlungen (davon mit einer Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr: DM 114 278 929; Vorjahr: DM 177 287 440)		204 926 637	
2. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (davon mit einer Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr: DM –)		188 120 309	
3. Kassenbestand und Postscheckguthaben		140 382	
4. Guthaben bei Kreditinstituten		14 007 415	
5. Wertpapiere		40 500	
6. Forderungen an verbundene Unternehmen (davon aus Lieferungen und Leistungen: DM 79 840 849; Vorjahr: DM 61 441 670)		135 075 828	
7. Forderungen aus Krediten, die unter § 89 AktG fallen (davon Forderungen gemäß § 89 Abs. 4 AktG: DM 581 512 291; Vorjahr: DM 464 894 678)		581 613 802	
8. Rückdeckungsanspruch an die Versorgungskasse Preußische Elektrizitätswerke VVaG, Hannover	295 596 300		
abzüglich Policedarlehen	208 200 000	87 396 300	
9. Sonstige Vermögensgegenstände (davon Forderungen gegenüber Versorgungskasse Preußische Elektrizitätswerke VVaG, Hannover: DM 7 215 514; Vorjahr: DM 3 706 819)		59 441 032	1 270 762 076
			6 099 466 975

*) davon Zuschreibung wegen Teilauflösung der Abzinsung: DM 31 714

PASSIVA	DM	DM	Stand am 30. 9. 1982 DM
I. Grundkapital			
1. Stammaktien		320 000 000	
2. Vorzugsaktien ohne Stimmrecht		160 000 000	480 000 000
II. Offene Rücklagen			
1. Gesetzliche Rücklage		304 646 692	
2. Andere Rücklagen			
Rücklage für Anlagenerhaltung, Stand am 1. 10. 1981	131 810 024		
Einstellung aus dem Jahresüberschuß des Geschäftsjahres	10 000 000	141 810 024	
Rücklage für unvorhersehbare Schadensfälle			
Stand am 1. 10. 1981	33 000 000		
Einstellung aus dem Jahresüberschuß des Geschäftsjahres	5 000 000	38 000 000	
Sonstige Rücklagen			
Stand am 1. 10. 1981	174 272 500		
Einstellung aus dem Jahresüberschuß des Geschäftsjahres	10 000 000	184 272 500	668 729 216
III. Sonderposten mit Rücklageanteil			
gemäß § 52 Abs. 5 EStG			15 344 601

IV. Wertberichtigungen	Stand am 1. 10. 1981 DM	Zuweisungen DM	Abgänge DM	Umbuchungen Zugänge DM	Umbuchungen Abgänge DM	Stand am 30. 9. 1982 DM	DM
Sachanlagen							
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Fabrik- und anderen Bauten							
Grundstücke	1 294 407	131 137	–	–	–	1 425 544	
Bauten	178 709 870	20 885 403	104 939	–	645	199 489 689	
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten							
Bauten	8 720 807	578 148	10 751	–	–	9 288 204	
3. Bauten auf fremden Grundstücken	3 484 046	138 256	74 117	645	–	3 548 830	
4. Maschinen und maschinelle Anlagen							
Stromerzeugungsanlagen	1 285 303 045	112 984 335	571 217	11 018	4 051 728	1 394 675 453	
Stromverteilungsanlagen	801 630 297	81 306 367	1 333 491	4 051 726	11 018	885 643 881	
5. Anlagen im Bau	–	942 521	–	–	–	942 521	
6. Anzahlungen auf Anlagen	–	4 077 849	–	–	–	4 077 849	
	2 279 142 552	222 064 014	2 094 515	4 063 389	4 063 389		2 499 092 051

	DM	DM	DM
V. Rückstellungen			
1. Pensionsrückstellungen		295 186 629	
2. Andere Rückstellungen		665 429 477	960 616 106
VI. Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren			
1. Anleihen			
6% DM-Anleihe 1958		2 000 000	
6% DM-Anleihe 1961		8 000 000	
6% DM-Anleihe 1962		15 000 000	
8% DM-Anleihe 1971		–	
(davon durch Grundpfandrechte gesichert: DM –)		25 000 000	
2. Darlehensverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		667 278 143	
Versorgungskasse Preußische Elektrizitätswerke VVaG, Hannover		5 000 000	
Sonstige		199 262 213	
(davon durch Grundpfandrechte gesichert: DM –)		871 540 356	
3. Sonstige Verbindlichkeiten (davon durch Grundpfandrechte gesichert: DM –)		1 717 823	898 258 179
von 1 bis 3 sind vor Ablauf von 4 Jahren fällig: DM 463 862 268			
VII. Andere Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		122 410 961	
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		49 112 017	
3. Erhaltene Anzahlungen		724 268	
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (davon aus Lieferungen und Leistungen: DM 72 847 509; Vorjahr: DM 79 191 477)		211 879 505	
5. Sonstige Verbindlichkeiten		43 821 269	427 948 020
VIII. Rechnungsabgrenzungsposten			
Baukostenzuschüsse			82 278 065
IX. Bilanzgewinn			67 200 737
			6 099 466 975

Verbindlichkeiten aus Gewährleistungsverträgen: DM 13 570 524

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Oktober 1981 bis 30. September 1982

		DM	DM
1. Umsatzerlöse		2 565 994 829	
abzüglich Ausgleichsabgabe nach dem Dritten Verstromungsgesetz		9 224 591	2 556 770 238
2. Aktivierte Eigenleistungen			2 178 193
3. Gesamtleistung			2 558 948 431
4. Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie für bezogene Waren (einschließlich Kernbrennelemente)			1 686 941 837
5. Rohertrag			872 006 594
6. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen		16 100 000	
7. Erträge aus Beteiligungen		15 628 567	
8. Erträge aus den anderen Finanzanlagen		190 827	
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		1 979 541	
10. Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens		324 098	
11. Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen		17 387 874	
12. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil		–	
13. Sonstige Erträge (davon außerordentliche DM 21 630 717)		225 309 580	276 920 487
			1 148 927 081
14. Löhne und Gehälter		173 842 004	
15. Soziale Abgaben		24 903 814	
16. Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung		38 180 037	
17. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte		229 193 984	
18. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Finanzanlagen		430 403	
19. Verluste aus Wertminderungen oder dem Abgang von Gegenständen des Umlaufvermögens außer Vorräten		2 255 776	
20. Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens		298 823	
21. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		99 445 425	
22. Steuern			
a) vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen	143 526 263		
davon an Organgesellschaften weiterbelastet	1 705 000		
	141 821 253		
b) sonstige	185 010		
davon an Organgesellschaften weiterbelastet	885		
	184 125	142 005 378	
23. Aufwendungen aus Verlustübernahme		113 214 149	
24. Einstellung in Sonderposten mit Rücklageanteil		15 344 601	
25. Sonstige Aufwendungen		216 885 795	1 056 749 689
26. Jahresüberschuß			92 177 392
27. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			23 345
			92 200 737
28. Einstellung aus dem Jahresüberschuß in andere Rücklagen			25 000 000
29. Bilanzgewinn			67 200 737

Vom 1. 10. 1981 bis 30. 9. 1982 geleistete Pensionszahlungen DM 10 785 623. Voraussichtliche Pensionszahlungen in den folgenden Geschäftsjahren in Prozentsätzen, bezogen auf den vorgenannten Betrag: 1982/83 108%; 1983/84 116%; 1984/85 125%; 1985/86 135%; 1986/87 146%.

Hamburg, den 28. Januar 1983

NORDWESTDEUTSCHE KRAFTWERKE AKTIENGESELLSCHAFT

Dr. Krämer Hartmann Müller

Die Buchführung, der Jahresabschluß und der Geschäftsbericht entsprechen nach unserer pflichtmäßigen Prüfung Gesetz und Satzung.

Hamburg, den 28. Januar 1983

TREUARBEIT AKTIENGESELLSCHAFT WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT STEUERBERATUNGSGESELLSCHAFT

Kesten Wirtschaftsprüfer Weise Wirtschaftsprüfer

In der Hauptversammlung am Mittwoch, dem 11. Mai 1983, wurde beschlossen, für das Geschäftsjahr 1981/82 aus dem sich unter Einschluß des Gewinnvortrages von DM 23 345 ergebenden Bilanzgewinn von DM 67 200 737 eine Dividende von DM 7 je Aktie im Nennwert von DM 50, mithin 14 % auf das nom. DM 480 000 000 betragende dividendenberechtigte Grundkapital, wie folgt zu verteilen:

4 %	Dividende auf stimmrechtlose Vorzugsaktien von 160 000 000 DM gemäß § 23 Abs. 1 der Satzung	6 400 000 DM
4 %	Dividende auf Stammaktien von 320 000 000 DM gemäß § 23 Abs. 3 der Satzung	12 800 000 DM
10 %	Dividende auf stimmrechtlose Vorzugsaktien und Stammaktien von 480 000 000 DM gemäß § 23 Abs. 3 der Satzung	48 000 000 DM

Der verbleibende Restbetrag von DM 737 ist auf neue Rechnung vorzutragen.

Die Auszahlung der Dividende abzüglich 25 % Kapitalertragsteuer erfolgt ab sofort gegen Abgabe der Dividendenscheine

Nr. 37 zu den stimmrechtlosen Vorzugsaktien
Nr. 38 zu den Stammaktien

Zahlstellen sind folgende Banken sowie deren Niederlassungen:

Hamburgische Landesbank - Girozentrale
Deutsche Bank AG
Dresdner Bank AG
Bank für Handel und Industrie AG
Berliner Bank AG
Berliner Commerzbank AG
Bremer Bank
Bremer Landesbank
Commerzbank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Deutsche Bank Saar AG
Deutsche Girozentrale - Deutsche Kommunalbank
Conrad Hinrich Donner
Hessische Landesbank - Girozentrale
Landesbank Schleswig-Holstein - Girozentrale
Maffei & Co GmbH
Norddeutsche Landesbank - Girozentrale
Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co
Vereins- und Westbank AG
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co
Westdeutsche Landesbank - Girozentrale
sowie
Schweizerischer Bankverein, Basel

Organe der Gesellschaft

Aufsichtsrat: Rudolf v. Bennigsen-Foerder, Düsseldorf, Vorstandsvorsitzender der VEBA Aktiengesellschaft, Bonn und Berlin, Vorsitzender, Hans Schwalbach, Kiel, stellv. Vorsitzender, Bernd Bengen, Rechtsupweg, Schlosser, Dr. jur. Friedhelm Gieske, Essen, Vorstandsmitglied der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk Aktiengesellschaft, Essen, Gottfried Hecht, Winnenden, Geschäftsführer der Hauptabteilung Energie- und Wasserversorgung beim Hauptvorstand der Gewerkschaft ÖTV, Stuttgart, Krino Hedemann, Wiesmoor, Schaltwärter, Dr. rer. pol. Hartmut Hoffmann, Hannover, Vorstandsmitglied der Preußischen Elektrizitäts-Aktiengesellschaft, Hannover, Wilhelm Hubrich, Berne, Vorsitzender des Bezirks Weser-Ems der Gewerkschaft ÖTV, Bremen, Dipl.-Ing. Erhard Keltsch, Hamburg, Walter Lienau, Lübeck, Maschinist, Dr. jur. h. c. Alwin Münchmeyer, Hamburg, Bankhaus Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co., Hamburg, Dr. jur. Klaus Otto Nass, Hannover, Staatssekretär a. D., Hans Nebel, Heikendorf, Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein, Kiel, Horst Pantel, Deinste, Schweißer, Dipl.-Ing. Diedrich Schnakenberg, Stade, Dr.-Ing. Ulrich Segatz, Gehrden, Sprecher des Vorstands der Preußischen Elektrizitäts-Aktiengesellschaft, Hannover, Alfred Soltwisch, Hannover, Vorstandsmitglied der Preußischen Elektrizitäts-Aktiengesellschaft, Hannover, Dipl.-Ing. Walter Suchanek, Hannover, Vorstandsmitglied der Preußischen Elektrizitäts-Aktiengesellschaft, Hannover, Dipl.-Ing. Wolfgang Taube, Seevetal, Paul Zioto, Bremen, Maschinist, Vorstand: Dr. rer. nat. Hermann Krämer, Seevetal, Sprecher des Vorstands, Rechtsanwalt Ulrich Hartmann, Hamburg, Rechtsanwalt Klaus H. Müller, Hamburg, Dipl.-Kfm. Siegfried Stadie, Hamburg (bis 30. 9. 1982).

Dräger

Wir laden unsere Aktionäre zu der am

Montag, dem 27. Juni 1983, 11.00 Uhr,

im Maritim-Hotel und Congress-Center, Lübeck-Travemünde, Trelleborgallee 2, stattfindenden

ordentlichen Hauptversammlung

ein.

Tagesordnung

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses zum 31. Dezember 1982, des Geschäftsberichtes des Vorstandes und des Berichtes des Aufsichtsrates.
2. Beschlußfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns für das Geschäftsjahr 1982.
3. Entlastung des Vorstandes für das Geschäftsjahr 1982.
4. Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 1982.
5. Wahlen zum Aufsichtsrat.
6. Vergütung des Aufsichtsrates.
7. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1983.
8. Beschlußfassung über die Gewährung von Genußrechten und die Schaffung genehmigten Genußkapitals.
9. Beschlußfassung über Satzungsänderungen.

Die vollständige Tagesordnung sowie Hinweise zur satzungsgemäßen Hinterlegung der Aktien sind im Bundesanzeiger Nr. 90 vom 14. Mai 1983 erschienen.
Unsere Aktionäre, die ihre Aktien durch ein Kreditinstitut verwahren lassen, erhalten über ihre Depotbank eine Einladung zur Hauptversammlung zugesandt.

DRÄGERWERK AKTIENGESELLSCHAFT

Lübeck, im Mai 1983 DER VORSTAND

CONTIGAS

Deutsche Energie-Aktiengesellschaft Düsseldorf

– Wertpapier-Kenn-Nr. 550 400 –

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden zu der

am Freitag, dem 23. Juni 1983, 11 Uhr,

in den Räumen des David-Hansemann-Hauses, Poststraße 5–6, 4000 Düsseldorf, stattfindenden

ordentlichen Hauptversammlung

hiermit eingeladen.

Tagesordnung

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses zum 31. Dezember 1982, des Geschäftsberichts des Vorstands über das Geschäftsjahr 1982 sowie des Berichts des Aufsichtsrats.
2. Beschlußfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns.
3. Beschlußfassung über die Entlastung der Mitglieder des Vorstands für das Geschäftsjahr 1982.
4. Beschlußfassung über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1982.
5. Beschlußfassung über Satzungsänderungen.
6. Wahl des Abschlußprüfers für das Rumpfgeschäftsjahr 1983.

Zu Punkt 2 wird vorgeschlagen, eine Dividende von 7,50 DM je Aktie = 15% auszuschütten.
Wegen der Einzelheiten wird auf die Veröffentlichung im Bundesanzeiger Nr. 90 vom 14. Mai 1983 sowie auf die den Aktionären von ihren Depotbanken zugehenden Mitteilungen verwiesen.

Düsseldorf, im Mai 1983 Der Vorstand



HAMBURGISCHE ELECTRICITÄTS-WERKE AG
Hamburg

Wir laden die Aktionäre unserer Gesellschaft zur

89. ordentlichen Hauptversammlung

am Donnerstag, dem 23. Juni 1983, um 10.00 Uhr
im Congress Centrum Hamburg (Saal 2), Am Dammtor, ein.

Tagesordnung

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses, des Geschäftsberichts des Vorstands und des Berichts des Aufsichtsrats sowie des Konzernabschlusses und des Konzerngeschäftsberichts für das Geschäftsjahr 1982.
2. Verwendung des Bilanzgewinns.
3. Entlastung des Vorstands.
4. Entlastung des Aufsichtsrats.
5. Neuwahl von Aufsichtsratsmitgliedern.
6. Bestellung des Abschlußprüfers.

Die Vorschläge zur Beschlußfassung sind am 14. Mai 1983 im Bundesanzeiger Nr. 90 veröffentlicht worden.
Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts ist jeder Aktionär berechtigt, der seine Aktien spätestens am 16. Juni 1983 während der üblichen Geschäftsstunden bei der Gesellschaftskasse, einem Notar, einer Wertpapiersammelbank oder einer der nachstehenden Banken

Hamburgische Landesbank – Girozentrale –; Commerzbank AG; Berliner Commerzbank AG; Bank für Gemeinwirtschaft AG; Bank für Handel und Industrie AG; Bayerische Vereinsbank; Deutsche Bank AG; Deutsche Bank Berlin AG; Deutsche Girozentrale – Deutsche Kommunalbank –; Conrad Hinrich Donner; Dresdner Bank AG; Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co.; Vereins- u. Westbank AG; M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.

hinterlegt hat und dort bis zur Beendigung der Hauptversammlung beläßt.

Hamburg, den 14. Mai 1983 Der Vorstand

BILDUNGSPOLITIK / Schule-Wirtschaft-Tag 1983

An die Technik heranführen

H. G. STÜWE, Bonn

Schon in der Schule sollten die Grundlagen der Informations- und Datentechnik vermittelt werden. Die Schüler sollten die Gelegenheit haben, den Umgang mit Tastaturen und Bildschirmgeräten zu erlernen. Diese Auffassung vertrat der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Otto Esser, auf dem Schule-Wirtschaft-Tag 1983 in Bonn.

Angesichts der Zukunftsängste vieler Menschen sieht er eine wichtige Aufgabe der Schule darin, Verständnis für die Notwendigkeit des technischen Fortschritts zu wekken. Dazu sei sachliche, uneingeschränkte Information über Technikprozesse und ihre Wirkungen erforderlich.

Inhalte und Methoden schulischen Lernens müssen sich nach Essers Worten immer wieder neu an der Lebens- und Arbeitspraxis orientieren. Die grundlegende Forderung nach Praxisbezug richte sich an alle Bildungseinrichtungen, von der Hauptschule bis zur Hochschule. Esser kritisierte, daß die Vorbereitung der Jugendlichen auf die Arbeits- und Berufswelt in den Lehrplänen der allgemeinbildenden Schulen „immer noch unzureichend" verankert sei.

Eben dieser Bildungsaufgabe widmen sich bundesweit über 300 Arbeitskreise Schule/Wirtschaft. Organisatorisch zusammengefaßt in elf Studienkreisen auf Landesebene sowie in der Bundesarbeitsgemeinschaft Schule/Wirtschaft bieten sie Gesprächsplattformen für Lehrer und Wirtschaftsvertreter, organisieren Betriebspraktika (für Schüler, aber auch für Lehrer) und erarbeiten Unterrichtshilfen.

Rund 20 000 Lehrer sind in den Arbeitskreisen aktiv, auf rein freiwilliger Basis, wie Ernst Kiel, Vorsitzender der Bundesarbeitagemeinschaft, betont.

Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms hob vor den etwa 300 in Bonn versammelten Lehrern und Wirtschaftsvertretern die besondere Bedeutung der Betriebspraktika hervor.

SCHWEDEN / Wirtschaftsmagazin legt eine Bilanz der Unternehmensgewinne vor

Volvo rückt auf den ersten Platz vor

R. GATERMANN, Stockholm

In Schweden kann die Industrie in etwa wieder gleich hohe Rendite erwirtschaften wie die kapitalverwaltenden Gesellschaften. Dies beweist die vom Wirtschaftsmagazin Affärsvärlden vorgelegte Statistik über die größten Gewinn- und Verlustunternehmen des Landes. Bei den Gewinnern schob sich 1982 der Mischkonzern Volvo vom zweiten auf den ersten Platz vor, während der bisherige Führer, die S-E-Banken auf den dritten Platz zurückfiel. Sie mußte auch zur allgemeinen Überraschung das größte Bauunternehmen des Landes, Zementgjuteriet, vorbeilassen, das 1981 noch an 10. Stelle gelegen hatte.

Nominell den höchsten Gewinn (nach planmäßigen Abschreibungen und unter Einschluß des Postens finanzielle Erträge und Aufwendungen inklusive ausgewiesener Wechselkursverluste und Lagergewinne) erzielte 1982 Volvo umgerechnet rund 681 Mill. DM, von denen alleine 517 Mill. DM auf die Pkw-Division entfielen. Die Rendite betrug 18 Prozent, womit der Konzern, dem man für 1983 einen Ertragsanstieg auf ungefähr 1,6 Mrd. Mark prophezeit, keineswegs am besten abschneidet. Hier nimmt IBM mit 28 Prozent die Spitzenposition ein, bei einem Gewinn von 181 Millionen (12. Platz) gefolgt von dem staatlichen Tobaksbolaget mit 27 Prozent und einem Überschuß von 178 Millionen (13.) sowie Tetra Pak 25 Prozent (geschätzt) und einem Gewinn von rund 320 Mill. Mark. Nach zwei Banken, S-E und Handelsbanken, verteidigte der zweite schwedische Kfz-Hersteller Saab-Scania seine fünfte Position aus dem Vorjahr mit einem Resultat von 445 Mill. Mark und einer Rendite von 16 Prozent, gefolgt von zwei weiteren international bekannten Firmen, dem Elektrokonzern Asea (417 Millionen/12 Prozent) und dem Telefonkonzern Ericsson (402 Millionen/12 Prozent).

Die Verluststatistik wird vom staatlichen Schiffsbauer Svenska Varv (Muttergesellschaft) mit minus 416 Mill. Mark angeführt, schon an zweiter Stelle folgt die zu ihm gehörende Reederei Zenith mit minus 302 Millionen. An sechster und neunter Stelle stößt man mit Salèns (minus 99 Millionen) und Broströms (minus 59 Millionen) auf zwei weitere Schiffahrtsgesellschaften. Das staatliche Eisenerzunternehmen LkAB baute seinen Verlust zwar ab, stand aber immer noch mit 130 Mill. Mark in den roten Zahlen.

Die größten Gewinner und Verlierer findet man allerdings unter den staatlichen Institutionen und – teilweise monopolistischen – Werken. So konnte die Nationalbank 1982 einen Überschuß von 2,2 Mrd. Mark ausweisen, in erster Linie eine Folge der Währungs- und Kreditpolitik. Die Telefonverwaltung kam auf 760 Mill. Mark, der Stromerzeuger Vattenfall auf 750, Tips und Lotterie auf 259 sowie die Post auf 171 Mill. Mark. Auch bei der staatlichen Eisenbahngesellschaft steht ein Gewinn zu Buche (45 Mill. Mark), der jedoch erst nach einem öffentlichen Zuschuß von 504 Millionen zustande kam.

DBV-VERSICHERUNGEN / Gutes Ergebnis

Geringeres Neugeschäft

HARALD POSNY, Düsseldorf

Im dritten Jahr anhaltend miserabler Baukonjunktur hat die DBV-Lebensversicherung, Wiesbaden, 1982 im Neugeschäft erneut ihre starke Abhängigkeit von Bauspar-Risikoversicherung nach Gruppenverträgen mit Sondertarifen zu spüren bekommen. Vom Neugeschäft werden nahezu 80, im Bestand fast 70 Prozent der Versicherungssumme von Gruppenverträgen mit dem Beamtenheimstättenwerk bestimmt. Dies erschwert auch Vergleiche innerhalb der Branche.

Neben der Abhängigkeit von der Baukonjunktur wird der Neuzugang auch dadurch beeinträchtigt, daß ein großer Teil des Bestands Überschußanteile nicht in Form von Summenerhöhungen (Bonussystem), sondern in Form von Gutschriften erhält. Außerdem verursacht der relativ hohe Bestand an dynamischen Lebensversicherungen wegen ihrer Anpassungserhöhungen im Gefolge geänderter Höchstbeiträge in der gesetzlichen Rentenversicherung nicht unerhebliche Schwankungen. Dies alles hat auch Auswirkungen auf den Gesamtbestand, der von Jahr zu Jahr weniger wächst.

Die Gruppen-(Risiko-)Versicherungen dämpfen einerseits wegen der geringeren Beiträge die Abschlußkosten, das niedrigere Beitragsniveau der DBV-Leben führt andererseits im Branchenvergleich zu höheren Verwaltungskostensätzen.

Gelten im Branchenmaßstab zum Teil wesentliche Einschränkungen bei der Geschäftsentwicklung, so ist die Ertragslage dieses öffentlichen Beamtenversicherers außerordentlich gut. Hier wirkt sich der hohe Bestand an Risikoversicherungen über den günstigen Risikoverlauf sogar positiv auf das Gesamtergebnis aus. Die Kapitalerträge trugen ein übriges zur Erhöhung des Bruttoüberschusses um 16,8 (32,4) Prozent auf 360 (308) Mill. DM, von denen 99,1 (99,2) Prozent oder aber nahezu 50 (45) Prozent der Beiträge als Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung wieder den Versicherten zuflossen.

Seit Anfang dieses Jahres ist das Beamtenheimstättenwerk (BHW) mit einer Kapitalanlage von 10 Mill. DM an der DBV Leben beteiligt. Dies machte nicht nur eine Satzungsänderung notwendig, sondern auch eine Neuordnung des Eigenkapitals. Aus der Sicherheitsrücklage von 45,4 Mill. DM wurden 45 Mill. DM Stammkapital (ohne die BHW-Einlage), aus den freien Rücklagen von 1,1 Mill. DM wurden 4,5 Mill. DM satzungsmäßige und 0,1 Mill. DM freie Rücklage.

Beim Kompositversicherer der Gruppe, der Deutschen Beamten Versicherung AG, erhöhten sich 1982 die Bruttobeiträge um 7,2 Prozent auf 123 Mill. DM und um 7,4 Prozent auf 75 Mill. DM die verdienten Beiträge für eigene Rechnung. Die im ganzen befriedigende Schadenentwicklung brachte die Gesellschaft im technischen Ergebnis aus den roten Zahlen. Der Jahresüberschuß von 2,7 (0,4) Mill. DM erlaubt 8 Prozent Dividende und einen Bonus von 1 Prozent.

Die APK Krankenversicherungs-AG für den öffentlichen Dienst, an der die DBV-Leben zu 74 Prozent beteiligt ist, hat ihr Prämienaufkommen um 15,3 Prozent auf 196 Mill. DM erhöht. Am Wachstum war zur Hälfte die Beitragsanpassung des Vorjahres beteiligt. Die Schadenquote verbesserte sich durch die Dämpfung des Kostenanstiegs von 71,4 auf 68 Prozent. Die Leistungsquote erreichte 93,4 (90,2) Prozent. Der günstige Geschäftsverlauf ermöglicht eine Zuführung von 35 Mill. DM zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung und die Erhöhung der Beitragsrückerstattung für schadenfreie Verträge auf bis zu sechs Monatsbeiträge.

DBV Leben	1982	+/- %
Versicherungsbestand (Mill. DM)	40 015	+ 2,4
Eingel. Neugeschäft	4 624	– 14,3
Beitragseinnahmen	716	+ 5,5
Aufw. f. Vers.-Fälle	191	+ 4,7
Kapitalanlagen¹)	3 717	+ 12,7
Kapitalerträge²)	268	+ 17,0
Aufw. für Beitr.-Rückerst.	357	+ 16,8
Rückst. für Beitr.-Rückerst.	745	+ 24,1
	1982	**1981**
Stornoquote³)	2,8	2,5
Verw.-Kostenquote⁴)	7,4	7,5
Abschl.-Kostenquote⁵)	15,4	13,5
Überschußquote ⁶)	50,3	45,5

¹) ohne Depotford.; ²) Durchschnittsrendite: 7,3 (7,1) Prozent; ³) Rückk.-Umwandl. in beitr.-freie Versich. u. sonst. Vorz. Abgang in % d. Anfangsbestands; ⁴) sonst. Aufw. d. Vers.-Betr. in % d. Beiträge; ⁵) in Promille d. eingel. Neugesch.; ⁶) Bruttoüberschuß in % d. Beiträge.

INSOLVENZRECHT / Entwurf im Herbst

Ziel ist Erhaltung der Firma

H.-H. HOLZAMER, Essen

Im Herbst dieses Jahres wird die im Jahre 1978 vom Bundesjustizministerium eingesetzte Kommission zur Reform des Insolvenzrechtes „den endgültigen Entwurf der Leitsätze für das Reorganisationsverfahren mit Begründung" vorlegen.

Diese Mitteilung machte am Samstag auf dem 42. Deutschen Anwaltstag in Essen der Vergleichs- und Konkursrechts-Experte Joachim Kilger aus Hamburg.

Wie Kilger seinen Anwaltskollegen mitteilte, gibt es im Grundsätzlichen weitgehende Übereinstimmung in der Kommission. So wird Ziel der künftigen Reorganisation sein, „den Fortbestand des schuldnerischen Unternehmens zu sichern und seine Ertragskraft herzustellen".

Die Kommission lehnt eine „vorbeugende Insolvenzverhütung" ab, hofft jedoch durch eine neue Definition der Zahlungsunfähigkeit erreichen zu können, daß ein Unternehmen nicht mehr solange in die roten Zahlen gesteuert wird, bis seine Rettung unmöglich geworden ist.

So soll ein prognostisches Element dadurch erreicht werden, daß zahlungsunfähig schon derjenige ist, der nicht imstande ist, künftig fällige Verpflichtungen zu erfüllen.

Probleme, die in der Kommission noch ausgeräumt werden müssen, sieht Kilger vor allem in gesellschaftsrechtlichen Fragen. So will er bei Kapitalgesellschaften den Kommanditisten und Gesellschaftern kein eigenes Antragsrecht geben, um ihre Position gegenüber anderen Organen nicht auszuweiten.

Problematisch ist auch – dies kam in der Diskussion zum Ausdruck – die äußerst starke Position des Verwalters, der das Unternehmen nicht nur fortzuführen, sondern auch den Reorganisationsplan aufzustellen hat. So warnte der Kölner Richter Wilhelm Uhlenbruck davor, daß ohne „wirtschaftsnahe Praktikabilität" das neue Insolvenzrecht „ein Homunkulus aus der juristischen Retorte bleiben" würde.

BMZ-AGENTUR

Kreativ gegen die Rezession

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die Werbeagentur Baums, Mang und Zimmermann GmbH & Co. KG (BMZ), Düsseldorf, begegnet der allgemein stagnierenden Entwicklung im Markt mit verstärkten Aktivitäten. Georg Baums, Geschäftsführer und Mitgesellschafter der Agentur ist mit seinen 70 festangestellten Mitarbeitern „intensiv mit neuen Projekten beschäftigt". Punktuelle Etatkürzungen würden durch neue Aufträge an anderer Stelle mehr als ausgeglichen. So wird auch die Zahl der Mitarbeiter wieder steigen.

Die Agentur, deren Geschäftsanteile ausschließlich bei den im Hause tätigen Gesellschaftern liegen, hat auch im Rezessionsjahr 1982 ihre langfristig positive Entwicklung fortgesetzt. Die Gross Billings (kapitalisierte Erlöse) stiegen um 6,7 (12,8) Prozent auf 85,5 Mill. DM. Die Branchenumsätze wuchsen nur um 5,4 Prozent. Der Gross Income (Roheinnahmen) erhöhte sich auf 12,8 Mill. DM.

Im Kundenkreis (20 mit 22 Etats) wurden 1982 Colt International und Klöckner & Co. neu begrüßt. Ein Drittel der Etats liegt über 3 Mill. DM, 45 Prozent unter 1,5 Mill. DM. Nach wie vor stark sind die Engagements bei Verbrauchsgütern (31 Prozent) und Gebrauchsgütern (34).

Bei den Werbeschaltungen überwiegen Publikumszeitschriften (48 Prozent); Fachzeitschriften und Tageszeitungen machen jeweils 15 Prozent aus. Mit 51 Prozent Kapital-Mehrheit ist kürzlich die BTT-BMZ Gesellschaft für elektronische Kommunikation GmbH für das neue Geschäftsfeld Bildschirmtext gegründet worden.

Für die Branche sieht Baums in den nächsten Jahren folgende Entwicklungslinien: größere Flexibilität als Folge von Rezession und technischer Entwicklung, noch gründlichere Analysen von geplanten Werbemaßnahmen und Kreativität als Agenturprodukt mit der größten Nachfrage.

RENTENMARKT / Durststrecke bis Jahresmitte?

Zinsen wieder gestiegen

Von den leichten Besserungsansätzen, die sich in der vorletzten und auch anfangs der letzten Woche am Rentenmarkt gezeigt hatten, ist inzwischen nichts mehr zu sehen. Die Renditen sind wieder gestiegen. Der Versuch, mit etwas Stimmungsmache die Unterbringung der Bundesanleihe mit ihrer zu niedrigen Rendite zu erleichtern, ist fehlgeschlagen. Die meisten Banken sitzen noch auf mehr oder weniger großen Posten dieser Anleihe. Vorerst sieht es nicht so aus, als würde sich an der auch vorher schon herrschenden Verstopfung des Marktes etwas ändern. Die Hoffnungen auf neue Zinssenkungsimpulse aus den USA schwinden, so daß man sich auf eine Durststrecke bis zur Jahresmitte einrichtet. (cd.)

Emissionen	13.5. 83	6. 5. 83	30.12. 82	30.12. 81	30.12. 80
Anleihen von Bund, Bahn und Post	6,96	6,92	7,45	10,05	9,30
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	6,73	6,74	7,04	10,55	9,68
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,06	7,07	7,61	10,26	9,43
Schuldverschreibungen der Industrie	7,16	7,15	8,24	11,52	8,35
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,15	7,15	7,65	10,12	9,37
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,74	6,75	7,43	10,50	9,70
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,73	7,73	7,94	9,75	9,05
Inländische Emittenten insgesamt	7,12	7,13	7,53	10,19	9,41
DM-Auslandsanleihen	7,81	7,80	8,45	10,32	8,32

IBH / Esch in Holzwirtschaft stärker engagiert

Gespräche mit Dritten

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Horst-Dieter Esch, Chef der Mainzer Baumaschinengruppe IBH-Holding AG, hat ein weiteres Betätigungsfeld entdeckt. Als Gesellschafter der Maschinenfabrik Hombak GmbH, Bad Kreuznach, und der Firma Baljer & Zembrod GmbH & Co, Weingarten, ist Esch darum bemüht, auch im Bereich der Holzbearbeitungsmaschinenindustrie größere Unternehmenseinheiten zu schaffen. Wie Esch auf der Holz-Fachmesse Ligna in Hannover mitteilte, gebe es derzeit Gespräche mit dritten Unternehmen über eine „Erweiterung der Produktpalette".

Esch ist nach eigenen Angaben seit knapp fünf Jahren direkt mit einem Drittel an Baljer & Zembrod und seit 1982 mit 76 Prozent an Hombak beteiligt. Hombak ist auf die Herstellung von Holzzerspanungsmaschinen spezialisiert und beschäftigt knapp 170 Mitarbeiter. Baljer & Zembrod produziert Rundholzsortier- und -transportwagen und zählt 42 Beschäftigte. Der zusammengefaßte Umsatz lag 1982 bei 28 Mill. DM. Die Planungen für 1983 sehen eine Steigerung auf 30 Mill. DM vor.

Das Eigenkapital der beiden Unternehmen bezifferte Esch auf rund 9 Mill. DM, die gemeinsame Bilanzsumme auf 20 Mill. DM. Die günstiger gewordene Auftragslage lasse für 1983 ein positives Ergebnis erwarten.

JAPAN / Die Energieversorgung bleibt die Achillesferse des Landes

Zu zwei Dritteln vom Öl abhängig

Von HEINZ HECK

Japans Ziel, die Ölabhängigkeit bis 1990 auf rund 50 Prozent zu drosseln, mag in deutschen Ohren wenig ehrgeizig klingen; denn hierzulande ist diese magische Zahl schon vor Jahren unterschritten worden, und der Ölanteil an der deutschen Energieversorgung bewegt sich derzeit bei 44 Prozent (1982).

Für das asiatische Wirtschaftswunderland mit seinen immer noch erstaunlichen Wachstumsraten ist es dagegen keineswegs ausgemacht, daß die Ölverdrängung in dem erforderlichen Ausmaß gelingt; auf jeden Fall setzt dies gewaltige Anstrengungen voraus. Denn heute liegt der Ölanteil noch bei knapp zwei Dritteln des Primärenergieverbrauchs (wobei die Angaben je nach Quelle in einem für ein hochentwickeltes Industrieland erstaunlichen Ausmaß voneinander abweichen).

Japan war vom Ölschock 1973/74 wie kaum ein anderes Land getroffen worden; denn es fehlt weitgehend an einheimischen Energieträgern, und die japanische Wirtschaft hatte vor allem in den sechziger Jahren voll auf Öl gesetzt, so daß dessen Anteil im Krisenjahr 1973 rund drei Viertel am Primärenergieverbrauch betrug.

Wenn es heißt, daß heute heimische Energieträger rund ein Sechstel beisteuern, so ist diese Zahl sogar noch geschönt, denn darin ist die Kernenergie bereits enthalten, obwohl der Brennstof Uran zu 100 Prozent importiert wird. Wie belastend diese Rohstoffarmut sich für die japanische Volkswirtschaft auswirkt, macht schlaglichtartig der Umstand deutlich, daß auf die Energieeinfuhr (neben Öl vor allem Kohle und Gas) erstmals über die Hälfte der Gesamteinfuhr entfiel.

Entsprechend groß ist im Lande die Erleichterung über die jüngste Talfahrt der Ölpreise, auch wenn Japan hiervon nicht in dem Ausmaß profitieren dürfte wie andere Länder. Denn in der ersten Hysterie ließ sich Tokio 1973 zum Abschluß langfristiger bilateraler Staatsverträge hinreißen, die die Flexiblität nun einengen.

Die Ölverdrängungsstrategie zeigt gewisse Parallelen zur deutschen. Energieeinsparung wird großgeschrieben und mit staatlichen Mitteln unterstützt. Japan hat heute unter den Industrienationen den niedrigsten Prokopfverbrauch.

Auch Japan setzt verstärkt auf die Kernenergie. Hier hat es, wie in der Bundesrepublik, ebenfalls erhebliche Verzögerungen im Ausbau gegeben. Ablehnung in der Bevölkerung ist angesichts der Bombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki nicht erstaunlich. Dennoch liegt nach Meinungsumfragen einschlägiger japanischer Stellen der Zuspruch in der Bevölkerung bei rund zwei Dritteln, also etwa wie hier.

Derzeit sind 24 Kernkraftwerke mit einer installierten Leistung von reichlich 17 000 Megawatt (MW) am Netz, weitere 20 mit rund 19 000 MW im Bau oder in der Planung. In den Zahlen wird auch der Trend zu größeren Einheiten deutlich, wenngleich bei weitem nicht so ausgeprägt wie in der Bundesrepublik. Rund ein Fünftel der Stromversorgung wird derzeit mit Kernenergie bestritten (wie bei uns); 1990 soll es ein Drittel sein. Allerdings ist das Ausbaupotential dort schon deshalb erheblich größer, weil noch rund die Hälfte der Stromerzeugung auf Öl basiert (dessen Anteil bis 1990 auf rund 20 Prozent sinken soll), während es bei uns gerade noch drei Prozent sind.

Auch die Kosten sprechen für die Verdrängungsstrategie: Strom aus Öl ist mit etwa 22 Pfennig je Kilowattstunde (kWh) doppelt so teuer wie der aus Wasserkraft; Nuklearstrom kostet 14 Pfennig. Dabei verteuert die Erdbebensicherung die Anlagen (rund 20 Prozent der Baukosten sollen hierauf entfallen).

Japan ist, wie die Bundesrepublik, kein Kernwaffenstaat. Mit kriegsbedingter Verzögerung kamen beide Staaten gleichsam an die lange (technologische) Leine der USA zur Nutzung der Kernenergie. Während sich aber die Kraftwerk Union (KWU) mit eigenen Entwicklungen inzwischen völlig aus diesen Bindungen gelöst hat, arbeiten Hitachi und Toshiba noch mit Lizenzen von General Electric (Siedewasserreaktoren), und Mitsubishi baut Druckwasserreaktoren von Westinghouse.

Die Kraftwerksindustrie hat eine jährliche Produktionskapazität für Anlagen von 6000 MW, doch werden nur 2000 gebraucht. Das würde – wie bei uns – den Export nahelegen. Bei diesem Thema werden japanische Gesprächspartner, ohnehin bei Informationen keine Plaudertaschen, ganz einsilbig. Die Verträge mit den US-Firmen geben offenbar wenig Bewegungsspielraum im Export.

Dagegen scheinen sich nach jahrelangen Vorarbeiten für KWU nun Kooperationsmöglichkeiten abzuzeichnen. Für die Tokyo Electric Power Company, das größte private EVU der Welt, hat die Siemens-Tochter eine Studie über die Genehmigungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit des KWU-Druckwasserreaktors erstellt. Ergebnis: Mit geringen Änderungen könnte er das japanische Genehmigungsverfahren passieren. Mit der KWU hätte man eine Alternative zu Westinghouse. Doch wird, wenn überhaupt, frühestens in fünf bis sechs Jahren mit dem Baubeginn gerechnet.

Die Importabhängigkeit auch bei Uran gebietet die bessere Nutzung des Brennstoffs durch Wiederaufarbeitung, vor allem aber durch den Bau Schneller Brüter. Hier ist Japan allerdings das Schlußlicht unter den großen Industrienationen. Entsprechend ausgeprägt ist das Interesse Nippons an internationaler Zusammenarbeit.

Für den 300-MW-Brüter Monju (in der Größe also Kalkar vergleichbar) wurde im Juli 1982 die Baugenehmigung erteilt, und die Sicherheitsbehörden haben soeben grünes Licht gegeben. An den voraussichtlichen Kosten von rund vier Milliarden Mark (Preise von 1982!) wird sich der Staat zu 80 Prozent beteiligen.

Mit der bestehenden Wiederaufarbeitungsanlage hapert es zu Zeit. Hier hofft man auf Hilfe des Kernforschungszentrums Karlsruhe. Die Suche nach einem Standort für die Endlagerung hochradioaktiven Mülls war bisher erfolglos.

LEONISCHE DRAHT

Rationalisierung trägt Früchte

DANKWARD SEITZ, München

Eine unveränderte Dividende von 10 DM je 50-DM-Aktie auf das erhöhte Grundkapital von 10 (8) Mill. DM schlägt die Leonische Drahtwerke AG, Nürnberg, ihrer Hauptversammlung am 23. Juni vor. Aus dem auf 4,06 (3,25) Mill. DM gestiegenen Jahresüberschuß – einschließlich 0,05 (0,04) Mill. DM Gewinnvortrag – wurden vorab 2,0 (1,6) Mill. DM in die Rücklagen gestellt, so daß dafür ein Bilanzgewinn von 2,06 (1,65) Mill. DM zur Verfügung steht.

Im Gegensatz zur gesamten deutschen Elektroindustrie, deren Produktion unter dem Vorjahreswert blieb, konnte die Leonische Drahtwerke ihren Umsatz um 9,1 Prozent auf 170,4 (156,1) Mill. DM steigern. Der Vorstand begründet dies in dem jetzt vorgelegten Geschäftsbericht für 1982 unter anderem mit dem breiten Produktionsprogramm der Gesellschaft und neuen Draht- und Kabeltypen.

Auch die in den vergangenen Jahren mit „erheblichen Mitteln" vorangetriebene Modernisierung der Anlagen und umfangreiche Rationalisierungen hätten darin ihren Niederschlag gefunden. 1982 wurden bei Abschreibungen von 8,5 Mill. DM rund 10,8 Mill. DM investiert. Beschäftigt wurden zum Jahresende 1841 Mitarbeiter, 127 mehr als vor Jahresfrist.

In das Jahr 1983 sei man mit einem gegenüber dem Vorjahr höheren Auftragsbestand gegangen, doch sei die Auslastung der Produktion so unterschiedlich, daß in einigen kleineren Teilbereichen Kurzarbeit eingeführt werden mußte. Umsatz und Auftragseingang bewegten sich auf Vorjahresniveau.

Sorgen bereiteten, wie es heißt, die kurzfristigen Veränderungen der Währungsparitäten, da rund 26 Prozent der Produktion in das europäische Ausland gingen.

US-KONJUNKTUR

Über lückenhafte Erholung besorgt

H.-A. SIEBERT, Washington

Die Vorstandsvorsitzenden der 100 größten US-Unternehmen, die dem Business Council angehören, sind nach wie vor besorgt über die „lückenhafte" wirtschaftliche Erholung in Amerika. Auf ihrer traditionellen Mai-Tagung in Hot Springs, Virginia, sagten sie für 1983 und 1984 reale Wachstumsraten zwischen 4,5 und 5,2 Prozent voraus. Dies sind rund zwei Prozent weniger als bisher in den USA nach Rezessionen registriert wurden.

Als ausgesprochene Schwachpunkte wurden genannt: Energie, Landwirtschaft, Maschinenbau und Großbauten. Bei der Entwicklung der Unternehmensgewinne zeigten sich die Topmanager dagegen optimistisch. Sie sollen in diesem Jahr um 20 und 1984 um 22 Prozent steigen. Was sich auszahlt, sind die zum Teil weitreichenden Kostensenkungen. Folgt man den Konzernchefs, dann zeigen die Firmen große Zurückhaltung bei der Einstellung neuer Arbeitskräfte. Nach der Prognose wird denn auch die Arbeitslosenrate in den USA bis Ende nächsten Jahres nur von zur Zeit 10,2 auf 8,7 Prozent sinken.

Heftig attackierten die Manager die hohen Zinsen als Folge der Rekordhaushaltsdefizite Washingtons, die sich vom laufenden Finanzjahr an bei 200 Milliarden Dollar einpendeln können. Ihnen stimmte der anwesende US-Finanzminister Regan zu. Wenn in anderthalb Jahren die riesigen Defizite nicht verschwunden seien, drohe „eine sehr restriktive Geldpolitik", betonte er. Die Gefahr besteht, daß es dem Senat in dieser Woche nicht gelingt, ein Budget für 1984 zu verabschieden. Angesichts dieser kritischen Lage votierten die Teilnehmer für die Verlängerung der Amtszeit des Vorsitzenden der US-Notenbank, Paul A. Volcker.

HENNINGER / Trotz stagnierenden Bierverbrauchs ein gutes Geschäftsergebnis

Die AG weist 4,9 Prozent Umsatzplus aus

INGE ADHAM, Frankfurt

Diether Weise, seit August 1982 Vorstandsvorsitzender, sieht die Henninger-Bräu AG, Frankfurt, „noch nicht auf der Überholspur". Der Bierverbrauch stagniere bei wachsender Preissensibilität der Verbraucher, der Wettbewerb werde schärfer, erklärte Weise bei der Vorlage des Geschäftsberichts 1982. Henninger sei jedoch gut im Rennen als „große Regionalbrauerei", die drei Marken, Karamalz, Gerstel und Diätpils, vertreibt. 1982 sei man von der Kriechspur auf die rechte Fahrbahn gewechselt.

Als Ziel nannte Weise, der „zurückgewonnenes Selbstvertrauen" des Henninger-Managements signalisierte, mit der jeweiligen Brauerei im Kernabsatzgebiet die Nummer eins zu sein. Zu Henninger-Bräu, die für 1982 einen Ausstoß von 1,91 (1,85) Mill. hl Bier meldet, gehörten u. a. Eichbaum, Frankenthaler Brauhaus und Moninger.

Den Gesamtausstoß der Süd-West-Gruppe (die über die Deutsche Brau GmbH zu Reemtsma gehört) wird mit rund 3,3 (3,24) Mill. hl Bier angegeben, der Umsatz der Getränkegruppe mit rund 2300 Mitarbeitern mit 486 (470) Mill. DM.

In der AG wurden im vergangenen Jahr 255,1 (243,3) Mill. DM Umsatz erzielt. Das Plus von 4,9 Prozent ist vor allem eine Folge der Sortimentsverschiebungen, wobei besonders Pils und Spezialbiere zulegten. Erfolge werden auch im Export (plus 21 Prozent) gemeldet, obwohl der Ausstoßanteil mit rund 10 Prozent insgesamt noch sehr klein ist. Von Lizenznehmern werden darüber hinaus jährlich rund 1,6 Mill. hl Henninger-Bier weltweit vertrieben.

Auch ertragsmäßig ist Henninger im vergangenen Jahr ein Stück weitergekommen: Die Erfolgsrechnung schließt mit einem Überschuß von 0,7 (0,1) Mill. DM. Eine Dividendenzahlung – zuletzt für 1977 sechs Prozent – ist damit freilich noch lange nicht in Sicht. Mutter Reemtsma und die rund 8 Prozent freien Aktionäre müssen sich noch in Geduld üben, denn Henninger will erklärtermaßen den steuerlichen Verlustvortrag nutzen. Er steht in ungenannter Höhe noch drei Jahre zur Verfügung.

Kummer hatte Henninger im vergangenen Jahr mit der griechischen Tochter, für die gut 7 Mill. DM Wertberichtigung fällig wurden. Bei der alkoholfreien Tochter Westgetränke konnte der zu übernehmende Verlust deutlich auf 2,8 Mill. DM reduziert werden. Insgesamt werden 5,6 (7,7) Mill. DM Beteiligungserträge ausgewiesen. Den hohen Fremdkapitalanteil konnte Henninger weiter abbauen (langfristig 88 nach 99 Mill. DM). Investiert wurden 22 (19) Mill. DM in Sachanlagen bei 24 (25) Mill. DM Abschreibungen.

NAMEN

Moritz Thienelt, Seniorchef der Moritz Thienelt Likörfabrik, Kaarst-Holzbüttgen, feiert am 16. Mai seinen 80. Geburtstag.

Günter Fritzinger wurde in die Geschäftsführung der Finanzwerbeagentur Charles Barker GmbH, Frankfurt, berufen.

Jürgen Huvendick wurde mit Wirkung vom 9. Mai zum ordentlichen Vorstandsmitglied der Deutschen Centralbodenkredit-AG, Köln/Berlin, berufen.

Dr. August Oswalt, von 1946 bis 1961 Mitinhaber des Bankhauses Georg Hauck & Sohn, Frankfurt, ist im Alter von 92 Jahren verstorben.

Gunther Jendricke wurde mit Wirkung vom 1. Juni 83 zum stellvertretenden Mitglied des Vorstandes der RHENUS-WIAG AG, Dortmund, bestellt.

Klaus Hehl und **Bernhard Jackel**, beide seit 1978 Geschäftsführer der Handelsforschung der Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung e. V. (GFK), Nürnberg, wurden in den Vorstand hinzugewählt. **Dr. Horst Sommer**, Mitglied der Zentralen Geschäftsführung der Henkel KG a. A., wurde in den Verwaltungsrat der GfK, Nürnberg, berufen.

Dr. Peter Weinlig, Vorstandsvorsitzender der Phoenix AG, Hamburg-Harburg, wurde zum neuen Vorsitzenden des Wirtschaftsverbandes der deutschen Kautschukindustrie e. V. (W. d. K.), Frankfurt, gewählt.

Helmut Werner, Vorsitzender des Vorstandes der Continental Gummiwerke AG, Hannover, und **Franz J. Wolf**, Inhaber der Firma WOCO, Bad Soden-Salmünster, wurden zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Otto-Willy Heckmann, Seniorchef und Mitinhaber der Firma Willy Heckmann GmbH & Co., Düsseldorf, vollendet am 17. Mai sein 75. Lebensjahr.

Dr. Ulrich Domm, Vorstandsmitglied der KSB Klein Schanzlin & Becker AG, Frankenthal, vollendet am 17. Mai sein 60. Lebensjahr.

US-AUTOMARKT / Neuer 5000 S ab Juni

Audi in der Luxusklasse

H.-A. SIEBERT, Asheville

Beinahe unbemerkt hat sich am US-Automarkt in den letzten Jahren ein tiefgreifender Wandel vollzogen – in diesem Fall zugunsten der europäischen Hersteller. Während sich die Japaner gewissermaßen als Nachfolger von VW hauptsächlich auf preiswerte Kleinwagen konzentrieren, gelang es ihnen, stärker in der Luxusklasse Fuß zu fassen. Das geschah ohne viel Aufsehen – mit Mercedes-Benz und BMW als Speerspitze.

Der Erfolg der Europäer in diesem nicht sehr großen, aber ungemein lukrativen Marktsegment läßt sich an diesen Zahlen ablesen: 1970 wurden in den amerikanischen Häfen nur 68 000 Personenkraftwagen entladen, die in diese Kategorie fielen. Seit 1975 verdoppelten sie ihren Anteil am US-Luxusautomarkt auf 38 Prozent; nach Angaben des Forschungsinstituts Chase Econometrics erreichten ihre Verkäufe im vergangenen Jahr 363 000 Einheiten. Nach amerikanischem Verständnis gehören alle Wagen zur Luxusklasse, deren sogenannter Grundpreis 13 000 Dollar (etwa 32 000 Mark) übersteigt. Das traf 1982 für 13 Prozent der 7,9 Millionen insgesamt abgesetzten Autos zu. Laut Chase Econometrics ist der Gewinn je verkauften Wagen zwei- bis dreimal so hoch wie für Billig-Pkw.

Der US-Markt für Luxuswagen zeichnet sich noch dadurch aus, daß immer mehr jüngere Amerikaner teure europäische Autos erwerben. So liegt das Durchschnittsalter der Käufer von Mercedes-Benz- und BMW-Modellen um zehn beziehungsweise 20 Jahre unter dem derjenigen, die Cadillacs und Lincolns fahren (55 und älter). Dieser Trend hat dazu beigetragen, daß der Absatz von Luxusautos im Rezessionsjahr 1982 um 14 Prozent stieg, während die Gesamtverkäufe der amerikanischen Autobranche um 6,5 Prozent zurückgingen.

Aus diesem vielversprechenden Marktsegment möchte sich auch die Volkswagen AG ein größeres Stück herausschneiden, und zwar durch den neuen Audi 5000 S, der jetzt in Asheville, North Carolina, vorgestellt worden ist. Angeboten wird er vom 6. Juni an; der Basispreis beträgt 15 800 Dollar (38 700 Mark). Bis auf Sonnendach und Ledersitze ist jedoch das meiste „Standard". Diese neue Verkaufspolitik, mit der alle bisherigen Neuerungen der 5000er Reihe „eingebracht" werden, wird bei den Amerikanern viel Beifall finden.

Beeindruckt zeigten sich amerikanische Fachjournalisten von dem Aussehen, der soliden Verarbeitung, dem Korrossionsschutz und den computergesteuerten Kontrollsystemen. Dagegen enttäuschte die schwache Beschleunigung.

Für Audi stehen die Chancen dennoch nicht schlecht. Im Vergleich zu anderen „Europäern" – der Mercedes 190 soll 23 000 bis 25 000 Dollar kosten – bietet der neue Audi echte Preisvorteile. Fischer rechnet mit einem 50prozentigen Verkaufsplus. Im ersten vollen Jahr sollen 25 000 bis 26 000 Stück abgesetzt werden. Nach Einführung des Turbo und Stationwagen werden es 32 000 bis 35 000 sein.

In den USA benötigt Audi dringend Verkaufserfolge: Mit 12 700 Einheiten lag der Absatz in den ersten vier Monaten dieses Jahres um 14,8 Prozent unter der gleichen Zeitspanne 1982. Dagegen steigerte Porsche seine Verkäufe um 70,1 Prozent auf 7300 Wagen. Der VW-Absatz wiederum sackte um zehn Prozent auf 52 800 Autos, wobei jedoch 26 600 Importe (plus 24,9 Prozent) einen Käufer fanden.



DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Brunz; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klāre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; Kiel: Bernd Lampe; München: Peter Schmalz, Prof. Ulrich B. Marker; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

2300 Kiel, Schloßstraße 16–18, Tel. (04 31) 9 34 30

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement: DM 31,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg, Gesamtleitung: Reinhard Hoyer, Hamburg/Essen

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Pankraz, A. H. und die verbannte Erinnerung

So viele Sendeminuten möchte ich auch einmal haben", sagte neidisch-verträumt ein junger Fernsehschauspieler, als man an einem Künstlerstammtisch aus Anlaß der „Stern"-Affäre über Hitler sprach. „Aber immer nur schlechte Kritiken", hielt ein anderer dagegen, worauf der Verträumte *feststellte*: „Lieber schlechte Kritiken als überhaupt keine."

Pankraz hörte gespannt zu. Hier wurde das Nach-Hitler-Problem offenbar zum erstenmal unter modernen, kommunikationstheoretischen Möglichkeiten behandelt, und dabei kam es zu ganz neuen Perspektiven. Hitler war zwar ein Unhold, ein Verbrecher, aber – und darüber waren sich alle am Tisch einig – er war und ist auch ein Medienstar allererster Güte, er und sein Nationalsozialismus okkupieren auch heute noch sämtliche Kanäle. Soeben sind die „Feiern" zum fünfzigsten Jahrestag der Machtergreifung abgerollt, und nun wird man für die nächsten zwölf Jahre fast jeden *Monat* einen Anlaß zum Weiterfeiern haben. Bücherverbrennung und Ermächtigungsgesetz sind schon abgehakt, das Reichskonkordat steht ins Haus, die Röhm-Affäre, die Besetzung des Rheinlands... Und mittendrin immer Herr Hitler, der Superstar, der exotisch schimmernde Bösewicht im ersten, zweiten und dritten Programm, zum Frühstück, zum Mittag und zum Abend.

Die „Stern"-Affäre mit den gefälschten „Hitler-Tagebüchern" war im Grunde nur die robuste, kaufmännische Konsequenz aus all der Feierei. Wie jede andere öffentliche Tendenz, so wollten die Illustriertenmacher auch die neue Hitlerwelle optimal vermarkten. Was lag da näher, als mit einer knalligen „Exklusivstory" anzukommen und sie häppchenweise zu verfüttern? Mindestens zwanzigmal wollte die Nannen-Crew ihr Heft mit Hitlers Tagebucheintragungen aufmotzen! Eine Hitlerfeier ad infinitum wäre das geworden, der „exklusive" Kontrapunkt zu dem, was ohnehin in allen Medien abrollte.

Angesichts solcher Exzesse fragt man sich dann aber doch, ob das Medienbad in immer neu anbrandenden Hitlerwellen wirklich das volkspädagogisch Richtige ist oder ob nicht vielmehr die Alten recht hatten, die ihnen peinliche Tyrannen und Geschichtsepochen mit schweigender Verachtung straften. „Damnatio memoriae" nannte man das – die verbannte Erinnerung. Man zerschlug die Statuen der Gewaltherrscher, löschte ihre Namen aus den Annalen und Königslisten, erließ Verbote, über sie zu reden. Als der ägyptische Pharao Echnaton seinem Volk die angestammten Götter austreiben wollte und einen einheitlichen Sonnenkult verordnete, kam es allerorten zu Widersetzlichkeiten und bitterem Streit. Kaum war Echnaton tot, so wurden sein Name und der seines Sonnengottes Aton auf breitester Front getilgt. Seine neue Hauptstadt Amarna wurde geschleift, die Regierung kehrte nach Theben zurück, und überall sah man Steinmetzen am Werk, die sämtliche Erinnerungen an Echnaton und Aton wegmeißelten. Damnatio memoriae.

Natürlich ist diese komplette Damnatio memoriae, obwohl damals sehr wirkungsvoll, heute weder möglich noch wünschenswert. Sie ist selber tyrannisch, wie gewisse ähnliche Praktiken im kommunistischen Ostblock zeigen, sie fälscht die Geschichte und behindert eine psychologische Aufarbeitung und Bewältigung des vergangenen Übels. Dennoch enthält sie einen rationalen, auch heute noch aktuellen Kern. Denn man kann die Vergangenheitsbewältigung auch übertreiben und kommt dann nicht mehr dazu, die Gegenwart zu bewältigen. Das ist *unser* gegenwärtiges Problem.

Vergangenheitsbewältigung ist, kommunikationstheoretisch gesprochen, Information, und da die Informationskanäle begrenzt sind, tritt sie bei der Sendung in Konkurrenz zu anderer Information, die vielleicht auch wichtig, vielleicht sogar lebensnotwendig ist. Wer im Schulunterricht immer nur die zwölf Jahre Naziherrschaft behandelt, kommt nicht mehr dazu, die anschließenden 38 Jahre demokratischen Aufbaus zu behandeln. Er räumt dem *Übel überflüssige Sendezeit* ein und impft den Empfänger dadurch mit eben diesem Übel, schwächt seine demokratische Loyalität.

Da hilft es gar nichts, daß man der Faktologie prompt eine „moralité" *folgen läßt*, eine Ermahnung und Moral von der Geschicht. Moralitäten sind immer weniger wirkungsvoll als Fakten. Ermahnungen und erhobene Zeigefinger machen, im Übermaß angeboten, mißtrauisch und rücken schließlich auch die Fakten ins Zwielicht. Der Empfänger fragt sich dann, ob denn auch tatsächlich alles so, wie es der moraltriefende Sender darstellt, gewesen ist. Die Affäre um die gefälschten Tagebücher des „Stern" war hierfür typisch. Die Geschichte müsse jetzt „umgeschrieben" werden, posaunten die Falschhändler, und sie machten damit zunächst einmal Eindruck, nicht nur bei deutschen Stammtischbesuchern, sondern auch bei angelsächsischen Historikern.

Allein schon die Tatsache, daß der Fund von (echten oder gefälschten) Hitler-Tagebüchern heute Hysterie auslöst und eine zynische Illustrierte sich davon Auflagensteigerung verspricht, zeigt schlagartig, wie schlecht und übertrieben die Vergangenheitsbewältigung der letzten Jahre gewesen ist. Die normale Reaktion wäre ein leicht angeekeltes Achselzucken gewesen, verbunden mit dem Ratschlag, die Sache den Historikern zur Sichtung und Abheftung zu überantworten.

Und genau solchen Ratschlag möchte Pankraz, als eine Art gemilderter Damnatio memoriae, überhaupt in Sachen Hitler und Nationalsozialismus geben. Wir wissen ja nun, was uns beide eingebrockt haben, und tragen schwer genug an ihrem Erbe. Sollen sich nun eine Weile „exklusiv" die Historiker mit den Einzelheiten beschäftigen. Ein weiteres allgemeines Herumpaddeln in der Jauche, verbunden mit ewigen Moralpredigten, die nicht einmal alle ehrlich gemeint sind, neurotisiert nur und lenkt von den Aufgaben des Tages ab. Auf den Medienstar Hitler können wir verzichten.

Pankraz

Wallfahrtsort für Abertausende: Madrid ehrt Dali mit einer Gesamtschau seines Lebenswerkes

Sehnsüchte des andalusischen Hundes

Salvador Dali Doménech Felipe Jacinto, Marqués de Dali y de Púbol, Por la Gloria y el Servicio de Espania, Apolitici y Anárquico" (Festgekrallt in die vier Streifen des unsterblichen Kataloniens unter der Himmelskuppe, über die sich die göttliche Krone des Königs erhebt. Dali ist größte Einzigartigkeit Spaniens.) Unterschrift: Dali.

Mit dieser Inschrift auf dem zweibändigen Katalog widmet Dali sich und 400 Bilder, Plastiken und Fotografien seines Lebenswerkes keß dem drängenden Publikum, das in den ersten zehn Tagen bereits 70 000 Menschen zählte. Geschrieben in jener Dali-eigenen Mischung zwischen nordisch abgezirkelter Harlekinerie und mediterraner Transparenz, die manchmal erschreckt.

König Juan Carlos, der die Ausstellung im Museo de Artes Temporaneo in Madrid eröffnete, hatte dem 79 Jahre alten Maler seine „Mystère" angeboten. Dali sollte bequem zur Eröffnung der größten, ihm zu Ehren veranstalteten Ausstellung fliegen können. Aber hinfällig dankte der „Maler des Absurden und der Provokation" und schickte sein letztes Werk, eine kauernd wartende Gestalt am Rande eines Lichtschachtes.



Paraphrase auf Don Quichotte: „Getroffener Ritter" von Salvador Dali, aus der Madrider Ausstellung FOTO: KATALOG

Tausende von Menschen besuchen täglich die Ausstellung, die im Juli nach Barcelona gehen wird; am Wochenende bilden sich lange Schlangen durch den Park bis auf die Straße. Längst haben es die Wärter aufgegeben, die Besucher zu einem Mindestabstand aufzufordern, damit die Bilder nicht berührt werden. Die Ausstellung sollte schon vor Jahren gezeigt werden, aber eine ängstliche Regierung *scheute sich*, weil Dali General Franco verehrte und der Diktator dessen Kunst bewunderte. Schließlich plante man die zwei Millionen Mark kostende Anthologie *für das vergangene Jahr*. Trotz der unerbittlichen Schübe einer sich langsam festsetzenden Hirnsklerose mühte sich Dali selbst um Auswahl und Zusammenstellung. Aber dann starb Gala, seine russische Frau, die seine Kunst seit fünfzig Jahren beeinflußt und ihn selbst so sehr gestützt hatte.

Wie bei Picasso und Miró, so verfolgt auch bei Dali die Ausstellung den Werdegang des Malers. Gehversuche des Zehnjährigen, überraschende Zeichnungen und Öle des Jungen, Studien aus der Madrider Akademie, die ihn schließlich *feuerte*. Unter den Frühwerken Porträts seines Vaters und seiner Schwester, ihre Rücken im Fenster von Cadaqués. Ihnen folgt die Stilsuche des Adepten der Pariser Surrealistengruppe.

Hier und da klingt bereits, wie bei einem Anfang einer Fuge, das endgültige, immer wieder variierte Thema durch – im Sujet der Struktur, in den Farben: die ungeheure Fülle konstruierter Abnormitäten, lang anhaltende Sexualträume eines längst erwachsenen Knaben. „Die Kritik des Paranoischen" wird man der Harlekinerie zuschreiben müssen. Zwischen vielen Frühwerken und den großflächigen Bildern seines späten Schaffens fehlt allerdings manches aus den vierziger und fünfziger Jahren. So bilden sich denn Besucherschlangen zwischen uneingestandenem Mißtrauen und Ehrfurcht vor schwarzen Kästen, durch deren verschiedenfarbige Brillen man nebeneinandergehängte Bilder dreidimensional betrachten darf.

Mancher mag auch Dalis Graphiken vermissen, jene bunte Vielfalt der wenig bekannten „Literarischen Zirkel", Buchillustrationen zu Dante und Cervantes etwa. Dennoch läßt die Exposicion in der weitläufigen Madrider Universitätsstadt den ganzen Dali erkennen. Die Kriegsvisionen auf dem braunen Sand der Verzweiflung, die knorrige Hand, die das Leben einer Gliederkonstruktion unter dem Schmerzenskopf zerdrückt. Und immer wieder Pferde, Reiter – die Schlacht von Tetuan mit Gala in den Zügen wild mordender, über das Schlachtfeld schwebender Reiter. Dazwischen wieder Fäkalien, die weichgekochten Uhren, die Leiber geschichteter Gestalten im Vexierbild, das abstoßen würde, wäre es *nicht so eindringlich* perfekt und verloren zugleich. Einige wenige seiner vielen Varianten des Angelus von Millet, der ihn durch sein ganzes Schaffen mit Sexualprotesten vor dem simplen Einverständnis reizte.

Es wäre keine Dali-Ausstellung, wenn nicht überall Gala auftauchte, ihr makelloser Rücken, ihre schmalen Schultern über dem abgespreizten Bein, eine Leonardo-da-Vinci-Konstruktion natürlicher Vollkommenheit. Auf großer Fläche die Lanzen in den stählernen Leibern sterbender Thunfische. Schlacht, Mord, hemmungslose Lust am Tod. Manchmal fällt es schwer, den Freund Garcia Lorcas oder Bunuels „Chien Andalus" (Dali: „Das bin ich") wiederzuentdecken, den Salvador, dem seine Eltern den Namen des kurz vor seiner Geburt gestorbenen Bruders gaben und der sich deshalb für tot erklärte, „weil ich doch eigentlich er bin".

Natürlich reflektiert der Freud der zwanziger und dreißiger Jahre, aber die gelegentlichen skurrilen Possen eines geschäftlichen Kalküls lassen eher vermuten, daß zumindest außerhalb der Malerei Freud nicht ihn, sondern Dali Freud beherrschte. (Bis Ende Juni, dann Barcelona, Katalog 2500 Peseten = 45 Mark).

ROLF GÖRTZ

Tourneestart in Wiesbaden: Das Bolschoi-Ballett mit „Romeo und Julia" und „Spartakus"

Erst Wolgaschlepper, dann strammer Zehnkämpfer

Auch am Bolschoi-Ballett, Moskaus Prunkstück auf dem Weltmarkt des Tanzes, ist die Zeit nicht spurlos vorübergegangen. Seine Wiederkehr auf die deutschen Bühnen zu einer Gastspielreise durch mehrere Städte sieht es in gründlich gewandelter tänzerischer Landschaft. Der Tourneestart mit Prokofieffs „Romeo und Julia" in Grigorowitschs choreographischer Neufassung im Rahmen der Wiesbadener *Maifestspiele* wurde daher mit Neugier erwartet, aber befriedigt hat sie die mächtige Compagnie, die potenteste einst der Tanzwelt, im Grunde nicht. Sie weckte vielmehr so etwas wie Altgier: Die Erinnerung an große Zeiten, die offenbar auch in Moskau vorüber sind.

Das Tänzerpotential der Truppe enttäuscht. Persönlichkeitsstark wie früher ist sie nicht mehr. Es sind ihr anscheinend keine Tänzer vom Kaliber der Generation um Wassiljew mehr nachgewachsen. Gewiß – Natalia Bessmertnowa ist noch da und tanzt die Julia: eine Ballerina aus erzrussischer Zucht, kühl und perfekt, alle Emotion ausgebleut. Sie tanzt ihre Julia wie Horowitz möglicherweise Czerny-Etüden spielt. Jedes Auge bleibt trocken. Das hätte man früher von Bolschoi-Ballerinen nicht sagen können.

Irek Muchamedow tanzt den Romeo, ein kräftiger junger Mann, ein an die Moskwa verschlagener Wolgaschlepper. Er schleppt treu und brav seine Julia hin und her über die Bühne. Tanzt er allein, fällt er nicht weiter auf, weder angenehm noch unangenehm: ein solider Tänzer, *ansehnlich* und brav gezogen.

Als Mercutio präsentiert sich ein Springinsfeld namens Wladimir Derewjanko, der sich ganz fabelhaft findet. Er ist gut. Alexander Wetrow fletscht als Tybalt den Tanzzahn. Er gibt sich von Grund auf böse, giftig bis zu den Zehen herab. Tanzschmiere macht sich breit. Man blickt zwei Akte lang auf die Bolschoi-Bühne mit leichter Betretenheit. Man hört dem Ballett neuerdings lieber zu, als ihm zuzusehen.

Das Bolschoi-Orchester unter Algis Djuraitis spielt, wenn auch nicht gerade auf die kultivierteste Weise, beflügelnd. Es ist prachtvoll und stimmstark beredt. Es schärft charaktervoll Prokofieffs Partitur. Es haut immerfort auf den musikalischen Putz. Im Vergleich zur gängigen Ballettmusikfiedelei vermutet man beim Bolschoi gleich zwei Orchester im Graben, die auf glückliche Art konkurrieren und dabei unversehens die Bühne hinter sich lassen.

Das wandelt sich freilich im letzten Akt. Grigorowitsch, das schlaue Füchslein unter den weltbesten Choreographen, entplundert die alte Haupt- und Staatsaktion des Balletts und erfindet ihr neue Räume, die aber sind weitgehend realitätsfern und leer. Grigorowitsch möbliert sie einzig mit Choreographie, wenn diese oft *auch nur* reichlich konventionell ausfällt. Zwei Akte lang gibt er seinem heimischen Publikum Zeit, sich an den ihm neuen szenischen Kahlschlag zu gewöhnen. Im letzten Akt dann zeigt er nicht nur Metier, er zeigt sein Genie.

Julias Schlaftrunk-Solo wird zu einer beklemmenden Folge von halluzinatorischen Bildern, in denen der Geliebte aufscheint, der in den Tod torkelnde Tybalt, das Haupt im Tanze verhüllt, Mercutio auf der Bahre. In die Hochzeitsfest-Vorbereitungen des wackeren Paris schreitet der Vater, die scheinbar tote Tochter erschütternd im Arm. In Romeo wiederum ist durchaus noch Leben, wenn Julia in der Gruft aus ihrem Scheintod erwacht. Er kann wie in Trance mit ihr noch tänzerisch Seligkeit kosten, in die dann tödliche Wirklichkeit bricht.

Imponierender fiel da schon das zweite Programm der Russen aus: Chatchaturians „Spartakus", in dem überraschenderweise abermals Bessmertnowa und Muchamedow die Hauptrollen tanzten, nicht gerade Ausdruck eines überwältigenden Solistenreichtums auf dieser Tournee.

Grigorowitschs Choreographie marschiert sich durch zwölf Bilder zu immer neuen waffenstarrenden Schlußtableaus. Die Tanzkohorten rücken in Blöcken gegeneinander vor. Eine Umzingelungschoreographie gewittert über die Bühne, aus der selbst *der gestählte Feldherrenblick* nicht immer herauszulesen vermag, wer gerade in den Tanzschlachten die Oberhand hat: des Crassus Legionen oder die Aufständischen des herkulischen Spartakus.

Hier nun kann Muchamedow mehr von der Kraft zeigen, die in ihm steckt: schwerathletischen Tanz in bester Zehnkampfmanier. Das ist oft spektakulär. Leider aber tanzt den Konterpart des Crassus der altverdiente Boris Akimow, dem das Feuer heutzutage eher aus den Nasenlöchern schnaubt, als daß es noch aus seinen Sprüngen bräche. Er bramarbasiert notgedrungen posenfreudig herum. Bessmertnowa bleibt wiederum blaß und unbeteiligt als Madame Spartakus, Tatjana Solikowa, griechische Mata Hari an des Crassus Tafel, darf da schon üppiger auftanzen. Ein bißchen wirkt Grigorowitschs „Spartakus" dennoch wie die ins Lateinische übersetzte Triumphszene aus „Aida", auf drei Stunden geweitet und mit Bolschoi-Beinen lautstark skandiert.

KLAUS GEITEL

Köln: Keramik aus China

Die schönsten Stücke der Handelsware

Wer kennt nicht die Klagen der Beinahe-Sammler, die von schönen Stücken schwärmen, die sie besitzen könnten, wären die Preise auf den *Antiquitätenmärkten* von irgendwelchen Banausen nicht in schwindelnde Höhen getrieben. Wahrer Sammeleifer läßt sich davon jedoch nicht abschrekken. Das belegt die Ausstellung „Seladon – Swatow – Blauweiß" im Kölner Museum für Ostasiatische Kunst. Sie stellt die Sammlung chinesischer Keramik vor, die der italienische Architekt Ignazio Vok 1957 während seines Studiums in München begann und die sich inzwischen zu einer bedeutenden europäischen Privatsammlung entwickelt hat.

Dabei zeigt sich die Tugend eines Sammlers: die Beschränkung auf eng umgrenzte, nicht zu exklusive und daher noch erschwingliche Gebiete. In Voks Fall ist es die sogenannte Handelsware, Keramik, die für den Inlandsmarkt gefertigt wurde (im Gegensatz zu der raren „Palastware", das kaiserliche Porzellan, oder die „Exportware", die in Form und Dekor Rücksicht auf die Wünsche der Abnehmer in Mittelost oder Europa nahm). Zugleich wird hier deutlich, daß auch ohne aufwendige Mittel ungewöhnliche Stücke zu erwerben sind.



Für Sammler noch erschwinglich: Stehende Figur eines Lohan, aus der Kölner Ausstellung FOTO: KATALOG

Im Mittelpunkt des Raumes und der Ausstellung steht ein Goldfischbecken, das zwischen 1522 und 1566 entstand. Es hat einen Durchmesser von einem Dreiviertelmeter und ist in blauer Unterglasurmalerei mit Fischen und Wasserpflanzen verziert. Da es äußerst schwierig war, so große Stücke zu brennen, gibt es selbst in Museen kaum Vergleichbares. Auch bei den Seladonen, jenem dichten Steinzeug mit einer grünen Eisenoxydglasur, das sich seit der südlichen Song-Zeit (1127–1279) besonderer Beliebtheit erfreute, fallen ein gutes Dutzend Teller mit Durchmessern um 50 cm und verhältnismäßig einfachem Ritzdekor auf. Und von der Swatow-Ware, so nach einem Hafen in Südchina benannt, von dem aus diese Porzellane verschifft wurden, gehören ebenfalls einige Teller von kaum geringerem Ausmaß zu der Sammlung, mal mit weißer, stark krakelierter Glasur, mal mit Vögeln und Blumen in bunten Schmelzfarben über der Glasur bemalt.

Die Sammlung gefällt sich jedoch nicht nur im „Monumentalen". Es gehören unter den frühen Seladonen (13. und 14. Jahrhundert) und bei dem frühen Blauweiß (15. Jahrhundert und später) auch sehr schöne kleine Stücke dazu, an denen sich der ganze Reichtum der Formen und Dekorationsarten ablesen läßt.

PETER DITTMAR

Osnabrück: E. Tollers Stück „Pastor Hall" im Rahmen des Exilkongresses

„Der Block wird eine Kanzel sein"

Der Tag, an dem Tollers Schauspiel „Pastor Hall" wieder in Deutschland gegeben werden durfte – dies die Widmung, die der Autor dem 1938 geschriebenen Stück mitgab –, liegt genau 38 Jahre zurück. Um so dankbarer muß man sein, daß die Städtischen Bühnen Osnabrück einen dort zur Woche der verbrannten Bücher stattfindenden Exilkongreß zum Anlaß nahmen, um Tollers letztes Werk zur bundesrepublikanischen Erstaufführung zu bringen. (1947 war es bereits in Ost-Berlin gegeben worden.)

Um es gleich vorwegzunehmen: „Pastor Hall" kann nicht zu den großen Dramen Tollers gerechnet werden, aber es ist zweifellos ein wirksames Anti-Nazi-Stück, das die lange Vernachlässigung nicht verdient hat. Elemente der Fälle Niemöller und Mühsam, die in diesem Schauspiel verarbeitet werden, ergeben eine hautnahe Wirkung, vor allem, wenn man durch die Teilnahme an dem Exilkongreß für das Thema sensibilisiert worden war.

Der Inhalt ist ausgesprochen melodramatisch, und selbst die eher unterspielende, ausgezeichnete Regie von Goswin Moniac vermag die Klippen gelegentlicher pathetischer Ausrutscher, wie sie Toller in den zwanziger Jahren gewiß vermieden haben würde, nicht umgeben. Pastor Hall (Volkmar Olms) wird das Opfer eines Erpressungsversuchs des SS-Sturmbannführers Fritz Gerte (Hartmut Kollakowsky), der dessen Tochter heiraten will. Belastendes Material führt zu Halls Verhaftung, der aus dem Konzentrationslager, dessen Kommandant Gerte inzwischen geworden ist, flieht, wodurch dieser kompromittiert wird. Aber der Pastor verzichtet darauf, seinen Vorteil auszunutzen, und läßt sich erneut verhaften; denn „wer die Furcht überwunden hat, hat den Tod überwunden. Ich war feige und verzagt, darum bin ich geflohen. Die Zelle wird meine Stimme nicht erstikken. Noch der Block, auf den sie mich spannen, wird eine Kanzel sein und die Gemeinde so mächtig, daß keine Kirche der Welt sie fassen könnte."

Das Konzept des Stückes kommt *in der langen* Konzentrationslagerszene des 2. Aktes am deutlichsten heraus, an der man die selbstanklägerische Tendenz Tollers unschwer erkennen kann, die ein Jahr später zu seinem Selbstmord führte, da er sich die Mitschuld für die an seinen Freunden verübten Greuel gab.

Der Exilkongreß selbst brachte an sechs Tagen insgesamt 17 Referate von Exilforschern aus mehreren Ländern. Weil bisher wenig beachtet, waren die Ausführungen über Italien und Spanien als Exilländer nach 1933 von besonderem Interesse. Es ist vorgesehen, die Referate in einem Sammelband erscheinen zu lassen.

Osnabrück umrahmte den Kongreß mit mehreren Ausstellungen: Stadt- und Universitätsbibliothek veranstalteten in der Dominikanerkirche eine Dokumentarausstellung über exilierte Schriftsteller, Künstler und Wissenschaftler; dort wird gleichfalls eine Ausstellung über die Zerschlagung der Gewerkschaften durch die Nazis in Osnabrück und anderswo gezeigt. In den Umgängen des Stadttheaters wurde die *Ausstellung* „Theater im Exil" der Berliner Akademie der Künste gehängt. Und im Kunstgewerbemuseum wurde das erhaltene Gesamtwerk des Osnabrücker Malers Felix Nußbaum (1904–1944) gezeigt, der aus dem belgischen Exil nach Auschwitz verschleppt wurde. Der Stadt und Universität Osnabrück, die dieses interessante und intensive Großprogramm durchführten, muß man Dank für ihre Initiative abstatten.

HENRY MARX





Furchtloser Widerstand: Volkmar Olms als Pastor Hall, Julia Basella (rechts) als seine Frau und Doina Weber als seine Tochter, in Osnabrück FOTO: NORDMANN

JOURNAL

Größte Buchsammlung über Nordamerika in Berlin

AP, Berlin

Die größte europäische Bücher- und Materialsammlung über Nordamerika befindet sich in der *Forschungsbibliothek* des John-F.-Kennedy-Instituts der Freien Universität Berlin. Die Stiftung Volkswagenwerk, Hannover, hat ein 335 000 Mark umfassendes Stipendienprogramm aufgelegt, mit dem sie von diesem Sommer an jährlich etwa zehn jungen Wissenschaftlern einen Aufenthalt von einem Monat bis sechs Monaten in Berlin finanzieren kann.

Woche des jungen französischen Theaters

DW. Saarbrücken

„Perspectives du Théâtre" nennt sich die „Woche des jungen französischen Theaters", die zum sechsten Mal in Saarbrücken stattfindet. Veranstaltet von der Landeshauptstadt, treffen sich vom 21. *bis* 29. Mai 16 freie Theatergruppen aus Frankreich, um ihre neuesten Produktionen vorzuführen. Ein ausführliches Programmheft ist beim Festivalbüro, Postfach 440, 6600 Saarbrücken, zum Preis von 5 Mark zu beziehen.

Deutsche Kunst des 20. Jahrhunderts

Mia. Düsseldorf

Ob Kirchners markant spitziges Porträt von Alfred Döblin (1912), ob Noldes Madonnen-„Mulattin" (1915), ob Klees skurriler „Landschaftswagen Nr. 14" (1930), ob Beckmanns grandios unterkühltes „Selbstbildnis im Smoking" (1927), dies sind Höhepunkte neben anderen in der Ausstellung „*Deutsche Kunst des 20. Jahrhunderts*". Nach Frankfurt und Berlin ist das amerikanische Busch-Reisinger-Museum der Harvard Universität nun im Kunstmuseum Düsseldorf *als* der letzten Station seiner Deutschland-Tournee angelangt. In einer Selbstpräsentation zeigt es seine Schwerpunkte (Expressionismus, Bauhaus, Beckmann), angereichert durch Beispiele aus der Nachkriegszeit (Götz, Beuys, Rinke u. a.), die Düsseldorfer Beständen entstammen. (Bis 26. 6., Kat. 35 Mark)

Zwei Kantaten von Vincent Lübeck gefunden

dpa, Stade

In der Stader Kirche St. Cosmai wurden, 290 Jahre nach ihrer Erstaufführung, bisher unbekannte Werke des Komponisten Vincent Lübeck (1654–1740) präsentiert. Es handelt sich um zwei Kantaten, die unveröffentlicht geblieben sind und nun erstmals dort erklingen, wo Lübeck 27 Jahre lang als Organist gewirkt hat. Entstanden waren die Stücke 1693 aus Anlaß der Trauerfeierlichkeiten für die schwedische Königin Eleonora Ulrica. Die Aufführung der Kompositionen bildete den Auftakt der „Vincent-Lübeck-Tage", die bis Mitte Juni zum vierten Mal veranstaltet werden.

Athen fordert offiziell Rückgabe von Skulpturen

dpa, Athen

Das griechische Kabinett hat einstimmig einem Vorschlag der Kulturministerin Melina Mercouri zugestimmt, von der britischen Regierung die Rückgabe des Skulpturenschmucks und der Architekturteile von den antiken Bauten der Akropolis von Athen aus dem Britischen *Museum* zu verlangen. Frau Mercouri wurde vom Kabinett beauftragt, die notwendigen offiziellen Schritte zu unternehmen. Sie hatte in der Ver*gangenheit wiederholt eine öffent*liche Kampagne für die Heimkehr der „Elgin Marbles" geführt.

Bielefelder Katalog für Literaturplatten

DW. Bonn

Neu erschienen sind jetzt die sogenannten „Bielefelder Kataloge" für Klassik- und Jazzplatten (G. Braun Verlag, Karlsruhe, DM 15,80, resp. DM 16,60). Das Klassikregister umfaßt über 14 000 Schallplatten, darunter 860 Neuerscheinungen, außerdem erstmals auch eine Sektion literarischer Sprechplatten. Fast 5000 Titel und mehr als 11 000 Interpreten hat der Jazz-Katalog als derzeitiges Angebot auf dem Plattenmarkt ausfindig gemacht.

Bild zu vermieten oder Maria auf dem Strich

dpa, Monterchi/Arezzo

Das 2000-Einwohner-Dorf Monterchi in der Toskana hat einen ungewöhnlichen Einfall, um die leere Gemeindekasse zu füllen: Es will ein Meisterwerk von Piero della Francesca aus dem 15. Jahrhundert, die „Madonna del Parto", dem Metropolitan Museum in New York für drei Monate „vermieten". Mit den Einnahmen – es ist von 300 Millionen Lire (500 000 Mark) die Rede – soll das Werk des genialen Malers der Frührenaissance restauriert werden. Die Ak*tion soll ferner* Monterchi internationalen Ruhm und dann zahlende Gäste einbringen. Bislang fristet die „Madonna del Parto" (Madonna der Geburt), das in jedem Kunstführer beschriebene Bild der schwangeren Mutter Gottes, in der Friedhofskapelle von Monterchi bei Arezzo ein etwas kümmerliches Dasein. Freilich wurde unter Kunstkennern auch Kritik laut über diese Art von Vermarktung: „Die italienischen Kunstwerke dürfen nicht gezwungen werden, auf den Strich zu gehen, um sich das Leben zu verdienen", meinte stellvertretend für viele der Kunsthistoriker Giulio Carlo Argan.

Ein bayerischer Dickschädel tritt gegen das Nürnberger Monopol an

PETER SCHMALZ, München

Ohne einen Pfennig dafür zu kassieren hat der Wäschereibesitzer Gustl Geith aus dem oberbayerischen Burghausen 14 Jugendlichen einen Ausbildungsplatz beschafft. Zur Strafe soll er dafür jetzt 1085 Mark Bußgeld bezahlen. Einen entsprechenden Bescheid schickte ihm das Arbeitsamt Südbayern ins Haus. Geith legte Einspruch ein, der Fall wird deshalb demnächst vor dem Amtsgericht verhandelt werden.

Begonnen hat der bayerische Lehrlingshandel im Oktober letzten Jahres: Das Ausbildungsjahr 82/83 war schon angelaufen, aber dennoch hörte Geith als Vorsitzender des örtlichen Gewerbeverbands Klagen von Handwerksmeistern, daß bei ihnen noch immer Lehrstellen unbesetzt seien. Andererseits wußte der mittelständische Unternehmer von jungen Leuten, die weiterhin vergeblich einen Ausbildungsplatz suchen.

Als Verbandschef setzte sich Geith mit dem örtlichen Anzeigenblatt „Blickpunkt" in Verbindung und arrangierte eine Sonderkampagne: Im Namen des Verbands veröffentlichte das Blatt einen Aufruf, in dem Jugendliche gebeten wurden, nicht stur an Modeberufen zu hängen, sondern sich bei der Suche nach Lehrstellen flexibel zu zeigen. Wer noch immer nach einem Ausbildungsplatz suchte, der wurde aufgefordert, einen Fragebogen auszufüllen und an das Anzeigenblatt zurückzuschicken. Für die jungen Leute kostenlos wurden in den folgenden Ausgaben ihre Lehrstellen-Inserate abgedruckt: „Ich suche ..." Das Blatt verzichtete auf den üblichen Anzeigenpreis, da es ohnehin hauptsächlich durch die Inserate der örtlichen Wirtschaft lebt und mit dieser Goodwill-Aktion die bisher gute Zusammenarbeit zu festigen hoffte.

Der Erfolg gab Initiator Geith recht: Im Einzugsbereich von Burghausen wurden 22 Kontakte zwischen Betrieben und Lehrstellensuchenden hergestellt, die schließlich zu 14 Lehrverträgen führten. Darunter waren Bauschlosser, Raumausstatter und Arzthelfer. Aber nicht nur potentielle Lehrlinge meldeten sich. Im Dezember bekam Geith auch einen Brief vom Arbeitsamt: Die Aktion Lehrplatzvermittlung sei gesetzwidrig, der Gewerbeverbandsvorsitzende möge sich doch bitte äußern.

Doch dieser behandelte den amtlichen Brief zutiefst bayerisch und weiß noch heute, was er sich damals dachte: „Geh', leck's mich doch ..." Dazu aber fand sich das Arbeitsamt nicht bereit, sondern schickte mit gebührlichem Abstand eine Dame, die sich mittels eines Briefes als legitimiert auswies, Herrn Geith zu befragen. Der aber zeigte sich weiterhin uneinsichtig gegenüber den Wünschen der Bürokratie und legte angesichts des Vermittlungserfolgs sogar noch eins drauf: Im Juni, so verkündete er, werde er die für alle Beteiligten kostenlose Aktion wiederholen, diesmal aber für jugendliche Arbeitslose.

Derart herausgefordert zeigte das Arbeitsamt Zähne und schickte dem Lehrstellen-Vermittler einen Bußgeldbescheid über 1085 Mark. Er hat mit seiner Aktion unbestreitbar gegen Paragraph 4 des Ausbildungsförderungsgesetzes verstoßen, wonach Berufsberatung, Vermittlung von beruflichen Ausbildungsstellen und Arbeitsvermittlung nur von der Bundesanstalt für Arbeit und ihren Arbeitsämtern betrieben werden dürfen.

„Wir haben ein gesetzliches Vermittlungsmonopol", sagt der Sprecher der Bundesanstalt, Eberhard Mann. Der Sinn dieser Monopolstellung wird in Paragraph 29 erläutert: Danach hat die Bundesanstalt bei der Lehrstellenvermittlung darauf hinzuweisen, daß geeignete Ratsuchende eine fachlich, gesundheitlich und erzieherisch einwandfreie Stelle erhalten und daß bei der Auswahl keine sachfremden Erwägungen berücksichtigt werden.

Gustl Geith aber hält nicht viel von der Effektivität der staatsbürokratischen Vermittlung, da zu dem Zeitpunkt seines Einsatzes das Ausbildungsjahr bereits begonnen hatte und aus den Fragebögen der jugendlichen Interessenten abzuleiten war, daß sie offensichtlich bereits vergeblich eine Beratung absolviert hatten. Geith: „Für mich war selbstverständlich, daß die Jugendlichen zu diesem Zeitpunkt bereits beim Arbeitsamt waren."

Die Bundesanstalt aber meint, daß auch vergebliche Bemühungen ihrer Arbeitsämter das Vermittlungsmonopol nicht tangieren. Eberhard Mann: „Natürlich sind wir froh, wenn Lehrlinge einen Arbeitsplatz finden. Aber das muß man mit uns gemeinsam machen, wir sind jederzeit zur Zusammenarbeit bereit." Man deutet an, daß auch der Burghauser Fall „noch einmal betrachtet werden könnte", falls Geith zum Einlenken bereit ist und eine künftige Kooperation verspricht.

Der aber zeigt vorerst seinen bayerischen Dickschädel: „Ich will jetzt mal amtlich geklärt wissen, ob ich mich tatsächlich deshalb strafbar gemacht habe, weil ich 14 jungen Menschen zu einem begehrten Lehrplatz verholfen habe."

Die Arbeitsämter aber müßten derzeit eigentlich froh sein, wenn sie möglichst viele Geiths hätten, die neben ihrem Beruf unentgeltlich Lehrplätze aufstöbern. Denn nach der letzten Zählung von Ende März fehlen für das nächste Ausbildungsjahr, das am 1. Oktober beginnt, noch 100 000 Stellen für Lehrlinge. Um sie zu finden, startete die Bundesanstalt nun auch eine Anzeigenkampagne. Im Gegensatz zu Gustl Geith muß Josef Stingl dafür aber tief in die Tasche greifen und einen siebenstelligen Betrag zahlen. Auch das ist ein kleiner Unterschied zwischen Nürnberg und Burghausen ...

Angst in Bayern: Vögel und Bienen griffen an

dpa, Siegsdorf

Bienenschwärme und Raubvögel haben am Wochenende in Oberbayern sechs Menschen angegriffen. Einer wurde von Bienenstichen getötet. Die übrigen fünf erlitten durch den Angriff der Vögel Kratzwunden und schwere Schocks. Der von den Bienen getötete Bauer wurde mit 1000 Stichen im Gesicht vor seinem Bienenhaus leblos von der Schwiegertochter aufgefunden. Er war völlig entstellt und starb trotz intensiver Behandlung in einem Traunsteiner Krankenhaus an Atemlähmung. Der Mann galt als erfahrener Bienenzüchter. Für seinen Tod gibt es keine Zeugen. Nach Aussagen von Angehörigen wollte er lediglich nachsehen, ob seine Bienen schwärmten. Wie die Polizei ermittelte, stürzte er dabei wahrscheinlich und wurde von den zur Schwärmzeit besonders aufgeregten und durch den Sturz zusätzlich erschreckten Tieren angefallen.

Im Klosterwald von Scheyern stürzten sich Nachtgreifvögel – nach Angaben der Polizei möglicherweise immer dieselbe Eule – auf die Wanderer, die offenbar für Feinde der Brut gehalten wurden. Die Nachtgreifer verkrallten sich kurz, aber heftig in Nacken- und Kopfhaut oder in die Kleidung der Waldbesucher und verschwanden dann wieder in der Dunkelheit. Die Häufung der gezielten Angriffe ist nach Meinung der Beamten „äußerst ungewöhnlich". Die örtliche Bevölkerung wurde mit Hinweisen in der Tagespresse aufgefordert, bis zum Ende der Brutpflegezeit bei Dunkelheit den Waldweg zu meiden.

Millionen-Entschädigung

dpa, New York

Die Firma eines bekannten Fernsehproduzenten in den USA muß einer Frau 5,9 Millionen Dollar Entschädigung zahlen. Der Produzent hatte für eine Sendung über Kindesentführung durch Elternteile auch den geschiedenen Mann der Klägerin, der ihren Sohn vor vier Jahren gekidnappt hatte, interviewt. Der Vater war zum Zeitpunkt des Interviews mit dem Kind auf der Flucht. Die Frau hatte den Fernsehproduzenten verklagt, weil er den Aufenthaltsort des Mannes nicht verraten wollte.

Fünflinge in Toulouse

SAD, Toulouse

Eine 27 Jahre alte Französin hat in der Nacht zum Samstag in Toulouse Fünflinge zur Welt gebracht. Die drei Mädchen und zwei Jungen wogen bei der Geburt nur jeweils knapp ein Kilo und kamen sofort in Brutkästen. Die Mutter, Erzieherin an einer Sonderschule bei Toulouse, hatte bisher keine Kinder bekommen können. Ihr Arzt hatte ihr deshalb eine neuartige Hormonbehandlung empfohlen.

Für Tiere verbrannt

dpa, Neu-Delhi

Ein junger Inder hat seinem Leben auf spektakuläre Weise ein Ende gemacht, um gegen die Ausrottung von Tieren zu protestieren. Der 25jährige verbrannte sich im Bundesstaat Uttar Pradesh, weil er die immer rücksichtslosere Jagd der Landbevölkerung auf die in der Region lebenden Nilgau-Antilopen und die völlige Gleichgültigkeit der Behörden nicht mehr ertragen konnte. Mehr als 1000 Menschen sahen dabei zu.

Giftwolke über Freibad

dpa, Essen

Ein Chlorgasunglück in einem Essener Schwimmbad hat am Samstag 27 Verletzte gefordert. Eine Frau starb in der Nähe der Unfallstelle, doch muß erst die Obduktion zeigen, ob sie unmittelbar durch das Chlorgas ums Leben kam. Zum Auftakt der Saison im Strandbad Baldeney war vermutlich das Ventil einer Chlorgasflasche defekt. Aus dem Chlorgas-Raum entwich eine große Wolke des giftigen Gases ins Freie.

Neue Schwierigkeiten

AP, London

Der 32jährige Brite Michael Fagan, der im Juli vorigen Jahres durch sein Eindringen ins Schlafgemach der britischen Königin Schlagzeilen gemacht hatte, ist wieder straffällig geworden. Der arbeitslose Anstreicher bekannte sich gestern schuldig, nach einer Schlägerei am Abend zuvor bei seiner Festnahme auch gegen mehrere Polizisten tätlich geworden zu sein.

Bohrinsel evakuiert

rtr, Den Helder

30 Menschen sind gestern von einer Bohrinsel etwa 40 Kilometer nördlich von Den Helder evakuiert worden. Ein Sprecher der amerikanischen Ölgesellschaft erklärte, aus einem kleinen Leck an einem der Bohrlöcher ströme Gas aus. 17 Arbeiter blieben auf der Insel, um den Schaden zu beheben.

Nach 200 Jahren halten „Geschworene" Konsistorialrat für den Mörder Mozarts

Festspiele wurden zum Tribunal / Publikum sprach gehörnten Ehemann schuldig

PETER MICHALSKI, Brighton

Zwei Jahrhunderte nach seinem Freitod wurde ein kaiserlicher Konsistorialrat aus Wien am Wochenende von einem „Gericht" eines Kapitalverbrechens überführt – der Ermordung von Wolfgang Amadeus Mozart. Das Tatmotiv, wie es sich den Geschworenen auf Grund der Indizienbeweise darstellte: die Eifersucht eines gehörnten Ehemanns.

Die „gerichtsamtliche Untersuchung der Todesumstände" fand 1400 Kilometer von Wien entfernt vor BBC-Mikrophonen in der holzgetäfelten Aula eines neugotischen Internats im südenglischen Seebad Brighton statt. In der dreistündigen Verhandlung, die mit der Gründlichkeit und dem Ernst einer echten Leichenschau geführt wurde, fungierte der Richter und Kronjurist Michael Hutchinson (49) als Ermittlungsrichter. Sechs Amateurschauspieler im Rokokokostüm wurden als Zeugen von drei echten Strafjuristen ins Kreuzverhör genommen. Die kriminalistische Vorarbeit hatten zwei Mozart-Forscher geleistet, Professor Horace Kirkpatrick und Francis Carr, dessen Biographie „Mozart und Constanze" im Herbst erscheint.

Statt der üblichen zwölf Geschworenen fällte das 350köpfige Publikum am Schluß durch Handzeichen den Urteilsspruch. Die Veranstaltung, eine Idee des Fritz-Busch-Schülers und Impresarios Ian Hunter, war Teil der alljährlichen Festspiele von Brighton, die diesmal unter dem Motto standen „Mozarts letztes Lebensjahr".

„Das größte Musikgenie aller Zeiten" – so der Leichenbeschauer – starb am Morgen des 5. Dezember 1791, acht Wochen vor seinem 36. Geburtstag. Mozart hatte im September ein Gastspiel in Prag abbrechen müssen. Er klagte über Wasser in den Beinen, Gelenkschwellungen, Übelkeit, Kopfweh, Unterleibsschmerzen, Fieber und einen „ungewöhnlichen Geschmack". Auf dem Totenschein notierte Mozarts Hausarzt, Thomas Cosset, eine Form der Schwindsucht.

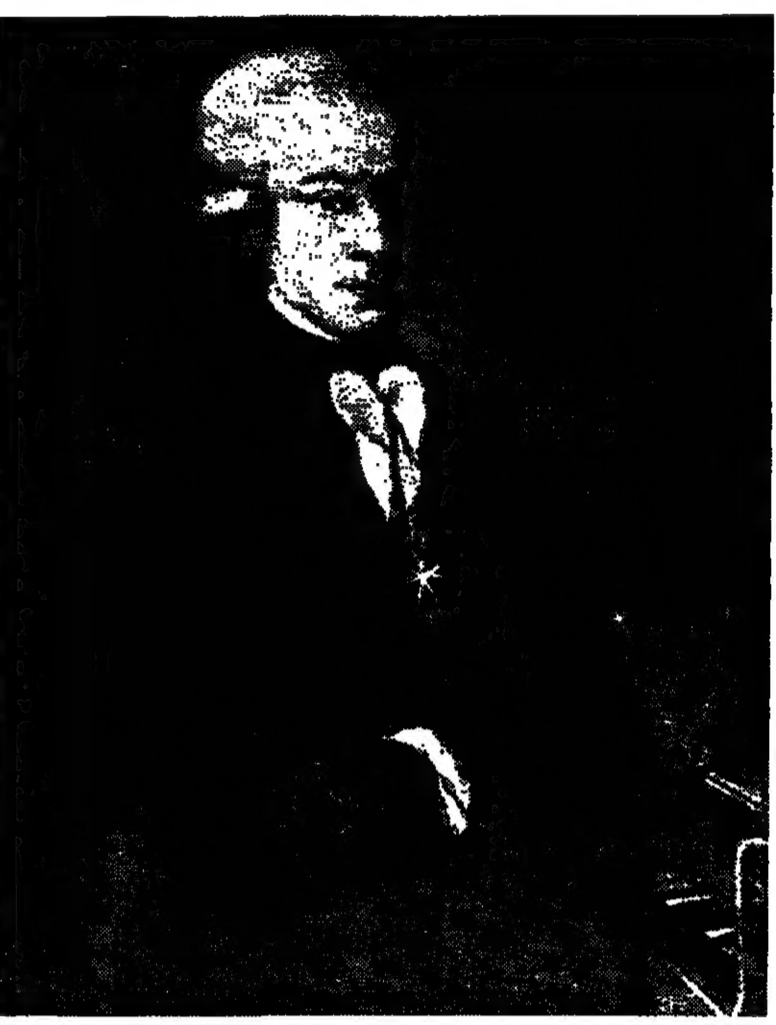
Schon bald nach seinem Tod verbreitete sich das Gerücht, Mozart sei ermordet worden. Mozart hatte selbst den Verdacht geäußert, jemand versuche, ihn zu vergiften. Bei einem Prater-Spaziergang mit seiner Frau Constanze brach er unvermutet in Tränen aus und prophezeite, er habe nicht mehr lange zu leben. Sogar das Gift, mit dem man ihm angeblich ans Leben wollte, nannte er: Acqua toffana.

Verdächtige gab es drei: den Hofkapellmeister Antonio Salieri, der seine Stellung als „Wiener Musikpapst" durch den genialen Konkurrenten bedroht sah und sich später in geistiger Umnachtung sogar schuldig erklärte; den Mozart-Untermieter und -Kompositionsschüler Franz Xavier Süßmayr, wahrscheinlich Constanzes Liebhaber und möglicherweise der Vater eines ihrer Kinder; und Konsistorialrat Franz Hofdemel, dessen schöne Frau, Magdalena, angeblich nicht nur Mozarts Klavierschülerin war.

Vor dem „Gericht" in Brighton erwiderte sie auf die Frage, ob sie Mozarts Geliebte gewesen sei, vieldeutig: „Das wurde gemunkelt." Schwerer wog für die Geschworenen, daß Hofdemel, der als Freund und Logenbruder bei Mozart ein- und ausging und somit genügend Gelegenheit zur Verabreichung des Gifts hatte, am Tag der Beisetzung des Komponisten mit einem Rasiermesser über Magdalena herfiel.

„Kein anderer wird dich besitzen, Frau", schrie er, während er ihr Gesicht, Brust, Arme und Rükken verstümmelte. „Du wirst mit mir sterben." Als sie bewußtlos zusammensank, legte er Hand an sich selbst. Die Nachricht vom Selbstmord des prominenten Hofbeamten wurde in der Presse weitgehend unterdrückt, vermutlich auf Betreiben des Freimaurers Gottfried Baron von Swieten, bis dato Chef der kaiserlichen Zensur. Im Zeugenstand in Brighton konnte der Baron auch nicht den Verdacht entkräften, eine Obduktion Mozarts vereitelt zu haben.

So war sich dann die Mehrheit der Geschworenen am Ende der Mozart-Leichenschau sicher: „Mord durch Franz Hofdemel" (SAD)



Wurde Mozart mit kleinen Mengen eines langsam wirkenden Giftes ermordet? Das Publikum von Brighton meinte ja und lieferte den Schuldigen gleich mit.

Famakalo – eine Sprache lebt nur unter Tage

AFP, Johannesburg

Gold, Platin und Diamanten haben in den südafrikanischen Bergwerken babylonische Sprachverhältnisse geschaffen. Die Linguisten fanden eine Lösung: das Famakalo, eine Mischung aus Englisch, Zulu, Afrikaans und Xhosa. Und so sind heute rund 700 000 Bergarbeiter in südafrikanischen Minen, gleich ob ihr Muttersprache nun Ndebele, Swazi, Phutshi, Shangana, Xhoso, Zulu oder Sotho ist, unter der Erde zumindest zu einer Minimal-Kommunikation mit Vorgesetzten und Kameraden fähig. Das erste Famakalo-Wörterbuch erschien schon 1920. Heute umfaßt der Wortschatz dieses Gruben-Esperanto rund 3000 Wörter. Der Traum der Linguisten, aus dem Famakalo allmählich eine Einheitssprache für alle südafrikanischen Völker zu machen, ging indes nicht in Erfüllung.

Kurse für die Neulinge

Gegenüber den rund 10 000 Chinesen, die 1904 in Witwatersrand, dem reichsten Goldbergbaugebiet der Erde, ihre Arbeitskraft anboten und kein einziges Wort Englisch sprachen, hatten die weißen Vorarbeiter noch unterschiedslos die Sprache der Gewalt angewandt, sie verteilten, wie der Historiker Lulli Calinocos festgehalten hat, ihre Arbeitsweisungen durchweg mittels Stockschlägen und Fußtritten. Sie überließen bald einer rein afrikanischen Arbeiterschaft das Feld. Mit der Sprachvielfalt dieser den unterschiedlichsten Stämmen angehörenden afrikanischen Bergarbeiter-Armee wuchs dann auch das Sprachproblem.

Die Hilfssprache Famakalo hat sich nun schon über ein halbes Jahrhundert in den südafrikanischen Gruben bewährt. In Vaal Reefs, der bedeutendsten Goldmine der Welt, wo derzeit rund 38 000 Arbeiter beschäftigt sind, ist für den Neuling ein Einführungskurs in Famakalo obligatorisch. Eine rudimentäre Syntax, Aktionsverben und ein Grundstock an technischem Vokabular sind Voraussetzung für den reibungslosen Ablauf der Arbeitervorgänge unter Tage. Der Kurs dauert je nach Begabung der Schüler 15 bis 20 Tage, bevor ihnen die ersten praktischen Arbeitsleistungen an der Maschine oder im Stollen abverlangt werden. Das pädagogische Grundprinzip ist einfach. Es basiert auf der Wiederholung einzelner Wörter, die allmählich in Satzteile und Sätze eingebaut werden. „Mina Amba": Ich gehe, oder „Yena Tshova lo Ngolovan", ich schiebe den Kippwagen, lernt sich unterstützt von untermalenden Gesten, relativ schnell.

Alarm in Grubenesperanto

„Das Grubenesperanto wird zweierlei Aufgaben gerecht", sagt ein Personalchef von Vaal Reefs. „Es läßt den Arbeiter die Kommandos seiners Chefs verstehen und gibt ihnen für Unglücksfälle das nötige Vokabular an die Hand. Letzteres reduziert sich jedoch mehr oder weniger auf den Ausruf „der Löwe ist los", sei es nun eine Schlagwetterexplosion, ein Erdrutsch oder ein Rohrbruch, der den Alarm auslöst.

Dank Famakalo gibt es heute so gut wie keine Probleme mehr, wenn ein Vorgesetzter einen Grubenarbeiter auffordert, eine Bohrmaschine zu schmieren oder eine Preßluftvorrichtung zu reparieren. Außerhalb der Grube jedoch bleibt die Sprachbarriere. Für Liebeserklärungen beispielsweise ist der Famakalo-Wortschatz denkbar ungeeignet. Die schwarzen Südafrikaner und insbesondere die rund sechs Millionen Zulus unter ihnen lehnen das Grubenesperanto als Umgangssprache außerhalb der Minen ab. Das Famakalo ist für sie eine Untersprache, ein Symbol ihrer Ausbeutung durch die von den Weißen gelenkte Industriemaschinerie.

LEUTE HEUTE

Prinzlicher Sekretär

Da die Berge von „Fan-Post" der Windsor-Prinzen **Andrew** (23) und **Edward** (19) ständig anwachsen, hat Königin **Elizabeth** beschlossen, den beiden ihren eigenen Privatsekretär zu bewilligen. Bisher erledigte der persönliche Adjutant der Queen, Stallmeister **Adam Wise**, die Korrespondenz der beiden Prinzen mit. Ab Oktober wird er sich ihnen hauptberuflich widmen. Die Queen ernannte Hauptmann **Hugh Lindsay** zu ihrem neuen Adjutanten.

Erste Etappe

Die Brüder **Richard** und **Adrian Crane** haben bei ihrem Versuch, den Himalaja der ganzen Länge nach im Laufschritt zu bezwingen, Nepal durchquert. Für den rund 1600 Kilometer langen Streckenabschnitt waren sie 50 Tage unterwegs. Die Gesamtstrecke ist rund 4000 Kilometer lang. Auf ihrem Lauf wollen die Brüder Spendengelder für wohltätige Zwecke in Höhe von rund einer Million Mark aufbringen.

Jesus gewählt

Der 38jährige Drogist **Max Jablonka** und der 24jährige Student der Zahnmedizin **Rudolf Zwink** werden sich bei den Jubiläumspassionsspielen im kommenden Jahr in Oberammergau in der Rolle des Christus abwechseln. Die beiden Christus-Darsteller führen die Liste der Passionsspieler an, die am Samstag in streng geheimer Wahl gekürt wurden.

WETTER: Überwiegend trocken

Wetterlage: Ein über Deutschland verlaufendes Frontensystem verlagert sich ostwärts. Auf seiner Rückseite setzt sich vorübergehend Zwischenhocheinfluß durch.



Vorhersage für Montag:

Gesamte BRD und Raum Berlin: In den östlichen Landesteilen zunächst noch überwiegend stark bewölkt und zeitweise Regen. Im Tagesverlauf, wie im übrigen Bundesgebiet und Berlin, Übergang zu wechselnder Bewölkung. Am Nachmittag vereinzelt Schauer. Tageshöchsttemperaturen 18 bis 23 Grad. Nachts 7 bis 11 Grad. Schwachwindig, im Tagesverlauf etwas auflebend aus Südwest.

Weitere Aussichten: Freundlich, in der zweiten Tageshälfte im Westen Bewölkungsverdichtung und nachfolgend Regen.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Ort	°C	Ort	°C
Berlin	16°	Kairo	26°
Bonn	16°	Kopenh.	16°
Dresden	20°	Las Palmas	19°
Essen	14°	London	10°
Frankfurt	15°	Madrid	11°
Hamburg	18°	Mailand	15°
List/Sylt	16°	Mallorca	19°
München	20°	Moskau	21°
Stuttgart	15°	Nizza	20°
Algier	22°	Oslo	10°
Amsterdam	15°	Paris	12°
Athen	27°	Prag	22°
Barcelona	18°	Rom	26°
Brüssel	14°	Stockholm	18°
Budapest	28°	Tel Aviv	26°
Bukarest	28°	Tunis	27°
Helsinki	16°	Wien	27°
Istanbul	–	Zürich	15°

*Sonnenaufgang am Dienstag: 4.29 Uhr, Untergang: 20.08 Uhr, Mondaufgang: 8.25 Uhr, Untergang: 0.31 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel.

Die Australier klettern für ihren Werbe-Bären auf die Barrikaden

C. GUTACKER, Melbourne

John Brown ist beileibe kein Deckname, auch wenn der Name im englischsprachigen Raum ebenso gerne als solcher verwendet wird, wie im deutschsprachigen vielleicht der Name Braun. Dieser spezielle John Brown aber hat Ministerrang und also an sich gar keinen Grund, sich zu verstekken. Seit der neue australische Minister für Sport, Freizeit und Tourismus seinen Landsleuten aber einen wahren Bärendienst geleistet hat, scheint es für ihn durchaus angeraten, sich ein Inkognito zuzulegen.

Der Grund dafür ist ein possierliches Kerlchen. Das amerikanische Nachrichtenmagazin „Time" hält es für bekannter als die Oper in Sydney und – da sich sicher auch musikalisch weniger beschlagene Fans des fünften Kontinents angesprochen fühlen – für liebenswerter als das Känguruh. Gerade jenem Springtier aber ist es verwandt und nicht dem Bären, wie der Name irrtümlich vermuten ließe: der Koalabär.

Das kleine Beuteltier ist seit langem fester Bestandteil der regierungsamtlichen Werbung und auch Australiens internationale Fluggesellschaft Quantas läßt ihn – in den Vereinigten Staaten seit Jahren, bei uns seit einiger Zeit – für sich sprechen. Bei den nächsten Olympischen Spielen in Los Angeles wird der Koala sogar das offizielle Maskottchen der australischen Mannschaft sein.

Ausgerechnet mit jenem omnipräsenten Vierbeiner legte sich nun jener John Brown, von seinen Landsleuten auch kurz „J. J." gerufen, an. Vor Vertretern der Tourismus-Industrie nannte der Labour-Mann den falschen Petz ein „verlaustes, von Flöhen gerittenes, stinkendes, kratzendes, kleines Ding". Der Koalabär, so befand J. J., sei eine miese Werbung für Australien und müsse so schnell wie möglich das Fell gegerbt bekommen.

Damit hatte der Herr Minister offenbar seine eigene Haut zu Markte getragen. Jedenfalls brachte er seine Landsleute für ihren kleinen kletterbegabten Liebling auf die Palme. „Das ist, als ob die Inder ihre heiligen Kühe essen oder die Briten ihre Königliche Familie davonjagen würden", schäumte der Melbourner „Age" und der „Herald" suchte sein Heil im Spott: „Wenn die geheimen Tagebücher des John Brown gefunden würden, so stellte sich sicher heraus, daß er in seiner Wiege einmal von einem Teddy getreten wurde." Unisono stimmten die Blätter im ganzen Land ein. Eine geschlossene Front der Koalafreunde stellte sich dem Frevler entgegen.



Hat einen Minister gegen, aber die Australier hinter sich: Koala-Bär FOTO: DIE WELT

Und die Australier schickten sich an, ihre Bumerangs für den Kampf um den kleinen Bär aus den Waffenschränken zu holen. Syd Grange, der Präsident des Australischen Olympischen Komitees machte mit scharfen Worten klar, daß der Koalabär Maskottchen des Olympia-Teams bleiben werde. Ein Sprecher des Melbourner Zoos bot dem Minister eine Wette um den Einsatz einer Tausend-Dollar-Spende für die Olympioniken an, wenn er bei den Koalas des Tiergartens auch nur einen einzigen Floh entdecken würde. Und die Angestellten eines Wildparks in Viktoria erklärten dem Politiker schließlich, daß Koalas in der freien Wildbahn frei von Parasiten seien. Sie könnten sie sich auch nur bei verlausten Haustieren holen. Außerdem, so versicherten die Wildhüter aus Erfahrung, könne von Gestank schon gar keine Rede sein – wegen ihrer Vorliebe für die Blätter eines bestimmten Baumes strahlten die Tierchen einen „wohlriechenden Duft nach Eukalyptus" aus.

Bis ins Parlament verfolgte den Sportminister sein Ausfall. In den vorderen Bänken trugen Abgeordnete der konservativen Opposition demonstrativ Buttons mit dem Aufschrei für die gequälte Kreatur: „Rettet die Koalas". Sein direkter Gegenspieler, der Tourismus-Sprecher der Opposition, Roger Shipton, kündigte öffentlich an, er wolle nicht eher ruhen, als bis der Koala-Schänder öffentlich zu Kreuze gekrochen sei.

Doch bislang blieb der Brown unbelehrbar. Künftige Werbekampagnen, so erklärt er auch heute noch ungerührt, sollen einzigartige Attraktionen des Kontinents herausstellen: Barrier Reef, Ayers Rock und Fußball – nach australischen Regeln. „Australien", so formuliert er weiterhin wagemutig, „muß sich als ausgefallenes und dynamisches Reiseziel präsentieren und nicht als ein riesiger Zoo."

Brown hin, Koala her – der Mann mag ja recht haben, aber nun wurde das Beuteltier zum Fabelwesen. Und so schnell ist eben auch in Australien das Fell des Bären nicht verteilt.

ZU GUTER LETZT

Man müsse erneut überdenken, ob „die Waffe für den Träger sinnvoll ist, der sie mangels zu kurzen Zeigefingers nicht richtig bedienen kann". Kritik der Polizeigewerkschaft Hamburg an einer neuen Pistole im Monatsheft „Polizeispiegel".